

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

“Die russische Idee –  
Dilemmata der russischen Identität“

Verfasser

Benjamin Linh-Shon Englert

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin:

Dr. Rita Stein-Redent



## **Abstract**

Russland, der große Nachbar im Osten, war bereits in der Vergangenheit ein Land voller Rätsel - und ist es bis heute geblieben. Europa tut sich schwer nachzuvollziehen, warum dort passiert was passiert, oder eben nicht passiert und versteht es deswegen noch weniger.

Nach der Desintegration der Sowjetunion kam es im neuen Russland zu einer diffusen Identität, in der sich u.a. sowohl zaristische als auch sowjetische Elemente finden lassen, und darüber hinaus die Russisch-Orthodoxe Kirche eine gewichtige Rolle spielt. Aus dieser Konstellation heraus ergeben sich zwangsläufig automatisch Polylemma, die für Europa eine vorhersagbare Handlungsweise erschwert.

Die Frage, die im Mittelpunkt steht, lautet also: Welche Faktoren machen nun die russische Identität aus? Dreh- und Angelpunkt dieser Untersuchung stellt dabei die sogenannte russische Idee dar, die ihren Ursprung im 19. Jahrhundert hat, in der bereits die Kreise der russischen Intelligenz über die Frage der russischen Identität diskutierte und stritt. Das hat sich bis heute nicht geändert. In dieser Arbeit werden aber über diese russische Idee hinaus weitere Faktoren und Einflüsse in multidisziplinärer Weise ergründet und ebenfalls als spezifische Ideen der jeweiligen Zeit deskriptiv erörtert, die alle zusammen in der russischen Idee von heute, nach der auch in Russland selbst nach wie vor gesucht wird, einfließen. Am Ende soll ein Einblick über die russische Identität entstehen. Nichtsdestotrotz ist die russische Mentalität komplex und vielschichtig und von daher kann die Feststellung des Dichters Fjodor Tjutschews zutreffender nicht sein: Russland ist mit dem Verstand nicht zu begreifen, mit gewöhnlichem Maße nicht zu messen, es hat ein besonderes Wesen - an Russland kann man nur glauben.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abstract</b>	<b>3</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>2. Identität und Ideologie</b>	<b>12</b>
2.1. Identität	12
2.2. Ideologie	15
<b>3. Die Russländische Föderation unter Wladimir Putin</b>	<b>22</b>
3.1. Eckpunkte seiner Regierungszeit	23
3.1.1. In der Innenpolitik	23
3.1.2. In der Außenpolitik	26
3.2. Zusammenfassung und Aussicht	28
<b>4. Die orthodoxe Idee</b>	<b>30</b>
4.1. Die Russisch-Orthodoxe Kirche bis zum Zerfall der UdSSR	30
4.2. Das Verhältnis zwischen der ROK und den verschiedenen Regimen im politischen System Russlands	37
4.3. Das besondere des orthodoxen Glaubens	39
<b>5. Die russische Idee</b>	<b>42</b>
5.1. Ein Abriss der russischen Staats- und Nationswerdung	42
5.2. Russland <i>in</i> Europa oder Russland <i>und</i> Europa?	45
5.3. Westler vs. Slawophile	48
5.3.1. Die Westler	53
5.3.1.1. Peter Jakowlewitsch Tschaadajew	53
5.3.1.2. Alexander Iwanowitsch Herzen	56
5.3.2. Die Slawophilen	58
5.3.2.1. Fjodor Iwanowitsch Tjutschew	58
5.3.2.2. Nikolai Jakowlewitsch Danilewski	59
5.3.2.3. Fjodor Michailowitsch Dostojewski	61
5.3.3. Grenzgänger	65
5.3.3.1. Wladimir Sergejewitsch Solowjew	65
5.3.3.2. Nikolai Alexandrowitsch Berdjajew	67
5.4. Panslawismus oder doch Panrussismus?	70
5.5. Der Vorabend der Großen Oktoberrevolution	76

<b>6. Die sowjetische Idee</b>	<b>78</b>
6.1. Sowjetisches nation building	81
6.1.1. Sowjetische Nationalitätenpolitik	82
6.1.1.1. Internationalismus	84
6.1.1.2. Sowjetpatriotismus	85
6.1.2. Die Nationalitätenpolitik in der UdSSR bis 1985	89
6.1.3. Merkmale und Integrationsfaktoren der sowjetischen Nationalitätenpolitik	101
6.1.3.1. Die Implementierung institutioneller Einrichtungen	101
6.1.3.2. Die Bildungs- und Sprachenpolitik	102
6.1.3.3. Die Parade am 9. Mai anlässlich des siegreichen Großen Vaterländischen Krieges	104
6.1.4. Widersprüche der sowjetischen Nationalitätenpolitik	105
6.2. Das Ende der sowjetischen Idee	108
6.2.1. In ethnischer Hinsicht	108
6.2.2. In systemische Hinsicht	110
6.3. Die Nationalitätenpolitik des letzten Generalsekretärs der UdSSR	113
6.4. Nationalismus in der UdSSR	120
6.4.1. Russischer Nationalismus	121
<b>7. Zurück zur russischen Idee</b>	<b>125</b>
7.1. Der Zerfall der UdSSR und die ersten Jahre der Russländischen Föderation	128
7.1.1. Die Ikonografie	132
7.1.2. Der Machtkampf zwischen der Duma und Jelzin	134
7.2. Nationalismus in der Russländischen Föderation	135
7.2.1. Die „rechts-linke“ bzw. „rot-braune“ Regierungsopposition	137
7.2.1.1. Die KPRF unter Gennadij Sjuganow	138
7.2.1.2. Wladimir Schirinowski der populistische Nationalist	139
7.2.1.3. Alexander Solschenizyn als Vertreter der Neo-Slawophilen	141
7.2.1.4. Der Neo-Eurasismus	144
7.3. Das neue Verhältnis zwischen dem Staat und der ROK in der Russländischen Föderation	145
7.4. Der neue Ministerpräsident Wladimir Putin	151
<b>8. Resümee</b>	<b>153</b>
<b>9. Quellenverzeichnis</b>	<b>158</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>167</b>
<b>Curriculum Vitae</b>	<b>168</b>

## 1. Einleitung

Zum Jahreswechsel 1999/2000 verkündete Boris Jelzin in seiner Neujahrsansprache seinen vorzeitigen Rücktritt und ernannte auch gleich seinen Ministerpräsidenten Wladimir Putin zu seinem interimistischen Nachfolger. 3 Monate später, am 26. März, wurde er im ersten Wahlgang als Präsident bestätigt.

Die Russländische Föderation lag nach knapp zehn Jahren Jelzinadministration darnieder und hinterließ das Land in Folge der Wirtschaftstransformation, von einer administrativen Kommandowirtschaft sowjetischen Typs hin zum Manchesterkapitalismus, und des Zentrum-Peripherie Konflikts, der Auseinandersetzung zwischen der Hauptstadt Moskau und seinen sogenannte Föderationssubjekten, in einer innenpolitisch geschwächten Situation. Auch die außenpolitische Bedeutung war von einer einstigen Supermacht zu einer Regionalmacht geschrumpft. In dieser Ausgangslage machte sich Putin daran das Land zu reformieren und leitete eine Reihe von Schritten ein, die im Westen, v.a. aber auch im postsowjetischen Raum Kritik und/oder Befürchtungen auslösten. Das Auftreten des neuen Präsidenten stand im krassen Gegensatz zum ersten Präsidenten der RF, der wegen seiner Eskapaden weithin bekannt wurde.

Was veranlasste den zweiten Präsidenten der RF dazu zu tun was Besorgnis im Ausland weckte und Befürchtungen bis hin eines neuen Kalten Krieges weckte? Hier seien als einige Stichworte in der Innenpolitik der Krieg in Tschetschenien, das Bekenntnis und in gewisser Weise die Hinwendung zur sowjetischen Vergangenheit, die Rezentralisierung des Landes und Reverstaatlichung der Wirtschaft genannt. Außenpolitisch begann 2005 der Gasstreit mit der Ukraine, eskalierte 2008 der Georgienkonflikt und erreichte der Streit um die Installation eines sog. US-Raketenabwehrsystems in einigen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten seinen Höhepunkt. Tatsache ist, dass Putin den Kuschelkurs Jelzins beendete und das Land auf einen (gemäßigten) Konfrontationskurs schickte, aber es ohne Frage auch schaffte Russland zu konsolidieren.

Im Gegensatz zu Jelzin, dem es nach 1991 nicht gelang neue, stabilisierend-integrative und identitätsstiftende Bezugspunkte für die russländische Gesellschaft zu schaffen, konnte Putin mit seiner Hinwendung zur jüngeren Vergangenheit und seinem Bekenntnis zur Sowjetunion Erfolge aufweisen. Sprach er damit immerhin viele Menschen an, die ihr Leben für das untergegangenen Imperium geopfert hatten bzw. in ihm groß geworden waren und ihre Erfahrungen daraus

schöpften, die nicht durchwegs schlecht waren. Sie konnten und wollten aus vielerlei Gründen nicht so radikal mit der Vergangenheit brechen, wie es Jelzin anfangs versuchte.

Zusammen mit der prosperierenden Wirtschaft, die sich in Folge der günstigen Marktbedingungen durch hohe Rohstoffpreise ergaben, mag sich darin Putins Erfolgsrezept erklären. Mit den sich ergebenden Erlösen des Rohstoffexports ist es Putin gelungen in der Innen- und Außenpolitik selbstbewusster und stellenweise aggressiver aufzutreten. Das hat nach dem Verlust des sowjetischen Imperiums vermutlich dazu beigetragen, wieder (neuen?) Stolz auf die eigene Nation und damit Identität zu sein. Doch ist dies genug, um dauerhaft integrierend und identitätsstiftend für die, in der dieser Art noch junge, Nation zu sein?

Gefährlich erscheint das Unvermögen (oder Unwillen?) Schritte zu setzen, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Gesellschaft daran breit zu beteiligen. Denn wenn die Einnahmen des Rohstoffexports fallen, wird sich weisen wie stabil die russische Gesellschaft ist und darauf reagiert – sowohl wirtschaftlich, als auch politisch.

Diesem Risiko dürfte sich der zweite rechtmäßig gewählte, seit 2008 amtierende Präsident der RF, Dimitri Medwedew, wohl bewusst sein. Vermutlich wohl auch schon Putin, weil er sonst nicht den „Zivilisten“ Medwedew zu seinem Nachfolger erkoren hätte. Jedenfalls zeigt Medwedew Bemühungen das Land aus der Sackgasse zu führen. Ob ihm dies gelingen wird ist ungewiss. Vor allem auch deswegen, weil russische Politik von Faktoren abhängig ist die von außen nicht ersichtlich sind und somit einer Art black-box gleicht.

Die Frage, die sich stellt, ist, ob die Konsolidierung des Landes lediglich auf den tönernen Füßen des Rohstoffexports und rein der Sowjetnostalgie basiert, oder sich, nachdem sich die UdSSR vor nunmehr fast 20 Jahren aufgelöst hat, tatsächlich eine neue, eigenständige russische Identität entwickelt hat, die aber auch vergangene Epochen der russischen, v.a. aber imperialen Geschichte Russlands miteinfließen lässt?

Seit jeher war Russland für Europa ein rätselhaftes Land; und das hat sich bis heute nicht verändert. Gerade der deutschsprachige Raum hat eine wechselhafte Geschichte zum riesigen Nachbarn im Osten. Die Beziehung reichte von Kooperationen durch mehrere Jahrhundert hindurch, über die Übernahme des russischen Throns durch eine deutsche Prinzessin, die als Katharina die Große bekannt wurde, bis hin zur erbitterten Feindschaft zweier totalitärer Regime, derer eine auf der einen Seite die eigene, arische Überlegenheit und auf der anderen Seite das slawische Untermenschenbild propagierte und in Folge dessen auslöschen wollte, und zurück zu relativ guten Kontakten in der Gegenwart. Deswegen möchte die nun vorliegende Arbeit aus

einem spezifisch Blickwinkel der Frage nachgehen wer die Russen sind, welche Faktoren ihre Identität ausmachen und was ihr Denken und Handeln beeinflusst.

Dabei wird auf den Begriff der „russischen Idee“ zurückgegriffen, der erstmals im 19. Jahrhundert in der russischen Intelligenzija aufkam. Dabei ging es - spät aber doch - zum einen um die Frage der eigenen Identität, die sich auf Grund des Vergleichs mit Westeuropa stellte, und zum anderen der Frage, wohin sich das Land entwickeln müsse<sup>1</sup>. Die Dilemmata, die sich hier auftaten, mündeten im Streit zwischen den Westlern und den Slawophilen, von denen Dostojewski die Idee wohl am deutlichsten herausarbeitete. Beiden Richtungen ging es um die Bewertung der eigenen Vergangenheit, ob die Hinwendung zu Westeuropa, die unter Peter dem Großen stattgefunden hatte, positiv oder negativ aufzufassen sei. Daraus resultiert die Gretchenfrage, ob es eine weitere Orientierung und Hinwendung zum Westen hin, oder Entwicklung eines eigenen Weges geben soll und muss. Eine Radikalisierung erfuhr die Debatte um die russische Idee in der Frage, wie die russische Idee zu erreichen und umzusetzen wäre. Nichtsdestotrotz wurde und wird die russische Idee oft als Überlegung bzw. als eine Art Doktrin der Slawophilen aufgefasst.

In dieser Diplomarbeit soll unter der russischen Idee aber nicht nur die *eine* Auffassung, die Dostojewski herausgearbeitet hatte<sup>2</sup>, verstanden werden, sondern ein Zusammenfluss aller Ideen, die dazu beigetragen haben die heutige russische Identität zu formen. Denn hinsichtlich dessen existieren bereits einige Arbeiten, die sich aber nur spezifisch auf den literarisch(-philosophisch)en Bereich<sup>3</sup>, auf theologisch-philosophische Aspekte<sup>4</sup>, oder sich auf die theologisch-historische Bedeutung konzentrieren<sup>5</sup>. Das bedeutet also, dass nicht nur die Ideen, Aussagen und Konfrontationen der Slawophilen und der Westler bearbeitet werden, sondern auch die Bedeutung der Orthodoxie, die Hinterlassenschaften des sowjetischen Regimes u.a. Faktoren herangezogen werden sollen, die die russische Idee, nach der selbst in Russland nach wie gesucht wird, von heute herausbildet. Allen gemein ist bzw. war, dass sie einen gewissen Missionsanspruch stellten, wodurch die Titel der einzelnen Kapitel zustande kamen.

---

<sup>1</sup> Es handelte sich deswegen lediglich um Ideen, weil man keine vollständigen Konzepte, wie es bei Ideologien der Fall ist, vorweisen konnte, sondern es sich, was das Wort schon sagt, um Vorstellungen handelte; das galt damals wie auch heute.

<sup>2</sup> Dostojewski, Fedor Michailowitsch: „Rede über Puschkin am 8. Juni 1880 vor der Versammlung des Vereins ‚Freunde Russischer Dichtung‘“.

<sup>3</sup> Siehe Fußnote 2.

<sup>4</sup> Špidlik, Tomáš, 2002: „Die russische Idee - Eine andere Sicht des Menschen“.

<sup>5</sup> Ivantsov, Dmitri, 2008: „Russische IDEologiE – Transfer ins XXI. Jahrhundert“.

Wie sich nun eventuell erahnen lassen sollte, versucht die Arbeit in aufwendig deskriptiver Weise multidisziplinär Material zu bearbeiten und zu einem stimmigen Bild zusammenzuführen. So fließen u.a. literarische, philosophische, theologische, historische und nicht zuletzt politische Aspekte in dieser Arbeit zusammen. Dies soll die russische Identität vergegenwärtigen und ihre Dilemmata aufzeigen, was es so schwierig macht *die* oder zumindest „eine“ russische Idee auszumachen.

Seit der Delegitimierung der kommunistischen Ideologie ist das Land auf der Suche nach einer neuen Identität. Jelzin gelang es in den 1990er Jahren, mit seinem Bekenntnis zum Westen und der Rückwendung zum zaristischen Russland keine Kontinuität herzustellen und das Vakuum der über 70 Jahre gültigen marxistisch-leninistischen Dogmen auszufüllen.

Unbestritten ist, dass die ursprüngliche russische Idee des 19. Jahrhunderts, mit ihrer Fragestellung, den Dreh und Angelpunkt der russischen Identität darstellt und eine Renaissance erlebt(e). Doch kann sie sich aktuell klarerweise nicht mehr mit der Idee vom vorigen Jahrhundert decken. Zu viel ist dazwischen passiert und das was in dieser Zeit passiert ist, wurde ebenfalls ein prägender und nicht zu negierender Faktor der russischen Identität. Die Dilemmata, die sich auf Grund des Streits der Westler und Slawophilen um die russische Idee im 19. Jahrhundert aufgetan hatten, haben aber nichts an ihrer Aktualität verloren. Doch es gesellen sich nun noch einige andere hinzu, wie der Frage zwischen ethnischem und imperialen (und damit überethnisches) Bewusstseins und der Frage des politischen Systems westlichen Typs oder doch politischen Systems westlichen Typs, aber eigener Ausprägung etc.

Die russische Idee von heute stellt meines Erachtens ein Produkt mehrerer Ideen dar, die in der Arbeit deswegen chronologisch als eben jene - orthodoxe, russische und sowjetische Idee - kapitelweise erörtert werden. Außerdem soll eine Relation zwischen dem theoretischen Anspruch der gerade gültigen Idee und ihrer praktischen Umsetzung, aber auch Widersprüchen, in Politik und Alltagsleben hergestellt werden. Wichtig erscheint auch darauf hinzuweisen, dass die jeweils vorhergehende Idee ihre Spuren hinterlassen hat und in die nächste Idee miteinflusst.

Zu Anfang dieser Arbeit steht erst einmal, weil bereits die Rede davon war, die Erörterung der Begriffe Identität und Ideologie, die wesentlich zur Frage der Identität beiträgt bzw. beitragen kann, und welche Bedeutung sie in Russland haben.

Das darauf folgende Kapitel startet mit der Amtsübernahme Putins im Jahr 2000 und den politischen Vorgängen und Aktivitäten seiner Amtszeit. Im Gegensatz zu Jelzins Amtszeit, kann

man durchaus von einem Paradigmenwechsel in der russischen sowohl Innen- als auch Außenpolitik sprechen. Auf Details und Hintergründe der Maßnahmen Putins werde ich nicht eingehen, weil diese nicht im Mittelpunkt der Arbeit stehen und bereits genug Arbeiten hinsichtlich dessen existieren. Vielmehr schließt das Kapitel mit der Frage, was die Faktoren für den Wechsel in Russlands Politik gewesen sein könnten.

Das dritte Kapitel soll eine Übersicht über die Bedeutung und den Einfluss der Orthodoxie auf das russische Nationalbewusstsein geben. Dabei wird ersichtlich, wie eng die Russisch-Orthodoxe Kirche, kurz ROK, von Anfang an mit den herrschaftlichen Strukturen Russlands verflochten war. In der Losung des „Dritten Roms“ wurde über die Orthodoxie erstmals der Anspruch erhoben die Welt zu missionieren, weswegen es in diesem Kapitel zum Titel der „orthodoxen Idee“ kam. Die ROK hatte also nicht nur religiöse Aufgaben, sondern auch staatspolitisches Gewicht, was nicht unerheblich zur Vermischung einer orthodoxen, aber nicht unbedingt religiösen Identität beitrug.

Das vierte Kapitel eröffnet zuerst mit einem unerlässlichen Abriss der Entstehungsgeschichte der russischen Nation bzw. Nationalität und leitet zum Ursprung der „russischen Idee“ über. Die unterschiedliche Auffassung der russischen Geschichte und der weiteren Entwicklung des Landes - was als Identitätsproblem zusammengefasst werden kann - mündet in der Entstehung und Auseinandersetzung zwischen den Slawophilen und Westlern. Eine Erörterung über die wichtigsten Vertreter der beiden Gruppierungen gibt eine Übersicht über deren Standpunkte. Die Radikalisierungstendenzen gegen Ende des 19. Jahrhunderts führten zur revolutionären Stimmung im Land, was zum nächsten Kapitel führt.

In der Radikalisierung der Westler entwickelte sich, zusammen mit dem Marxismus, eine neue Idee, die dem fünften Kapitel die Betitelung „sowjetischen Idee“ einbrachte. Idee deswegen, weil der Marxismus bzw. die kommunistische Ideologie auf Grund von russischen Spezifika eine Veränderung bzw. Anpassung erfuhr und so zur sowjetischen Idee wurde, in der es zu einer neuen Identität kommen sollte. Ergebnis dieser Kreuzung einer u.a. nationalen Ideologie mit russisch-national-chauvinistischen Einflüssen waren Paradoxien, was schlußendlich die Auflösung der Sowjetunion und die Beendigung der sowjetischen Idee nach sich zog.

Im sechsten und letzten Kapitel geht es um die Suche nach einer neuen Identität, indem man versuchte in der vorsowjetischen Vergangenheit die Zukunft zu finden. Zwar ist dieser Ansatz nicht falsch, doch in der Art wie es der damalige Präsident Jelzin versuchte durchzusetzen, war

er nur sehr bedingt erfolgreich. Die orthodoxe und die russische Idee des 19. Jahrhundert übten ohne Zweifel eine Anziehungskraft aus und hatten identitätsstiftenden Charakter, jedoch exkludierte die radikale Ablehnung der sowjetischen Idee - also der jüngeren Vergangenheit – aus diversen Gründen einen Großteil der Menschen in der Russländischen Föderation und verursachte wiederum eine Desintegration der Gesellschaft und nahm damit identitätsspaltenden Charakter an. Denn jüngere, erlebte Geschichte ist wohl prägender und schwerwiegender als die Idealisierung einer Vorstellung der fernen Vergangenheit.

Am Schluss dieser Arbeit steht die Zusammenfassung und ein Ausblick, die die Erörterung der Ideen ergeben hat.

Die Transkription betreffend ist noch darauf hinzuweisen, dass es im Russischen eine Unterscheidung zwischen „Россия“ (rassia - Russland) bzw. „русский“ (ruskii - russisch) und „российская“ (rassiskaya - rusländisch) gibt, dem nur in der deutschen Sprache entsprochen werden kann. Ersteres bezieht sich auf das russischen Ethnos und die Sprache, während letzteres auf das Land bzw. den Staat bezogen ist, inkl. der Staatsbürger die auf diesem Territorium leben, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Bereits das Imperium Peters des Großen bezeichnete sich als rusländisches Imperium, was auch für die RSFSR<sup>6</sup> in der UdSSR zutraf, aber im deutschen immer ungenau mit „russisch“ übersetzt wurde und wird. In dieser Tradition steht auch die Bezeichnung für die aus der UdSSR hervorgegangene Russländische Föderation, mit der ich der korrekten und genauen Übersetzung folgen möchte, um dem multiethnischen Charakter des Landes gerecht zu.

Die Schreibweise russischer Namen und Städte erfolgt in dieser Arbeit in der alltäglichen Schreibweise, während es bei Zitaten zu alternativen Schreibweisen kommen kann, auf Grund wissenschaftlicher Transkription, die selbstverständlich nicht verändert wurde.

---

<sup>6</sup> Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik.

## 2. Identität und Ideologie

Was ist „Identität“ und warum ist sie im Kontext mit Politik notwendig und wichtig? Und welche Rolle spielt dabei „Ideologie“? Eine Erläuterung der Begriffe und der Zusammenhang mit Russland bzw. den Russen soll helfen die Zusammenhänge in dieser Arbeit zu verstehen.

### 2.1. Identität

Unter Identität versteht man: *„Demokratiethoretisch die vollkommene Gleichheit oder Übereinstimmung von Beherrschten und Herrschern [...]; allg. das eine dauerhafte innere Einheit und Stabilität garantierende Selbstverständnis (a) einer Person oder (b) einer Gruppe. [...] (b) Die kollektive I. von Großgruppen [...] zeigt sich in gemeinsamer Kultur, Werten und Überzeugungen und Interessen, wird durch Institutionen und Symbole stabilisiert und reproduziert sich in Interaktions- und Kommunikationsprozessen. Beschleunigter Sozialer Wandel, Auflösung und Instabilität von Lebensformen und Milieus und die damit verbundene Problematik individueller Identitätsfindung [...] rücken Fragen der kollektiven I. als für Solidarität um Sozialstaat und Konsens in der Demokratie unverzichtbar ins Zentrum politikwiss. Interesses. Dabei scheint Identitätspolitik [...] zur Stärkung der Selbstachtung wie zum Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung notwendig [...] und problematisch zugleich, geht sie doch meist einher mit Abgrenzung und Abwertung nach außen und beinhaltet die Gefahr von Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus“* (Nohlen, 2010, S. 381)<sup>7</sup>.

Um ein Systemwechsel oder gewaltsamen Sturz zu verhindern, hat jedes Regime bzw. jeder Staat ein Interesse daran ein Identitätsgefüge zu schaffen, auf das es sich stützen kann und seine Herrschaft legitimiert. Die Schaffung von Merkmalen wie die in der Definition erwähnten Kultur, Institutionen, Symbolen etc., soll die Identifikation des Staatsvolks mit dem Staat herstellen. Denn *„um politisch agieren zu können, brauchen Menschen [...] eine Identität, ein politisches Selbstverständnis. Identität ist das Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses, der in Grenzen politisch gesteuert werden kann“*. Weiter: *„Identität bedeutet immer Ein- und*

---

<sup>7</sup> Weil in der reinen Begriffserklärung der Hinweis auf „Demokratiethorie“ fällt, mag sich eventuell die Frage stellen, ob die Erklärung auch u.a. für die Sowjetunion Gültigkeit besaß oder besitzt. Erstens zählt sich auch die sozialistische bzw. kommunistische Ideologie zum demokratischen System. Zweitens kannte und verwendete auch die Sowjetunion, als russische Version des Sozialismus, den Begriff der Demokratie, so z.B. im „demokratischen Zentralismus“. Drittens betrachteten und bezeichneten sich einige Staaten des ehemaligen Ostblocks als (Volks-)Demokratie.

*Ausschließung: Bestimmte Menschen werden nach bestimmten Kriterien in den Kreis einbezogen, sie werden zu 'Eigenen'; andere werden zu ,Fremden'“ und „erst wenn deutlich ist, wer ,die anderen' sind, wird auch deutlich wer ,wir' sind“ (Pelinka, 2005, S. 105). Einen dabei wichtigen Aspekt nimmt Sprache ein. Nichts kann Menschen so trennen oder verbinden wie Sprache. Darüber hinaus aber auch noch instrumentalisiert und gezielt eingesetzt bzw. verwendet werden.*

Die Unterscheidung in „wir“ und „sie“ ist ein wesentliches, allerdings oftmals subjektives, Merkmal von Identität. Die russische Identität betreffend stellt In- bzw. Exklusion ein markantes Merkmal dar und zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Geschichte. Sei es in der Unterscheidung orthodox-katholisch, slawophil-westlich, sozialistisch-kapitalistisch etc. Es finden sich genügend solche Beispiele, in der versucht wurde sich abzugrenzen und sich darüber selbst zu definieren. Zu objektiven Kriterien für nationale Identität zählt Pelinka u.a. Geographie, Geschichte, politischer Konsens, Sprache und Religion (vgl. ebd., S. 105f.).

Der Prozess der Identitätsbildung steht dabei im engen Zusammenhang mit der Nationswerdung und im Falle Russlands hat sich beides erst spät heraus entwickelt und ist teilweise bis heute nicht abgeschlossen. Der russischen Nation fehlte lange eine gemeinsame Identität, die aber auch nicht wirklich vermisst und benötigt wurde. Erst ab dem 17. Jahrhundert versuchte man aus der Notwendigkeit heraus über den sogenannten Reichspatriotismus eine gemeinsame Identität zu schaffen. Selbst in der Neuauflage der Verfassung von 1993 zeigten sich Schwierigkeiten von einer Nation zu sprechen; stattdessen wählte man das Wort Volk, was auch eine gewisse Tradition zur sowjetischen Terminologie darstellt.

Wichtig im Zusammenhang von Identität und Identifikation ist der Einfluss der Sozialisation.

In einer Gesellschaft macht die kleinste Untereinheit Menschen aus. Diese werden *„durch einen Prozess gesellschaftlicher Anpassung, Sozialisation genannt, von bloß biologischen zu sozialen und politischen Wesen“*. Tatsache ist, dass *„diesem Vorgang [...] sich Menschen an sich nicht entziehen [können]“*; denn *„gesellschaftliches Miteinander macht Sozialisation unvermeidlich“*, wobei *„politische Sozialisation [...] statt[findet], auch wenn dies nicht beabsichtigt ist“* (Pelinka, 2005, S. 92 und 93). Pelinka beschreibt Sozialisation - analog zur kollektiven Identität - als *„Vermittlung von Werten und Einstellungen und damit [...] auch von Bewusstsein und Verhalten“*. Es handelt sich dabei um einen Vorgang, *„dem ein einzelner Mensch sich nicht entziehen kann. Und da jede Sozialisation – direkt oder indirekt, beabsichtigt oder unbeabsichtigt – auch politische Inhalte vermittelt, kann sich ein einzelner Mensch auch der politischen Sozialisation nicht entziehen“* (ebd., S. 92f.).

An Gewicht gewinnt die Bedeutung der Sozialisation bzw. deren Einfluss und Effekt in Verbindung mit der eigens für sozialistische Staaten hergeleiteten Definition von „struktureller Identität“. Sie besteht in: „1) der Politisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und insbesondere von Wirtschaft und Kultur, 2) dem Primat von Partei und Staat gegenüber allen Institutionen, 3) der Maximierung der materiellen und symbolischen Mittel, über die der Machtapparat verfügt, und 4) mangelnder Toleranz gegenüber vom Machtapparat unabhängigen gesellschaftlichen Initiativen“ (Lamentowicz, 1986, S. 246). Die sozialistische Gesellschaft sollte durch die Partei bzw. der Ideologie mittels Durchdringung so gut wie aller Lebensbereiche sozialisiert werden. Diesen Prozess unterstützen sollten das Informationsmonopol des Regimes und der gezielte Einsatz von Sprache. Nicht umsonst kam es zur Russifizierung der sowjetischen Gesellschaft, dessen Ziel eine Identifikation mit dem Regime und System herstellen sollte.

Dem totalitären System gelang es zwar die Gesellschaft weitgehend zu durchdringen, die dadurch stattfindende Sozialisation konnte aber die Defizite, die die das System im Laufe der Zeit aufwies, nicht kompensieren. Wird die Diskurstheorie von Jürgen Habermas herangezogen, wird verständlich warum sich das Regime delegitimierte. Zwar kam es auf Grund der zunehmenden Differenz zwischen dem kommunikativen Handeln, d.h. den andauernden Versprechungen, des Regimes und der Realität des allgemeinen Verfalls und Mangels zum Diskurs, wie es Habermas voraussah, doch konnten die Defizite des Systems nicht behoben werden und führten zum strategischen, eigeninteressierten Handeln der Akteure und damit zur Ablösung des Systems. Foucaults Diskursanalyse lässt sich besser einsetzen, um das Wesen des Regimes zu untersuchen, geht es doch mehr um Details wie Zusammenhänge zwischen sprachlichem Handeln und gesellschaftlichen und/oder institutionellen Strukturen.

Was nun den Identifikationsprozess betrifft, konnten trotz allem Erfolge erzielt werden, die ihre Spuren bis zur Implosion der UdSSR - und darüber hinaus - hinterließen<sup>8</sup>: „*Die kommunistische*

---

<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang beschrieb Gessen die Haltung der sowjetischen Gesellschaft gegenüber dem sowjetischen Regime folgendermaßen: „Doch es war auch die Zeit eines beispiellosen, tiefen Glaubens. Wir wußten, daß die Dinge ewig so bleiben würden, wie sie waren. [...] Während es unter Stalin und selbst noch in der Tauwetterperiode die größte Sünde gewesen war zu sagen, das Sowjetsystem sei nicht das beste der Welt, war es in den Siebzigern der Höhepunkt der Ketzerei, anzudeuten, daß das Sowjetsystem nicht ewig währen könnte“. Und weiter: „Die sterbliche Natur des Regimes blieb auch bis in die Glasnost-Epoche hinein ein Tabu. 1987 veröffentlichte der bekannte Journalist Wassilij Seljunin einen Artikel unter dem Titel ‚Die türkische Zahl‘, in dem er die Ergebnisse einer fünfjährigen Studie vorlegte, die er zusammen mit einem befreundeten Wirtschaftswissenschaftler durchgeführt hatte. Ihre Argumente liefen darauf hinaus, daß die sowjetische Wirtschaft ein Kartenhaus war, das von völlig konstruierten Statistiken mühsam aufrechterhalten wurde. [...] die Hälfte des des Textes war wegzensiert worden – und zwar just der Teil, in dem die Autoren darlegten, daß die Sowjetunion ihrem Ende entgegenging. Erst nach dem

*Ideologie war eine Gegebenheit, mit der man ununterbrochen zu tun hatte. Der sowjetische Mensch fand sie quasi mit seiner Geburt vor*“ (Ignatow, 1999, S. 8). Nach der Desintegration der Sowjetunion wünschen sich aber die wenigsten eine Rückkehr des alten Systems, gleichzeitig ist aber eine weitverbreitete, punktuelle Sowjet-Nostalgie in der russischen Gesellschaft evident, die aber auch vom postsowjetischen politischen System Russlands unterstützt und aufrechterhalten wird. Und diese *„zeit- und generationsübergreifende Beständigkeit von Institutionen, Symbolen, Werthaltungen und Zielen einer Gruppe oder staatlich verfaßten Gesellschaft, wie sie z.B. im ‚Nationalbewußtsein‘ [Anm.: immer noch] präsent gehalten wird“* (Holtmann, 2000, S. 253), sorgt(e) dafür, dass sich in der kollektiven Identität der russischen Bevölkerung eben jene alten Symbole, Werte und Ziele festsetzen konnten und auch nach dem Zerfall der UdSSR (begrenzt) fortwirken.

## **2.2. Ideologie**

Im Zusammenhang mit Identität übernimmt Ideologie, als ein Anschauungs- und Wertesystem, eine durchaus wichtige Rolle, weil sie identitätsstiftend, aber auch trennend sein kann. Mit der Großen Oktoberrevolution 1917 wurde in Russland mit dem Kommunismus versucht eine komplette Ideologie ein- bzw. umzusetzen.

Als Begründer von Ideologie, der Wissenschaft von Ideen, gilt Antoine Louis Claude Destutt de Tracy (1754-1836), ein französische Philosoph: *„Dem Wortsinn nach sollte der Ausdruck etwa gleichbedeutend mit ‚Weltanschauung‘ sein“*, wobei im 18. Jh. *„das Wort jedoch nicht als Synonym für ‚Ideensystem‘, sondern als Name für Ideenkritik“* entstanden ist und deswegen die *„angefeindeten Ideensysteme [...] diesen Namen [erhielten]“* (Theimer, 1981, S. 135). Sie ging also von der Methode auf das Objekt über und erhielt speziell durch Napoleon Bonaparte, weil eben diese Ideenkritik sein Machtstreben enthüllte, seine negative Konnotation. Napoleon wurde strikter Gegner der Ideologiekritik und kritisierte die Apologeten selbst als Ideologen. Diesen negativen Bezug haftet der Begriff bis heute an (vgl. ebd.).

Holtmann beschreibt Ideologie als ein *„relativ geschlossenes Dogmensystem von Wert- und Ordnungsvorstellungen, das als kollektives gesellschaftliches Bewußtsein die soziale und*

---

*plötzlichen, unbegreiflichen Tod der Sowjetunion konnten wir langsam an ihre Sterblichkeit glauben“* (Gessen, 1998, S. 35f.).

*politische Herrschaft von Klassen, Schichten, Machtgruppen rechtfertigt oder verhüllt“* (Holtmann, 2000, S. 253f.). Die negative Bedeutung erklärt er dadurch, dass *„dem neutralen Begriff von I. i. S. eines weltanschaulichen Systems von Überzeugungen [...] ein weitverbreiteter Negativbegriff entgegen[steht], der I. als dogmatische Gedankenkomplexe, als Weltdeutungen mit umfassenden Anspruch auf begrenztem Horizont sowie als interessensgebundenes, polit. Instrumentalisiertes ‚falsches Bewußtsein‘ versteht“* (Nohlen, 2010, S. 382f.).

Betreffend Marxismus und Ideologiekritik heißt es: *„Die marxistische Ideologie ist nach Ansicht ihrer Vertreter der Abwertung durch rationalistische Analyse entzogen, weil sie selbst die wissenschaftliche Rationalität darstellt. Als ‚proletarische‘ Ideologie ist sie zwar anerkanntermaßen ebenfalls eine sozial bedingte Zwecktheorie, aber da nach der marxistischen Sozialmetaphysik das proletarische Klasseninteresse gleichbedeutend mit der allgemeinen Vernunft ist, fällt der Grund für eine Ideologiekritik hier weg“* (Theimer, 1981, S.136). Hieraus erklärt sich auch die Problematik der Reformierbarkeit des Systems, die zwar versucht wurde, aber scheiterte, weil es weitgehend ein Tabu war die Ideologie einer Kritik zu unterziehen.

Marx und Lenin stützten sich bei der Verfolgung ihres Ziels wohl auf Rousseaus Identitätstheorie: *„Rousseaus Identitätstheorie beruht auf der unterstellten Existenz eines apriorischen allg. Willens [...], der von allen vernünftigen Bürgern erkannt und anerkannt werden könne/müsse. Voraussetzung dafür sind Kleinräumigkeit, gesellschaftl. Homogenität und eine umfassende Erziehung zu Tugend, Vernunft und Patriotismus-Bedingungen, die in den modernen von Interessensgegensätzen, Individualisierung und Pluralismus, von Großräumigkeit und Komplexität charakterisierten Gesellschaft nicht herstellbar sind“* (Nohlen, 2010, S. 380<sup>9</sup>).

Auch wenn die Kleinräumigkeit im Falle Russlands nicht gegeben war, so arbeiteten sie an den beiden anderen Punkten. Verhängnisvoll ist der Zugang der russischen Revolutionäre in der Bedeutung des apriorischen Willens. Als Avantgarde betrachteten sie sich - später wurde sie um die elitäre Kaderpartei erweitert - als Vorkämpfer der guten, v.a. aber richtigen Sache, nämlich den Endzustand, den Kommunismus, zu erreichen, was „natürlich“ im Willen und Interesse der Allgemeinheit und von jedem sein muss. Später wurde durch Massenkundgebungen, die nicht nur dem Personenkult dienten, versucht allen den apriorischen allgemeinen Willen zu verdeutlichen, indem den Menschen das – gute - (End)Ziel vor Augen gehalten wurde.

---

<sup>9</sup> Begriffserklärung für „Identitäre Demokratie“.

Schlussendlich scheiterte das System am System selbst, aber u.a. auch an der benannten Komplexität der Gesellschaft und weiteren Punkten.

Nachdem die Weltrevolution aber ausblieb, wurde der Marxismus mit Lenins Thesen und Überlegungen, die speziell Russland, aber auch die aktuelle Zeit betrafen, erweitert und Mitte der 1920er Jahre zum Marxismus-Leninismus, der offiziellen Weltanschauung der UdSSR. Ihre Aufgabe war *„als magische Formel zur Entwertung gegnerischer Behauptungen in der Weise, daß die eigene Ideenkonzeption stets die richtige, die der Gegner immer die falsche sei, wobei dann Theorie, Weltanschauung und I. verschmolzen werden zum bewußt agitatorischen und propagandistisch angewandten Instrument der Bewußtseinsmanipulation“* (Holtmann, 2000, S. 254). Weiters diente der Marxismus-Leninismus als *„wissenschaftlich-theoretisch Begründung und politisch-praktische Anwendung der Politik der Bolschewiki, sodann der KPdSU unter den Verhältnissen des vor- und nachrevolutionären, weitgehend agrarischen Rußland. [...] Die Partei hält die Rolle einer Avantgarde des Proletariats und ist Motor des revolutionären Bewußtseins; die Organisation von Partei und Staat erfolgt nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Nach einer Übergangsperiode sollte der Staat in einer höheren kommunistischen Phase der Entwicklung des Sozialismus zum Absterben kommen“* (ebd., S. 350f.).

In den 1930er Jahren erfuhr der Marxismus-Leninismus in Folge einer Pragmatisierung, nämlich den sog. Aufbau des Sozialismus in einem Lande, eine Erweiterung durch den Stalinismus (vgl. ebd., S. 674). Dabei stand Stalins Proklamation im Gegensatz zu Lenin selbst, der 1918 beim dritten Gesamtrussischen Kongress der Sowjets noch meinte: *„Natürlich, der endgültige Sieg des Sozialismus in einem Lande ist unmöglich“* (Lenin, zit. nach Nolte, 2009, S. 58).

Die Bolschewiki gingen nach der Machtergreifung im Oktober 1917 und der Konsolidierung ihrer Macht im Bürgerkrieg von 1918-1920 daran ein Institutions- und Wertgefüge für die heterogene Gesellschaft der Sowjetunion zu erschaffen, um einen Integrationseffekt zu erzielen und eine Identifikation mit dem jungen Staat zu erzielen. Konkret bedeutete dies, dass zur gleichen Zeit ein Staats- und Nationsbildungsprozess stattfinden musste. Karl Wolfgang Deutsch beschäftigte sich mit nation building und setzte dafür folgende Prozesse voraus:

1. Erweiterte soziale Mobilisation bzw. Mobilität im Zusammenhang mit der
2. Urbanisierung, welche wiederum den Ausbau von
3. Verkehrs- und Kommunikationswegen erfordert. Dies wiederum setzt
4. Die Konzentration von Kapital, Ressourcen und Fähigkeiten, Industrialisierung und eine gleichmäßige Entwicklung in der Gesellschaft voraus, um

5. Gruppenbewusstsein bzw. eine integrative Wirkung zu erzielen. Erreicht werden soll dies durch gemeinsame Sprache, Symbole, Flaggen, Musik etc., wobei dabei wiederum die Gefahr besteht einen gegenteiligen Effekt zu erzielen, z.B. separatistische Tendenzen dadurch auszulösen. Deutscher fragt dabei, worauf dieser Prozess zielt und resümiert, dass die Nation als Mittel zum sozialen Fortschritt erachtet wurde und wohl auch von Nationalisten heute noch so betrachtet wird (vgl. Deutscher, 1972, S. 26-46).

Im rückständigen Russland setzte ein Prozess ein, den Segert als nachholende Modernisierung bezeichnete und jene Punkte umfasst, die Deutsch aufgezählt hat. Gleichzeitig setzte ein Nationsbildungsprozess ein, deren zentraler Dreh- und Angelpunkt, neben der Ideologie, die sogenannte Nationalitätenpolitik wurde. Beides sollte die gerade erwähnte kollektive Identität schaffen.

Wie weiter oben bereits erwähnt, zählt Pelinka zu den Methoden die politische Sozialisation beeinflussen, mehrere Akteure auf, wie u.a. die Familie; Schule; sog. „peer groups“; Medien; Beruf und Arbeitsplatz; Parteien, Verbände und Religionsgemeinschaften und den Staat als solches (vgl. Pelinka, 2005, S. 94f.). In der totalitären Struktur der Sowjetunion wurden fast alle soeben aufgezählten Akteure von der kommunistischen Partei durchdrungen, um die bereits beschriebene strukturelle Identität zu schaffen und dadurch die Menschen sozialistisch zu sozialisieren, an dessen Ende das Sowjetvolk steht.

Weiters weist Pelinka darauf hin, dass politische Sozialisation *„von einem Harmoniebedürfnis der Menschen aus[geht]. Sozialisation baut auf der Neigung von Menschen, sich ihrer sozialen Umwelt anzupassen. Menschen werden so ‚vergesellschaftet‘: Sie werden Teil ihrer sozialen Umwelt“* (ebd., S. 95). So blutig die Revolution 1917, der darauf folgende Bürgerkrieg und die Industrialisierung in Russland auch von statten ging, muss davon ausgegangen werden, dass die kommunistische Ideologie und das sowjetische Regime auf Grund ihrer Modernisierungsversprechungen in ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht genug an Anziehungskraft und damit Legitimität besaß, um nicht abgelöst zu werden. Und das System besaß das Vertrauen, so lange sie auch ihre Versprechungen halten und einlösen konnte (vgl. Segert, 2009, S. 100f.). Auch die sich abzeichnenden ökonomischen Probleme ab den 1970er Jahren und das Unvermögen für Reformen, treffend als „Zeit der Stagnation“ unter Breschnew zusammengefasst, führten zu keinem Systemwechsel, was die Aussage Pelinkas unterstreicht. Erst in den letzten 5 Jahren der Sowjetunion kam es zum Paradigmenwechsel und, um wieder zu Pelinka zurück zu kommen, im Falle Russlands kam und kommt zum Tragen, dass ein

gewisses „*Harmoniebedürfnis [...] nicht mit einer grenzenlosen Anpassungsbereitschaft verwechselt werden [darf]*“ (Pelinka, 2005, S. 96). Die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Probleme der UdSSR führten ja schließlich zu ihrem raschen Zerfall und der Delegitimation der kommunistischen Ideologie. Es muss also davon abgegangen werden zu glauben, dass die sowjetische Gesellschaft nur auf Grund von Repression und Gewaltanwendung dieses Regimes ruhig hielt. Erst recht, wenn man bedenkt, dass das Regime so gewaltlos von der Bühne der Weltgeschichte abtrat.

Der Abtritt des alten Systems verursachte ein Vakuum, welches auch ein Defizit über die über die Jahrzehnte mühsam aufgebaute Identität hervorrief, ähnlich zu Österreich nach dem Zerfall der k.u.k. Monarchie nach dem 1. Weltkrieg. Behrens stellt dazu fest: *„Der Zerfall der Sowjetunion und die damit verbundene Verkleinerung des eigenen Staatsterritoriums trug daher wesentlich zur allgemeinen Identitätskrise bei, ebenso wie der Umstand, daß man den ‚kalten Krieg‘ verloren hatte“* (Behrens, 2002, S. 372).

Pelinka beschreibt eine Neuausrichtung eines System bzw. seine Neuorientierung als *„politische Resozialisierung [...] einer politischen Kultur. An die Stelle einer aus bestimmten Gründen für überholt oder nicht (mehr) wünschenswert eingestuften Kultur soll eine grundsätzlich neue treten“* (Pelinka, 2005, S. 101). Somit war das Ziel der Systemtransformation eine Hinwendung zum Westen und eine Annahme des westlichen Systems mit ihren Vorzügen und Vorteilen. Doch die dreifache und auch noch gleichzeitig stattfindende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation, weist(e) in allen Bereichen auch Nachteile und Defizite auf, was zu einer Enttäuschung und Abwendung der russischen Gesellschaft führte.

Erschwerend kam hinzu, dass die chaotisch bis negativ verlaufende Transition mit einem Verlust der gerade erwähnten objektiven Kriterien nationaler Identität einher ging. Das Land, flächenmäßig zwar immer noch das größte der Erde, wurde um die ehemaligen Sowjetrepubliken amputiert und knapp 70 Jahre sowjetischer Geschichte stellten sich als Illusion und/oder Fälschung heraus und stand zur Disposition. Versuche die kommunistische Ideologie durch etwas gleichwertiges zu ersetzen scheiterten, wobei erschwerend hinzu kommt, dass in der Verfassung festgelegt ist, dass keine Ideologie verbindliche festgelegt werden darf<sup>10</sup>. Einzig die Religion und die Sprache, in Verbindung mit einer relativ homogenen ethnischen

---

<sup>10</sup> Erster Abschnitt, Kapitel 1, Artikel 13-2.

Zusammensetzung der RF, konnten als Identifikationsmerkmal erhalten. Daher war und ist der wichtigste Wert der ROK die *„Funktion als Stifterin nationaler Identität“* (Behrens, 2002, S. 376).

Das allgemeine Chaos und die Orientierungslosigkeit der russischen Gesellschaft in den 1990er Jahren führten zu einer diffusen Identität. Die alte sowjetische Ordnung, die der sowjetischen Gesellschaft ein doch sehr klar umrissenes Bild vom „wir“ und „sie“, dem sog. Klassenfeind, zeichnete, war diskreditiert und die vormals gültigen Symbole, Institutionen, Werte und Ziele nicht mehr gefragt oder erstrebenswert und konnten nur rudimentär durch neue, hauptsächlich zaristische, ersetzt werden. Dies führte in Russland dazu, dass es zu einem *„Mix‘ an Identitäten“* kam, wie es Pelinka für systemische Neuausrichtungen beschreibt, weil es eine *„Vielfalt objektiver Faktoren“* gab und zu *„unterschiedliche[n], miteinander oft in Konflikt stehende politische Loyalitäten“* führte (Pelinka, 2005, S. 107).

Die Sowjet-Nostalgie kam deswegen zustande, weil der *„Mechanismus dieses emotionalen Umschwungs [...] begreiflich [ist]. Die sowjetischen Prinzipien und Werte hatten zwar längst ihre Anziehungskraft eingebüßt, sie gaben aber Geborgenheit. Sie riefen keinen Enthusiasmus mehr hervor, wohl aber das Gefühl der Kontinuität, und ihr Verschwinden läßt die Angst vor dem Verschwinden dieser Kontinuität aufkommen“* (Ignatow, 1999, S. 9). Auch wenn es diese nostalgische Haltung gab und gibt, eine Rückkehr zum System wollen die Wenigsten; vielmehr handelt es sich um eine Sehnsucht nach dem Imperium und der Vertrautheit der Werte, die die kollektive Identität geschaffen hatte: *„Zugleich gewährt sie den Menschen einen psychologischen Selbstschutz unter den Bedingungen der Ungewißheit [Anm.: die die 1990er Jahre auf jeden Fall darstellten]. Indem sie es ermöglicht, das Gefühl eines gemeinsamen Schicksals zu bewahren“* (Gorschakow, 1999, S. 10).

Zu beachten ist, dass es schon zur Zarenzeit eine schwach ausgeprägte russische Identität gab. Dies setzte sich nach der Revolution 1917 fort. Gorschakow stellte in einer 1998 durchgeführten Befragung fest, dass *„die Russen zu sowjetischen Zeiten der eigenen nationalen Identität fast keine Bedeutung beigemessen [Anm.: hatten]. Im Verlauf des Zerfalls des sowjetischen Staates wurden sie jedoch daran erinnert, daß sie Russen sind“*. Und: *„Die russische Identität spaltet sich sozusagen in mehrere Typen: in eine gesamtstaatliche, eine lokal-regionale und in eine ethno-nationale Identität“* (ebd., S. 41), wobei ihre ethnische Identität weit stärker ausgeprägt ist als ihre nationalstaatliche. Deswegen gibt es keine Deckungsgleichheit zwischen Nationalität, also „Russe sein“ oder Burjat etc., und Staatszugehörigkeit, was in (West)Europa überwiegend eine Selbstverständlichkeit darstellt. Ein Österreicher sieht sich in erster Linie als Österreicher und erst in zweiter Linie als Salzburger oder Kärntner. Deswegen konnte es auch dazu kommen,

dass ethnische Russen 1991 außerhalb ihres „angestammten“ Territoriums, also der RSFSR bzw. RF, für eine Unabhängigkeit der jeweiligen Republiken stimmten in der sie lebten und nicht etwa für einen Anschluss an die RSFSR bzw. RF plädierten. Innerhalb der RF wiederum anerkennen Russen durchaus das Faktum, dass es viele Nationen bzw. Nationalitäten gibt, jedoch kommt es zur Ansicht, dass rusländisch - was nicht ethnisch festgelegt ist - gleich russisch bedeutet. Dies alles beweist ihr imperiales Bewusstsein.

Wie dem auch sei, diese Zerrissenheit zwischen den Freiheiten der postsowjetischen Zeit und der Sowjet-Nostalgie, führt zum russischen Urdilemma, der Frage einer (mehr oder weniger bedingungslosen) Orientierung hin zu Westeuropa und einem Bekenntnis zu deren System und Werten. Oder doch einem eigenen, russischen Weg in die Zukunft, in der auch die Vergangenheit, selbst die jüngere also sowjetische, Beachtung finden soll und/oder muss. Auch weil Russland in Folge seiner historischen, religiösen, politischen und letztlich auch geographischen Besonderheit, nicht ohne weiteres zu den in diesen Hinsichten doch recht homogenen Westeuropa gezählt werden kann. Auch wenn die Strömung des (Neo-)Eurasimus versucht einen von beiden unabhängigen Weg aufzuzeigen, so zeigt sich in der von Gorschakow bereits erwähnten Umfrage, dass die Russen sich kulturell zwar dem Westen zugehörig fühlen, bezweifeln aber, dass sich eine Wirtschaft westlichen Typs in Russland entwickeln könne (vgl. Gorschakow, 1999, S. 43f).

All diese Faktoren stellen bis heute die Haupt-„cleavages“<sup>11</sup> in der Identitätsfindung der russischen Gesellschaft dar.

---

<sup>11</sup> Cleavage-Theorie nach Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, wobei es weniger um die Theorien besagter Personen geht, sondern die Spaltungen innerhalb der Gesellschaft.

### 3. Die Russländische Föderation unter Wladimir Putin

Am 31. Dezember 1999 erklärte der seit 1991 amtierende Präsident der Russländischen Föderation, Boris Jelzin, bei der Ansprache zum Neujahrswchsel seinen Rücktritt. Dies geschah überraschend, auch weil die Präsidentschaftswahlen ohnehin im Juni 2000 stattgefunden hätten. Nichtsdestotrotz übergab er dem amtierenden Ministerpräsidenten Wladimir Wladimirowitsch Putin die Regierungsgeschäfte und die Wahlen wurden in Übereinstimmung mit der Verfassung um 3 Monate vorgezogen.

Aus den Präsidentschaftswahlen ging, trotz kurzer Vorlaufzeit, im März 2000 Putin eindeutig als Sieger hervor und löste erstmalig ein russisches Staatsoberhaupt auf friedlichem Wege ab. Bisher waren in der russischen Geschichte alle Machtwechsel nur durch Sturz, Tod oder Revolution zu Stande gekommen.

Der neue Präsident übernahm ein Erbe, welches sich so zusammenfassen ließe: *„Boris Jelzin hinterließ das Land am Rande des Bankrotts, mit zerrütteten staatlichen Strukturen, verarmter Bevölkerung, drastisch gesunkenem internationalen Einfluss und mitten im zweiten Tschetschenien-Krieg. Heute ist er für viele Russen vor allem das Symbol für den allgemeinen Niedergang, Oligarchie sowie für eine Epoche persönlicher und nationaler Erniedrigung“*<sup>12</sup>. Putins Ziel beschreibt Rahr wie folgt: *„Putin sah seine Hauptaufgabe in der Stärkung des Zentralstaats und dem Aufbau einer Machtvertikale, die Moskau wieder die politische Kontrolle über die Regionen zurückgab. Seinem historischen Ziel, Russland nach den demütigenden 90er-Jahren wieder aufzurichten, opferte Putin das zuvor von Jelzin praktizierte liberale westliche Modell. Von nun an wurden die Demokratie und die Marktwirtschaft im Land von ‚oben‘ gelenkt, aber die entzweite Elite und Gesellschaft konsolidiert“* (Rahr, 2009, S. 28). Nach zehn Jahren Jelzin, mit seinen Eskapaden und einer relativ konzeptlosen Führung des Landes, stellte eine Person wie Putin einen doch scharfen Kontrast dar.

Unter Putin fanden umfassende innenpolitische und administrative Veränderungen statt. In der Außenpolitik kam es nach der allgemeinen Planlosigkeit der 1990er Jahre zu einer umfassenden Pragmatisierung. Es wurden eine Reihe von Initiativen, zu denen ich weiter unten kommen werde, fortgesetzt, die bereits in den 1990er Jahren entwickelt worden waren, aber allesamt aus vielfältigen Gründen keine Bedeutung erlangen konnten oder eingeschlafen waren. Mit der

---

<sup>12</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Boris\\_Jelzin](http://de.wikipedia.org/wiki/Boris_Jelzin), vom 30.04.2010.

Wiederaufnahme dieser Initiativen näherte Russland sich wieder dem Westen an, konnte aber auch organisatorische Projekte im asiatischen Raum wiederbeleben. Allerdings kühlte sich Verhältnis mit dem Westen bereits nach einigen Jahren wieder merklich ab, während sich die Zusammenarbeit in Asien langsam aber stabil entwickeln konnte: *„Wenn der Westen Russland als strategischen Interessenspartner stärker integriert hätte, wäre Putin niemals diesen heutigen taktischen Bund mit China eingegangen“* (Rahr, 2009, S. 223f.).

### **3.1. Eckpunkte seiner Regierungszeit**

Grob zusammengefasst gab es drei Ziele auf die er hinarbeitete:

1. Russland innerhalb der Weltgemeinschaft neu zu positionieren
2. Den Zentrums-Peripherie Konflikt unter Kontrolle zu bekommen und
3. Die Entmachtung bzw. Beseitigung der Oligarchen, die sich in den 1990er Jahren hemmungslos bereichert hatten, erheblichen Einfluss in der Politik ausübten und zur Durchsetzung ihrer Ziele Punkt 2 gezielt angeheizt hatten.

#### **3.1.1. In der Innenpolitik**

Um Punkt 1 realisieren zu können, musste die innenpolitische Situation konsolidiert werden. Das Anliegen bestand darin, die an die Peripherie des Landes abgetretene Macht wieder dem Zentrum, Moskau, zurückzuführen, was auch bedeutete wichtige Wirtschaftsbereiche wieder unter die Kontrolle des Staates zu bringen. Erreicht werden sollte das dadurch, indem jene unter Punkt 3 erwähnten Akteure, die nicht auf eine Linie zu bringen waren, durch loyale Personen zu ersetzen. Dieser Vorgang fand unter der Bezeichnung „Vertikale der Macht“ ihren Ausdruck. Innerhalb der herrschenden Elite kam es zu umfassenden Wechsel und die alten Kader Jelzins wurden von Vertrauensleuten aus Putins Umfeld abgelöst<sup>13</sup>.

Im wirtschaftlichen Bereich gelang es der neuen Regierung die Oligarchen unter Kontrolle zu bringen und damit das Zentrum wieder zu stärken. In diesem Zusammenhang statuierte man 2003 an Michail Chodorkowski ein Exempel<sup>14</sup>. Er wurde zu 8 Jahren Haft verurteilt, was den

---

<sup>13</sup> Kryschtanowskaja, Olga, 2004: „Anatomie der russischen Elite: Die Militarisierung Russlands unter Putin“.

<sup>14</sup> Siehe u.a.: <http://www.russland.ru/analysen/morenews.php?iditem=9>, vom 17.05.2010.

anderen zu verstehen gab zu kooperieren, sich zurückzuziehen oder überhaupt das Land zu verlassen. Letzterer Möglichkeit kamen z.B. Wladimir Gussinski und Boris Beresowski nach, während sich Roman Abramowitsch mit der neuen Regierung arrangierte und im Land blieb. Das Ergebnis von Chodorkowskis Verurteilung war erstens zum einen die Zerschlagung seines Yukos-Konzerns und zum anderen, dass eine westliche Beteiligung im russischen Energiesektor verhindert werden konnte, die Chodorkowski angestrebt hatte. Zweitens erreichte man eine Disziplinierung der Wirtschaftselite. Die Drohung wurde verstanden und führte zu einer Konsolidierung des Staatsbudgets auf Grund der nun gezahlten Steuern und weitgehenden Einstellung von illegalen Transaktionen bzw. Praktiken. An die Stelle der alten Oligarchen trat zwar eine neue Generation von Oligarchen, diese sich aber weit unauffälliger und v.a. loyaler gegenüber der Regierung als ihre Vorgänger verhielten. Weiters kam es zu einer Re-Zentralisierung vieler Industrie- und Wirtschaftsbereiche, was mit einer Re-Verstaatlichung einherging.

Im demokratiepolitischen Spiel hatte bereits Jelzin, wegen seiner harten Auseinandersetzungen mit der Duma, erkannt, dass eine Partei unerlässlich ist, auf die sich der Präsident stützen kann (vgl. Jelzin, 2000, S. 343f.). Bereits kurz vor Putins Amtsantritt gab es Bestrebungen eine sog. Partei der Macht zu gründen, deren Ergebnis die Partei „Einheit“ war und 2001 mit der Fusion von „Vaterland – ganz Russland“ in der Partei „Einiges Russland“ mündete. Einiges Russland zählt sich zu den zentristischen Parteien<sup>15</sup> und zeichnet sich durch höchste Loyalität zur Regierung bzw. den Präsidenten aus und weniger durch ein durchstrukturiertes Programm. Bereits bei den Parlamentswahlen 2003 erreichte sie 37,6% der Stimmen und 2007 gar 63,5%, was eine verfassungsgebende Zweidrittelmehrheit bedeutet<sup>16</sup>.

Gleichzeitig erlebte eine spät-sowjetische Tradition ein Revival und zwar durch die Gründung neuer Parteien bereits bestehende Parteien zu schwächen oder gar zu spalten. Dies trifft auf die Partei „Gerechtes Russland“ zu, die 2006 aus der Fusion von „Rodina“, „Russische

---

<sup>15</sup> Unter Zentristen sind jene zu verstehen, „deren Politik dem ‚harten‘ Marxismus-Leninismus der Stalinisten entgegengesetzt ist, die aber nicht mit den Gorbatschow-Reformern einig werden konnten, weil diese Autoren ebenfalls feindlich westlichen Werten gegenüberstehen. Diese Zentristen sind recht argwöhnisch gegenüber dem ‚Nicht-Russischtum‘...“ (Carter, 1995, S. 174). Fischer beschrieb zentristische Positionen 2003 als jene die „Demokratisierung, Marktwirtschaft sowie kooperative Beziehungen zu den westlichen Industrienationen nicht aus[schloss], [...] sie jedoch mit der Bedingung [verknüpfte], dass Russland als Großmacht in einer multipolaren Welt anerkannt werden müsse“ (Fischer, 2003, S. 2).

<sup>16</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Einiges\\_Russland](http://de.wikipedia.org/wiki/Einiges_Russland), vom 17.05.2010.

Rentnerpartei“ und „Russische Partei des Lebens“ entstand. Ihre Aufgabe ist es die KPRF zu schwächen, indem sie ihr auf Grund von Programmähnlichkeit Wähler entzieht.

Gesellschaftlich kam es zu einer Rehabilitierung der sowjetischen Vergangenheit und die bereits unter Jelzin gesetzten Schritte, z.B. Symbole der sowjetischen Macht wieder zu tolerieren, verfolgte Putin konsequent weiter. Denn der neue Präsident hatte erkannt, dass die *„Staatssymbolik der Jelzin-Ära [...] die ältere Generation mit ihren vorwiegend sowjetisch geprägten Biografien aus[grenzte] und [...] außer Acht [ließ], dass die Sowjetzeit nicht nur mit Stalinschen Terror, sondern auch mit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg verbunden wurde“* (Keghel, 2004, S. 4).

So geistert die Äußerung Putins, dass der Zusammenbruch der UdSSR "die größte politische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen wäre, immer wieder in Artikeln der int. Presse. Am 26. Dezember 2000 ließ er per Dekret die Hymne „Das Patriotische Lied“ durch die alte Hymne der Sowjetunion ersetzen, wobei lediglich der Text eine Anpassung erfuhr.

2005 feierte die RF die 60-Jahr-Feier anlässlich des siegreichen Großen Vaterländischen Krieges mit großem Pomp, denn *„der Sieg im Zweiten Weltkrieg wird als Garantie für die Stärke Russlands aufgefasst. [...] Der Stolz auf die Ereignisse der 1940er Jahre fördert die positive Identifikation mit dem eigenen Land und schafft eine Verbindung zwischen der sowjetischen und heutigen Zeit“* (Tschuikina, 2005, S. 14). Außerdem gibt dieser Feiertag die Gelegenheit *„sich daran zu erinnern, dass zu ihrem Nationalcharakter ‚Heroismus‘ und die ‚Fähigkeit zu Heldentaten‘ gehören. Dieses Fest stärkt auch die Großmacht- und die nationale Identität“*. Und im Gegensatz zur Legitimationsfunktion im Sowjet-Regime, hat sich der *„Jubiläumsdiskurs [...] auf eine allgemeine Entwicklungsstrategie für Russland festgelegt, dabei aber weder Autoritäten benannt noch Prioritäten gesetzt. Er konzentriert sich vor allem auf die Erörterung der eher unbestimmten Frage nach dem russischen Volk und seiner Fähigkeiten, große Not zu ertragen und große Taten zu vollbringen“* (ebd., S. 16f.). Im Gegensatz zur sowjetischen Zeit hatten die Feierlichkeiten nun keine legitimatorische sondern integrierende Funktion für die russische Gesellschaft. Auf Grund des fortgeschrittenen Alters der Veteranen und des runden Jubiläums, wurde die Symbolik ganz im Zeichen der sowjetischen Tradition gehalten. Dennoch zeichnete sich auch bei diesem Feiertag eine Veränderung ab. Wenn auch bewusst sowjetische Symbolik gezeigt wurde, so dominierte sie nicht mehr. Es herrschte auch nicht mehr die Farbe rot vor, sondern ist vom gelb-schwarz des Sankt-Georg-Bandes abgelöst worden, dessen Ursprung im zaristischen Russland zu suchen ist. Bei der 65-Jahr-Feier nahmen sogar erstmals in der Geschichte dieses Feiertages ausländische Truppen teil.

Innenpolitisch gelang es Putin innerhalb kurzer Zeit die Situation im Land, gemessen am chaotischen vorangegangenen Jahrzehnt, zu stabilisieren.

### 3.1.2. In der Außenpolitik

Nachdem die Kontakte mit dem Westen auf Grund des Bürgerkriegs in Ex-Jugoslawien und dem ersten Tschetschenienkrieg in den 1990er Jahren gelitten hatten, fand unter der neuen Regierung eine Neuausrichtung statt.

Globalisierung wurde nicht mehr als „westliche bzw. amerikanische [...] Herrschaftsstrategie“ verstanden, sondern als „Rahmenbedingung“, der man sich fügen müsse, aber auch beeinflussen könne. Deswegen kam die russische Regierung zur Erkenntnis, dass Russland *„als internationale Wirtschaftsmacht sein Eigengewicht in der Weltwirtschaft geltend machen und bestimmend auf globale Wirtschaftsprozesse und –flüsse wirken [müsse]“* (Fischer, 2003, S. 3).

Putin betonte unmittelbar nach seinem Amtsantritt, dass Russland in der internationalen Politik wieder den Status einer Großmacht beansprucht und er kritisierte dabei gleichzeitig die erdrückende Dominanz der USA (vgl. ebd., S. 2f.). Nichtsdestotrotz folgte wegen der Anschläge vom 11. September 2001 eine Annäherung an den Westen, in der Putin den USA seine Unterstützung anbot. Diese wurde bereitwillig angenommen und die USA stationierten Truppen im zentralasiatischen Raum, also im direkten Einflussbereich Russlands. Darüber hinaus setzte Putin weitere Akzente, indem er die Beziehungen zur G-8 wiederaufnahm und Beitrittsverhandlungen mit der WTO führte (vgl. ebd.).

Auch im postsowjetischen Raum, dem sog. „nahen Ausland“, setzte Putin eine Reihe von Aktivitäten fort, nachdem dieser in der Ära Jelzin wenig Beachtung erfahren hatte. So kam es z.B. im Jahr 2000 zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft<sup>17</sup>, nachdem die GUS, die als Sammelbecken der auseinandergebrochenen Sowjetunion fungieren sollte, aus diversen Gründen ihre Bedeutung zunehmend verloren hatte und heute praktisch keine Relevanz mehr besitzt. Diese soll die Wirtschaftsbeziehungen der teilnehmenden Staaten erleichtern und intensivieren. 2002 wurde die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit<sup>18</sup> aus der Taufe gehoben. Auch diese ging aus einer Organisation hervor die bereits Anfang der 1990er Jahre gegründet worden war, aber keine Bedeutung erlangen konnte. Die Teilnehmer deckten

---

<sup>17</sup> Für Details siehe: <http://wirtschaft.russlandonline.ru/eaec/morenews.php?iditem=13>, vom 14.05.2010.

<sup>18</sup> Für Details siehe: [http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation\\_des\\_Vertrags\\_über\\_kollektive\\_Sicherheit](http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_des_Vertrags_über_kollektive_Sicherheit), vom 14.05.2010.

sich fast mit denen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, also den Republiken des postsowjetischen Raums. Außerdem wurde die Shanghai Five-Gruppe reaktiviert, die in der Gründung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit im Jahr 2001 mündete. Diese Organisation umfasst alle ehemaligen sowjetischen zentralasiatischen Republiken, inklusive China und Indien. Darüber hinaus bekunden eine Reihe weiterer asiatischer Staaten Interesse an der Organisation, was diese zu eine der größten der Welt macht<sup>19</sup>.

Tatsache ist, dass es im eurasischen Raum lebhaft politische Aktivitäten gibt. Auch wenn sie sich langsam entwickeln, scheinen sie Bestand zu haben und nicht von Auseinandersetzungen geprägt zu sein, wie es mit dem Westen der Fall ist. Allen ist wohl gemeinsam, dass sie ein Interesse haben ein Gegengewicht zu den USA bzw. dem Westen aufzubauen.

Nachdem die russischen Bemühungen der letzten Jahre für eine engere Partnerschaft nicht honoriert worden waren, änderte sich spätestens mit dem Irakkrieg 2003 die wohlwollende Position der RF zum Westen (vgl. Rahr, 2009, S. 171f.). Zum einen ist diese Entwicklung der politischen Realität geschuldet, dass sich die EU und die NATO zunehmend dem „nahen Ausland“ und damit russischen Grenzen näherten. Zum anderen stiegen die Einnahmen durch den Rohstoffverkauf, was auch zu einem gestiegenen Selbstbewusstsein führte.

Hatte Putin den USA 2001 offeriert sich im postsowjetisch-zentralasiatischen Raum niederzulassen, wurden Anstrengungen unternommen die Supermacht wieder aus dieser Region zurückzudrängen.

2005 kumulierten der Rohstoffverkauf nach Westeuropa und die Beitrittsverhandlungen zur WTO im Gasstreit mit der Ukraine, später auch Weißrussland, der sich seitdem beinahe jährlich wiederholt.

2007 spitzte sich der Streit mit den USA zu, die einen sog. Raketenschild in Osteuropa installieren wollen. Während die USA dies als Defensivmaßnahme gegenüber dem Iran betrachten, sieht ihn die russische Seite als Provokation und droht ihrerseits mit Stationierung von Raketen in Kaliningrad. Hierbei dürfte unbekannt sein, dass den USA und der EU bereits 2002 seitens Putin ein Angebot unterbreitet worden war, einen solchen Schild gegen den Iran zu errichten. Dies wurde aber abgelehnt. In Folge dessen erhärtet sich der Verdacht, dass der Westen nicht gewillt ist in Russland einen ernstzunehmenden Partner zu sehen (vgl. ebd., S. 173).

---

<sup>19</sup> Für Detail siehe: <https://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Asien/soz.html>, vom 14.05.2010.

Zeitlich überschneidet sich der Streit um den Raketenschild mit dem Kaukasuskonflikt 2008 mit Georgien. Auch in diesem Fall spielt die NATO eine Rolle. Die RF betrachtet die Maßnahmen des Westens, Georgien zu unterstützen und eventuell sogar in die NATO aufzunehmen, als eine wesentliche Ursache für die Eskalation des Konflikts.

### 3.2. Zusammenfassung und Aussicht

Die RF hat sich seit Putins Amtsübernahme deutlich verändert. Innenpolitisch kam es zu einer eigenwilligen Auslegung westlicher Werte und Institutionen, deren Bezeichnung von „gelenkter Demokratie“<sup>20</sup> bis „Demokratur“<sup>21</sup> reicht und Gegenstand zahlreicher Untersuchungen ist. In der Außenpolitik fanden situationsbedingt einige Richtungswechsel statt. Das Verhältnis zum Westen bleibt zwiespaltig. Zumindest im Raketestreit kam es auf Grund Obamas veränderter außenpolitischer Zielsetzung zu einer Entschärfung der Situation und das Verhältnis zwischen USA und der RF verbesserte sich wieder. Jedoch ist die Haltung der EU uneinheitlich. Sie reicht von einer auf historischen Erfahrungen gesammelten positiven Haltung bis zu einer ablehnenden Positionierung, welche hauptsächlich die neuen EU-Mitglieder einnehmen. Sie befürchten im Georgienkrieg den Startschuss Russlands gesetzt zu sehen, die Gebiete des alten Imperiums wieder einzusammeln (vgl. Rahr, 2009, S. 246). Fakt ist aber, dass Europa für Russland ein unerlässlicher Handelspartner ist und bleiben wird. Rahr fasst Putins Erbe wie folgt zusammen: *„Er verlässt sein Amt auf dem Höhepunkt seiner Autorität und Popularität. Er hinterlässt ein politisch ambivalentes Russland. Die Korruption ist in seiner Amtszeit nur schlimmer geworden. Die einheimische Wirtschaft sieht sich in den Fängen der übermächtigen Geheimdienste, die offenbar ihre eigene Agenda verfolgen. Dennoch kann man aus der Statistik herauslesen, dass heute die meisten Russen einen Lebensstandard im eigenen Land genießen wie niemals in der Geschichte zuvor“* (Rahr, 2009, S. 31).

Bemerkenswert ist, dass Putin sein Amt einem „Zivilisten“ übergab und er nicht einen Nachfolger aus dem Sicherheitswesen aufbaute, aus dem er selbst kam. Und wenn Medwedew sich wirklich

---

<sup>20</sup> Siehe Mommsen, 2007: „Das System Putin – Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland“.

<sup>21</sup> Siehe Reitschuster, 2007: „Putins Demokratur: Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt“.

aus Putins Schatten wagt, kündigt sich vielleicht eine Lockerung der „Vertikale der Macht“ an, genauso wie eine Reformierung der Institutionen der Macht anstehen könnte<sup>22</sup>.

Jedenfalls findet unter dem neuen Präsidenten Medwedew wieder einer Trendwende hin zu einer Annäherung an den Westen statt und Rahr vermutet: *„Plausibel scheint, dass Putin mithilfe des moderaten Medwedew Russlands Weg nach Europa erfolgreicher bewerkstelligen will. Russland kann seine Modernisierung nicht über den Kalten Krieg mit dem technologisch überlegeneren Modernisierungspartner EU durchführen“* (ebd., S. 21). Und auch wenn die Bemühungen Russlands in der Vergangenheit, vom Westen akzeptiert und integriert zu werden, ins Leere gingen und sich deswegen eine Orientierung hin zu den asiatischen Nachbarn entwickelte, letztendlich *„kämpft [Russland] um seinen berechtigten Platz unter den europäischen Mächten und ist nicht gewillt, sich nach Asien abdrängen zu lassen“* (ebd., S. 193). Denn: *„Medwedew und Putin sind Europäer, die sehen, dass ein Bündnis mit China sie für lange Zeit von Europa abschneiden werden“* (ebd., S. 223); zumal es in der russischen Geschichte schon seit jeher eine gewisse Skepsis bis Abneigung gegenüber den Chinesen gegeben hat.

Wie realistisch die Annäherungsversuche des neuen Präsidenten sein werden, welche ein Partnerschaftsabkommen mit der EU, einem Beitritt zur WTO<sup>23</sup> und sogar eine Mitgliedschaft bei einer reformierten NATO<sup>24</sup> beinhalten, wird die Zukunft zeigen. Tatsache ist, dass besonders die Korruption bekämpft und die marode Industrie reformiert und modernisiert werden muss. In den meisten russischen Überlegungen kann das nur durch Zusammenarbeit mit dem Westen bewältigt werden. Doch nach wie vor behält man sich vor, weiterhin mit Staaten wie Nordkorea und Iran zu kooperieren<sup>25</sup>.

Ob es bei Medwedews Ideen nur bei Reformüberlegungen bleiben wird, oder diese auch umgesetzt werden können, hängt wohl davon ab, ob er und damit letztendlich auch das gesamte Land es wagt über seinen eigenen Schatten zu springen. Wie schaut aber dieser Schatten aus? In den folgenden Kapiteln soll erörtert werden, was die russischen Besonderheiten sind, woher sie kommen und wie sie das aktuelle Russland beeinfluss(t)en.

---

<sup>22</sup> <http://www.welt.de/politik/ausland/article6241784/Tabubruch-in-Russland-Offene-Kritik-an-Putin.html>, vom 17.05.2010.

<sup>23</sup> Siehe dazu <http://www.n-tv.de/politik/Moskau-oeffnet-sich-gen-Westen-article871264.html>, vom 17.05.2010

<sup>24</sup> Siehe Fußnote 22.

<sup>25</sup> Siehe Fußnote 23.

## 4. Die orthodoxe Idee

### 4.1. Die Russisch-Orthodoxe Kirche bis zum Zerfall der UdSSR

Im 9. Jh. schlossen sich in Osteuropa mehrerer Herrschaftsgebiete zusammen, aus der die Kiewer Rus hervor ging und als Vorläufer Russlands gilt. Ihre räumliche Abgelegenheit führte zu einer Selbstwahrnehmung, die sich bewusst und nicht unfreiwillig vom Westen distanzierte.

Im Laufe des 10. Jh.. führte die Kiewer Rus einige Feldzüge gegen das im Süden benachbarte byzantinische Reich, dessen Zentrum Konstantinopel war. Um die Schwester von Kaiser Basileios II. von Byzanz heiraten und damit Konflikte beilegen zu können, ließ sich im Jahre 988 Fürst Vladimir taufen. Damit übernahm er den griechisch-orthodoxen Glauben von Byzanz, welcher sich alternativ zum lateinisch-katholischen Glauben Roms entwickelt hatte. Die Spaltung der Kirche in einen westlichen und östlichen Teil<sup>26</sup> auf Grund der Entfremdung in sprachlicher, kultureller und politischer Hinsicht, sollte auch bezeichnend für die Entwicklung Russlands sein. Jedenfalls verbreitete sich der neue Glaube durch die von oben verordnete Christianisierung schnell.

Im 12. Jh. zerfiel die Kiewer Rus. Sowohl das herrschaftliche, als auch das kirchliche Zentrum fand sich nunmehr im Norden, nämlich in Vladimir, nordöstlich von Moskau. Kiew selbst, nachdem es durch die Tartaren zwischenzeitlich zerstört worden war, geriet unter polnisch-litauischen und damit westlichen Einfluss. Obwohl sich in Kiew eine neue Metropole gegründet hatte, nannte sich der nun in Vladimir residierende Metropolit der orthodoxen Kirche weiterhin Metropolit von Kiew.

Während Anfang des 13. Jh. die nördlichen und westlichen Nachbarn die Kiewer Rus bedrängten, näherten sich vom Osten die Tartaren: *„Diese Expansionsversuche [Anm.: von Ost und West] wurden in der russischen Wahrnehmung einerseits als Versuch des westlichen Christentums gewertet den ostslawischen Bereich zu seinem Einflussgebiet und die Orthodoxie dort bedeutungslos zu machen, andererseits als Verrat der westlichen Mitchristen, da sie zu dem Zeitpunkt stattfanden, als die Rus' aus der asiatischen Steppe bedroht war. Statt den gefährdeten christlichen Glaubensgenossen zu Hilfe zu eilen, versuchten die ‚Lateiner‘ ihrerseits, einen strategischen Vorteil aus der Schwäche der russischen Fürstentümer zu ziehen“* (Bremer, 2007, S. 31). Schließlich eroberten die Tartaren allmählich die russischen Gebiete und

---

<sup>26</sup> Die Abspaltung des griechisch-orthodoxen Glaubens von Rom war ein langer Prozess, welcher mit dem Morgenländischen Schisma 1054 fixiert wird.

beherrschten es für über 200 Jahre. In unserer, westlichen Historiographie wird die Tartarenherrschaft als eher lockere Natur beschrieben, während die russische Historiographie von einer Tragödie, Schreckensherrschaft und dergleichen berichtet, welche bis heute ihre Spuren hinterlassen hätte, auch unter Mongolenjoch bekannt. Nichtsdestotrotz wurde die ROK geduldet und genoss weitgehende Freiheiten, weswegen ihr zu dieser Zeit identitätsstiftender Charakter zukam. Im Jahre 1326 zog das kirchliche Oberhaupt der Orthodxie von Vladimir nach Moskau um, benannte sich aber nach wie vor „Metropolit von Kiew“ und erweiternd „und der ganzen Rus“. Im Laufe des 14. Jh. konnte im Osten die asiatische Herrschaft Stück für Stück zurückgedrängt werden, bis sie 1476 ganz abfiel. Dafür war das Christentum römisch-katholischer Prägung bis nach Kiew vorgerückt, also bis an die Grenzen der russischen Fürstentümer.

Im Konzil von Ferrara-Florenz 1439, sollte die Spaltung der Kirche in einen östlichen und westlichen Teil aufgehoben werden. Grund der Union war die Bedrängung Konstantinopels durch die Osmanen und der oströmische Kaiser erhoffte sich militärische Unterstützung gegen die Eindringlinge. Innerhalb der östlichen Glaubensgemeinschaft, besonders in Russland, stieß die Idee auf Wiedervereinigung aber auf wenig Gegenliebe. Als Konstantinopel 1441 einen neuen Metropoliten schickte, wurde dieser auf Grund seiner wohlwollenden Haltung zur Kirchenunion abgelehnt und in weiterer Folge einfach abgesetzt. Stattdessen wählte man, ohne Einverständnis des Patriarchen in Konstantinopel, 1448 Iona von Rjazan zum Metropoliten. Damit war die Trennung und Unabhängigkeit der russischen Orthodxie von der griechischen in Konstantinopel vollzogen. Schlussendlich fiel Konstantinopel 1453 an die Osmanen, da die erhoffte militärische Hilfe aus Europa ausblieb und so das Ende des byzantinischen Reichs besiegelte. Dieses Verhalten sollte die skeptische bis ablehnende Haltung der ROK gegenüber dem Westen bis ins 19 Jh. prägen (vgl. Onasch, 1986, S. 1714).

Acht Jahre nach dem Fall Konstantinopels, also 1461, wurde der Titel des russischen Metropoliten den tatsächlichen Umständen angepasst und lautete nun „Metropolit von Moskau und der ganzen Rus“. Dies war auch der Moment, wo der Begriff „das Dritte Rom“ geprägt wurde. Dabei sollte auf die hervorgehobene Stellung Moskaus hingedeutet werden, nachdem „das Erste Rom“ durch die Annahme des römisch-katholischen Glaubens abgefallen war. "Das Zweite Rom", mit dem das orthodoxe Konstantinopel gemeint ist, war an die Osmanen gefallen, was als Zeichen Gottes gedeutet wurde, dass er die Unionierung von 1439 mit der römisch-katholischen Kirche nicht guthieß. Moskau wollte in dieser Hinsicht das Erbe Konstantinopels antreten, obwohl die Orthodxie dort eigentlich weiter bestand, lediglich nicht mit

vorangegangener Bedeutung. Man sah sich als letzte und freie Bastion und Bollwerk des wahren, ursprünglichen christlichen Glaubens, was als Missionsaufgabe erachtet wurde - was ich im Zusammenhang mit dieser Arbeit als orthodoxe Idee bezeichne.

Denn während Moskau in den vorangegangenen Jahrhunderten seine wirtschaftliche und politische Stellung innerhalb der Fürstentümer immer mehr ausbauen konnte, erfuhr die Stadt durch die Geschehnisse innerhalb der Kirche eine weitere Bedeutungssteigerung. Der ROK wurde eine besondere Rolle zugeschrieben, denn *„der Moskauer Staat und die Russisch Orthodoxe Kirche, ja die ganze großrussische Gesellschaft waren sich dessen bewusst, daß sie das einzige freie Land unter einem orthodoxen Herrscher waren“* (Lilienfeld, 1987, S. 51). Die ROK konnte durch ihre Missionstätigkeit stetig an Einfluss gewinnen und nahm dadurch eine nicht unwesentliche Position in Russland ein. Gegen Ende des 15. Jh. gehörte ihr in Form von Klosterbesitz ein Drittel des gesamten Landes. Erkauft wurde der Besitz allerdings durch Loyalität gegenüber dem Zaren (vgl. Bremer, 2007, S. 36).

In der „Zeit der Wirren“ Ende des 16. bzw. Anfang des 17. Jh., in der Schweden und Polen versuchten das geschwächte Russland zu unterwerfen, was wieder als Versuch des Westens gesehen wurde Russland gefügig zu machen, wurde die russische Metropole zum Patriarchat erhoben. Der Grund war die Abhängigkeit Konstantinopels von russischen Geldern. Da alle anderen Patriarchate sich im osmanischen Einflussbereich befanden, konnten sie kaum finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Als sich der ranghöchste Patriarch aus Konstantinopel 1589 in Moskau befand, konnte ihn Boris Godunov überreden den Metropoliten zum Patriarchen zu ernennen. Nun gab es in Russland einen *„selbtherrschenden Kaiser (Autokrator) mit einer autokephalen Kirche, an deren Spitze ein Patriarch stand“* (ebd., S. 38).

1613 wurde ein Romanov, nämlich Michael, vom Semski Sobor<sup>27</sup> zum Zar gewählt. Fast ein Jahrhundert lang existierten geistliche und weltliche Macht, vertreten durch den Patriarchen und den Zaren, nebeneinander, bekannt geworden unter dem Begriff „symphonia“, wobei die Kirche dem Zaren und seinen Interessen untergeordnet war. Bremer merkt dazu an, dass die *„russische Orthodoxie [...] über lange Jahrhunderte grundsätzlich die Staatsideen vertreten [hat], die auch den jeweiligen russischen Staat prägten. Das impliziert, dass sie die imperiale Entwicklung Russlands mitvollzogen hat...“* (ebd., S. 202).

---

<sup>27</sup> Die russische Ständeversammlung.

Als Peter I.<sup>28</sup> 1682 Zar wurde und anfang Russland nach westlichem Vorbild zu reformieren, musste er die Geistlichkeit in die Schranken weisen, da sich diese als äußerst konservativ erwies und den Zaren auf Grund ihrer Besitztümer und damit Einfluss erheblich behindern hätte können. Nach Patriarch Adrians Tod i.J. 1700, verhinderte der Zar daher eine Neuwahl und ließ stattdessen wieder einen Metropolit als Verwalter einsetzen. Erwähnenswert ist hierbei, dass der neue Metropolit, Stefan Javorskij, aus einem Teil der Ukraine kam, welches Russland kurz zuvor erobert hatte. Die Ukraine hatte auf Grund ihrer langen Zugehörigkeit zu Polen-Litauen westliche Einflüsse erfahren und so folgte mit dem neuen Metropoliten ein gewisser frischer Wind, der Peter, in seinem Vorhaben Russland zu reformieren, nur gelegen kam. Im Zuge seiner Reformen wurde das Klosteramt gegründet, welches eine staatliche Behörde darstellte, die zum Ziel hatte Gewinne aus klösterlichem Besitz dem Staat zuzuführen und den kirchlichen Besitz später ganz in Staatsland übergehen zu lassen. Das Amt des Patriarchen wurde einem geistlichen Kollegium bzw. Gremium, dem sogenannten Heiligen Synod, übergeben, dem aber von staatlicher Seite ein Oberprokurator zur Seite stand, um alles überwachen zu können. Eine Unabhängigkeit der Kirche war damit nicht mehr vorhanden und faktisch der staatlichen Kontrolle unterworfen. Die ROK war nunmehr offiziell Staatskirche. Nicht verwunderlich ist die Meinung, dass *„Peter für konservative Vertreter der Kirche z.T. bis heute als Verkörperung des Antichrists gilt, der Russland für viele schädliche und verderbliche Einflüsse geöffnet habe“* (Bremer, 2007, S. 44).

Nach dem Tod Peter I. 1725, wurde der rigide Kurs gegenüber der Kirche beibehalten und die ROK verlor weiterhin an Einfluss, bis hin zur vollständigen Machtlosigkeit. In dieser Entwicklung sieht Berdjajew übrigens den Grund für das Scheitern der Mission Russlands als Drittes Rom, was im nächsten Missionsversuch Russlands mündete, nämlich der Dritten Internationale (vgl. Berdjaev, 1983, S. 35).

In den letzten Jahren des Zarenreiches konnte die Kirche auf Grund der revolutionären Stimmung wieder ein gewisses Maß an Unabhängigkeit erlangen. Mit der Februarrevolution 1917 war der Moment gekommen, das Patriarchatsamt wieder zu besetzen und unter Tichon einen Neubeginn zu wagen. Jedoch folgte alsbald die Große Oktoberrevolution, aus der ein neuer, sozialistisch-kommunistisch geführter Staat entstehen sollte, welcher u.a. die Beseitigung des Glaubens zum Ziel hatte. Mit einer Reihe von Maßnahmen wurde der Einfluss und Wirkungsbereich der Kirche erheblich eingeschränkt. Zum einen mit dem „Dekret über den

---

<sup>28</sup> Peter I. auch bekannt als Peter der Große.

Grund und Boden“, nach dem auch kirchliche Besitztümer verstaatlicht werden sollten, und zum anderen auch mit der „Erklärung über die Rechte der Völker Russlands“, in der jegliche Privilegien, auch religiöse, abgeschafft wurden. Formal trennte Lenin das Verhältnis zwischen Kirche und Staat 1918 im Dekret „Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“ (vgl. Lilienfeld, 1987, S. 59). Der Glaube und damit zusammenhängende Handlungen sollten zur Privatsache und kirchliche Zeremonien oder Einflüsse aus jeglichen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens verbannt werden. Eine reine Säkularisierung, wie sie sich schon viel früher in Westeuropa vollzogen hatte, reichte den Kommunisten da bei weitem nicht aus. An Stelle des religiösen Denkens sollte der dialektische und historische Materialismus treten, welche den Atheismus als Bestandteil hat (vgl. Luchterhandt, 1984, S. 48).

Im Laufe des Bürgerkriegs kam es zur Unterdrückung, Verfolgung und Hinrichtung religiöser Führer, da sie als Stütze des alten zaristischen Systems betrachtet wurden. Außerdem wurde ein Großteil der Kirchen geschlossen und kirchlicher Besitz gewaltsam konfisziert, um durch die Erlöse Waffen und Lebensmittel zu kaufen. 1922 wurde Patriarch Tichon verhaftet und er unterzeichnete ein Jahr darauf eine Erklärung, in der er sein Bedauern über sein regierungsfeindliches Handeln verlautbarte. Nach seinem Tod 1925 wurde in der Prawda und Iswestija sein Testament veröffentlicht, welches u.a. wie folgt lautete: *„Ohne gegen Glauben und Kirche zu versündigen und ohne irgend etwas an ihnen zu verändern [...] müssen wir in unserem bürgerlichen Verhalten der Sowjetmacht und dem Wirken der UdSSR für das Gemeindewohl gegenüber aufrichtig sein, indem wir Leben und Tätigkeit der Kirche ihrer äußeren Ordnung nach mit der neuen staatlichen Struktur in Übereinstimmung bringen und jegliche Gemeinschaft mit den Feinden der Sowjetmacht und jede offene oder versteckte Agitation gegen sie verurteilen“*<sup>29</sup> (Tichon, zit. nach Pitirim, 1987, S. 29). Die Wahl eines neuen Patriarchen wurde abermals verhindert, mit der Hoffnung, dass ohne geistliches Oberhaupt die Kirche zerfallen würde. Sein Nachfolger Metropolit Sergij setzte Tichons Linie fort und erklärte: *„Wir wollen orthodox sein und zur gleichen Zeit die Sowjetunion als unsere bürgerliche Heimat anerkennen, deren Freuden und Erfolge unsere Freunden und Erfolge sind, und deren Mißerfolge unsere Mißerfolge sind. Jeder Schlag, der gegen die Union gerichtet ist, sei es Krieg, Boykott, irgendeine gesellschaftliche Katastrophe oder einfacher Meuchelmord, (...) wird von uns als Schlag aufgefaßt, der gegen uns gerichtet ist“* (Sergij, zit. nach Behrens, 2002, S. 54).

---

<sup>29</sup> Bei dieser Erklärung kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie zu Gunsten des Regimes umgearbeitet wurde (vgl. Behrens, 2002, S. 53).

Behrens erkennt darin Sergijs „*totale Fixierung seiner Kirche mit dem Sowjetstaat*“, womit er die „*vollkommene Interessenskongruenz beider Seiten [postulierte]*“ (ebd.). Nichtsdestotrotz, nachdem sich abzeichnete das sich der Glaube weder leicht noch schnell beseitigen ließe, wurde die antireligiöse Propaganda verstärkt und Atheismus zu einer wissenschaftlichen Disziplin, in der man versuchte wissenschaftlich nachzuweisen, dass es Gott nicht gäbe und Religion eine Phantasie sei (vgl. Bremer, 2007, S. 130).

In der Zeit der Stalinschen Säuberungen in den 1930er Jahren, der beinahe die gesamte Geistlichkeit zum Opfer fiel, wurde massiv gegen die Kirche vorgegangen und so sah es vor Ausbruch des 2. Weltkriegs für die Orthodoxie in Russland schlecht aus: „*Alle Klöster und Ausbildungsstätten waren geschlossen, die Kirche konnte keine Druckerzeugnisse produzieren, und von mehr als 50.000 Kirchen im Lande wurden nur 500 genutzt. Die orthodoxe Kirche in Russland stand faktisch kurz vor ihrem Ende*“ (ebd., S. 54). Doch es zeichnete sich allmählich ein Paradigmenwechsel ab. Stalins Verkündung des „Sozialismus in einem Lande“, also dem Aufbau des Sozialismus in einem Land anstatt der Weltrevolution, zog auch eine Änderung im Verhalten gegenüber der ROK nach sich. Er rückte von den Maximen der alten Bolschewiken ab und kehrte zu großrussischem Denken zurück, in der auch die Religion eine gewisse Rolle spielte (vgl. Behrens, 2002, S. 56). Mit dem Überfall der Wehrmacht auf die UdSSR änderte sich die Situation schlagartig. Metropolit Sergij rief respektable sieben Tage vor dem paralysierten Stalin zum Widerstand gegen die Invasoren auf und die ROK sammelte große Geldsummen bei den Gläubigen, mit denen Waffen für die Rote Armee finanziert werden konnten. Stalin erkannte nun den Nutzen der Kirche für den Widerstand gegen die Faschisten und sprach der Kirche wieder einige Rechte und Freiheiten zu. 1943 ließ er z.B. die Wahl eines neuen Patriarchen zu, eben des bereits erwähnten Sergij, mit der Begründung, dass „*die kommunistische Partei [...] das russische Volk nicht länger seiner Kirche und Gewissensfreiheit berauben*“ könne (Stalin, zit. nach de Vries, 1957, S. 17).

Nach Beendigung des Krieges änderte sich die Religionspolitik insofern, als dass Stalin sich weiterhin pragmatisch zeigte und der Kirche enge Grenzen setzte, in der sie agieren durfte. Es gab keine direkten Verfolgungsmaßnahmen mehr und „*der Staat akzeptierte die Kirche zunächst als Realität, die in der UdSSR präsent war... [...] Die Kirche hatte größere Handlungsmöglichkeiten, oder besser gesagt: Im Vergleich zur Zeit unmittelbar vor dem Krieg hatte sie überhaupt Handlungsmöglichkeiten*“ (Bremer, 2007, S. 132). Ihr kamen begrenzte finanzielle Mittel, Infrastruktur und Örtlichkeiten zu, was wieder eine Rückkehr zur Situation zu Zeiten Peters I. darstellte, wo die Kirche eng an den Staat gebunden war. Die Verbesserung

ihrer Situation musste die ROK aber mit schwerwiegenden ideologischen Zugeständnissen erkaufen (vgl. de Vries, 1957, S. 40). Auch ein „Rat für die Angelegenheiten der orthodoxen Kirche“ bzw. später „Rat für Angelegenheiten der Religionen beim Ministerrat der UdSSR“ wurde wieder eingeführt, der, ähnlich dem Oberprokurator von Peter I., die Vorgänge der ROK überwachen bzw. leiten sollte.

Nach Stalins Tod und der Nachfolge Chruschtschows 1953 verhärteten sich die Fronten wieder. In seiner Überzeugung in Bälde den Kommunismus erreicht zu haben, war es sein Ziel u.a. den „Sowjetmensch“ zu schaffen, der Religion und Glauben nicht mehr notwendig hatte. Seine Entstalinisierungskampagne und Reformversuche forderten ein Bauernopfer, welches sich in der Religion finden ließ. Im Gegensatz zu den brutalen Methoden seines Vorgängers, versuchte es der neue Machthaber mit „administrativen“ Mitteln wie Unterwanderung und erschwerter Zugang zu Finanzen und Infrastruktur. Daneben setzte die Staatsführung auf die Religionskritik, aber man wandte sich, wie in den 1920er Jahren, auch wieder verstärkt der atheistischen Propaganda zu<sup>30</sup>.

Unter Breschnew, Andropow und Tschernenko änderte sich kaum etwas. Allerdings verbesserte sich die Lage für die ROK insofern, als dass durch nationale und internationale Regelwerke, hier sei die Verfassung der UdSSR in der Fassung von 1977 und die Schlussakte von Helsinki 1975 erwähnt, sich langsam eine gewisse Besserstellung abzeichnete. Schwierig ist die Haltung der Entscheidungsträger der ROK zu beurteilen. Die Kirchenleitung übte sich in Patriotismus und Staatstreue und distanzierte sich darüber hinaus auch noch von Dissidenten, wobei schwer zu beurteilen ist, ob sie dies gezwungenermaßen tat oder tatsächlich in Übereinstimmung mit der Partei. Jedenfalls wird dies als Beweis für die „*servil-opportunistische Haltung der Hierarchie*“ betrachtet (Lilienfeld, 1987, S. 98).

Trotz aller Anstrengungen Religion und Glauben zu beseitigen, stieg in der UdSSR die Zahl der Gläubigen wieder an. Lewytzkyi erklärt sich das u.a. dadurch, dass „*viele Sowjetbürger [...] in der Religion einen integralen Bestandteil ihres nationalen Identitätsbewusstseins*“ gesehen hätten (Lewytzkyi, 1983, S. 92). Abgesehen davon verlor die kommunistische Ideologie ab den 1970er Jahre an Anziehungskraft, weil die Widersprüche zur realen Politik immer deutlicher zu

---

<sup>30</sup> Der Unterschied zwischen Religionskritik und atheistischer Propaganda bestand darin, dass mit Hilfe der Kritik versucht wurde die negativen Seiten der Religion zu entlarven, während die Propaganda darauf abzielte die Vorzüge des Atheismus zu preisen. Festzustellen ist, dass die Religionskritik, bis auf die Erkenntnisse der ideologischen Väter des Marxismus-Leninismus, nie weiter spezifiziert werden konnte. Daher konzentrierte man sich bei der atheistischen Propaganda darauf ihn als „wissenschaftlich“ darzustellen und die Vorzüge des Atheismus, z.B. Fortschritt, aufzuzeigen und durch Beweise in der Entwicklung des Landes zu belegen. Die Grenzen zwischen beiden „Methoden“ waren dabei fließend.

Tage traten und die Versprechungen und ständige Propaganda der Partei nicht (mehr) gehalten werden konnten. Spätestens mit dem Afghanistan-Krieg verlor der Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung an Strahlkraft und entpuppte sich als Rechtfertigungsideologie.

Mit Gorbatschows Machtantritt 1985 begann sich die Haltung des Regimes gegenüber der Kirche zu ändern. Das lag darin begründet, dass das Vertrauen der Gesellschaft in die ROK rasant zunahm, während das Vertrauen in das System bzw. das Regime dramatisch sank und deswegen zu einem attraktiven Partner im Zuge von Perestroika und Glasnost wurde. Beide, Regime und ROK, hatten anfangs ähnliche Standpunkte über die weitere Zukunft der Union. So kritisierten sowohl Gorbatschow als auch die Kirche den moralischen Verfall und beide versuchten den Zerfall des Landes zu verhindern, weil es entgegen ihrer imperialen Prägung und Orientierung stand. Die 1000 Jahr Feier der (Kiewer) Rus 1988 markierte den endgültigen Wendepunkt, wo das sowjetische Regime der ROK immer mehr Rechte und Freiheiten ließ. 1990 wurde ein liberales Religionsgesetz erlassen, welches Religionsfreiheit versprach (vgl. Bremer, 2007, S. 136ff.). Dennoch, und was auch auf Grund der Verfolgung in der sowjetischen Ära nachvollziehbar ist, kam es seitens der Kirche zu einer stärkeren Hinwendung zu den diversen Oppositionspolitikern, die ihr mehr Unabhängigkeit, Rechte und Rückgabe von Eigentum versprachen.

Nach dem Zerfall der UdSSR gewann die orthodoxe Kirche massiv an Einfluss auf die Bevölkerung, aber auch den Staat selbst, was mit dem Identitätsverlust der russischen Gesellschaft zusammenhing.

#### **4.2. Das Verhältnis zwischen der ROK und den verschiedenen Regimen im politischen System Russlands**

Schon von Anbeginn der Kiewer Rus war das Verhältnis zwischen den jeweiligen russischen Herrschern und der Kirche ein enges: *„Dem byzantinischen Erbe entsprechend gestaltete sich die Beziehung zwischen dem Hof und der Kirche in Kiew. Der Fürst bestimmte faktisch die Rahmenbedingungen des kirchlichen Handelns, ohne dass das als eine besondere Einschränkung verstanden worden wäre. Die Kirche stand nicht in Konkurrenz zum Hof, sondern war eher ein Teil desselben“* (Bremer, 2007, S. 113). Diese Symbiose wurde mit dem bereits erwähnten Begriff „Symphonia“ beschrieben. Selbst in der Zeit des sog. Mongolenjochs konnte sich die ROK mit den neuen Herrschern arrangieren. Nach der Vertreibung der Tartaren kehrte

man wieder zum vortartarischen System zurück. Mit den Jahrhunderten fand die Kirche ihren festen Platz im System und war somit „Hüterin des überkommenen Erbes und zugleich Unterstützerin des Zaren“ (ebd., S. 118).

In seinem Vorhaben Russland zu reformieren, musste Peter der Große mit dem Widerstand von der ROK rechnen. Dem versuchte er entgegenzuwirken, indem „die Kirche [...] in ein System gezwungen [wurde], das sie als fremd und unangemessen empfand, gegen das sich zu wehren sie allerdings keine Mittel hatte“ (ebd., S. 119f.). So schritt die Säkularisierung von Besitz, aber auch Menschenleben, hauptsächlich Bauern die der Kirche „gehörten“, sukzessive voran. Dies war notwendig, um die Kirche zu entmachten und gefügig zu machen. Konsequenz war, dass der Staat immer mehr Einfluss auf die Kirche ausübte, die Kirche gleichzeitig auf Grund ihrer konservativen Haltung immer mehr an Einflussmöglichkeiten verlor. Insofern verstand sich die Kirche auf der einen Seite immer mehr als staatstragende und staatserhaltende Institution, auf der anderen Seite wurde sie aber auch als solche betrachtet (vgl. ebd., S. 124). Nämlich als Organisation die weiterhin Staat und Gesellschaft prägte, wohingegen die religiöse Komponente eine eher untergeordnete Rolle spielte.

Nach der Oktoberrevolution 1917 änderte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche grundlegend. Im Gegensatz zu den vorigen Jahrhunderten gehörten die kommunistischen Führer nicht nur nicht der ROK an, sondern hatten sich auch noch zum Ziel gesetzt den Glauben auszulöschen, weil er bzw. die Kirche einer natürlichen Entwicklung hin zum Kommunismus nicht nur hinderlich, sondern gänzlich unvereinbar wäre.

Auch wenn Lenin per Dekret formal die Kirche vom Staat trennte, so war der Staat nicht von der Kirche getrennt, weil er immer wieder direkt oder indirekt in kirchliche Angelegenheiten eingriff, während die Kirche gar keine Einflussmöglichkeiten mehr auf den Sowjetstaat hatte (vgl. Bremer, 2007, S. 125). Begründet liegt das in der Sicht- und Denkweise der Kommunisten im Verhalten gegenüber der Kirche: „Die Partei des Proletariats fordert vom Staat, die Religion zur Privatsache zu erklären, wobei sie den Kampf gegen das Opium des Volkes, den Kampf gegen den religiösen Aberglauben usw. keineswegs als ‚Privatsache‘ betrachtet“ (Lenin, zit. nach Roth, 1987, S. 151).

Mit Stalins Pragmatismus im Umgang mit der ROK kam es zu einer neuen symbiotischen Übereinkunft zwischen Kirche und Staat. Von dieser Symbiose profitierte der sowjetische Staat aber weit mehr als es die Kirche tat. Stalin hoffte, auf Grund der wohlwollenden Haltung gegenüber der Geistlichkeit, in der sowjetischen Gesellschaft an Ansehen zu gewinnen. Außerdem sollte innerhalb des eigenen Machtblocks - und auch im Sinne des Panlawismus -

die slawische Bande durch die Orthodoxie gefestigt werden. Dies gelang aber nur begrenzt, weil es zu einem offensichtlichen Widerspruch zur offiziellen Ideologie des Atheismus kam und darüber hinaus nicht alle slawischen Bruderstaaten der Orthodoxie angehörten. Über den sozialistischen Block hinaus versuchte man über die religiösen Kontakte einen gewissen Einfluss zu erlangen. Vor allem in der internationalen Friedensbewegung bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Kirche. Doch der Versuch des sowjetischen Regimes über eine pseudo „transpolitische“ bzw. „transideologische“ Plattform wie der Friedensbewegung einer angeblich „unpolitischen“ Kirche das Ausland zu erreichen und für sich zu gewinnen, wurde dem eigenartigen Duo nicht abgenommen (vgl. de Vries, 1957, S. 51ff.). Nichtsdestotrotz war die Instrumentalisierung der Kirche, als internationales Sprachrohr der UdSSR, eine Möglichkeit der ROK mit dem Ausland in Kontakt zu treten und Lebenszeichen von sich zu geben, aber auch von Entwicklungen im Ausland zu erfahren. Zu viel mehr kam sie zu Zeiten des Sowjetregimes nicht.

#### **4.3. Das Besondere des orthodoxen Glaubens**

Was kennzeichnet nun den Russen als orthodox? Was unterscheidet ihn vom katholischen Europäer?

Das Wort Orthodoxie kommt aus dem altgriechischen und bedeutet Rechtgläubigkeit oder „den rechten bzw. richtigen Glauben“ zu haben (vgl. Onasch, 1986, S. 1706). Mir erscheint es wichtig hervorzuheben, dass die Worte Orthodoxie und Rechtgläubigkeit nicht als Synonym zu verstehen sind. Während Orthodoxie stark institutionell behaftet ist, lässt sich Rechtgläubigkeit undogmatisch(er) verwenden.

Durch die ausgeprägte Institutionalisierung der römisch-katholischen Kirche, konnte die katholische Kirche in Europa ein wesentlicher Machtfaktor werden. Die ROK hingegen war dem politischen System zu jeder Zeit untergeordnet und in ihrem Wirken mehr oder weniger stark eingeschränkt. Die russischen Herrscher mussten, im Unterschied zu den europäischen Kollegen, nie sonderlich Rücksicht auf die Orthodoxie nehmen und konnten deswegen auch, je nach Lage und Nutzen, eng mit nichtorthodoxen Eliten zusammenarbeiten und privilegierte sie auch durchaus gegenüber Russen und Orthodoxen (vgl. Kappeler, 1990, S. 25). Die Aufgabe der ROK bestand hauptsächlich darin als Identitäts- und Integrationsfaktor zu fungieren und nicht als religiöse Institution auch Macht auszuüben. Dieses Interesse hatte die katholische

Kirche sehr wohl und so geriet die Geistlichkeit auch immer wieder in Konflikt mit den weltlichen Mächten, was schließlich zur Säkularisierung führte. Die Orthodoxie begnügte sich aber stets in Einklang und ohne Konkurrenz - in „Symphonia“ - mit der weltlichen Macht zu existieren. Darin mag der Grund liegen, warum sich Russen im Laufe der Jahrhunderte als religiös bzw. rechtgläubig und im ursprünglichen Sinn des Wortes orthodox verstanden, ohne mit der Institution Kirche verbunden sein zu müssen. Bei Durchsicht entsprechender Literatur entsteht deswegen manchmal der Eindruck, dass bereits Spiritualität als Orthodoxie, also Rechtgläubigkeit, aufgefasst wird.

Der Dichter und Slawophile Fjodor Tjutschew ist dafür ein bezeichnendes Beispiel. Auch wenn er sich oft auf die Orthodoxie berief, wird er als nicht besonders religiös beschrieben und der Glaube hatte mehr idealistischen Charakter (vgl. Tjutschew, 1992, S. 11ff.). Vor diesem Hintergrund erklärte er: *„Rußland ist vor allem ein christliches Imperium, das russische Volk ist christlicher, und zwar nicht nur wegen seines orthodoxen Glaubens, sondern dank etwas, das inniger als nur der Glaube ist. Es ist christlich dank seiner Fähigkeit zur Selbstaufgabe und zum Opfermut, welche gleichsam die Grundlage seiner sittlichen Natur bildet“* (ebd., S. 62). Golczewski analysiert bei den Slawophilen z.B., dass *„nicht die ‚orthodoxe Staatskirche‘ [...] die religiösen Vorstellungen der Slavophilen [repräsentierte], sondern eine idealisierte ‚theologiefreie‘ Volkskirche“* (Golczewski, 1998, S. 24). Daraus ergibt sich, dass das Verständnis orthodox zu sein sehr weit gespannt werden kann.

Auch und gerade in der sowjetischen Herrschaftsperiode kam es auf Grund der Unterdrückung zu äußerst pragmatischen Erklärungen. So reichte das Verständnis von Orthodoxie von: *„Für einen orthodoxen Christen gibt es nichts Wichtigeres als den Aufenthalt in der Kirche. Mit Ehrfurcht spricht er die kirchlichen Gebete, die im Gotteshaus gesungen werden, zündet er Lampen und Kerzen an, bekreuzigt sich...“* (Nikitin, 1987, S. 101f.), bis zu: *„In jedes orthodoxe Haus gehören Ikonen. Auch sie können sich aber, falls es angebracht scheint, ins Schlafzimmer, oder in ein Schrankfach zurückziehen“* (Lilienfeld, 1987b, S. 252). Allerdings führte derselbe Autor selbst an, dass es sich mehr um ein kulturelles denn religiöses Bekenntnis handeln könnte: *„Heute [Anm.: 1987] kann es auch Ausdruck russischen, ukrainischen, weißrussischen oder einfach ‚russisch-orthodoxen‘ Kulturbewusstseins sein – ein Bekenntnis mehr zur Nationalkultur als zum Dreieinigen Gott“* (ebd.). Oftmals lautet die Begründung zum Bekenntnis der Orthodoxie auch lapidar „weil ich Russe bin“. Und auch die Teilnahme am kirchlichen Leben beschränkt sich oftmals auf Ostern und Weihnachten (vgl. Graupner, 2005, S. 21).

In diesem Lichte stünde die Orthodoxie bzw. Rechtgläubigkeit meinem Verständnis nach dem Agnostizismus doch recht nahe. Der Unterschied mag darin bestehen, dass in der Rechtgläubigkeit mehr oder weniger aktiv nach dem eschatologischen gesucht wird und spirituellen Charakter hat der einen umgibt, während man sich beim Agnostizismus auf die Möglichkeit eines geistigen Bestehens begnügt. Wichtig ist hierbei, dass die Rechtgläubigkeit bzw. die Suche nach Gott und/oder christlichen Werten unabhängig von einer Institution stattfinden muss, kann oder soll: *„Nimmt man die Orthodoxie nicht in ihrer offiziellen, bürokratischen, entarteten Form, so wird man in ihr mehr Freiheit, mehr Sinn für die Brüderlichkeit aller Menschen, mehr Güte, mehr wirkliche Demut und weniger Machtwillen als im westlichen Christentum erkennen“* (Berdjaev, 1983, S. 230).

## 5. Die russische Idee

### 5.1. Ein Abriss der russischen Staats- und Nationswerdung

In Russland ging der Nationsbildungsprozess, im Gegensatz zum übrigen Europa, sehr langsam vonstatten. Dies lag zum einen an der Exponiertheit und zum anderen an der Führung des Landes. Wie im vorigen Kapitel bereits erwähnt, stellt die Wiege des Slawentums das Kiewer Rus im 9. Jh. dar, was bis heute eine Stätte des Konflikts zwischen Russen und Ukrainern ist. Der Grund ist, dass letztere die „räumlich-demographisch-ethnische Kontinuität“ und Russen die „dynastisch-staatliche Kontinuität“ anführen (Kappeler, 1990, S. 21). Zu den unterschiedlichen Ansichten kommt es, weil es für die Ukrainer wichtig ist darauf zu verweisen, dass der Kern des Slawentums, zu den sie sich zugehörig fühlen, geographisch in ihrem Territorium geblieben ist und deswegen sie die Hauptlinie der Slawen bilden. Die Russen hingegen betonen, dass die Hauptlinie der Slawen in Folge des asiatischen Ansturms nach Norden aus- bzw. zurückweichen und die Slawen deswegen eine geographische Wanderung vollziehen mussten.

Kappeler stellt fest, dass die „Nationsbildung der Russen [...] in einem engen Wechselverhältnis zur Staatsbildung [stand]“, wobei „die Staatsbildung der Nationsbildung zeitlich voranging“ (ebd., S. 23). Beim Kiewer Rus kann aber nicht von einem Staat in unserem heutigen Verständnis gesprochen werden, sondern frühestens ab dem 15. Jh. Wichtigste Bezugs- und Identifizierungspunkte waren zu diesem Zeitpunkt die Führung des Landes, d.h. die Dynastie der Rurikiden und ab Anfang des 17. Jh. die der Romanows, sowie die Gebietsausdehnung und Ausbau des Staates unter diesen Dynastien. Abgesehen davon war Russland bis weit ins 17. Jh. eine „in sich verschlossene und tief mittelalterliche Welt“ geblieben (Wegner, 1997, S. 11). Erst durch Peter I. kam es zu weitreichenden Reformen wie der Zentralisierung des Landes, der Einführung von Steuern und in diesem Zusammenhang die Errichtung eines stehenden Heeres. Um in Russland einen identitätsstiftenden Effekt zu erzielen und die Herrschaft zu legitimieren, konstruierte die herrschende Elite das Konzept des Reichspatriotismus. Dieser setzte sich aus 3 Elementen zusammen:

1. Der Autokratie, der von Gott eingesetzten Zaren und seiner Dynastie
2. Dem orthodoxen Glauben, welcher aber eine untergeordnete Rolle spielte und
3. Die territoriale Vorstellung vom Russischen Reich, welcher sich nach den Eroberungen der Khanate von Kazan und Astrachan in ein imperiales Bewusstsein veränderte und deswegen im 18. Jh. den imperialen Bedürfnissen des russischen Reiches angepasst wurde (vgl. Kappeler, 1990, S. 29).

Darüber hinaus setzte der Staat, als einer der wenigen und größter Akteure, in der Wirtschaft die stärksten Akzente und *„diese und andere Faktoren trugen dazu bei, daß der russische Staat bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts an innerer und äußerer Macht ständig zunahm“* (Kappeler, 1990, S. 24).

Doch während der Staat ausgebaut und stärker wurde, kam die Nationswerdung nur schleppend voran. Das lag auch daran, dass die Expansion Russlands und in dem Zusammenhang die Eingliederung nichtrussischer Völker schneller voranschritt als die Ausbildung eines russischen Nationalbewusstseins. Kappeler führt an, dass *„der Staat [...] andere Prioritäten [setzte]: Stabilisierung der Herrschaft und Loyalität der neuen Untertanen erschienen als wichtiger denn [...] Vereinheitlichung“* (ebd., S. 24). Die Kooptierung nichtrussischer Eliten, die bei Eroberung unterworfen worden waren, führte zwar zu einer Eingliederung fremder Völker in das russische Reich, allerdings kam es zu so gut wie keiner Assimilation oder Identifizierung der Nicht-Russen mit den neuen russischen Herrschern. Das führte dazu, dass der *„polyethnische Charakter Rußlands nicht verringert, sondern infolge der permanenten Expansion sogar verstärkt“* wurde (ebd., S. 25). Aus dieser Entwicklung resultierte bei den Russen die Selbstauffassung ein multiethnisches, anationales Volk zu sein und verfügten von daher über ein schwach ausgeprägtes, spezifisch russisches Nationalbewusstsein. Denn das, was das „Russe sein“ ausmachte, waren neben der Orthodoxie, als stärkster anationaler Identitätsfaktor, der Staat, der eben multiethnisch war, und die russische Führung, die, Macht der göttlichen Autorität, lange nicht in Frage gestellt wurde. Behrens beschreibt es wie folgt: *„Das Russische sei gar keine Nationalität, sondern eine spirituelle Eigenschaft. So sei es bestens bekannt, daß man als ‚russisch‘ immer einen Bürger des Imperiums bezeichnet habe, der die Orthodoxie praktiziere, ‚unabhängig von seinem Blut‘“* und Russentum daher nicht *„ethnisch motiviert, sondern [...] sich als spirituelle Kategorie“* präsentiert (Behrens, 2002, S. 119 und S. 127).

Entwicklungen, die Westeuropa im Laufe von Jahrhunderten grundlegend geändert und geprägt hatten - das Westfälische System, die Ideen des Humanismus, der Renaissance, des Liberalismus und der Aufklärung - sparten Russland aus. Interessant wird es, wenn man diese „Nicht-Entwicklung“ aus dem Blickwinkel eines Russen betrachtet. Der Philosoph und Publizist Alexander Herzen meinte z.B., dass die *„eigentliche Kraft des russischen Volkes [...] niemals durch seine Entwicklung absorbiert worden [ist], wie es bei den germano-romanischen Völkern der Fall war“* (Herzen, 1905, S. 23). Dasselbe galt für den ökonomischen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Wegner merkt dazu an, dass Russland in der halb asiatisch-bäuerlichen Produktionsweise steckengeblieben wäre, was in der russischen Sozialforschung

als „aziacina“ bezeichnet wird, die übrigens auch eine „halb asiatische“ Gesellschaftsstruktur beschreibt und der man eine nicht unwesentliche Bedeutung in der russischen Entwicklungsgeschichte zuschreibt<sup>31</sup> (vgl. Wegner, 1997, S. 17f. und S. 22f.).

In Russland kam erst mit der Aufklärung im 18. Jh. auch seitens der Intelligenz langsam das Interesse auf russische Identität durch spezifisch russische Eigenheiten zu definieren und nicht mehr lediglich durch den Staat und/oder die Religion. In Folge von staatlichen und gesellschaftlichen Modernisierungstendenzen kam der russische Staat, der an seiner vornationalen Integrationsideologie festhielt, im 19. Jh. immer stärker in Bedrängnis: *„Dieses neue Nationalbewußtsein forderte den dynastischen Reichspatriotismus des Staates heraus, da es die Loyalität für die russische Nation statt für den Zaren propagierte und damit das Machtmonopol der Autokratie in Frage stellte“* (Kappeler, 1990, S. 30).

Die Erosion des Reichspatriotismus wurde durch konkurrierende Ideologien wie den Sozialismus und verschiedene Nationalismen, die versuchten den Nationsbildungsprozess zu steuern, bedrängt (vgl. ebd., S. 30). So sahen die Nationalisten die Ursache der Schwäche der russischen Nation in der noch vorhandenen bäuerlichen Leibeigenschaft, der paternalistischen Tradition des russischen Staates und im Gebaren des Staates, massiv in der Wirtschaft einzugreifen. Eine weitere Forderung bzw. Ziel der Nationalisten war es ein eigenes russisches Nationalbewusstsein herauszubilden, zu stärken und von nichtrussischen Einflüssen zu separieren (vgl. Löwe, 1990, S. 66f.). Doch der russische Nationalismus fand in der russischen Bevölkerung kaum Anklang und konnte *„ohne die Krücken der Orthodoxie und des Antisemitismus kaum Massensuggestion ausüben“* (Löwe, 1990, S. 73). Dennoch versuchte in den letzten Jahrzehnten des Zarenreichs die konservative Regierung die Krise, in der sich das Land befand, durch Zugeständnisse an nationalistische Kräfte, welche überall entstanden waren, zu überwinden, weil die Befürchtung im Raum stand, dass Parlamentarismus und Liberalismus den Sozialisten in die Hände spielen würde (vgl. Carter, 1995, S. 45). Doch das autokratische System konnte ihre *„vornationale Staatsideologie nicht durch eine nationale ersetzen, ohne das Herrschersystem zu destabilisieren“*<sup>32</sup> (Kappeler, 1990, S. 9). Der Versuch der Zarenregierung, eine Russifizierung in einem Reich durchzuführen, wo der Anteil der Nicht-

---

<sup>31</sup> Auch Rudi Dutschke hat sich in den 1970er Jahren mit den Besonderheiten des „russischen Weges“ beschäftigt und auf eine Unterscheidung zwischen europäischen und russischen Sozialismus hingearbeitet. In Dutschke, Rudi, 1975: „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen - Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus“.

<sup>32</sup> Das stellt eine interessante Parallele dar, was die Delegimitation den Marxismus-Leninismus ca. 100 Jahre später betrifft. Denn die KPdSU konnte ihre Ideologie durch demokratische Zugeständnisse ebenfalls nicht reformieren, ohne gleichzeitig das eigene System zu destabilisieren.

Russen an der Bevölkerung knapp die Hälfte ausmachte, spitzte die Situation im Land zu und führte zu einer explosiven Stimmung innerhalb des Reiches, was Anfang des 20. Jh. zu Entwicklungen mit historischer Tragweite führen sollte. Lenin klagte das Russische Reich nicht zu Unrecht als Vielvölkergefängnis an und propagierte das nationale Selbstbestimmungsrecht - jenes Recht, welches allerdings später auch die UdSSR sprengen sollte.

Kappeler kommt zu dem Schluss, dass die *„Nationsbildung der Russen bis zum Jahre 1917 nicht zum Abschluß gekommen [war]“*. Und die Bolschewiki versuchten *„nach 1917 die nationalstaatliche Phase zu überspringen und direkt von der vornationalständischen zu einer nachnationalen klassenbezogenen und internationalistischen Integrationsideologie überzugehen“* (Kappeler, 1990, S. 31).

## **5.2. Russland *in* Europa oder Russland *und* Europa?**

An Schwung gewann die innerrussische Diskussion über die Rolle und Bedeutung Russlands Anfang des 19. Jh. Der Zarenhof war seit Peter I. westlich orientiert und verstand sich somit automatisch zu Europa gehörig. Viele Mitglieder bzw. Vertreter der Regierung waren Europäer und die gängige Hofsprache war französisch, aber auch deutsch wurde gesprochen, was im Land weitgehend mit Skepsis betrachtet wurde und durchaus zu einer Entfremdung zwischen der Bevölkerung und der (dünn gesäten) oberen Schicht führte. Und die seit Peter I. vollzogene Modernisierung führte zu einer Spaltung der Gesellschaft (vgl. Wegner, 1997, S. 15). Außerdem beschränkte sich die Modernisierung auf Verwaltung, technische Neuerungen etc., während z.B. Individualität und Freiheit, die mit der Modernisierung in Westeuropa einherging, außer Acht gelassen wurde: *„Unbarmherziger Despotismus und ausgeklügelte Organisation sollten die Trägheit und Rückständigkeit des russischen Volkes überwinden“* (Kohn, 1956, S. 117). Unter anderem kann darin die Ursache gesehen werden, warum das Land bis heute am unterentwickelten Rechtsstaat laboriert. Es mangelt an einer Rechtstradition und wenn es diese gibt, dann scheint sie sich durch Ignoranz unabhängigen Rechts hervorzuheben. Berdjajew meinte, dass die Russen *„weniger gesetzlich als die Menschen des Westens [sind]“* und ihnen *„der Inhalt wichtiger als die Form [ist]“* (Berdjajew, 1983, S. 116). Die allgemeine slawophile Erklärung - Ausführungen über die Slawophilen erfolgen später - dieser Entwicklung ergab sich ihrer Meinung nach aus der spezifischen Entstehungsgeschichte Russlands. Sie lehnten den abstrakten juristischen Geist ab, der das Leben und die Gesellschaft in ein Korsett zwängen

würde (vgl. Riasanovsky, 1954, S. 133). Danilewski meinte z.B., dass die Säkularisierung dazu führt, dass „dem Gesetz jede christliche Grundlage“ genommen werde (Danilewski, 1965, S. 148). Berdjajew erläutert: „Weil nun alles organisch [Anm.: damit ist harmonisch bzw. richtig gemeint] sein soll, darf es nichts Formales, Juristisches geben, sind keinerlei Rechtsgarantien nötig. Organische und vertragliche Beziehungen stehen im Gegensatz zueinander. Alles muß auf Vertrauen, Liebe und Freiheit gegründet sein“ (Berdjaev, 1983, S. 67).

Mit Napoleons Russland-Feldzug 1812, sahen beim Zurückdrängen der Franzosen viele russische Soldaten das Leben im Westen. Mit den zurückkehrenden Soldaten kam daher auch westliches Gedankengut nach Russland, welches sich vorerst nur in der Intelligenzija festsetzen konnte. Es formierte sich eine Gruppierung, die auf Grund ihres Aufstandes im Dezember 1825 in die Geschichte einging und nach diesem Monat benannt wurde, Dekabristen<sup>33</sup>. Diese Gruppe bestand aus adligen Offizieren, die im Vaterländischen Krieg 1812 den Westen näher kennengelernt hatten und als Konsequenz ihrer Erfahrungen den Eid auf den Zaren verweigerten, um ein Zeichen gegen den herrschenden Konservatismus bzw. die Rückständigkeit im eigenen Land zu setzen. Doch ihnen fehlte es an Rückhalt und noch mehr an Verständnis in der Bevölkerung. So wurden sie nach ihrem Scheitern ermordet, degradiert oder in die Verbannung geschickt. Ihr Tun und ihre Vorstellungen wurde vom Zarenhof als von westlich-dekadentem Denken beeinflusst dargestellt, was mit der russischen Seele unvereinbar wäre. Denn die Prozesse der Aufklärung, Säkularisierung, Liberalisierung, Individualisierung und Rationalismus, sowie die Entwicklung von Demokratie, Parlamentarismus und Parteien, die im Westen ihr „Unwesen“ trieben, wollte man als Zeichen des Verfalls und Niedergangs erkannt haben. Unterstützt wurde diese Ansicht von Gelehrten aus dem Westen selbst, die zu ähnlichen Schlüssen kamen (vgl. z.B. Kohn, 1956, S. 120f.). Für andere wiederum war der Sieg über Napoleon und der damit zusammenhängenden Rettung Europas ein Beweis für die Mission Russlands. Deren Standpunkt war, dass Russland bereits vor Peter I. ein großes und mächtiges Land war, aber eben erst spät durch Peter I. organisiert wurde. Deswegen konnte sich in Russland zum einen die organische Gesellschaft erhalten und zum anderen eine harmonische Entwicklung durchlaufen - beste Voraussetzungen also, das dekadente Europa zu retten (vgl. Riasanovsky, 1954, S. 27).

In Folge des Dekabristenaufstands wurde im Zarenreich nach einem neuen Konzept gesucht, nachdem der Reichspatriotismus seine Kraft als Integrationsideologie verloren hatte. Ein

---

<sup>33</sup> Dekabr russisch für Dezember.

schwacher Kompromiss war, dass man auf Initiative Uwarows, dem Minister für Volksaufklärung, im Großen und Ganzen das Konzept des Reichspatriotismus übernahm und lediglich anpasste. Die „Vorstellung vom russischen Reich“ wurde durch die Volkstümlichkeit ersetzt und weiterhin durch Autokratie und Orthodoxie ergänzt (vgl. Zimbajew, 1990, S. 40ff.). Der Regent zu dieser Zeit, Nikolaus I., setzte auf eine bewusste Abkehr von der Westorientierung seiner Vorgänger seit Peter I. (vgl. ebd., S. 43). Zwar sollte es zu einer Modernisierung des Landes kommen, doch unter Betonung eines eigenen, russischen, vom Westen unabhängigen Weges. Diese Auffassung vertraten viele Politiker, Philosophen und Literaten, was die Perzeption verstärkte, dass Russland zwar u.a. in Europa liegt, aber es ein Europa *und* Russland gäbe. Und bevor der Eurasismus<sup>34</sup> aufkam, wies bereits im 19. Jh. Pogodin darauf hin, dass *„die östlichen europäischen Stämme (d.h. die Slaven) im Ganzen die Mitte zwischen europäischem und asiatischem Leben“* sind (Pogodin, zit. nach Picht, S. 31). Weiters stellt er in einem Aphorismus die Unterschiede und Gegensätze zwischen Europa und Russland dar: *„Europa lässt sich historisch in zwei Hauptteile einteilen, einen westlichen und einen östlichen. Den ersteren eroberte nach und nach germanische Stämme, im zweiten blieben die slavischen. Der erste wurde erobert, der zweite eingenommen... Der erste erhielt das Christentum aus Rom, der zweite aus Konstantinopel. Nach der kirchlichen Trennung... blieb der erstere dem Papst, der letztere dem Patriarchen treu. Die westlichen Reiche wurden auf den Trümmern des weströmischen Reiches gegründet, die östlichen aus Provinzen und Grenzmarken des oströmischen gebildet. In den westlichen Staaten beginnt die Geschichte mit einem Übergewicht der geistlichen Macht über die weltliche, und in den slavischen war die geistliche Macht... seit altersher den Monarchen untergeordnet. Die Folgen dieses Übergewichtes, allgemeine wie besondere, die Kreuzzüge und die Reformation, werden in den slavischen Reichen von anderen Ursachen hervorgebracht. Die westlichen Reiche lassen sich als eine Fortsetzung des weströmischen Reiches ansehen, die slavischen als eine des morgenländischen“* (Pogodin, zit. nach Picht, 1969, S. 268f.). Berdjajew beschreibt das russische Dilemma detaillierter: *„Die Widersprüchlichkeit und Kompliziertheit der russischen Seele kann damit in Zusammenhang gebracht werden, daß in Rußland zwei Ströme der Weltgeschichte – Osten und Westen – aufeinanderprallen und in Wechselwirkung geraten. Das russische Volk ist kein rein europäisches und kein rein asiatisches Volk. Rußland ist ein ganzer*

---

<sup>34</sup> Der Eurasismus entwickelte sich in den 1920er Jahren und ist eine Vorstellung, dass Russland, weil auch ein Teil Asiens, sich als antagonistisch zum atlantischen Europa betrachtet. Eine nähere Erläuterung erfolgt in einem anderen Kapitel.

*Weltteil, ein riesiger Ost-Westen, es vereinigt zwei Welten. Und immer liegen in der russischen Seele zwei Prinzipien, das östliche und westliche, miteinander im Streit“* (Berdjaev, 1983, S. 30).

### 5.3. Westler vs. Slawophile

Die Identitätssuche Russlands führte zu einem Richtungsstreit, in der jene Gruppierungen entstanden, die als Westler und Slawophile bekannt wurden. Beiden Gruppen war gemein, dass sie ihre Ideen und Vorstellungen aus Westeuropa, v.a. aus der deutschen Romantik, bezogen. Ihre Entstehung war ein fließender Prozess und es gab anfangs auch kaum eine strikte Trennung zwischen beiden Gruppen. Lagerwechsel waren nicht ungewöhnlich und selbst innerhalb einer Strömung fällt eine Kategorisierung schwer<sup>35</sup>.

Als Ausgangspunkt für die Diskussion zwischen Slawophilen und Westlern kann Tschaadajews philosophischer Brief von 1829 angesehen werden, auf den weiter unten Bezug genommen wird. In diesem Brief kritisierte er die Entwicklung Russlands und empfahl, weiter den westeuropäischen Weg zu gehen. Erst nach diesem Brief und gewissermaßen als (Gegen)Reaktion, entstand die Slawophilie. Riasanovsky beschreibt die Slawophilie als eine *„typisch romantische Ideologie, gekennzeichnet durch die spezifischen Züge, Bestrebungen und Widersprüche der Romantik. Sie war auch eine nationalistische Lehre. Der Nationalismus bildete ein wesentliches Element der Romantik, spielte aber in der Slawophilie eine größere Rolle als in vielen westlichen romantischen Theorien. Die Slawophilie kann als ein Teil der allgemeinen slawischen Wiedergeburt des neunzehnten Jahrhunderts betrachtet werden, zumal die Slawophilen ihre Verbundenheit mit ähnlichen Intellektuellen-Gruppen in anderen slawischen Ländern betonte. Ihre Ideologie war in erster Linie mehr von den streng nationalistischen Doktrinen des erwachenden Deutschlands beeinflusst als von den Formen, die die Romantik in den fester gefügten Gesellschaften Englands und Frankreichs angenommen hatte“* (Riasanovsky, 1954, S. 189). Jedenfalls kritisierten die Slawophilen, aber auch der überwiegende Teil der russischen Gesellschaft, Tschaadajews Überlegungen scharf. Sie lehnten es ab sich am Westen zu orientieren, weil Europa einen anderen, v.a. dekadenten und damit für

---

<sup>35</sup> Riasanovsky weist darauf hin, dass viele russische Schriftsteller, Gelehrte u.a. irrtümlich zu den Slawophilen gezählt wurden: *„Diese Einbeziehungen fußten auf der irrtümlichen Annahme, daß gewisse Merkmale und einige oberflächliche Ähnlichkeiten mit der slawophilen Doktrin genügen, um aus jemanden einen Slawophilen zu machen“* (Riasanovsky, 1954, S. 32).

Russen ungangbaren Weg, bestritten hatte. Stattdessen hoben sie hervor, dass Nationen, hier im speziellen Fall die russische, eigene Wege der Entwicklung einschlagen müssen. Berdjajew betonte aber, dass die Slawophilen an sich keine „*Feinde und Hasser Westeuropa*“ seien (Berdjaev, 1983, S. 62). Hervorzuheben ist, dass die einen, die die Eigen-artigkeit sahen und diese zu einem Vorteil erklärten, diesen erst durch die westliche Philosophie, hier wieder die deutsche, bestätigt sahen und daraus ihre Kraft und Optimismus für die Zukunft schöpften (vgl. Kohn, 1956, S. 122f.). So meinte einer der Hauptvertreter der Slawophilie, Fjodor Tjutschew, dass der „*wahre Verteidiger Rußlands [...] die Geschichte*“ wäre und sie „*im Laufe von drei Jahrhunderten alle Prüfungen, die diesem Land vom geheimnisvollen Schicksal auferlegt werden, zu seinen Gunsten*“ gelöst hätte (Tjutschew, 1992, S. 48f.). Die Westler hingegen sahen in der Rückständigkeit und angeblichen Unverbrauchtheit ihrer Nation nur bedingt einen Vorteil für die Zukunft ihres Landes.

Zu Beginn des 19. Jh. verstanden sich Slawophile und Westler noch gut bzw. verband sie auch eine gewisse Freundschaft und man diskutierte und stritt herzlich. Die Slawophilen „*betrachteten [...] sich schließlich als Männer, die mehr in Begriffen der Menschheit als eines einzelnen Volkes dachten*“ (Riasanosvsky, 1954, S. 165). Übrigens auch hier eine Parallele zu den kommunistischen Revolutionären später.

Sowohl Westler als auch Slawophile vereinte in jener Zeit die Ablehnung des nikolaitischen Systems. Zwar gab es zwischen den Slawophilen und den Vorstellungen Nikolaus I., was die Stellung Russlands betraf, einen gemeinsamen Nenner. Jedoch waren sie, wie die Westler auch, gegen die Innen- und Außenpolitik des Zaren, traten für Freiheit von Presse und öffentlicher Meinung ein und beide Richtungen waren gegen die Leibeigenschaften, in der sie „*den Feind des russischen Volkes*“ sahen (Zimbajew, 1990, S. 50).

Was beide Gruppen wiederum am deutlichsten voneinander trennte, war z.B. die Bewertung der Vergangenheit und der Weg in die Zukunft. Die Vergangenheit wurde von den Slawophilen klarerweise idealisiert, während die Westler sie verurteilten. Wie die Geistlichkeit konnten die Slawophilen im Tun Peter I. nichts Positives abgewinnen und sahen in ihm den Zerstörer russischer Werte. Für sie besaß Russland bereits alle Tugenden und Potentiale, die man nur wecken und nützen müsse. Die Westler wiederum sahen in der durch Peter I. gestarteten Europäisierung Russlands den richtigen Weg eingeschlagen und hätten diesen für die Zukunft gern weiter beschritten: „*Die Russen suchten im westlichen Denken vor allem Kraft für die Veränderungen und Verwandlungen der eigenen unerfreulichen Wirklichkeit*“ und „*einen Ausweg aus der Gegenwart*“ (Berdjajew, 1983, S. 50). Selbst in der Bedeutung der Hauptstadt gingen die

Meinungen auseinander: *„Alle Slawophilen waren eng mit Moskau verbunden,... [...] Das instinktive und tiefe Gefühl von Minderwertigkeit und Abneigung, das viele Angehörige des Moskauer Adels gegen die offizielle Hauptstadt [Anm.: St. Petersburg] mit ihrem Hof, ihren zahlreichen ausländischen Namen und ihren Ansprüchen auf Vorrang in Rußland hegten, war ein mächtiger Faktor bei der Entwicklung zahlreicher nationalistischer Ideologien; in der Slawophilie fand er seinen vollständigsten und mächtigsten theoretischen Ausdruck“* (Riasanovsky, 1954, S. 34).

Die Slawophilen der ersten Generation hatten noch nichts mit Nationalismus oder Chauvinismus zu tun. Dieser konnte sich erst später immer stärker etablieren. Sie beriefen sich anfangs hauptsächlich auf die Religiosität und das Volkstum und hoben hervor, dass alle Völkerschaften sich frei entwickeln sollten und müssten (vgl. Zimbajew, 1990, S. 48). Jedoch lehnten sie die offizielle Volkstümlichkeitslehre der russischen Regierung ab, weil deren einziger Zweck lediglich sei, der Regierung zu dienen (vgl. Riasanovsky, 1954, S. 17).

Was die Slawophilen als russische „Besonderheit“ betrachteten, war die Landgemeinde. Diese Landgemeinde studierten, ehrten und zelebrierten sie, da sie diese als Lösung der sozialen Probleme betrachteten; und diese damit einhergehende Liebe zum Volk bzw. der Heimat verschaffte ihnen einen gewissen Anerkennungsvorteil gegenüber den Westlern. Die „sobornost“, russ. für Zusammengehörigkeit oder Gemeinschaft, nahm im slawophilen Diskurs eine wichtige Stellung ein. Der sobornost wohnt eine stark christliche Komponente bei, steht im Zusammenhang mit einer Art Freiheitsgefühl und sollte zum (inneren) Frieden mit sich und der Umwelt führen (vgl. Kohn, 1956, S. 135). Doch missverstanden die Slawophilen diesen Frieden als Zeichen von Zustimmung und Harmonie. Vielmehr handelt es sich um die bemerkenswerte Duldsamkeit und Leidensfähigkeit des russischen Volkes, welches sich allerdings von Zeit zu Zeit, wenn die Leidensgrenze überschritten ist, eruptiv Luft verschafft<sup>36</sup>.

In Verbindung mit der panslawischen Bewegung nahm der Nationalismus bzw. (groß)russische Chauvinismus bei der Slawophilie einen immer größeren Raum ein, was bei vielen, aber nicht allen, Westslawen mit Unbehagen festgestellt wurde. Berdjajew z.B. stellte fest, dass der

---

<sup>36</sup> Herzen erklärte es wie folgt: *„Seit jenen Unglückszeiten, welche an zwei Jahrhunderte dauerten [Anm.: damit meinte er das Mongolenjoch], blieb Rußland hinter Europa zurück. Das verfolgte, ruinierte, immer in Schrecken gehaltene Volk lernte die Arglist und Servilität der Unterdrückten; der öffentliche Streit wurde verächtlich“* (Herzen, 1905, S. 28) und schließt: *„Es [Anm.: Russland] ist groß und mächtig geworden, aber um welchen Preis? Es ist das unglücklichste, das geknechtete Land des Erdballs; Moskau hat Rußland gerettet, indem es alles erstickte, was es freies in dem russischen Leben gab“* (ebd., S. 30).

Panslawismus „zu einem Nationalismus schlimmster Art“ geworden war und er „die liberalen und humanitären Elemente“ verlor (Berdjaev, 1983, S. 78). Am augenfälligsten war dies beim panslawischen Kongress, der 1867 in Moskau stattfand. Hier waren die chauvinistischen Vorstellungen der Russen beim Panslawismus unübersehbar (vgl. Kohn, 1956, S. 157).

Auf Grund des Verlaufs der 1848 in Europa gerade stattfindenden bürgerlichen Revolutionen, von deren Verlauf die russische Intelligenzia extrem enttäuscht war, und dem Erstarken des Sozialismus, änderte sich die Diskussionsgrundlage beider Strömungen grundlegend. Obwohl ursprünglich sowohl Westler als auch Slawophile revolutionäre Prozesse ablehnten, radikalisierten sich beide Gruppen parallel zur sich radikalisierenden Situation im Land. Zimbajew fasst den Richtungsstreit wie folgt zusammen: „Im Kern war der Streit zwischen Westlern und Slawophilen ein Streit um den Weg der bürgerlichen Entwicklung: Auf universalem, westeuropäischem Wege, der der Mehrheit im 19. Jahrhundert als einzig möglicher erschien, oder auf einem eigenen russischen Weg“ (Zimbajew, 1990, S. 47).

Der Streit zwischen Westlern und Slawophilen endete in Vorwürfen, wo die Slawophilen den Westlern „blinde Zuneigung zu Westeuropa [...], Kosmopolitismus, das Fehlen des Gefühls des Nationalstolzes, Verachtung des Volkes“ und umgekehrt die Westler ihnen „Haß auf Westeuropa [...], dazu noch Xenophobie, nationale Beschränkung, panslawische Ideen“ vorwarfen (ebd., S. 46). Als Bewegung waren die Slawophilen aber in der Minderheit: „Die Slawophilen waren sich jederzeit der Tatsache bewußt, daß sie nur eine kleine Minderheit der russischen Intelligenz darstellten, deren Mehrzahl [...] den Westen bewunderte“ (Riasanovsky, 1954, S. 171).

Den Bruch zwischen beiden Gruppen macht Riasanovsky 1846 - also zeitnah zu den Revolutionen in Europa - aus, wo selbst private Kontakte eingestellt wurden. Auslöser war dabei die Bedeutung der Religion in den Auseinandersetzungen zwischen Slawophilen und Westlern. Während erstere ihr eine immer größere Bedeutung zuerkannten, tendierten letztere immer stärker zum Atheismus (vgl. ebd., S. 84f.). Eine Kritik der Westler lautete dabei, dass die Religionsbegeisterung der Slawophilen mehr eine idealistisch-romantische denn gläubige Basis habe (vgl. ebd., S. 163).

Dostojewskis Rede über Puschkin Tod und Wirken i.J. 1880 - zu der ich ebenfalls weiter unten kommen werde - wird als „Verbrüderung“ der Westler und Slawophilen gefeiert. Trotz unterschiedlicher Herangehensweise beider Gruppen, deckten sie sich im Glauben, dass die Zeit des Westens vorüber sei und in ihrer Vorstellungen von der Mission und Zukunft Russlands. Dies mündete in der Herausarbeitung der russischen Idee, die Berdjajew Herausgeber Kegler

folgendermaßen zusammenfasst: *„Die russische Idee ist vor allem der messianische Gedanke von der weltbewegenden Berufung Russlands. Sie ist eine werdende, von Epoche zu Epoche schärfer hervortretende und viele widersprüchliche Elemente des russischen Denkens in sich aufnehmende, sie im Hegelschen Sinn ‚aufhebende‘ Idee. In ihrem Zentrum steht der Gedanke, der brüderlichen Vereinigung aller Menschen und Völker, aber diese Vereinigung wird als freie, allem Totalitären und Gewaltsamen widerstrebenden Errettung der Menschheit gedacht. Diese Idee ist zutiefst christlich und entartet zum Gift und zur Lüge, wenn sie von ihrem christlichen Nährboden abgetrennt wird. Sie blickt auf das Kommende, Endgültige und erwartet die Verwandlung des Menschen und des ganzen Kosmos. Zugleich ist sie durchdrungen von der gottmenschlichen Vorstellung einer immensen Verantwortung des Menschen als dem Mitarbeiter und Gegenüber Gottes am Werk der universalen Erlösung“* (Vorwort Kegler bei Berdjaev, 1983, S. 22f.). Berdjajew konkretisierte, dass *„die Russen [...] schon lange das Gefühl hatten [...], daß Rußland ein besonderes Schicksal habe, daß das russische Volk ein besonderes Volk“* und der *„Messianismus [...] für das russische Volk [...] charakteristisch“* sei (Berdjaev, 1983, S. 54). Allerdings wurde der russische Messianismus von der *„imperialistischen Idee, vom Willen zur Macht getrübt“*. Später hat sich auch im *„russischen Kommunismus, auf den die russische messianische Idee in unreligiöser und antireligiöser Form übergegangen ist, [...] sich eben diese Pervertierung des russischen Strebens nach dem Reich der Gerechtigkeit durch den Willen zur Macht vollzogen“* (ebd., S. 184). Berdjajew betrachtete den Imperialismus als eine *„Entstellung der russischen Idee und der russischen Berufung“* und überhaupt sei das russische Volk *„nicht imperialistisch und hat eine Abneigung gegen den Staat“* (ebd., S. 201). Entgegen der angeblichen „Verbrüderung“ radikalisierte sich die Einstellung der Vertreter der Slawophilie und Westlertums gegen Ende des 20. Jh. zunehmend hin zu Nationalismus und Sozialismus bzw. Kommunismus.

Bei vielen Westlern spielte die sozialistische bzw. kommunistische Idee eine immer größere Rolle. Im Gegensatz zu den individualistisch-kapitalistisch entwickelten Ländern Europas, konnte der Sozialismus, gerade im Zusammenhang mit dem „sobornost“ Gedanken und in Verbindung mit den nach Eschatologie strebenden Russen, ab der zweiten Hälfte des 19. Jh. in Russland Fuß fassen: *„Im gegenwärtigen Augenblick [Anm.: 1861] erscheinen sowohl die alte Slawophilie als auch das alte Westlertum als überlebt“* (Tscherkasskij, zit. nach Zimbajew, 1990, S. 53). In der Vorstellung durch den Sozialismus bzw. Kommunismus einen alternativen, besseren Weg, als Westeuropa gefunden zu haben, nahmen *„gegen Ende des 19. Jahrhunderts [...] die sozialistischen Ideen einen außergewöhnlich festen Platz im Nationalbewußtsein*

*Rußlands ein“ (ebd., S. 51f.). Berdjajew urteilte, dass der „Sozialismus tief in der russischen Natur verwurzelt“ sei, denn „das russische Volk [kannte] die römischen Eigentumsbegriffe nicht... [...] Die Slavophilen lehnten den westlichen bürgerlichen Begriff des Privateigentums ebenso ab wie die Sozialisten... [...] Fast alle glaubten, das russische Volk sei berufen, soziale Gerechtigkeit, Brüderlichkeit der Menschen zu verwirklichen. Alle hofften, Rußland werde der Ungerechtigkeit und dem Übel des Kapitalismus entgehen, es könne zu einer besseren sozialen Struktur übergehen, die kapitalistische Periode in der ökonomischen Entwicklung aber vermeiden. [...] Das russische Volk ist das kommunitärste Volk der Welt. Das entspricht russischer Lebensweise, russischer Sitten“ (Berdjaev, 1983, S. 107). Doch anscheinend führte gerade „die Aufnahme der Ideen des Sozialismus und der sozialen Revolution in das russische Nationalbewußtsein zwischen 1840 und 1890 [...] zu einer nihilistischen Einstellung gegenüber den Bürgerrechten und Verfassungsgarantien, zur Mißachtung und unmittelbaren Verneinung der Notwendigkeiten von Bürgerrechten in Rußland und sowie zum Verzicht auf die politische Auseinandersetzung [...] und zum Verlust der republikanischen Tradition der Dekabristen“ (Zimbajew, 1990, S. 51).*

In Folge dieser Entwicklungen kam es letztlich zu einer Spaltung innerhalb der Westler in jene die „gemäßigter“ waren, Berdjajew bezeichnete sie als liberales Westlertum, und den revolutionären bzw. sozialistischen Westlern (vgl. ebd., S. 74).

### **5.3.1. Die Westler**

#### **5.3.1.1. Peter Jakowlewitsch Tschaadajew**

Den Startschuss für die Auseinandersetzung zwischen Slawophilen und Westlern setzte Peter Tschaadajew mit seinem an anderer Stelle schon erwähnten sogenannten „philosophischen Brief“. Obwohl er diesen bereits 1829 verfasst hatte, wurde er erst im Oktober 1836 in der Zeitschrift „Teleskop“ gegen seinen Willen und gegen sein Wissen publiziert.

In diesem, aber auch im zweiten philosophischen Brief, äußerte sich Tschaadajew äußerst kritisch gegenüber Russland und seiner Entwicklung. Am meisten bemängelte er die Rückständigkeit Russlands und führt das u.a. auf die geografische Lage Russlands zurück: *„Eine der traurigsten Züge unserer eigenartigen Zivilisation besteht ja überhaupt darin, daß wir erst Wahrheiten entdecken, die an anderen Orten und selbst bei Völkern, die in vielem weit hinter uns zurückbleiben, längst zu Gemeinplätzen geworden sind. Das kommt daher, weil wir*

*nie Hand in Hand mit den übrigen Völkern gegangen sind: wir gehören keiner der großen Familien des Menschengeschlechts an: wir gehören weder dem Westen noch dem Osten an und besitzen weder die Überlieferungen des einen noch des anderen. Gleichsam außerhalb der Zeit stehend, sind wir von der universalen Erziehung des Menschengeschlechts unberührt geblieben“* (Tschaadajew, 1992, S. 8). Und wenn auch Russland ungünstig situiert ist, so war es nicht in der Lage einen Vorteil aus der Situierung zwischen Deutschland und China zu nutzen und sich deren Tugenden anzueignen (vgl. ebd., S. 16).

Tschaadajew wurde aber noch deutlicher: *„Wir haben keinerlei Traditionen, keine Geschichte, die unser Volk erzogen hätte. Wir haben etwas Nomadenhaftes, Chaotisches an uns, sind ohne Vergangenheit und ohne Zukunft. Isoliert von der übrigen Menschheit, fehlt uns jede eigene Entwicklung, jeder wirkliche Fortschritt. Von den Ideen der Pflicht der Gerechtigkeit und der Ordnung, welche die Atmosphäre des Westens darstellen, sind wir ganz unberührt, dazu fehlt uns noch jede intellektuelle Methode und Logik. Konfusion ist ein allgemeiner Zug in unserem Volke, Gleichgültigkeit gegen das Gute und Böse, gegen Wahrheit wie Lüge. [...] Die Vorhersehung scheint uns völlig übergangen zu haben. Wir besitzen ein riesengroßes Land – aber geistig sind wir vollständig unbedeutend, ‚eine Lücke in der moralischen Weltordnung‘“* (Tschaadajew, zit. nach Falk, 1954, S. 14f.<sup>37</sup>). Insofern seien die Russen nicht in der Lage gewesen der Welt etwas zu vermachen oder zu lehren und deswegen konnten und können sie nie etwas zum Allgemeinwohl und –wissen der Welt beitragen (vgl. Tschaadajew, 1992, S. 17).

Neben der geografischen Lage erklärte sich Tschaadajew die Rückständigkeit Russlands in der Entscheidung, sich Byzanz und damit der Orthodoxie zuzuwenden. Dies hatte zur Folge, dass man sich vom Westen isolierte und in diesem Zusammenhang glaubte Tschaadajew zu erkennen, dass *„in unserem Blut [...] etwas jedem wahren Fortschritt Feindliches [steckt]“* (ebd., S. 18). Deswegen empfahl er sich der Orthodoxie zu entledigen und sich an die römisch-katholische Kirche zu halten. Denn er wollte erkannt haben, dass in Westeuropa *„Gottes Reich [...] einigermaßen verwirklicht ist, weil sie das Prinzip eines menschlichen Fortschritts und im Keime all das enthält, was notwendig ist, damit jenes Reich eines Tages sich auf Erden stabilisiert“* (ebd., S. 26). Als einzigen Lichtblick empfand der Philosoph Peter den Großen, der versuchte Russland zu reformieren, indem er das Tor gen Westen öffnete.

Dieser Brief versetzte die russische Gesellschaft in Aufruhr und man forderte eine Bestrafung der Person, die ihresgleichen in einem derart schlechten Licht darstellte und beleidigte. In Folge

---

<sup>37</sup> Aus unerfindlichen Gründen war diese Passage nicht bei der Tschaadajew-Ausgabe enthalten die mir vorlag.

des großen öffentlichen Drucks, kam Zar Nikolai I. der Forderung nach und erklärte Tschaadajew für wahnsinnig.

Kurze Zeit darauf erschien Tschaadajews „Apologie eines Wahnsinnigen“, indem er zu den Vorwürfen Stellung nahm und einige seiner Aussagen aus dem philosophischen Brief präziserte, relativierte oder zurück nahm. Seine Meinung über Peter I. untermauerte er und hält die Entscheidung des Zaren auch in dieser Schrift nach wie vor für richtig. Genauso blieb Tschaadajew dabei, dass die Orthodoxie einen negativen Einfluss auf die russische Entwicklung hatte.

Eine Veränderung in den vorgestellten Schriften Tschaadajews machte sich in der Betrachtung der Vergangenheit Russlands bemerkbar. In der „Rückständigkeit“, hervorgerufen durch die Isolation, sah er nun einen Vorteil gegenüber dem Westen. Die Russen betrachtete er dadurch als unbelastet, unverbraucht und unverdorben von Denkrichtungen und Entwicklungen, die in Westeuropa Einzug gehalten hatten. Insofern machte er aus der Not eine Tugend und erklärte die Schwächen Russlands, die im ersten philosophischen Brief geäußert wurden, zu Vorteilen für zukünftige Entwicklungen des Landes. Russland betrachtete er nicht mehr lediglich als am Rand, im Osten Europas liegend, sondern als nordisches Land und distanzierte sich sogar eindeutig vom Osten, welches er nun im Orient, Zentralasien, China ausmachte<sup>38</sup>. Tschaadajew meinte in dem Zusammenhang nun sogar: *„Ich finde, daß unsere Lage eine bevorzugte ist, vorausgesetzt, daß wir sie richtig einzuschätzen verstehen [...] Noch mehr: ich habe die innerste Überzeugung, daß wir berufen sind, die Mehrzahl der sozialen Probleme zu lösen, die Mehrzahl der in den alten Gesellschaften entstandenen Gedanken zu verwirklichen, über die wichtigsten das Menschengeschlecht beschäftigenden Fragen ein endgültiges Urteil zu fällen“*; zusammenfassend und ausblickend: *„die Vergangenheit ist nicht mehr in unserer Macht, aber die Zukunft gehört uns“* (ebd., S. 168 und 170). Hier äußerte er sich also konkret über die Mission Russlands. Sechs Jahre nach Abfassung des ersten philosophischen Briefes, zeigen folgende Worte den doch recht deutlichen Meinungswandel Tschaadajews: *„Wir sind mit einer verblüffenden Schnelligkeit zu einem Grad von Zivilisation gelangt, der mit Recht die Verwunderung Europas erregt. Unsere Macht ist der Schrecken der Welt. [...] Von unseren*

---

<sup>38</sup> Im Brief an Turgenjew von 1835 prophezeite Tschaadajew, dass der *„Tag [...] kommen [wird], da wir uns in die Mitte des geistigen Europas stellen werden, wie wir schon jetzt inmitten des politischen stehen“* (Tschaadajew, 1992, S. 183).

*Herrschern und unserem Klima geformt, gestaltet, geschaffen, sind wir nur kraft der Unterwerfung ein großes Volk geworden“ (ebd., S. 173).*

Tschaadajew wird allgemein zu den Westlern gezählt, allerdings mit Einschränkungen. Auch er, wie so viele Westler, kritisierte die Entwicklung in Westeuropa nach den Revolutionen in der ersten Hälfte des 19. Jh. Dennoch erachtete er ihren Weg allgemein als den richtigen, allerdings hätte die Religion eine wichtigere Rolle spielen und einnehmen müssen (vgl. Falk, 1954, S. 25f.). Abgesehen davon zeugt seine neue Ein- und Wertschätzung der Russen in „Apologie eines Wahnsinnigen“ von einem doch relativ deutlichen Sinneswandel des vormals so kritischen Philosophen.

### **5.3.1.2. Alexander Iwanowitsch Herzen**

Auch Alexander Iwanowitsch Herzen kritisierte und lehnte das zaristische System ab. Das führte 1834 zu seiner Verhaftung, was anschließend in seiner Verbannung mündete.

Was Herzen aus Westeuropa an Neuigkeiten vernahm, weckte auf der einen Seite sein Interesse, auf der anderen Seite konnte er sich immer weniger mit der Situation in Russland abfinden. 1847 wurde sein Ansuchen, aus Russland ausreisen zu dürfen, stattgegeben und er begab sich mit seiner Familie nach Paris - der Stadt seiner Träume - wobei er auch mehrere europäische Länder und Städte besuchte. Was er aber dort in der Gesellschaft, genauer dem Bürgertum bzw. der Bourgeoisie, erlebte, führte dazu, dass seine anfängliche Begeisterung für Westeuropa schnell abnahm und ihn zunehmend enttäuschte. Herzen war über die Menschen in Westeuropa, deren Einstellung zu Geld, Besitz, der Art zu Leben etc. angewidert, jedoch sah er eine gewisse Hoffnung im Sozialismus und der Arbeiterschaft, wenn diese an die Macht gelangen würde. Die Revolution von 1848 weckte deshalb wieder seine Hoffnungen, welche abermals und sogar noch schlimmer enttäuscht werden sollten, denn was in seinen Augen gewann, war der Sieg des Spießertums, und das auch und gerade bei den Arbeitern. Infolgedessen blieb nur mehr die Aussicht auf den Sozialismus, von wem auch immer dieser getragen sein würde, und, was dabei in Herzens Entwicklung als sehr wichtig zu betrachten ist, die Rückbesinnung auf den Osten bzw. Russland.

Was den Sozialismus betrifft, stellte Herzen Biografin Piroshkoff bei Herzens Ansichten eine ambivalente, um nicht zu sagen paradoxe Ansicht des Philosophen und Literaten fest. So wünschte sich Herzen z.B. auf der einen Seite soziale Gerechtigkeit und eine Anhebung des Lebensstandards, auf der anderen Seite befürchtete er eine sich damit einsetzende Nivellierung

bzw. „Vermassung“ der Gesellschaft und damit den Verlust von Individualität und dem Besonderen (vgl. Piroshkow, 1961, S. 89). Trotz Herzens Kritik an gewissen Details des Sozialismus, hielt er daran fest und sah im Sozialismus die Möglichkeit, Slawophile und Westler wieder zu versöhnen und so fragte er 1854: *„Ist der Sozialismus [...] nicht eben sowohl von den Slawophilen angenommen worden wie von uns?“* und schließt mit der Erkenntnis: *„Der Sozialismus ist die Brücke, auf der wir uns die Hand reichen können“* (Herzen, 1905, S. 135).

In der „obscina“ (Dorfgemeinschaft) bzw. „mir“ (Dorfleben) sah Herzen einen Vorteil der Russen, die Idee des Sozialismus tatsächlich verwirklichen zu können. Denn im bäuerlichen, gemeinschaftlichen Bodenbesitz sahen Herzen und wohl auch die Sozialisten den Beweis dafür, dass die Russen für die gesellschaftliche Besitzordnung prädestiniert seien. Der Sozialismus bzw. Kommunismus hätte bei den individualistischen, besitzenden Westeuropäern kaum eine Aussicht auf Erfolg: *„Der besondere russische Sozialismus ist also eine Verkoppelung der russischen obscina mit dem westlichen Sozialismus, getragen von dem besonderen ‚von Natur aus nicht spießrischen‘ russischen Menschen. Die langweiligen Stufen der langsamen europäischen Entwicklung könnten einfach übersprungen werden, und das russische Volk soll auf einmal, wie in einem Zaubermärchen, aus Absolutismus, Feudalismus und Leibeigenschaft in den Sozialismus versetzt werden“* (Piroshkow, 1961, S. 97<sup>39</sup>).

Mehr noch als Tschaadajew, sah Herzen in der „Geschichtslosigkeit“ Russlands einen Vorteil. Russland und die Russen könnten sich, ohne auf die Vergangenheit und eigene Traditionen Rücksicht nehmen zu müssen, da sie so gut wie gar keine hätten, auf eine neue, weit bessere Zukunft konzentrieren. Denn die einzige Vergangenheit, die Russland besäße, wäre jene, die man sich schlicht und einfach von Westeuropa übernommen zu eigen gemacht hatte (vgl. ebd., S. 82ff.).

Herzen nahm bei den Sozialisten und Kommunisten bzw. Revolutionären eine gehobene Stellung ein und seine Ansichten über Sozialismus und Landgemeinde mochte sich mit den Überlegungen der sowjetischen Führung gedeckt haben, was der Grund sein könnte, dass sie Zeit ihrer Macht an der Kollektivierung festhielt. Nicht in Betracht gezogen wurde, dass die „obscina“ deswegen Bestand hatte, weil in Russland die Leibeigenschaft die Bauern dazu zwang sich dieser Art zu organisieren.

---

<sup>39</sup> Herzens Ansichten über die Landgemeinde finden sich bei: Herzen 1905, S. 143-148.

## 5.3.2. Die Slawophilen

### 5.3.2.1. Fjodor Iwanowitsch Tjutschew

Als Slawophiler der ersten Generation zählt Fjodor Tjutschew, wobei er eine sehr moderate Position vertrat. Bereits 1844 fragte er in Briefform: *„Was ist Rußland? Was ist der Sinn seiner Existenz, sein historisches Gesetz? Woher ist Rußland gekommen? Wohin strebt es? Was drückt es aus?..“* und antwortet sogleich: *„Das Universum hat Rußland einen bedeuteten Platz zugewiesen, doch die Geschichtsphilosophie hat ihn noch nicht akzeptiert. [...] Im Verlauf mehrerer Jahrhunderte war der europäische Westen so naiv zu glauben, daß es kein anderes Europa außer seinem eigenen geben könnte. [...] ..., doch daß es in diesen endlosen Weiten ein anderes Europa, Osteuropa, die legitime Schwester des christlichen Westens, christlich wie er, zwar nicht feudal und hierarchisch, doch damit urchristlicher [...] existieren sollte [...] das konnte man nicht anerkennen, und viele zweifeln heute noch daran“* (Tjutschew, 1992, S. 52f.).

In der Beurteilung von Peter I. nahm Tjutschew, im Gegensatz zu den anderen Slawophilen, eine ungewöhnliche Position ein. Wie die Westler betrachtete auch er die Reformen des Zaren als notwendig und richtig und erst durch ihn und mit ihm trat Russland auf der politischen Bühne Europas auf (vgl. ebd., S. 53). In Folge des siegreichen sog. Vaterländischen Krieges, sah sich der Dichter in der Auffassung bestätigt, dass die historische Rechtmäßigkeit triumphiert, Russland nicht nur Recht und Ordnung wiederhergestellt, sondern auch die ganze Welt gerettet hätte (vgl. ebd., S. 54f.). Aus dieser Interpretation der Geschichte bzw. politischen Prozesse, resultierte die historische Mission Russlands, das wahre Imperium wiederherzustellen, welches an das Erbe Konstantins geknüpft ist.

Iwan Aksakow, Tjutschews Schwiegersohn, fasste in „Tjutschews geschichtsphilosophischen Ansichten“ 1873 die Vision seines Schwiegervater dabei wie folgt zusammen: *„Zur Wiedergeburt des Imperiums sind zwei gewaltige Aufgaben zu lösen, die man schon in Angriff genommen hat. In der weltlichen Sphäre: die Bildung des griechisch-slawischen Imperiums; in der geistigen: die Wiedervereinigung der beiden Kirchen“* (ebd., S. 103). Generell meinte Aksakow, dass Tjutschew davon überzeugt war, dass Russland aufgerufen wäre *„für alle Völker und Staaten normale Existenzgrundlagen zu schaffen, die östlichen slawische Welt zu einen und zu befreien, überhaupt der Welt eine irdische Kraft zu zeigen, die vom Prinzip des Glaubens erleuchtet und bestimmt wird, die nur der Selbstverteidigung, der Befreiung und der freiwilligen Vereinigung dient“* (ebd., S. 105). Diese Ansicht wird durch Tjutschew selbst verifiziert: *„Rußland ist immer bereit, die historischen Gesetzmäßigkeiten der Völker des Westens anzuerkennen, vor dreißig*

*Jahren hat es mit Euch zusammen um ihre Wiederherstellung auf derselben Grundlage gerungen, ergo anerkennt es sie nicht nur prinzipiell, sondern auch in allen ihren Extremen, Leidenschaften und Schwächen“* (ebd., S. 59). In der anschließenden Bemerkung lässt sich eindeutig die Forderung um gegenseitige Anerkennung bzw. Wertschätzung erkennen: *„So seid denn auch Ihr bereit, uns in unserer Einheit und Stärke zu achten“* (ebd.).

Für Tjutschew war und ist Westeuropa nur die eine Hälfte eines organischen Ganzen und die Probleme des Westens, die auch im Interesse des Ostens sind und sein müssen, ließen sich nur in und durch die andere Hälfte lösen (vgl. ebd., S. 97).

### **5.3.2.2. Nikolai Jakowlewitsch Danilewski**

Nikolai Jakowlewitsch Danilewski wird in erster Linie als Panslawist betrachtet. Dennoch deckten sich seine Ansichten mit jenen der Slawophilie in weiten Teilen.

Sein bekanntestes Werk ist „Rußland und Europa“, welches in den Jahren 1865-1867 entstand. Im Gegensatz zum gemäßigten Tjutschew, war Danilewski von einer unvermeidbaren Konfrontation zwischen der germanisch-romanischen und der slawischen Zivilisation überzeugt.

Der Naturwissenschaftler betonte in seinem Buch, dass die Festlegung der Kontinente eine künstliche sei, wo Europa und Asien als Gegensatz projiziert würden. So stellt sich für ihn nicht die Frage, ob nun Russland *in* Europa liege, sondern dass es eher Russland *und* Europa gäbe (vgl. Danikewskij, 1965, S. 16ff). Diese Betrachtungsweise erklärt er damit, dass sich Russland in jeglicher Hinsicht unterschiedlich zu Europa entwickelt habe und so weder *„Anteil [...] an dem europäischen Guten noch an dem europäischen Bösen“* hatte (ebd., S. 22). Danilewski kritisiert jene, u.a. die Westler, die eine Europäisierung Russlands wünschen bzw. erstreben, weil sie völlig außer Acht lassen, dass Russland seine Eigentümlichkeit aufgeben müsste. Und selbst dann würde Russland nicht von Europa akzeptiert und als seinesgleichen betrachtet werden (ebd., S. 31f.).

Was die Charakterisierung der Europäer angeht, so konstatiert der Naturwissenschaftler dem germanisch-romanischen Typ eine ausgeprägte Gewalttätigkeit, hervorgerufen durch ein *„übermäßig entwickeltes Gefühl der Persönlichkeit, der Individualität, demzufolge der Mensch, der über es verfügt, seine Denkart und sein Interesse so hoch stellt, daß jede andere Denkart und jedes andere Interesse ihm notwendigerweise weichen muß, freiwillig oder unfreiwillig, als ihm nicht gleichberechtigt“*. Und weiter: *„Ein solches Aufzwingen der eigenen Denkart, ein solches Unterwerfen aller dem eigenen Interesse erscheint vom Gesichtspunkt eines übermäßig*

*entwickelten Individualismus, eines übermäßigen Gefühls eigener Würde, nicht einmal als etwas irgendwie Ungerechtes. Es bietet sich dar als natürliche Unterwerfung des Niederen und unter das Höhere, in gewissem Sinn sogar als eine Förderung des Niederen*“ (ebd., S. 108). Dem slawischen, speziell russischen, kulturhistorischen Typ hingegen weist er eine ausgeprägte Friedfertigkeit, Fügsamkeit und Ehrfurcht zu, was auch dem christlichen Ideal entspräche (vgl. ebd., S. 292). Der Grund ist in der Rechtgläubigkeit, der ursprünglichen und wahren Form des Christentums, und in der Duldsamkeit, ein Charakterzug der den Russen inhärent wäre, zu suchen.

Diese Gewalttätigkeit der germanisch-romanischen Kultur fiel beim Katholizismus auf fruchtbaren Boden. Katholizismus betrachtete Danilewski überhaupt als eine „*falsche Form des Christentums*“ bzw. als ein „*Produkt der Lüge, des Stolzes und Unbildung*“ (ebd., S. 21). Denn in dem Moment wo sich das Christentum den Eigenschaften des germanisch-romanischen Volkscharakters anpasste, verwandelte es sich zum Katholizismus und wurde damit eine „*Taktik der Gewalttätigkeit*“ (ebd., S. 109). Und hier unterscheidet er die russische Historiographie wesentlich von der Europas. Die Geschichte Europas sei von Konkurrenz, Gewalt und Kriegen gekennzeichnet<sup>40</sup>, während Russland hingegen sich im Großen und Ganzen durch Besiedelung benachbarter, nicht besetzter Gebiete ausgedehnt hätte; oftmals hinkte die staatliche Ausdehnung der Initiative russischer Siedler hinterher (vgl. ebd., S. 297ff.). Nicht selten sogar würde Politik zu Ungunsten der Russen selbst betrieben, bis hin zu einer Politik, die sich sogar gegen die allgemeinen Interessen Russlands richten würden, was dem white man's burden Prinzip entspricht (vgl. ebd., S. 117f.). Dies stellt eine Position dar, die recht häufig bei der russischen Intelligenzija anzutreffen war und ist<sup>41</sup>.

Auf Grund der ständigen Bedrohung von außen sah er die Notwendigkeit eines starken Staates: „*Dagegen hätte in Rußland, bei der Gefahr vor äußeren Feinden, die von allen Seiten drohten, im Anfang vornehmlich von Osten, dann von Westen, ein Mangel an staatlicher Konzentriertheit, welche die Anspannung aller Volkskräfte zur Abwehr der Feinde überhaupt erst ermöglicht, unweigerlich den unwiederbringlichen Verlust der Unabhängigkeit des Volkes mit sich gebracht*“ (ebd., S. 311). Eine weitere Parallele des sowjetischen Regimes später, welche das Primat der Schwerindustrie bzw. MIK gegenüber der Leicht- bzw. Konsumgüterindustrie mit der ständigen Bedrohung von außen begründete. Eine andere Parallele zeigte sich im Vorwurf seitens der

---

<sup>40</sup> Vgl. Danilewski, 1965, S. 113-119.

<sup>41</sup> So z.B. Pogodin. Er spricht den Slawen „bedingungslose Fügsamkeit“ und „Gleichmut“ zu, „im Gegensatz zur westlichen Reizbarkeit“ (Pogodin zit. nach Picht, S. 44).

sowjetischen Regierung, dass z.B. Reagans aggressive Rüstungspolitik die finanziellen Ressourcen der UdSSR unnötig binden würde. Danilewski meinte zu dem Thema in seiner Zeit: *„Wenn man auch nur das in Erwägung zieht, was Rußland für seine Rüstung seit der europäischen Beruhigung durch den Wiener Konreß ausgab, so macht dies allein schon Milliarden aus, welche Rußland gleich Amerika hätte ausgeben können für sein Eisenbahnnetz, für seine Handelsflotte und jede Art technischer Vervollkommnung in Industrie und Landwirtschaft“* (ebd., S. 313).

Einen weiteren Unterschied zwischen Russland und Europa macht Danilewski in der Bedeutung von Parteien und deren Interessen aus. Dies ist nicht unwesentlich, wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, die Parteien in Russland seit jeher haben. Jedenfalls seien Parteien und die Interessen, die sie vertreten, etwas vornehmlich westeuropäisches und untypisch russisches. Und jene die es in Russland gäbe, seien deswegen lediglich eine hohle Imitation aus Europa (vgl. ebd. S. 127f.).

Jedenfalls war Danilewski Stolz darauf, dass *„Rußland fast der einzige Staat ist, der niemals eine politische Revolution hatte [...], d.h. eine Revolution, welche die Begrenzung der Regierungsgewalt zum Ziele hat, die Aneignung des gesamten Umfangs der Macht oder eines Teiles von ihr durch irgendeinen einzigen Stand oder die ganze Masse der Bürger – die Vertreibung der gesetzlich regierenden Dynastie oder die Ersetzung durch eine andere“* (ebd., S. 301). Ironischerweise sollte sich genau das Gegenteil bewahrheiten. Innerhalb weniger Jahrzehnte kam es in Russland zu einer Reihe von Revolutionen, die das gesamte System gründlich auf den Kopf stellten. Insofern sollte seine Schlussbemerkung seines Buches „Rußland und Europa“ in seiner eigenen Art und Weise nach 1945 tatsächlich eintreten: *„Auf der russischen Erde entsteht ein neuer Quell: eines gesellschaftlich-ökonomischen Aufbaus, der die Volksmassen in gerechter Weise befriedigt. Auf den weiten Flächen des Slawentums sollen sich alle diese Ströme zu einem mächtigen Meere vereinigen“* (ebd., S. 326).

### **5.3.2.3. Fjodor Michailowitsch Dostojewski**

Ein wichtiges Ereignis für die Slawophilen war Dostojewskis Rede über den Dichter Puschkin, die er am 8. Juni 1880 vor der Versammlung des Vereins „Freunde Russischer Dichtung“ hielt. Dort sprach er vom Wirken Puschkins und interpretierte die Aussage(n) seiner Werke, hier vor allem „Die Zigeuner“ und „Eugen Onegin“. Er erklärte, dass die Protagonisten dieser Werke exemplarisch für Russland bzw. die Russen stünden und sie die russische Seele, russisches

Verhalten und russische Werte exzellent beschreiben würden. Diese Eigenschaften unterscheiden sie vom übrigen Europa. Doch der Unterschied wäre nicht unüberbrückbar, sondern warte von europäischer Seite nur darauf, vom Russentum „errettet“ zu werden. Im Zuge dessen ist Dostojewski davon überzeugt, dass überall bei Puschkin *„der Glaube an den russischen Charakter hervor[tritt], der Glaube an eine geistige Kraft des Volkes“* und wo *„Glaube ist, da ist Zuversicht, und die besitzt er dann auch – eine große Hoffnung und ein großes Vertrauen auf den russischen Menschen“* (Dostojewski, 1992, S. 27).

Für Dostojewski liegt die Identität eines Russen u.a. im ursprünglichen, ländlichen und fleißigen Leben. Die sog. Skitaletz, Heimatlose aus höheren Kreisen in Puschkins „Die Zigeuner“, verkörpern das Gegenteil der ursprünglichen russischen Werte und Tugenden. In einer Analogie vergleicht Dostojewski ihre Identitätslosigkeit und ihren Mangel an Tugenden mit der Situation, dass Russen oft dazu tendieren ihr „Heil“ oder ein (vermeintlich) besseres Leben in der Ferne zu suchen, was bei Aleko, eben ein Skitaletz, beschrieben sein soll: *„Schon in Aleko hat Puschkin jenen Unglücklichen, der in seinem ganzen großen Vaterlande keinen festen Verbleib hat, [...], in einer genialen Skizze festgehalten“* und weiter: *“Er [Anm.: im übertragenen Sinne „der Russe“] ist doch in seinem eigenen Lande ein Fremder, schon seit einem ganzen Jahrhundert hat er das Arbeiten verlernt, besitzt er nichts mehr von lebendiger Kultur...“* (ebd., S. 9 und 12). Insofern findet er die Antwort auf die Identitätslosigkeit und den Werteverlust der Skitaletz in Puschkins Aussage: *„Beuge dich, stolzer Mensch, und brich vor allen Dingen erst deinen Hochmut. Beuge dich, müßiger Mensch und arbeite erst einmal auf deinem Acker“,* denn *„nicht außerhalb deiner ist die Wahrheit, sondern in dir selber, suche sie in dir, unterwirf dich dir, bemächtige dich deiner und du wirst die Wahrheit erkennen! Nicht in den äußeren Dingen ist die Wahrheit und nicht irgendwo fern hinten hinter Bergen und Meeren, vor allem in deiner Arbeit an dir selbst! Besiege dich, bezähme dich – und du wirst frei sein, wie du es dir noch nie erträumt hast“* (ebd., S. 14).

In „Eugen Onegin“ sieht Dostojewski zwei weitere wichtige Kritiken Puschkins getätigt. Erstens die Orientierungslosigkeit Russlands und zweitens wie „man“, also als Russe, sich zu verhalten hätte bzw. was „typisch“ russische Eigenschaften oder Verhaltensweisen wären oder ausmachen sollten. Die beiden Charaktere Onegin und Tatjana lieben zwar einander, finden jedoch nicht zusammen. Am Anfang des Epos verachtet Onegin Tatjana; erst auf Grund ihres gesellschaftlichen Aufstiegs zu Hofe, fängt er an sich für sie zu interessieren. Dostojewski vermutet, dass Onegin, bei erfolgreicher Umwerbung, sie alsbald wieder fallen gelassen hätte, weil er in Onegin eine Person sieht die *„keinen Boden unter sich [hat], auf dem er stehen könnte, er ist ein Stäubchen, das vom Winde getragen wird“* (ebd., S. 25), also keine Werte, Stolz o.ä.

kennt. Tatjana wiederum stellt die personifizierte Tugendhaftigkeit dar, die alle guten russischen Attribute und Werte in sich vereinigt. Selbst in oder trotz ihres gesellschaftlichen Aufstiegs bleibt sie sich selbst und ihrer Herkunft treu: *„Nein, sie ist auch als Fürstin dieselbe Tanja, dieselbe, die sie dort auf dem Lande war! Sie ist nicht verdorben, im Gegenteil, sie fühlt sich bedrückt durch dieses prunkvolle Petersburger Leben; es ist für sie eine Last und ein Zwang, unter dem sie leidet; sie verabscheut ihre gesellschaftliche Stellung, und wer sie anders beurteilt, der begreift überhaupt nicht, was Puschkina ausdrücken wollte“* (ebd., S. 20). Und obwohl sie ihren Ehemann, einen General, nicht liebt, entscheidet sie sich gegen die Liebe zu Onegin. Dostojewski legt das in jener schicksalsschweren Erklärung dar: *„Eine reine russische Seele sagt sich in diesem Fall: ‚Mag ich allein das Glück entbehren, mag auch mein Unglück unvergleichlich größer sein als das Unglück dieses alten Mannes, mag auch niemand jemals erfahren, auch mein Mann nicht, daß ich mich geopfert habe, mag auch niemand mein Opfer schätzen, ich will doch nicht auf Kosten eines anderen glücklich sein!‘“* (ebd., S. 22f.). Abgesehen davon geht Dostojewski davon aus, dass Tatjana, auch wenn sie nicht verheiratet gewesen wäre, Onegin gegenüber standhaft geblieben wäre, denn *„sie sieht doch, wer er ist: er, der ewig unstete Mensch, findet plötzlich die Frau, die er als junges Mädchen verschmäht hat, findet sie in einer neuen glänzenden Umgebung, - und diese Umgebung ist für ihn auch das Ausschlaggebende, ihre gesellschaftliche Rolle ist es, die ihn bestrickt. [...] Deshalb also, nur deshalb wirft er sich wie geblendet ihr zu Füßen!“* und weiter: *„Sie weiß doch ganz genau, daß er im Grunde nur seine neue Einbildung liebt, und nicht sie, die ja dieselbe Tatjana geblieben ist, die sie früher war!“* (ebd., S. 23f.). Tatjana hat, im Gegensatz zu Onegin, trotz ihrer *„Verzweiflung und in dem Bewußtsein, daß ihr Leben verfehlt ist, etwas Festes und Unerschütterliches, auf das ihre Seele sich stützen, worauf sie sich aufrichten kann. Das sind ihre Erinnerungen an ihre Kindheit, an ihre Heimat, an die Landeinsamkeit, in der sie ihr stilles, reines Leben begann...“*. Dostojewski sieht in diesen Tugenden die russischen Eigenschaften im Allgemeinen in Einklang: *„Hierin liegt die Berührung mit dem eigenen Volk, mit seinen Heiligtümern, liegt das, was das Vaterland zur wahren Heimatscholle macht“* (ebd., S. 25).

Nach Dostojewski gilt es wieder die alten und russischen Werte anzustreben, weil es sie sind, die Russen, zu besseren Menschen machen würden. Darüber hinaus ist der Schriftsteller überzeugt, dass diese Werte eine Allgemeingültigkeit für alle Menschen, also auch Nicht-Russen, hätten. Der Vorteil, den die Russen inne hätten, sei, dass ihnen die Werte und Tugenden, welche in Tatjana ihren Ausdruck finden, ihnen von Natur aus zu Eigen wären und

sie der Menschheit insgesamt dereinst den Weg zu den allgemeingültigen Tugenden und zur Tugendhaftigkeit überhaupt weisen könnten.

Was die Besonderheit eines Russen ist und wieso gerade Russen den Anspruch der Universalität stellen können, erklärt er damit, dass nicht nur Puschkin sich in andere Völker hineinversetzen könne, sondern dass dies eine Begabung und Gabe der Russen an sich wäre. Dieses Können bzw. diese „*Kraft des russischen Volksgeistes*“ strebt zur „*Universalität und nach Allmenschlichkeit*“ (ebd., S. 34). Und: „*Da setzte dann mit einmal dieses Streben ein: zur lebendigen Wiedervereinigung der Menschen, zu einer, sagen wir, universalen Einigung! Nicht feindlich (wie man es hätte erwarten können), sondern freundschaftlich, mit ganzer Liebe nahmen wir das Genie, den Schöpfergeist der fremden Völker in unsere Seele auf, aller Völker, so viel es ihrer nur gab, ohne Rassenunterschiede zu machen und die einen den anderen vorzuziehen, da unser Instinkt fast schon vom ersten Schritt an die Widersprüche zu unterscheiden, das Fremde einzuschätzen und die Unterschiede zu entschuldigen verstand: allein damit haben wir unsere Fähigkeit und Neigung (die uns selbst noch neu und unbewußt waren) zur Wiedervereinigung aller Völker der großen arischen Rasse bezeugt. Ja, die Bestimmung des russischen Menschen ist unstreitig eine universale. Ein echter, ein ganzer Russe werden, heißt vielleicht nur [...] ein Bruder aller Menschen werden, ein Allmensch wenn Sie wollen. [...] Einem echten Russen ist Europa und das Geschick der ganzen arischen Rasse ebenso teuer wie Rußland selbst, wie das Geschick des eigenen Landes, eben weil unsere Bestimmung die [...] Verkörperung der Einheitsidee auf Erden ist, und zwar nicht einer durch das Schwert errungenen, sondern durch die Macht der brüderlichen Liebe und unseres brüderlichen Strebens zur Wiedervereinigung der Menschen verwirklichten Einheit.*“ (ebd., S. 35f.).

Den weltumspannenden, missionarischen, heilsbringenden Anspruch der russischen Idee, den Dostojewski in Puschkins Haltung glaubt erkannt zu haben, legt er folgend dar: „*Die Völker Europas wissen ja nicht einmal, wie teuer sie uns sind! Und ich baue fest darauf, daß wir in Zukunft, d.h. natürlich nicht wir, sondern die künftigen Russen, bereits alle ausnahmslos begreifen werden, daß ein echter Russe sein nichts anderes bedeutet, als sich bemühen die europäischen Widersprüche in sich endgültig zu versöhnen, der europäischen Sehnsucht in der russischen allmenschlichen und allvereinenden Seele den Ausweg zu zeigen, in dieser Seele sie alle in brüderlicher Liebe aufzunehmen und so vielleicht das letzte Wort der großen, allgemeinen Harmonie, des brüderlichen Einvernehmens aller Völker nach dem evangelischen Gesetz Christi anzusprechen*“ (ebd., S. 36f.).

Was die oft genannte und zu hörende Rückständigkeit Russlands anbelangt, so greift Dostojewski vor, indem er beschwichtigt und im Voraus fragen lässt: *„Was, uns, unserem bettelarmen, unkultivierten Lande, fiele eine solche Aufgabe zu. Uns wäre es bestimmt, der ganzen Welt ein neues Wort zu sagen?“* Ja, rede ich denn von ökonomischen Erfolgen, von Erfolgen des Schwertes und der Wissenschaft? Ich rede doch nur von der Brüderlichkeit der Menschen und davon, daß zur universalen brüderlichen Einigung das russische Volk vielleicht am meisten von allen anderen veranlagt und bestimmt ist, und daß ich in unserer Geschichte, in unseren begabten Männern und im schöpferischen Genie Puschkins die Beweise dafür sehe. *Mag unser Land arm sein, aber dieses arme Land ,durchwandert Christus in Bettlergestalt‘. Ja, warum sollten wir nicht trotz unserer Armut sein letztes Wort in uns tragen können?“* (ebd., S. 37f.). Auch hier lässt sich, einige Termini ausgewechselt, die Rede 1:1 auf sowjetische Ansichten und Reden übertragen. Wobei der große Unterschied darin besteht, dass die Bolschewiki die Rückständigkeit Russlands nicht als unveränderbar hinnahmen, sondern diesen Umstand aktiv ändern wollten. Und das nicht nur hinsichtlich der „Brüderlichkeit“, sondern auch wirtschaftlich/ökonomisch, wissenschaftlich, kulturell, ja sogar „im Erfolg des Schwertes“.

Aus russischer Sicht mögen diese Ansichten wie Balsam wirken, weil sie entgegen der ewigen Rückständigkeitstheorie standen bzw. gerade deswegen eine glorreiche Zukunft versprach. Aus der (westlichen) Ferne aber sprang einem der Chauvinismus direkt ins Auge<sup>42</sup>.

Einige Jahre vor seinem Tod wendete sich Dostojewski, von Europa enttäuscht, Asien zu und sah dort Russlands Mission. Auch die Realpolitik folgte einige Jahre vor dem Jahrhundertwechsel diesem Schwenk, indem z.B. der Bau der Transsibirischen Eisenbahn vorangetrieben wurde. Nach dem Verlust der russisch-japanischen Krieges 1905 kam es allerdings zu einem abrupten Ende dieser Politik und man wendete sich wieder Europa zu.

### **5.3.3. Grenzgänger**

#### **5.3.3.1. Wladimir Sergejewitsch Solowjew**

Ein gutes Beispiel dafür, dass eine Grenze zwischen Westlern und Slawophilen schwer auszumachen ist bzw. zwischen dieser beständig hin und her gewechselt wurde, ist Wladimir Solowjew.

---

<sup>42</sup> U.a. Kohn, der Dostojewskis Eindimensionalität vor Augen hält. In: Kohn, 1956, ab S. 185.

Als er ins Gymnasium kam, wurde er zu einem Materialisten und Atheisten, was ihn als Westler kennzeichnete. Allerdings änderte sich sein Standpunkt, als er sich mit der Philosophie Schopenhauers, Spinozas und Schellings beschäftigte.

Mit den Slawophilen hatte er den theologischen Aspekt gemeinsam. Doch im Unterschied zu ihnen, kristallisierte sich für ihn immer klarer heraus, dass sich die christlichen Kirchen wieder vereinigen müssen, um die Eschatologie zu erreichen. Dabei versprach er sich mehr von der römisch-katholischen Kirche, als der dem Staat zu eng verbundenen orthodoxen Kirche, oder der individualistischen protestantischen Kirche.

Zu Dostojewski verband Solowjow anfangs eine enge Freundschaft und nach dessen Tod verfasste er drei sogenannte Grabreden, wovon zwei 1882 gehalten wurden und die dritte 1884, welche allerdings als die erste bezeichnet wird und eigentlich keine war, sondern es sich um eine vorangestellte „Rede“ anlässlich einer Buchveröffentlichung handelte. In diesen betonte Solowjow die Bedeutung Dostojewskis. Solowjow erklärte, dass das Ziel, die allmenschliche Vereinigung, was das höchste Ideal der Gesellschaft ist, nicht im Gewaltsamen oder gar Revolutionären zu erreichen sei, sondern im und durch den Glauben (vgl. Solowjow, 1992, S. 31). Denn sollte die Vereinigung eine gewaltsame und/oder erzwungene sein, was Revolution de facto bedeutet, so würde es sich nicht um eine All-Menschheit handeln, sondern einen „Ameisenhaufen“, für Dostojewski ein negatives Symbol für den Zustand des Sozialismus und die Antithese für sein Ideal (vgl. ebd., S. 35). Auch stimmte Solowjow Dostojewkis Überzeugung zu, dass Russland in der Zukunft eine Sonderrolle in der Vermittlung einer Vereinigung der christlichen Kirchen und Versöhnung zwischen Ost und West einnehmen müsse und werde (vgl. ebd., S. 47f.).

Im Laufe der 1880er Jahre wandte Solowjow sich von den Slawophilen ab und kritisierte ihre engstirnige Haltung. Als sich immer deutlicher abzeichnete, dass eine Kirchenunion nicht zur Diskussion stand, v.a. die orthodoxer Kirche lehnte das strikt ab, verdüsterte sich die Prognose des Religionsphilosophen für die Zukunft der Menschheit. Kurz vor seinem Tode zeichnete der Philosoph in der „Erzählung vom Antichrist“, Solowjows letztes und bekanntestes Werk aus dem Jahre 1899, ein pessimistisches Zukunftsbild für den weiteren menschliche Werdegang, wobei am Ende des Werkes doch noch die Erfüllung des Reich Gottes auf Erden erreicht wird. Ein interessantes Detail in seiner Erzählung ist sein Misstrauen gegenüber den Asiaten bzw. (süd)östlichen Nachbarn Russlands, was er bereits fünf Jahre zuvor im gleichnamigen Gedicht geäußert hatte. Jedenfalls wiederholte Solowjow in der Erzählung die Gefahr des

„Panmongolismus“ und warnt vor einem erneuten Mongolenjoch, unter dem diesmal nicht nur Russland, sondern ganz Kontinentaleuropa leiden würde (vgl. Solowjew, 1994, S. 14ff.). Er sah die Gefahr also im Osten und nicht im Westen, was sich in gewisser Weise im Russisch-Japanischen Krieg 1904-1905 bewahrheiten sollte. Dieses Misstrauen besteht bei den Russen bis heute.

### 5.3.3.2. Nikolai Alexandrowitsch Berdjajew

Auch Berdjajew lässt sich schwer schubladisieren. Ursprünglich Marxist, nahm er zunehmend eine Position ein in der er versuchte, auch unter Einfluss Solowjows, Marxismus und Glaube miteinander in Einklang zu bringen. Sich selber betrachtete er als religiösen Philosophen bzw. religiösen Sozialisten (vgl. Berdjajew, 1983, S. 222f.).

In seinem Werk „Das neue Mittelalter“, welches 1923 entstand und das er als Gedankensammlung bezeichnete, prangerte er z.B. den in Europa vorherrschenden Individualismus an, weil dieser vom Wesen her negativ wäre und den Menschen deswegen keinen Inhalt geben könne (vgl. Berdjajew, 1950, S. 30). Noch deutlicher wird er, wenn er feststellt, dass *„alles, was auf dem geistigen Boden des Individualismus entstanden ist [...] seinem Wesen nach ‚reaktionär‘ und der Zersetzung verfallen“* sei. Weiter: *„Liberalismus, Demokratismus, Parlamentarismus, Konstitutionalismus, juristischer Formalismus, humanistische Moral, rationalistische und empirische Philosophie – alles das sind Geisteskinder des Individualismus, der humanistischen Selbstbehauptung, sie alle stürzen in sich zusammen und verlieren ihre frühere Bedeutung“*. In seiner weiteren Ausführung, erhellt sich das russische Demokratieverständnis schlagartig, denn die kritisierten Werte, die fest mit Westeuropa und seiner Geschichte verbunden sind, *„...das alles sind Formen des Denkens und des Lebens, die sich auf der Voraussetzung aufbauen, daß die Wahrheit unbekannt sei, daß es eine Wahrheit vielleicht überhaupt nicht gäbe; sie wollen die Wahrheit nicht kennen“*. Deswegen die Schlussfolgerung: *„Aber was ist denn eine humanistische Demokratie anders als eine Verkündigung des Rechts auf Irrtum und Lüge [...], als Überantwortung des Schicksals der Wahrheit dem Beschluß durch Stimmenmehrheit?“* (alle Zitate ebd., S. 33).

An Demokratie kann Berdjajew ohnehin nichts positives abgewinnen: *„Die Demokratie kümmert sich nicht um die Richtung und den Gegenstand des Volkswillens, und sie besitzt keine Kriterien zur Unterscheidung der Echtheit und Unechtheit der Bewegung, durch die sich der Volkswille äußert, zur Bestimmung der Qualität dieses Willens. [...] Die Demokratie bleibt gleichgültig*

*gegen Gut und Böse. Sie ist tolerant, weil sie indifferent ist, weil sie den Glauben an die Wahrheit verloren hat und nicht imstande ist, sich für die Wahrheit zu entscheiden. [...] Die Demokratie kennt die Wahrheit nicht, deshalb überläßt sie der Stimmenmehrheit zu entscheiden, was Wahrheit ist“.* Daher ist Demokratie dem (religiösen) Glauben und damit der Wahrheit entgegengesetzt, denn *„wer an die Wahrheit glaubt und sie kennt, der überantwortet sie nicht auf Gnade und Ungnade der quantitativen Übermacht. [...] Sie [Anm.: die Demokratie] will die menschliche Gesellschaft politisch so aufbauen, als ob es keine Wahrheit gäbe. [...], darin beruht der entscheidende Irrtum der demokratischen Idee“* (alle Zitate ebd., S. 110f.).

Die Entwicklung im Westen deutete Berdjajew als vermeintliche „Abkehr“ von der Wahrheit und dem Glauben, doch seiner Meinung nach könne nur diese ein Volk einen und zusammenhalten und nicht schwankende „Mehrheiten“ einer Demokratie. Deshalb kommt Berdjajew zu dem Schluss, dass *„sie [Anm.: die Westeuropäer] eine gegenstandslose Kultur und eine gegenstandslose Gesellschaft geschaffen“* hätten (ebd., S. 32f.). Der durch den Kapitalismus hervorgerufene Materialismus, die durch einen materiellen Überfluss verursachte Dekadenz und die daraus resultierende Sinnes- und Inhaltsleere seien abzulehnen (vgl. ebd., S. 38). Die Menschen Westeuropas, in ihrer Überzeugung von Vernunft, Rationalität etc., hätten sich von Freiheit und Wahrheit abgewendet, die sich in der Gläubigkeit und in der Natur fänden.

Hinsichtlich dessen bescheinigte er, wie so viele andere russische Philosophen und Intellektuelle auch, den Russen eine, wenn nicht *die* Mission für die Zukunft der Menschheit: *„Zwischen Ost und West stehend, erlangt Rußland, wenn auch auf einem furchtbar katastrophreichen Wege, eine immer deutlicher zutage tretende Weltbedeutung und lenkt immer mehr die Aufmerksamkeit ganz Europas auf sich“*, denn *„das russische Volk hat unter allen Völkern der Erde das stärkste Allmenseitsempfinden, es hat am meisten vom Geiste des Universalismus – das ist ein Wesenszug der Struktur seines nationalen Geistes. Und das russische Volk ist dazu berufen, die Einigung der Welt zu verwirklichen, einen einheitlichen christlichen Kosmos des Geistes zu schaffen“* (ebd., S. 43 und 44). Außerdem weist er darauf hin, dass Dostojewskis Missionsanspruch der Russen *„nichts mit einem bornierten Nationalismus zu tun“* hätte, denn das *„messianische Bewußtsein [ist] universal“* und *„Messianismus macht frei und beengt nicht“* (Berdjaev, 1983, S. 189).

Den sich zu seiner Zeit in Russland entwickelnden Sozialismus sieht Berdjajew als eine *„Weiterentwicklung des industriell-kapitalistischen Systems“* (Berdjajew, 1950, S. 37). Der Philosoph unterschied dabei zwischen russischen Sozialisten, wobei Sozialist hier nicht ideologisch zu verstehen ist, sondern als Charaktereigenschaft des „kommunitären Russen“,

dessen Ziel eben die russische Idee war, und den russisch *marxistischen* Sozialisten, die sich erst dann herausbildeten, als sich die russische Idee nicht verwirklichen ließ und man die Lösung in der Ideologie Marx suchte bzw. sah (vgl. Berdjajew, 1983, S. 205). In diesem Zusammenhang erachtete Berdjajew den Kommunismus in der damalig aktuellen Ausrichtung als noch schlimmer als den Kapitalismus, weil *„die von dem Sozialismus proklamierte ‚sakrale Macht‘ und ‚sakrale Gesellschaft‘ [...] so beschaffen [ist], daß für nichts ‚Weltliches‘, für nichts Freies und Vorläufiges, für kein freies Spiel der menschlichen Kräfte Raum bleibt. Der Sozialismus will den ganzen Mensch beherrschen, nicht nur den Leib, sondern auch die Seele“* (Berdjajew, 1950, S. 123<sup>43</sup>).

Das von so gut wie allen russischen (Religions-)Philosophen festgestellte Eschatologiestreben der Russen führt dazu, dass die *„russische Seele [...] auf das Reich Gottes gerichtet [ist], aber sie [...] leicht Versuchungen, Verführungen und Unterschiebungen nach[gibt], [...] leicht in die Gewalt des Reiches der Lüge [gerät]“* (ebd., S. 91). In Hinblick auf die bevorstehende Oktoberrevolution von 1917 weist Berdjajew darauf hin, *„daß das russische Denken zu totalitären Theorien und totalitären Weltanschauungen neigt“* (Berdjajew, 1983, S. 51), was darin begründet liegt, dass Russen in ihrer Suche nach Rechtgläubigkeit und Wahrheit zu einer gesamtheitlichen Lösung tendieren (vgl. ebd., S. 51f.). Außerdem seien Russen *„Maximalisten, und gerade das, was utopisch erscheint, ist in Rußland äußerst realistisch“* (ebd., S. 226). Nach der Machtergreifung der Bolschewiki sei denn auch das *„Reich der Lüge und Unterschabung [...] jetzt in Rußland zur Herrschaft gelangt“* (ebd., S. 91) und Berdjajew betrachtete dies als Strafe oder Prüfung Gottes: *„Der Bolschewismus entspricht dem geistigen Zustand des russischen Volkes, er ist nur ein Ausdruck der inneren geistigen Spaltungen des Volkes, seines Abfalls vom Glauben, seiner religiösen Krisis und seiner tiefen Demoralisierung“*. Im Bolschewismus sah Berdjajew eine *„verzerrte, umgestülpte Verwirklichung der russischen Idee, und deshalb hat sie gesiegt“* (ebd., S. 69).

Die Feststellung, dass der *„Bolschewismus [...] vor allem geistig von innen her, und dann erst auch politisch überwunden werden [muß]“* (ebd., S. 76; und vgl. ebd. 80f.), sollte sich knapp 65 Jahre nach der Revolution in gewisser Hinsicht bewahrheiten. Allerdings war es nicht der

---

<sup>43</sup> Wenn man die Passage Berdjajews über die Entartung des Sozialismus bzw. Kommunismus liest, welche versuchen ebenfalls sakral zu erscheinen und Kirche, Glauben und Wahrheit zu ersetzen, was sie deswegen zu einer Religion des Teufels bzw. Antichristen macht, und dazu parallel Solowjews „Erzählung vom Antichrist“, lassen sich interessante Verbindungen zwischen der Bedeutung der Revolutionäre und Solowjews Protagonisten herstellen. Berdjajew betrachtet Marx als Solowjews Antichristen, weil beide aus dem Westen kamen, und Lenin als Apollonius, beide „Wundertäter“ des Ostens, die den „falschen“ Glauben etablierten (vgl. Berdjajew, 1950, S. 27; Solowjew, 1994, S. 55 und S. 91).

religiöse Glaube, der das Ende des sowjetischen Staates auslöste, sondern die innere Krise des Systems, als dessen Substitut sich die Religion für die delegitimierte Ideologie zur Verfügung stellte.

#### **5.4. Panslawismus oder doch Panrussismus?**

Nicht zu verwechseln sind die Slawophilen Russlands mit den Panslawisten, wobei es durchaus Querverbindungen gab. Den ersten Slawophilen ging es hauptsächlich um Russland, während die anderen slawischen Nationen bzw. Völker in ihren Überlegungen anfangs kaum eine Rolle spielten. Die panslawische Bewegung kam ihnen lediglich insofern entgegen, weil hier der Missionscharakter Russlands betont wurde, durch den das Land an Bedeutung gewann.

Ausgangspunkt des Panslawismus, der sich erst im 19. Jh. herauszubilden begann, ist die Vorstellung, dass es lediglich einen slawischen Stamm gäbe, der sich im Laufe der Geschichte auseinanderentwickelt hatte und zu den vielen slawischen Völkern führte. In der Bewegung selbst lassen sich zwei Strömungen unterscheiden, jene die auf die Ähnlichkeit der Sprache setzte und jene die die Orthodoxie als slawische Amalgamierung anführte. Letztere wies jedoch wesentlich größere Beweisdefizite auf, weil z.B. die Tschechen, Kroaten etc. nie Teil der Orthodoxie waren.

Interessanterweise hat gerade ein Deutscher, der Dichter und Philosoph Johann Gottfried Herder, viel zum slawischen Selbstbewusstsein beigetragen. Herder meinte in den Slawen ein Potential erkannt zu haben, an dem sich Westeuropa noch orientieren würde oder müsse. Er hob besonders die Bäuerlichkeit und Rückständigkeit der Slawen hervor, was später von den Slawen selbst immer wieder als Vorzug betrachtet bzw. genannt werden sollte (vgl. Kohn, 1956, S. 7). Neben Herder gab es aber noch einige andere deutsche Intellektuelle, die ebenfalls ihr Augenmerk auf die Slawen gerichtet hatten und so einen nicht unerheblichen Anteil an deren Nationsbildungsprozess beitrugen.

Im Panslawismus stand nicht, wie man annehmen könnte, das unabhängige bzw. freie Russland im Mittelpunkt, sondern konzentrierte sich auf die Slawen die im fremden Einflussbereich lebten und noch ein relativ unausgeprägtes Nationsbewusstsein hatten. Sinn dieser Bewegung war, die Slawen zu ermuntern sich von ihren „Besetzern“ zu emanzipieren und schlussendlich zu lösen. Bei den Slawen handelte es sich um jene die in der k.u.k. Monarchie und zum anderen jene die

unter dem Einfluss der Osmanen lebten. Kohn bezeichnete die Bewegung denn auch als „Verteidigungsbewegung der Westslawen“ (ebd., 12).

Nikolai Danilewski, ein glühender Verfechter des Panlawismus auf russischer Seite, schwebte eine Föderation vor, die nach Carter „leninistische Züge“ aufwies, da der russische Naturwissenschaftler wie ein revolutionärer Marxist klingen würde, wenn er verkündet, dass die Einheit der Slawen nur durch einen Krieg mit dem Westen gefestigt werden könne (vgl. Carter, 1995, S. 31). Der Panlawist über den Sinn einer slawischen Union: *„Da Rußland seiner inneren Wesensart nach der europäischen Welt fremd ist, da es zudem allzu stark und mächtig ist, um den Platz eines der Mitglieder der europäischen Familie einzunehmen, um eine von den europäischen Großmächten zu sein, vermag es nicht anders eine seiner und des Slawentums würdige Stellung in der Geschichte einzunehmen, als indem es zum Haupte eines besonderen, selbständigen politischen Staatensystems wird und Europa in seiner ganzen Gemeinschaft und Ganzheit zum Gegengewichte dient. Das sind die Vorteile, der Nutzen, der Sinn des allslawischen Bundes in Hinsicht auf Rußland“* (Danilewski, 1965, S. 197). Danilewski ging es beim allslawischen Bund, unter der Führung Russlands, darum eine unipolare Welt, dominiert von Europa, zu verhindern und ein Gleichgewicht zu schaffen. Denn *„die Weltmonarchie, die Weltrepublik, die Weltherrschaft eines Staatensystems, eines kulturhistorischen Typs sind alle in gleicher Weise schädlich und gefährlich für den Fortschritt der Geschichte,...; denn die Gefahr liegt nicht in der politischen Herrschaft eines Staates, vielmehr in der Kulturherrschaft eines kulturhistorischen Typs,...“* (ebd., S. 225). Und der allslawische Bund drohe nicht mit *„Weltherrschaft, vielmehr bietet er die unerläßliche und zugleich einzig mögliche Bürgschaft für die Einhaltung des Weltgleichgewichts, den einzigen Schutz gegen die Weltherrschaft Europas. Dieser Bund wäre keine Drohung gegen irgendwen, vielmehr nur eine reine Verteidigungsmaßnahme – nicht nur im Sonderinteresse des Slawentums, vielmehr auch im Interesse der ganzen Welt. Der allslawische Bund hätte nicht die Weltherrschaft zu seinem Ergebnis, vielmehr nur eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Macht und des Einflusses zwischen den Völkern und Völkergruppen,...“* (ebd., S. 224). Und es ginge darum, *„daß es keinen Weltstaat, keine Weltrepublik oder Weltmonarchie geben soll, vielmehr darum, daß nicht eine einzige Zivilisation, eine einzige Kultur zur Herrschaft gelange; denn das würde Menschengeschlecht einer der notwendigen Vorbedingung des Erfolges und der Vervollkommnung berauben – des Elements der Mannigfaltigkeit“* (ebd., S. 227).

Auch und gerade hier stellt sich die Frage, ob Stalin seinen Danilewski gelesen hat. Denn mit Stalins Wechsel zur konservativen, eigentlich schon reaktionären „Sozialismus in einem Lande“

Politik in den 1930er Jahren, deckte sich die Realpolitik der UdSSR ziemlich genau mit den Ideen Danilewskis. In diesem Lichte könnte die kommunistische Ideologie nur mehr als zufälliges Nebenprodukt des Panslawismus bzw. Panrussismus erscheinen. Insofern wäre es interessant Stalins radikalen Wechsel vom kommunistischen Revolutionär zum russischen Konservativen und/oder Slawophilen in dieser Hinsicht neu zu untersuchen.

Was die Russen, als Ostslawen, von den anderen Slawen unterschied, war, dass sie als einzige, von der Mongolenzeit abgesehen, in ihrer Geschichte nicht unter fremder Herrschaft lebten: *„Rußland aber teilt nicht das Los der gleichstämmigen slavischen Staaten, und es erhebt sich mit seinem Ruhm nicht nur über sie, sondern über alle westlichen und asiatischen“* (Pogodin, zit. nach Picht, 1969, S. 49). Bei dieser Sichtweise spiegelt sich die Problematik der Gewichtung der Russen in der panslawischen Bewegung wider, denn sie betrachteten sich auf Grund dieser Tatsache als primus inter pares. Nichtsdestotrotz galten die Russen besonders in den 1820er Jahren durchaus als Hoffnungsträger der Westslawen in ihrer Rolle als Schutzmacht, wobei da die Polen auszuklammern sind<sup>44</sup>: *„In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der Panslawismus eine Bewegung der Westslawen, geboren aus ihrem kulturellen Erwachen und ihrer politischen Schwäche. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurde er eine überwiegend russische Bewegung, die im Gefühl geistiger und materieller Größe und im Bewußtsein historischen Schicksals begründet war“* (Kohn, 1956, S. 111).

Im Laufe der Zeit verschwammen jedoch die russischen Vorstellungen über die panslawische Bewegung und mündeten immer mehr im Panrussismus. Die anfängliche Idee einer allgemeinen slawischen Sprache, die man gemeinsam erstellen sollte, ging zu einer durchaus chauvinistischen Ansicht einer Überlegenheit des Russischen über und führte zum Sprachenkonflikt innerhalb der Bewegung (vgl. Picht, 1969, S. 63f.). Zu guter Letzt waren die slawischen Völker, entgegen aller hehren Vorstellungen, untereinander mehr oder weniger zerstritten. Trotz der primus inter pares Problematik betrachtete Danilewski das vermeintlich „vorurteilsfreie“ Russland als Mittler und Mahner der gemeinsamen Sache (vgl. Danilewski, 1965, S. 201). Wichtig war es ihm, trotz aller Widersprüche, hervorzuheben, dass es ihm nicht um die russische, sondern die slawische Sache ginge. Denn eine Eroberung bzw.

---

<sup>44</sup> Die Polen nahmen im Laufe des 19. Jh. eine mehr als oppositionelle Haltung gegenüber den Russen ein, was ihnen russischerseits böses Blut einbrachte und ihnen immer wieder Verrat vorgeworfen wurde (vgl. u.a. Danilewski, 1965, S. 173).

Bevormundung nicht-slawischer Nationen durch Russland würde zu Feindschaft führen und dies könnte Europa instrumentalisieren: *„Bei der ständigen Bereitschaft Europas, aus der Schwäche Rußlands Nutzen zu ziehen, würde es sich natürlich beeilen, den von Rußland unterjochten Völkern die Helferhand zu reichen, in dem es sich [...] zu ihrem ersten, wenn auch heuchlerischem Freund machen würde – und statt der erwarteten Machtvergrößerung müßte Rußland zusammenbrechen unter seiner eigenen Schwere“* (ebd., S. 208). Eine Vermutung, die, hinsichtlich des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der UdSSR, knapp 120 Jahre später, nicht von der Hand zu weisen ist.

Die anfänglichen Vorstellungen der Westslawen über eine slawische Einigkeit scheiterte jedoch an der Haltung des offiziellen Russlands, welches weder Interesse am Panslawismus noch am Schicksal der Westslawen hatte. Dies hatte schlicht und einfach machtpolitische Gründe. Einerseits war Russland mit den Habsburgern verbündet und andererseits betrachtete man den aufkeimenden Nationalismus der Westslawen zunehmend kritisch. Die russische Intelligenzija war spätestens seit dem panslawischen Kongress in Moskau 1867 vom Panslawismus eingenommen. Das offizielle Russland hingegen änderte seine Haltung erst allmählich ab der zweiten Hälfte des 19. Jh. Mit dem Regierungswechsel von Zar Nikolaus I. zu Alexander II. Die Ablehnung wandelte sich in Instrumentalisierung um, was allerdings auch die Transformation des Panslawismus zum Panrussismus nach sich zog.

Im Krimkrieg 1853 ging es u.a. auch darum die im osmanischen Reich lebenden Slawen zu befreien (vgl. Kohn, 1956, S. 163). Enttäuschend bzw. höchst ärgerlich und ein Beweis für die Feindseligkeit Europas gegenüber den Russen, war dabei die Haltung der westeuropäischen Mächte. Ihnen, den katholischen Glaubensbrüdern, wurde vorgeworfen die nichtchristlichen, barbarischen Osmanen zu unterstützen ihre Macht in einem Teil Europas zu halten bzw. auszudehnen, der nicht asiatisch, also ihnen angestammt wäre. Im Gegenteil sogar gegen jene zu kämpfen, die etliche Male für Europa gekämpft hatten und auch jetzt für Christen kämpften (vgl. ebd., S. 169f.)<sup>45</sup>. Danilewski erläuterte dazu: *„Europa hat gar nichts getan, es strebte vielmehr mit eiserner Folgerichtigkeit nach einem und demselben Ziel [...]. Dieses Ziel ist, sich die slawisch-griechische rechtgläubige Welt um jeden Preis zu unterwerfen. Die ottomanische Macht aber [...] bildet nur ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen“* (Danilewski, 1965, S. 181). Deswegen trat er so vehement für eine Föderation slawischer Staaten ein und *„gerade die [...]*

---

<sup>45</sup> Danilewski bringt für die verschlagene und opportunistische Haltung Europas gegenüber dem aufopfernden Russland mehrere Beispiele als Beweis an: Danilewski, 1965, S. 249ff.

*höchsten europäischen Interessen bilden [...] das einzige Hindernis zur Befreiung der Slawen und Griechen“ (ebd., S. 186). Danilewski ging sogar noch weiter und erklärte den Kampf des Slawentums gegen Europa für absolut: „Ist der slawische Stamm mächtig nur durch seine Zahl und die Ausdehnung des von ihm eingenommenen Gebietes oder ist er das durch seine innere Bedeutung, ist er ein gleichberechtigtes Glied in der Familie der arischen Völker, ist es ihm beschieden, eine Weltmachtsrolle zu spielen gleich seinen älteren Brüdern, ist es ihm beschieden, einen von den selbständigen Kulturtypen der Weltgeschichte zu bilden – oder ist ihm die nebensächliche Bedeutung eines Vasallenstammes vorausbestimmt, die nicht beneidenswerte Rolle ethnographischen Materials, das seinen stolzen Herrschern und Suzeränen zur Nahrung dienen muß? Die ganze historische Analogie überzeugt uns vom Gegenteil und zwingt uns, alle Mittel anzuwenden, alle Kräfte, die ganze Energie auf diesen entscheidenden Streit, der schon nicht mehr lange verschoben werden kann“ (Kohn, 1956, S. 190). Letztendlich sieht Danilewski einen Kampf gegen Europa als unausweichlich an: „Früher oder später, ob wir es wollen oder nicht, ist der Kampf mit Europa [...] unvermeidlich...“ (ebd., S. 236) und „schon den Prozeß dieses unvermeidlichen Kampfes, nicht nur seine erwünschten Ergebnisse, halten wir, wie wir schon mehrmals betonten, für heilsam und wohltuend. Denn nur dieser Kampf kann unsere Gedanken ernüchtern und in allen Schichten unserer Gesellschaft den Volksgeist heben, der verkam in Nachahmung und Liebedienerei vor dem Fremden, angesteckt von jener äußerst gefährlichen Krankheit, die wir das ‚Europäisieren‘ nannten“ (ebd., S. 236f.). Als Ziel bezeichnete Danilewski: „Rechtgläubigkeit, Slawentum und Bauernlandteil - d.h. das sittliche, politische und ökonomische Ideal der Völker des slawischen Kulturtyps - muß notwendigerweise zum Symbol der Sieger werden...“ (ebd., S. 277). Mit dieser Haltung orientierte er sich höchstwahrscheinlich an Bismarcks „Blut und Eisen“ Politik.*

Nach dem Krimkrieg 1856 spielte der Panlawismus bei den Russen eine immer geringere Rolle bzw. ging größtenteils im Nationalismus der Slawophilen bzw. im Panrussismus auf. In Ostmitteleuropa allerdings, führte er zur aufgeheizten Stimmung vor dem Ersten Weltkrieg. Der Balkankrieg 1912 wurde vom Gedanken getragen die osmanische Herrschaft abzuschütteln. Der sog. Balkanbund trug den Sieg davon, was aber unmittelbar zum zweiten Balkankrieg 1913 führte, wo u.a. die verschiedenen slawischen Nationen gegeneinander kämpften und die idealisierte slawische Einigkeit, die der Panlawismus ja propagierte, ad absurdum führte. Tatsache ist, dass diese Konflikte Wegbereiter für den vor der Tür stehenden Weltkrieg waren. Hintergrund der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch den bosnischen Serben Gavrilo Princip 1914, waren die Vorstellungen der Serben eines

Großserbischen Reiches, wozu sie auch durch die panslawische Bewegung ermuntert worden waren. Als panslawischen Verbündeten konnten die Serben sich auf das Russische Reich stützen, was dann zur Verkettung der bekannten Kriegserklärungen führte.

Den Ausgang des Ersten Weltkriegs bezeichnete Kohn, nach der „Verteidigungsbewegung der Westslawen“, als den „Triumph der Westslawen“ (Kohn, 1956, S. 217). Deswegen Triumph, weil aus dem Zerfall der Habsburgermonarchie neue Staaten, wie die Tschechoslowakei, die die größten Anhänger des Panslawismus waren, hervorgingen. Und bestehende Staaten vergrößerten sich, wie Rumänien, Polen und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. An einer allgemeinen slawischen Föderation, Konföderation o.ä. war aber kaum eine andere slawische Nation ernstlich interessiert: *„Der vom Panslawismus bewirkte gegenseitige Kontakt stärkte die entstehenden Nationalbewegungen der Slawen. Aber gerade ihr wachsender Nationalismus verhinderte die Realisierung der panslawischen Idee. Je mehr die Völker sich ihrer Individualität ihrer Traditionen und Sprache bewußt wurden, desto weniger waren die geneigt, sich für eine zwar eifrig verkündete, tatsächlich aber nicht vorhandene gesamtslawische Kultur oder Sprache zu opfern. Die Verwandtschaft der slawischen Sprache und der äußerst fragwürdige Glaube an eine gemeinsame Abstammung in vorgeschichtlichen Zeiten bildete keine solide Grundlage für die Einheit. Politische und historische Realitäten, Unterschiede in Religion und Kultur standen panslawischen Aspirationen entgegen“* (ebd., S. 12). Daher fand der Panslawismus *„keine politische oder kulturelle Verwirklichung“* (ebd., S. 13). Auch Picht konstatierte Widersprüche im Panslawismus: *„Allslawischer und nationaler Gedanke, völkisches und staatliches Denken, Einheitsgedanke und faktische Verschiedenheit in Religion, Sprache, Wesensart und Interessen, Autokratieprinzip und Völkerbefreiung, Legitimitätsprinzip und das erhoffte Zerbrechen konservativer staatlicher Ordnungen, Brüdergedanke und gegenseitiges Mißtrauen“* (Picht, 1969, S. 274).

Die panslawische Bewegung spielte bei den Bolschewiki gar keine Rolle. Denn in der Überzeugung, dass in Folge der Weltrevolution Staaten und Grenzen ohnehin bald hinfällig sein würden, wurden große Teile slawischen und russischen Territoriums im Frieden von Brest-Litowsk preisgegeben. Ähnliches wiederholte sich 1939 mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin, der nicht nur bereitwillig Teile Polens an das Deutsche Reich auslieferte, sondern auch wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen diesen beiden ideologischen Gegnern nach sich zog und allen jemals angestellten panslawischen Überlegungen zuwiderlief. Hier war allein russisches bzw. sowjetisches machtpolitisches Denken ausschlaggebend. Auch die Überlegungen und Drohungen der Nationalsozialisten, was

den Osten betraf, fochten Stalin nicht an. Selbst die Gräuel in den ersten Kriegsjahren bewegten Stalin nicht für die Slawen tätig zu werden. Zum Paradigmenwechsel kam es erst mit dem Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941. Ab diesem Zeitpunkt wurde der Panslawismus wieder entdeckt und Appelle an die Slawen gerichtet. Aber auch dieses Mal gab es keine einheitliche Haltung unter ihnen, denn einige slawische Staaten kämpften auf Seiten der Achsenmächte. Nichtsdestotrotz wurden Slawenkomitees gegründet, die eine Zusammenarbeit zwischen den slawischen Ländern koordinieren sollten (vgl. Kohn, 1956, S. 246).

Mit dem Sieg im Großen Vaterländischen Krieg konnte Stalin den sowjetischen Einfluss soweit nach Westen ausdehnen, dass alle slawischen Gebiete, und mit Ungarn darüber hinaus, in einem Block zusammengefasst werden konnten. Die Träume der russischen Panslawisten bzw. Panrussisten aus dem vorigen Jahrhundert schienen sich erfüllt zu haben: *„Der Panslawismus wurde das Mittel für die Schaffung einer gemeinsamen Zivilisation des kommunistischen Rußland, der Sowjetunion und ihres führenden Volkes, der Großrussen“* (ebd., S. 257). Insofern kann festgestellt werden, dass die panslawische Idee in der panrussischen bzw. sowjetischen Idee aufgegangen ist. Kohn nannte dies den „Triumph der Ostslawen“ (ebd., S. 247).

## 5.5. Der Vorabend der Großen Oktoberrevolution

Die für russische Verhältnisse durchaus rasante, aber in ihrer Heftigkeit trotz allem immer noch recht gemäßigte, politische Entwicklung im 19. Jh. fasste Picht insofern zusammen, dass der Eindruck entstehen könnte, *„daß zwischen dem Dezember der Dekabristen und dem ‚roten Oktober‘ der Bolschewisten die Ideen und Ideologien stärkere geschichtliche Triebkräfte gewesen seien als die Aktionen“* (Picht, 1969, S. 13).

Herzen erklärte dabei die Passivität der Russen bei Prozessen von geschichtlicher Bedeutung in sehr erhellender Weise: *„Aber wenn das Volk an der Bewegung der Ideen, welche die anderen Klassen ergriff, keinen Teil nahm, so beweist das keineswegs, daß in seinem Innereren nichts vorging. Diese Unzufriedenheit des russischen Volkes, wovon wir reden, ist dem oberflächlichen Blicke nicht sichtbar. Rußland erscheint immer so ruhig, daß man kaum glauben kann, dort ereigne sich irgend etwas. Wenige Leute wissen, was hinter dem Leichentuch, womit die Regierung die Toten, die Blutflecken, die militärischen Exekutionen bedeckt, vorgeht, da die Regierung heuchlerisch und unverschämt genug behauptet, daß hinter diesem Tuche weder Blut noch Tote seien“* (Herzen, 1905, S. 96). Ähnlich sah es Danilewski: *„Alle großen Momente des russischen Volkes haben gleichsam keine Verkündigung,... [...] Der Umsturz selber*

*vollzieht sich gleichwohl natürlich nicht wie ein Deus ex machina. Nur ist der ihm vorausgehende Prozeß ein rein innerer, der in der Tiefe der Volksseele verläuft, unsichtbar und unhörbar. [...] Das Volk sagt sich innerlich von dem los, was der Ablösung oder Veränderung unterliegt, der Kampf verläuft im Inneren des Volksbewußtseins, und wenn die Zeit kommt, das Alte durch das Neue in der Tat zu ersetzen, so vollzieht sich dieser Ersatz mit erstaunlicher Raschheit, ohne sichtbaren Kampf, zu rastlosen Staunen derer, die glauben, daß sich alles nach dem einen Maßstab vollziehen muß, der von ihnen für den normalen gehalten wird“ (Danilewski, 1965, S. 121f.). Jedoch möchte er den Phlegmatismus, der den Russen zuweilen nachgesagt wird, nicht als das Fehlen von Energie bzw. Eigentätigkeit und Weichheit missverstanden, sondern in Folge geschichtlicher Prozesse verstanden wissen (vgl. ebd., S. 127).*

Mit diesen Ansichten mögen sich vielleicht die überraschend ruhigen Revolutionen in Russland erklären, derer es im 20. Jh. doch mehrere gab. Denn nach Auffassung der russischen Intelligenzija hatte die Zarenherrschaft ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität verwirkt und deswegen verlief ihre Beseitigung rasch und weitgehend unblutig; was aber auch für den Zusammenbruch der Sowjetunion gilt, der für alle, gerade den Westen, schnell und v.a. überraschend kam.

## 6. Die sowjetische Idee

Nach der orthodoxen und der russischen Idee, folgte nun der nächste Versuch Russlands, seiner historischen Mission nachzukommen. Ausgestattet mit der kommunistischen Ideologie, stellte der dritte Missionsversuch mit der Weltrevolution der Proletarier aller Länder dezidiert einen weltumspannenden Anspruch, den Lenin höchstpersönlich wie folgt beschrieb: *„Kraft einer Anzahl von Umständen - darunter im Zusammenhang mit der Rückständigkeit Rußlands und mit seiner endlosen Ausdehnung und damit, daß es als Ausland zwischen Europa und Asien, zwischen West und Ost dient - kam es uns zu, alle Schwierigkeiten auf uns zu nehmen - worin wir eine große Ehre erblicken - und die Anführer im Weltkampf gegen den Imperialismus zu sein“* (Lenin, zit. nach Liess, 1972, S. 14).

Das Weltbild des Kommunismus, welches Karl Marx geschaffen hatte, richtete sich nicht speziell an Russen oder die in Russland lebenden Ethnien. Er ging ursprünglich überhaupt davon aus, dass die Revolution in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten ihren Anfang nehmen würde. Gegenüber Russland bzw. den Slawen allgemein nahmen Marx und Engels sogar eine ziemlich ablehnende Haltung ein (vgl. Kohn, 1956, S. 92). Dass die kommunistische Idee dennoch in Russland als erstes Fuß fassen konnte, lag wohl am angeblich „kommunitären“ russischen Wesen, wie im vorigen Kapitel bereits beschrieben. Die Bolschewiki waren sich der Rückständigkeit Russlands und der unzutreffenden Ausgangslage des Landes, wie sie Marx beschrieben hatte und als Voraussetzung sah, durchaus bewusst, doch hofften sie, dass mit der Revolution in Russland die Weltrevolution ihren Ausgang nehmen würde, in deren Verlauf die entwickelten Staaten Russland unterstützen würden (vgl. Becker, 2009, S. 15).

Die neu propagierte Weltanschauung war antinational, universalistisch, egalitär, kosmopolitisch<sup>46</sup>, liberal und antireligiös. Dieser Missionsversuch, den ich „sowjetische Idee“ benennen werde, hatte zum Ziel, dass sich *„aus den sozialistischen Nationen [...] sich im Endkommunismus das einsprachige Weltvolk, die klassenlose menschliche Einheitsgesellschaft ergeben“* solle (Liess, 1972, S. 25).

Eine Paradoxie der atheistischen Mission war, dass die Huldigung kommunistischer Persönlichkeiten und die ständige Beweihräucherung des Systems bei allen möglichen

---

<sup>46</sup> Diesem Begriff ist anzumerken, dass er sowohl im russischen als auch sowjetischen Gebrauch negativ behaftet war und ist, ersichtlich bei Auszügen des Prawda Artikels „Proletarischer Nationalismus wider bürgerlichen Kosmopolitismus“ aus dem Jahre 1949 bei: Oberländer, 1967, S. 90ff.

Anlässen, aber auch „Nicht-Anlässen“, selbst religiösen Charakter hatte. Daher steckt eine gewisse Ironie in der Feststellung, dass der *„Sozialismus [...] an die Stelle der Kirche [tritt] und [...] sich auf einer höheren Stufe der Menschheit seine eigene kultische Form [schafft]“* (Wegner, zit. nach Roth, 1987, S. 180).

Obwohl sich zwischen der sowjetischen und russischen Idee durchaus einige Gemeinsamkeiten finden lassen, unterschieden sie sich in einigen Punkten und in ihrer Zielsetzung fundamental voneinander. Zum einen in der Frage wen man mit dieser Idee erreichen wollte und zum anderen, wie die Menschen angesprochen, überzeugt und gewonnen werden sollten. Abgesehen davon orientierte sich die sowjetische Idee, im Gegensatz zur russischen, mit seiner Ideologie und seinem Modernisierungsanspruch eindeutig am Westen<sup>47</sup>. Dennoch beinhaltete dieses Bekenntnis zur Modernität und damit Westen eine Ambivalenz, weil sich das sowjetische Regime antagonistisch zum kapitalistischen System betrachtete, welches ja ebenfalls dem Westen inhärent war. Es gibt aber auch Meinungen, hier der Eurasier, dass die Machtübernahme der Bolschewiken eine eindeutige Abwendung vom Westen gewesen sei: *„Zwar waren für die ‚Eurasier‘ die Bol’seviki auch ‚Europäisierer‘, wie Peter der Große; es sei ihnen jedoch gelungen, die fundamentalen Regungen der Unterschichten, des russischen Volkes, gegen das Werk Peters zu mobilisieren. [...] Das Ergebnis der Revolution sei faktisch die Trennung von Europa, die Enteuropäisierung gewesen“* (Golczewski, 1998, S. 82f.). Dieser Ansicht ist durchaus etwas abzugewinnen, weil sie den Spagat zwischen dem Wunsch ein vollständiges Mitglied Europas zu sein und dem Versuch als Teil Europas einen eigenen Weg zu bestreiten, darstellt.

Die sowjetische Idee deklarieren ich deswegen als Idee, weil man sie nicht als Sozialismus oder gar Kommunismus marxistischer Prägung verstehen darf. Vielmehr veränderte sie sich bereits kurz nach der Revolution und wurde eine eigene, russische Variante: *„Das sowjetische System war nicht Sozialismus, so gerne es sich diesen Namen auch umhängte, um das mit diesem verbundene hohe moralische Ansehen beanspruchen zu können. Aber zweifellos begann es als ein Versuch, Sozialismus umzusetzen“* (Polák, 2009, S. 227). Berdjajew meinte dazu: *„Der Marxismus wurde den russischen Bedingungen angepaßt und russifiziert. Die messianische Idee des Marxismus, welche an die Mission des Proletariats gebunden ist, wurde mit der russischen messianischen Idee vereinigt und identifiziert. [...] Die russische Revolution war als*

---

<sup>47</sup> Dies brachte ihr nach, aber auch schon vor dem Zusammenbruch der UdSSR die Kritik ein, in gewisser Weise „unrussisch“ zu sein, hier z.B. Solschenizyn, 1974: „Offener Brief an die sowjetische Regierung“, S. 42ff.

*durchaus echte Revolution ein universaler Messianismus; sie wollte der ganzen Welt das Heil und die Befreiung von der Unterdrückung bringen“* (Berdjaev, 1983, S. 226f.). Wegner stellt klar: *„So degenerierte der Marxismus im sowjetischen Realsozialismus stalinscher Prägung zu einer nationalrussischen Variante, in der das mittelalterlich-asiatische Erbe stets virulent blieb“* (Wegner, 1997, S. 28). Carter meint auch eine Trennung ausgemacht zu haben, in der Bolschewismus und Kommunismus nicht ident seien, sondern es zu einer Vermischung zwischen Bolschewismus mit dem traditionellen russischen „Statismus“ gekommen war (vgl. Carter, 1995, S. 67). Daraus erklärt sich z.B. die Betrachtungsweise, dass Kommunisten Juden und Nichtrussen, und Bolschewiken Russen wären. Denn erstere hätten die Weltrevolution und alles Mögliche, nur nicht Russland, zum Ziel, während es letzteren primär um die Erhaltung und Stärkung Russlands ginge (vgl. Mey, 2004, S. 146f.). Gerade nach der Implosion der Supermacht gab es Meinungen, die den Marxismus bzw. Kommunismus als Import des Westens betrachteten und deswegen als nicht kompatibel mit der russischen Denk- und Lebensweise betrachteten und in Folge dessen zur Katastrophe führen musste. Auch im Streben durch die Weltrevolution welthistorische Ausmaße zu erlangen, sahen die Kritiker eine durch und durch unrusische Komponente. Also gab es 2 entgegengesetzt Annahmen, die die das sowjetische Regime als logische Konsequenz der russischen Geschichte sehen und die die darin einen Bruch ausmachen (Ignatow, 1999, S. 19ff.).

Nach Lenins Tod und Stalins Nachfolge prägte sich in der UdSSR entgegen dem universalistisch-egalitären Prinzip des Sozialismus bzw. Kommunismus aus vielerlei, v.a. pragmatischen Gründen eine Bevorzugung der russischen Ethnie heraus. Gerade der Diktator vollzog eine erstaunliche und radikale Kehrtwende vom Kommunisten zum reaktionären Chauvinisten. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch seine „Sozialismus in einem Lande“ Wende in den 1930er Jahren. In der brutalen Kollektivierung und rücksichtslosen Industrialisierung des Landes werden von verschiedener Seite die harten und rücksichtslosen Züge der bereits erwähnten „aziacina“ identifiziert (vgl. Wegner, 1997, S. 26f.). Auch lässt sich in der Zuwendung bzw. Rückkehr zur zaristisch-imperialistischen Politik durchaus die Frage stellen, inwieweit Stalin sich vom Panlawismus Danilewskis inspirieren ließ, denn sein Kurswechsel lassen eine solche Vermutungen durchaus zu. Auch der Hitler-Stalin Pakt 1939 und die Auflösung der KomIntern 1943 zeigen den opportunistischen Pragmatismus Stalins, dem die Ideale und Visionen seiner Vorgänger abhanden gekommen war. Zur Überbrückung der ideologischen Widersprüche griff der Diktator auf russisch-nationalistische Elemente zurück und hob das russische Volk und dessen Leistungen immer mehr hervor. Die Beschwörung des sog.

geeinten Sowjetvolkes konnte die ständige Hervorhebung und Überrepräsentation der russischen Ethnie nicht relativieren, sondern stieß die anderen Nationen zunehmend vor den Kopf.

Dies alles karikierte die marxistisch-kommunistische Ideologie, was aber auch automatisch zur Delegitimation der sowjetischen Idee führte. Und alleine im repressiven Sicherheitsapparat den Grund zu sehen, warum nach Stalins Tod ein weiterer Demokratisierungs- oder Öffnungsprozess nicht konsequenter verfolgt wurde, greift zu kurz. Die sowjetische Wirtschaft war noch stark genug, um den Anforderungen ihrer Bürger gerecht zu werden bzw. Aussicht und Hoffnung auf Verbesserungen zu geben, wovon Chruschtschows Optimismus zur damaligen Zeit zeugte.

Doch in Folge der zunehmenden Problematik in der Warenversorgung scheiterte Gorbatschow Ende der 1980er Jahre, als er versuchte das System zu reformieren und die Schuld an Stalin und seiner Politik festzumachen und wieder an Lenin anzusetzen bzw. den Marxismus-Leninismus zurück an seine Wurzeln zu führen. Die Widersprüche waren zu immanent und das Interesse das System zu reformieren hatte rapide abgenommen. Berdjajew prophezeite bereits 1946 schicksalhaft: *„Der Kommunismus ist ungeachtet der marxistischen Ideologie eine russische Erscheinung. Der Kommunismus ist das russische Schicksal, ein Moment im inneren Schicksal des russischen Volkes. Und er muß auch durch die inneren Kräfte des russischen Volkes überwunden werden“* (Berdjaev, 1983, S. 227). Der letzte Satz traf umso mehr zu, als das am Ende die UdSSR tatsächlich von ihnen heraus aufgelöst wurde.

## **6.1. Sowjetisches nation building**

Das zentrale politische Mittel und Instrument, unter dem die Implementierung der sowjetischen Idee durchgeführt werden sollte, war die Nationalitätenpolitik. Unter dieser Bezeichnung lief ein Großteil des Nationsbildungsprozesses der UdSSR ab. Parallel dazu lief auch noch ein Staatsaufbauprozess, der unter vollkommen anderen Gesichtspunkten funktionieren und aussehen sollte, als die Welt bisher kannte.

Neben dem klassischen Ziel Karl W. Deutschs, durch Nationsbildung eine Modernisierung der Gesellschaft durchzuführen, machte Simon zwei weitere Ziele der sowjetischen Nationsbildung aus. Erstens sollte die Förderung der nichtrussischen Völker die Herrschaft der Partei etablieren

und/oder festigen und zweitens die Nationsbildung auf Grundlage der marx'schen Dialektik zur Verschmelzung der Nationen führen (vgl. Simon, 1986, S. 38f.).

### **6.1.1. Sowjetische Nationalitätenpolitik**

Was ist nun - formal - unter der sowjetischen Nationalitätenpolitik zu verstehen? Und was bedeutete dies gerade in Hinblick auf die UdSSR?

Die Beschreibung Hahlbohms lautet: *„Nationalitätenpolitik soll [...] das Verfolgen einer ausschließlich auf die einzelnen Nationalitäten oder Minderheiten abzielende Politik im Sinne eines eigenständigen Teilbereichs der Politik begriffen werden. Dies setzt zum einen voraus, daß die Existenz verschiedener Nationalitäten oder Minderheiten in einem Staat als Problem angesehen wird, zum anderen folgt daraus, daß Nationalitätenpolitik insofern zielgebunden ist, als sie die Lösung des Nationalitätenproblems zur Aufgabe hat. Sieht man in der Existenz verschiedener Nationalitäten ein Problem, so kann die Lösung dieses Problems allerdings nur in der Beseitigung dessen liegen, was die Eigenheit der einzelnen Nationalitäten ausmacht“*; und als Quintessenz: *„Ziel der Nationalitätenpolitik kann also nur die nationale Integration aller Nationalitäten und Minderheiten sein“*. Im Falle der UdSSR bedeutete dies: *„Damit kann Nationalitätenpolitik als gleichbedeutend mit einer Politik nationaler Integration verstanden werden, deren Ziel letztlich im Zusammenhalten künstlicher staatlicher Gebilde besteht, künstlich insofern, als die eine Nation als eine wesentliche Grundlage für die Staatsentstehung nicht gegeben ist“* (Hahlbohm, 1992, S. 1).

Zaslavsky sieht die Nationalitätenpolitik der UdSSR als *„jenes System von theoretischen Voraussetzungen, eingeführten Praktiken und institutionalisierten Abläufen, das die Nationalitätenbeziehungen in einem Vielvölkerstaat regelt“* (Zaslavsky, 1991, S. 9). Insofern erklärt er die Hauptziele sowjetischer Nationalitätenpolitik, die mit dem state building Prozesses Hand in Hand geht, folgendermaßen: *„Erstens versucht der Staat, seine territoriale Integrität und innere Stabilität dadurch zu sichern, daß er diverse nationalistische und vor allem separatistische Bewegungen unterdrückt. Zweitens braucht jeder moderne Staat eine mobile alphabetisierte, kulturell standardisierte und austauschbare Bevölkerung. Der Prozeß der Modernisierung verlangt die Überformung aller Minderheiten durch eine standardisierte, homogene, zentral gesteuerte Kultur. Die Besonderheit der sowjetischen Nationalitätenpolitik wurde oft in der herrschenden Ideologie des Regimes gesehen, welche Nationalität stets als zeitlich streng begrenztes Phänomen angesehen und für eine nicht näher bezeichnete Zukunft*

die Annäherung und schließlich die Verschmelzung der verschiedenen sowjetischen Nationalitäten prophezeit hat. [...] Die Hauptaufgaben der sowjetischen Nationalitätenpolitik bestanden also [...] darin, die ethnischen Populationen für die Modernisierung sowjetischen Stils zu gewinnen und gleichzeitig die innere Stabilität in einem multinationalen Land mit tiefen ethnischen Gegensätzen und Ressentiment aufrechtzuerhalten“. Man kann durchaus feststellen, dass die „traditionelle sowjetische Nationalitätenpolitik [...] eine Einheitspolitik [war], die gegenüber einer Vielzahl verschiedener ethnischer Gruppen verfolgt wurde“ (ebd., S. 12). Simon gibt dabei noch zu bedenken, dass die Nationalitätenpolitik nicht lediglich die „Verhältnisse ‚nationaler Minderheiten‘ an der Peripherie [regelt]“, sondern es immerhin „mit der Hälfte der Gesamtbevölkerung zu tun [hat]“ (Simon, 1986, S. 24).

Ziel des sowjetischen Regimes war es also mittels der Nationalitätenpolitik - in der Theorie - ein harmonisches, integriertes Staatsvolk für einen stabilen Staat zu schaffen. Dazu griff man auf zwei Konzepte zurück, als erstes den Internationalismus und, nach Stalins Reaktion, auf den Sowjetpatriotismus.

In den ersten 10-15 Jahren nach der Oktoberrevolution war man tatsächlich darum bemüht, den Ansprüchen der eigenen Ideologie gerecht zu werden. Es war im Interesse des Regimes eine Politik umzusetzen die ver-einheitlichte und allen Völkern der Union entgegenzukommen. Deswegen versuchte man gerade den sog. großrussischen Chauvinismus, den man als zaristisches Erbe betrachtete, aufs Schärfste zu bekämpfen. In aufwendiger Weise wurde die russische Historiographie umgeschrieben, indem man sie marxistisch umdeutete. Nichtsdestotrotz machte von Anfang an das „ungeheure numerische und historische Übergewicht des einen Partners [...] auch ohne das anerkannte Weiterleben des panrussischen Chauvinismus eine echte Föderation [...] unmöglich“ (Kohn, 1956, S. 239). Das Ungleichgewicht nahm noch zu, als Stalin sich in Folge der ausgebliebenen Weltrevolution dazu veranlasst sah die sowjetische Politik der Situation anzupassen. Russische Komponenten nahmen in seiner „Sozialismus in einem Lande“ Konzeption einen immer größeren Stellenwert ein. Chruschtschow brach mit der Linie seines Vorgängers, weil er erkannt hatte, dass der Staat mit den alten Methoden nicht weiter geführt werden konnte. Er brachte die Nationalitätenpolitik wieder näher an die leninistisch-marxistische Tradition heran, indem er die anderen Völker der Sowjetunion stärker mit einbezog. Nach seinen gescheiterten Reformversuchen kam es unter Breschnew allerdings wieder zu einer Verhärtung in der Führung. Und ein „von der Partei erzwungener, in erstarrten Ritualen zelebrierter Mythos der Völkerfreundschaft verhinderte jahrzehntelang den Blick auf eine Wirklichkeit, die der ‚gelösten nationalen Frage‘ längst widersprach“ (Halbach,

1992, S. 32). Am sichtbarsten war das in der Ära Breschnew, wo eine „manische Selbstbestätigung in bezug auf die ‚grundsätzlich gelöste Nationalitätenfrage‘“ betrieben worden war (ebd.). Simon analysierte 1991 daher: „Die mangelnde Fähigkeit ... zur Konfliktregelung ist mitverantwortlich dafür, daß die inneren Widersprüche sich immer stärker ausprägten, um schließlich Gesellschaft und Staat zu sprengen...Das Unter-den-Teppich-Kehren der Konflikte hat zu einem gefährlichen Rückstau geführt. Als die Gorbatschowführung der Gesellschaft erlaubte, die Konflikte mehr oder weniger offen zu artikulieren, da sprengte sie das System“ (Simon, zit. nach Halbach, ebd.).

#### **6.1.1.1. Internationalismus**

Eines der am Anfang wichtigsten Instrumente der sowjetischen Nationalitätenpolitik war der Internationalismus. Er beschrieb das Verhalten und den Umgang zwischen den Völkern: „Für die sozialistische Nation ist die Freundschaft zu anderen Nationen mitgegeben; die Ideologie der sozialistischen Nation ist der Internationalismus“ (Liess, 1972, S. 25). Damit brach der Internationalismus mit der Slawophilie bzw. dem Panslawismus, weil es im Sinne der Ideologie das Ziel ist, Unterschiede von Nationen zu nivellieren und nicht gerade auf diese hinzuweisen.

Merkmale des Internationalismus sollten sein:

1. „Überwindung der nationalen Geschlossenheit und Absonderung; intensive Entwicklung der Verbindungen zwischen den Nationen und Völkerschaften auf der Grundlage des Austausches von Gegenständen der materiellen und der geistigen Kultur;
2. Steigerung der Rolle und der Bedeutung dieser Verbindung in der Wirtschaft und auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens: Aus zufälligen Beziehungen sollen reguläre, aus für die Nationen und Völkerschaften unwesentlichen wesentliche werden, aus statischen Beziehungen dynamische;
3. die Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Tätigkeit wie auch der anderen Sphären des gesellschaftlichen Lebens: sie sollen immer breitere Kreise der Nationen erfassen, die Wirtschaft einer jeden Nation soll als Bestandteil der Weltwirtschaft den wachsenden Beitrag einer jeden Nation zum gesellschaftlichen Fortschritt signalisieren;
4. Überwindung der Unterschiede zwischen den Nationen, Erweiterung des Kreises der gemeinsamen Züge und Merkmale der Nationen und Völkerschaften. Die ‚Internationalisierung‘ des gesellschaftlichen Lebens soll zur völligen Beseitigung der nationalen Unterschiede führen. Alles Progressive, das von jeder einzelnen Nation

*geschaffen wurde, werde damit zum Gemeingut der Menschheit; mit der Verschmelzung der Nationen werde diese als Form menschlichen Zusammenlebens absterben“* (Lewytkyi, 1983, S. 73f.).

Anfangs war für die KP die sog. Internationalisierung im eigenen Land ein wünschenswerter Prozess, aber auch im internationalen Umfeld, im Sinne der Weltrevolution, ein wesentlicher und unerlässlicher Faktor. Allerdings verlor der Internationalismus spätestens mit dem Wechsel zu Stalins „Sozialismus in einem Lande“ Konzept wesentlich an Gewicht und ging weitgehend in der Konzeption des Sowjetpatriotismus auf. Internationalismus wurde nun nicht mehr als Prozess oder politisches Ziel betrachtet, sondern als eine russische Eigenschaft, die ihnen auf Grund ihrer hervorgehobenen Stellung in der Weltrevolution zugefallen war. An dieser Sichtweise lässt sich eine Parallele zu den Vorstellungen der Slawophilen erkennen, die ja die All-Menschlichkeit der Russen erkannt zu haben glaubten, um die Welt zu einer besseren zu machen.

#### **6.1.1.2. Sowjetpatriotismus**

Nach der eigenen Lehre hätten die Kommunisten, nachdem die Weltrevolution ausgeblieben war, entweder abtreten oder einen Krieg entfesseln müssen, um die Weltrevolution doch noch zu erzwingen (vgl. Oberländer, 1967, S. 20). Da sich Ersteres von selbst verbot und Letzteres nicht zur Diskussion stand, fand bei Stalin ein folgenschwerer Paradigmenwechsel statt. Anstatt auf die Weltrevolution zu warten, verkündete der Diktator in den 1930er Jahren seine „Sozialismus in einem Lande“ Politik. Die Absicht einen eigenständigen sozialistischen Nationalstaat zu errichten bedeutete nichts anderes als den Bruch mit Marx, Engels und auch Lenin. Ihre Schriften konnten nicht als Rechtfertigungsgrundlage herangezogen werden und deswegen erklärte man, dass *„selbst Marx und Engels trotz aller prophetischen Gabe zu ihrer Zeit einfach noch nicht in der Lage gewesen seien, die Entstehung eines ‚sozialistischen Vaterlandes der Werktätigen‘ und eines damit verbundenen ‚sozialistischen Patriotismus‘ vorherzusehen“* (ebd., S. 16f.). Auch bei Lenin glaubte man, obwohl er immer für den Internationalismus eintrat und entschiedener Gegner des großrussischen Chauvinismus war, genügend Indizien für eine durchaus positive Haltung zu Patriotismus, Nationalstolz u.ä. gefunden zu haben. Bezug nahm man hier v.a. an zwei Reden Lenins aus den Jahren 1914 und

1918<sup>48</sup>. Nichtsdestotrotz waren Patriotismus, Nationalstolz, Heimat(liebe) etc. für ihn reaktionäre Gefühle und Instrumente der Bourgeoisie und damit im Allgemeinen abzulehnen<sup>49</sup>.

Nach Lenins Tod und in Folge der geänderten internationalen Situation, lag es für Stalin nahe die ehemals geschmähten Begriffe Patriotismus und Heimat(liebe) zu rehabilitieren. Carter führt dazu aus: *„Als Resultat des Versagens der internationalen Perspektiven nach 1921, entwickelte die russische kommunistische Partei eine latente anti-westliche Einstellung, die es ihren Anhängern ermöglichte, ihren kommunistischen Messiasstum mit dem alten russischen Messiasstum zu vermischen“* (Carter, 1995, S. 67). Simon beschreibt die Notwendigkeit wie folgt: *„Zu einer Zeit, als der revolutionäre Enthusiasmus in der Partei verfliegen war, als Kollektivierung und Hungersnot auch im Dorf alle revolutionären Illusionen zerstört hatten, ließ Stalin sozusagen als Surrogat für den nicht mehr vorhandenen revolutionären Idealismus den Sowjetpatriotismus kreieren“* (Simon, 1986, S. 171). An die Stelle der alten, revolutionären Begriffe sollten nun der Sowjetpatriotismus und die Liebe zur sozialistischen Heimat treten, die sich selbstredend vom bourgeoisen Zugang unterschieden und zur Systemstabilisation beitragen sollten. Mit dem Sowjetpatriotismus sollte der russischen Komponente, wenn die Russen schon nicht als Staatsvolk hervorgehoben werden konnten, Rechnung getragen werden.

Ein geschickter Winkelzug Stalins zeigte sich auch in seiner Umdeutung des Internationalismus. War dieser vor, während und kurz nach der Oktoberrevolution noch Haupttriebfeder, setzte Stalin Sowjetpatriotismus und Internationalismus einfach gleich. Er behauptete, dass in der UdSSR, weil dort keine Klassenunterschiede mehr bestünden, alle Antagonismen aufgelöst worden wären. Die UdSSR sei beispielhaft und damit der Ausgangspunkt jeder sozialistisch-revolutionären Bewegung. Wer also internationalistisch war, musste damit auch sowjetpatriotisch sein und umgekehrt (vgl. Oberländer, 1967, S. 99ff.). Vor diesem Hintergrund lässt sich der Wechsel der offiziellen Hymne von der Internationalen zur Hymne der Sowjetunion 1944 verstehen.

Als Anlass für diesen Paradigmenwechsel sah Oberländer Stalins Wunsch, nicht nur das sowjetische Staatswesen sondern auch seine Position zu festigen. Der Grund war, dass die Opfer der Industrialisierung und Zwangskollektivierung Widerstände in der Bevölkerung geweckt hatten. Außerdem wuchs von außen die Bedrohung seitens der expansiven Japaner und den

---

<sup>48</sup> Siehe „Über den Nationalstolz der Russen“ 1914 und „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr“ 1918 in: Oberländer, 1967, S. 53-56.

<sup>49</sup> Davon zeugt ein Artikel in der sowjetischen Staatsenzyklopädie mit dem Titel „Patriotismus – eine extrem reaktionäre Ideologie“ aus dem Jahre 1927, ebd., S. 56.

faschistischen Staaten Deutschland und Italien, deren Ideologie auf der Nation bzw. Nationalismus und deren Unterschiede bzw. Über- und Unterlegenheit basiert und somit den Zusammenhalt des Vielvölkerstaates UdSSR bedrohten (vgl. Oberländer, 1967, S. 21). Eine andere interessante These stellte Kohn auf, indem er vermutete, dass Stalin sich von der nationalistischen Kraft beeindruckt ließ, die Hitler in Deutschland nutzte: *„Die Slawophilen und die frühen russischen Nationalisten waren vom Westen inspiriert worden, von den deutschen Romantikern und den französischen Traditionalisten. Die späteren russischen Nationalisten, die Generation von Danilevskij und Katkov, standen unter dem Eindruck Bismarcks und des Alldeutschtums; der neue stalinistische Nationalismus mit seiner Betonung der russischen Eigenart und der russischen Überlegenheit, mit seinem antiplutokratischen und antiwestlichen Appell an die Massen, verdankte wahrscheinlich vieles dem Sieg von Hitler“* (Kohn, 1956, S. 244).

Der Moment, um eine groß angelegte Kampagne eines von oben propagierten Patriotismus zu starten, fand sich im Februar 1934. Ein Schiff sollte in einer Expedition beweisen, dass es aus eigener Kraft von Leningrad, durch das Nordpolarmeer, nach Wladiwostok käme. Bei diesem Versuch sank das Schiff, wobei sich die Besatzung auf eine Scholle retten konnte. So harrten die Schiffbrüchigen knapp einen Monat auf der Scholle aus und nachdem sie gefunden werden konnten, bargen sowjetischer Flieger in einer Rettungsaktion beinahe die vollständige Besatzung. Im Zuge einer groß angelegten Propagandaaktion wurden die Flieger als Helden gefeiert und ihnen zu Ehren die Auszeichnung „Held der Sowjetunion“ gestiftet. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Sowjetbürger auf die Heimat, Stalin und die Partei eingeschworen<sup>50</sup> und es galt *„in der Sowjetunion nicht mehr in erster Linie revolutionär und internationalistisch, sondern [...] heimatbewußt und patriotisch zu sein“* (Oberländer, 1967, S. 16).

Die drei Komponenten des Sowjetpatriotismus, welche trotz Entstalinisierung bis zum Ende der UdSSR aufrecht blieben, waren:

1. Tradition der Vergangenheit (u.a. der revolutionäre Kampf gegen die Ausbeuter etc.)
2. die Schaffung von Voraussetzungen für die Entwicklung neuer sozialistischer Traditionen, die allen Völkern der UdSSR gemein sind (u.a. die Liebe des Sowjetvolkes zu den Führern, später Partei; der Kampf für die Unabhängigkeit der Sowjetheimat; die Zusammenarbeit der Völker der Sowjetunion auf allen Gebieten etc.)

---

<sup>50</sup> Z.B. in einem Auszug des Artikels „Die neue ‚Dreieinigkeit‘ – Heimat, Stalin und Partei“ aus dem Jahre 1938 oder „Für die Heimat, für Stalin – vorwärts gegen den Feind!“. In: Oberländer, 1967., S. 69-72.

3. die gemeinsamen Lebensinteressen aller Völker der Sowjetunion (u.a. die Festigung und Weiterentwicklung des Sowjetstaates etc.) (vgl. ebd., S. 24).

Bis zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich der Sowjetpatriotismus noch nicht durch ausgesprochen russische Dominanz aus. Erst mit Stalins letzter großen Säuberungswelle 1937 änderte sich die Bedeutung des russischen Volkes. Nach Oberländer sollte diese Hervorhebung „*auf die wichtige Frage nach dem Verhältnis zwischen dem von oben verfügten Sowjetpatriotismus und dem Patriotismus bzw. Nationalismus des zahlenmäßig größten und im wesentlichen staatstragenden Volks, der Großrussen, hin[weisen]*“ (ebd., S. 25). Dies ergab sich nicht nur aus den Fakten, dass die Russen die größte Bevölkerungsgruppe stellten und die RSFSR die größte Sowjetrepublik war, sondern „legitimierte“ sich aus den Tatsachen das Lenin Russe war und die Große Oktoberrevolution in Russland ihren Anfang nahm. Mit der veränderten Auffassung, dass die Russen nicht mehr lediglich eines von hundert Völkern wären sondern das erste von hundert, änderte sich die Wertigkeit derselben. Nichtsdestotrotz zielte, er Sowjetpatriotismus „*nicht auf ein ethnisch-kulturell umrissenes Volk, sondern auf eine neuentstandene Gemeinschaft*“ ab (Golczewski, 1998, S. 71). Auch im Terminus „Freundschaft der Völker“ wurden die Russen durch die Bezeichnung „großer Bruder“ hervorgehoben, was nicht nur innerhalb der UdSSR galt, sondern später auch gegenüber allen Staaten des sozialistischen Blocks.

Mit dem Großen Vaterländischen Krieg veränderten sich die Prioritäten. Zwar machte man auf der einen Seite Zugeständnisse an die Völker der UdSSR, auf der anderen Seite verstärkte sich aber die Glorifizierung des russischen Volkes<sup>51</sup>. Den Höhepunkt stellte der Toast Stalins auf das russische Volk dar, welchen er am 10. Mai 1945 aussprach<sup>52</sup>. Darin lobte er das russische Volk über alle Maßen und dankte ihm für ihre Ausdauer, Treue und Vertrauen.

Die Rote Armee übte während und nach dem Krieg eine durchaus stark integrierende Wirkung aus. Denn der „*gemeinsame Dienst vieler Nationen in der Armee, Not und Entbehrungen der Zivilbevölkerung haben nationale Antagonismen in den Hintergrund treten lassen. Der Sowjetpatriotismus wurde bis zu einem gewissen Grad eine Realität. Der Kampf um das Überleben, die Abwehr des Aggressors und später die Hochstimmung des Sieges haben die Völker der Sowjetunion einander näher gebracht*“. Und die „*Mobilisierung von Millionen von*

---

<sup>51</sup> Dazu u.a. Auszüge aus „Sowjetpatriotismus – die Fortsetzung des russischen Patriotismus“ in der Prawda von 1942, bei Oberländer, 1967, S. 75f.

<sup>52</sup> „Stalins Toast auf das russische Volk“, ebd., S. 80.

*Nicht*russen in die national gemischten Einheiten der Roten Armee förderte die Ausbreitung der russischen Sprache“ (Simon, 1986, S. 215). So hatte die Rote Armee nicht nur eine integrierende, sondern übernahm gleichzeitig auch eine russifizierende Funktion. Und in dem Zusammenhang, dass in der Roten Armee nationale Untereinheiten existierten, konnte und kann jede Nation - bis heute - den Sieg auch als „ihren“ Sieg verbuchen, an dem sie teilhatten.

Damit hatte sich der russische Chauvinismus offiziell durchgesetzt. Bis 1965 wurde der Tag des Kriegsendes nicht speziell gewürdigt und es sollte 20 Jahre dauern, bis das Regime das Potential dieses Tages bzw. Ereignisses erkannte. Dafür wurde das siegreiche Ende des Krieges und damit zusammenhängend der Sowjetpatriotismus ab diesem Zeitpunkt bis in die letzten Tage der UdSSR - und darüber hinaus - als *der* Integrationsfaktor der Gesellschaft implementiert und zelebriert. Propagandistisch wurde dabei mit Huldigungen und Lobpreisungen auf die erbrachten Leistungen im Abwehrkampf gegen jedwede Aggressoren und den (Wieder)Aufbau der sozialistischen Heimat nicht gespart.

Nach Stalins Tod setzte ein Umdenkprozess ein. Die übertriebene Darstellung schadete mehr als sie nutzte und die neue Führung versuchte die großrussische Komponente des Sowjetpatriotismus zugunsten eines Unionspatriotismus zurückzustellen (vgl. ebd., S. 358f.). Dennoch züngelte die Flamme des großrussischen Chauvinismus und während Breschnews „ruhigen Jahren“ ließ sich eine russophil-nationalistische Bewegung feststellen, die über den herkömmlichen Sowjetpatriotismus hinausging und es sogar wagte die Führung zu kritisieren. Bis zu einem gewissen Grad ließ das Regime sie gewähren, doch als ihr Auftreten zu radikal wurde, rief man sie zur Ordnung (vgl. Carter, 1995, S. 130f.).

### **6.1.2. Die Nationalitätenpolitik in der UdSSR bis 1985**

In dem nach der Großen Oktoberrevolution neu gegründeten Sowjetstaat, war es eines der erklärten Ziele der Revolutionäre unter Lenin, im ethnisch heterogenen und im Chaos befindlichen Russland eine Integration herbei zu führen. Integrierender Faktor sollte dabei eine nationsübergreifende Klassenbasis sein und nicht die Nation an sich. Doch solange es noch Nationen gab, konstruierte man aus pragmatischen Gründen einen Unterschied zwischen einem „guten“ und „schlechten“ Nationsbegriff: *„Die sozialistische Nation entsteht, als Ergebnis des Sieges des Sozialismus, in einer Gemeinschaft von Menschen, welche die gleiche Sprache, das gleiche Territorium, die gleichen wirtschaftlichen Interessen, dasselbe Staatswesen, die gleiche*

*Kultur, gemeinsame Züge der geistigen Gestaltung in Verbindung mit der internationalistischen Weltanschauung miteinander teilen. Für die sozialistische Nation ist [...] die wachsende internationale Einheit des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialpolitischen Lebens [charakteristisch]*“ (zit. nach Liess, 1972, S. 27).

Unmittelbar nach der Revolution wurde das Volkskommissariat für Nationalitätenfragen gegründet, dessen Volkskommissar Stalin wurde. Deren Aufgabe war:

1. das friedliche Zusammenleben und die brüderliche Zusammenarbeit aller Völker und Minderheiten sowohl in der RSFSR, als auch in den brüderlichen Sowjetrepubliken sicherzustellen;
2. die materielle und geistige Entwicklung der Völker und Minderheiten zu unterstützen, unter Berücksichtigung ihrer Lebensbedingungen, ihrer Kultur und ihrer wirtschaftlichen Bedingungen;
3. die Umsetzung und Verwirklichung der Nationalitätenpolitik der Sowjetmacht<sup>53</sup>.

Im Kampf gegen das alte System bzw. dessen Überreste, sollten diese Punkte dabei helfen Sympathien in der heterogenen Bevölkerung des alten zaristischen Vielvölkerreiches zu sammeln. Und auch wenn die Revolutionäre in Kauf nahmen Nationsbildung erst zu initiieren, gingen sie davon aus, dass durch die Integration am Schluss die Verschmelzung der Nationen stünde. Denn nach Marx würde das Nations- und Nationalbewusstsein sowie Staat und Grenzen, als Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, beim Übergang in den Sozialismus bzw. Kommunismus durch die Solidarität der arbeitenden Klasse aufgehoben werden und von selbst verschwinden.

Bis dahin betrachteten Lenin, seine Gefolgsleute und - was besonders hervorzuheben ist - Stalin selbst den russischen Chauvinismus auf jeden Fall als eine, wenn nicht sogar die Hauptgefahr auf dem Wege zum Kommunismus (vgl. Simon, 1986, S. 85). Und auch wenn Lenin großrussischen Chauvinismus ablehnte, konnte selbst er sich eines gewissen Stolzes nicht entziehen: *„Wir sind voll des Gefühls des nationalen Stolzes, weil die großrussische Nation...die revolutionäre Klasse geschaffen hat...und bewiesen hat, daß sie befähigt ist, der Menschheit große Beispiele des Kampfes um die Freiheit und den Sozialismus zu liefern...“* (Lenin, zit. nach Liess, 1972, S. 31). Nichtsdestotrotz stand die Bekämpfung des russischen Chauvinismus auf der Prioritätenliste ganz oben, wobei es nicht nur innerhalb der russischen Apparate und

---

<sup>53</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Volkskommissariat\\_für\\_Nationalitätenfragen](http://de.wikipedia.org/wiki/Volkskommissariat_für_Nationalitätenfragen), vom 12.08.2009

Führungsschichten erheblichen Widerstand und Auseinandersetzungen gab, sondern auch in der Basis selbst (vgl. Simon, 1987, S. 86ff.).

Um in und über die RSFSR hinaus Anhänger für ihre Sache zu gewinnen, lockten die anationalen Revolutionäre anfangs mit nationalen Konzessionen. Diese wurden in der „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“ vom 15. November 1917 verlautbart, wo man den Völkern z.B. das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Sezession zusprach. Einige russische Gebiete, in der Russen nicht die Mehrheit stellten, kamen dieser Aufforderungen sogleich dankbar nach und begannen sich loszulösen. Deswegen relativierte bereits einige Monate darauf der Volkskommissar für Nationalitätenfragen, Stalin, diese Möglichkeiten einer Selbständigkeit wieder. Er wies darauf hin, dass man nicht zulassen könne die nationale Selbstbestimmung als Deckmantel für konterrevolutionäre Bestrebungen missbrauchen zu lassen und die Fortsetzung der Revolution den Verbleib der nichtrussischen Westgebiete, mit ihrem Industriepotential, in der Sowjetmacht erfordere (vgl. Halbach, 1992, S. 23; Liess, 1972, S. 14). In den abgefallenen Regionen wurden umgehend kommunistische Regierungen gebildet, welche sogleich den „Wunsch des Volkes“ verkündeten sich der RSFSR anschließen zu wollen (vgl. Stölting, 1990, S. 20).

Solange die Weltrevolution auf sich warten ließ, stellte sich die Frage nach der Staatsform. Lenin plädierte, obwohl ursprünglich Anhänger eines unitären Staates, in seinen letzten Jahren seines Lebens für eine Föderation, weil das die Umzingelung durch kapitalistische Länder notwendig machen würde. Halbach vermutet, dass der Föderalismus von den Bolschewiki deswegen gewählt wurde, weil er in das ideologische Schema des Kommunismus passte. Gleichzeitig bestand aber auch die Gefahr, dass Föderalismus in Bezug auf den Staat und v.a. die Partei zu einer Aufsplitterung und damit zu einer Schwächung führen könnte (vgl. Halbach, 1992, S. 21). Schlussendlich einigte man sich auf eine Föderation formal gleichberechtigter Staaten, was am 30. Dezember 1922 zum Zusammenschluss der fünf sozialistischen Sowjetrepubliken und Gründung der UdSSR führte. Was die Struktur und Stellung der KP betraf, beließ man es bei einer zentralistisch ausgerichteten Partei die allunionistisch tätig war und direkt aus der Zentrale in Moskau dirigiert wurde. Republikseigene, v.a. aber autonome Parteien existierten nicht, sondern lediglich regionale Unterabteilungen der Zentrale, die weisungsgebunden waren (vgl. Stölting, 1990, S. 21). Es zeigte sich bei der *„Zusammensetzung der Partei [...] das absolute Übergewicht der Russen. Dies entsprach nicht nur der Realität an der Parteibasis, sondern die außerordentlich schwache Vertretung der Völker in den Zentralorganen zeigte auch den*

*geringen Einfluß der Völker auf der einen und die Majorisierung durch die Russen auf der anderen Seite“ (Hahlbohm, 1992, S. 15).*

Weil Lenin den großrussischen Chauvinismus, im Gegensatz zum „defensiven Nationalismus“ kleiner Völker, weiterhin als Hauptgefahrenquelle erachtete, schlug er eine sog. „korenisazija“ vor, was sich in etwa mit „Verwurzelung“ oder „Vereinheimischung“ übersetzen lässt. Dabei sollten Nicht-Russen beim institutionellen und administrativen Aufbau der UdSSR einbezogen werden, um erstens dadurch Gerechtigkeit und Ausgleich zwischen den Völkern zu wahren und zweitens den äußerst niedrigen Anteil von Nichtrussen sowohl in der Partei als auch allgemeinen Administration zu erhöhen. Die korenisazija war bis Ende der 1930er Jahre insofern erfolgreich, als dass in den unteren und mittleren Leitungsapparaten zwei Drittel bis drei Viertel der Posten durch Einheimische besetzt werden konnten. Eine Ausnahme stellten die zentralasiatischen Republiken dar, weil es dort schlicht und einfach an Kadern fehlte. Lediglich die oberen Ebenen blieben überwiegend mit Russen besetzt. Ähnliches konnte auch in der Parteizusammensetzung der nationalen Unterabteilungen der KP erreicht werden<sup>54</sup>. Die Föderalisierung hätte so weit gehen sollen, dass die Unionsrepubliken tatsächlich autonom agieren hätten können. Lediglich die allunionistisch tätige Partei wäre ihnen vorgestanden. Einzig das Außen- und Verteidigungsministerium hätten die einzig zentral geleiteten Institutionen sein sollen (vgl. Halbach, 1992, S. 30f.). Tatsächlich aber entwickelte sich, ob seines schlechten gesundheitlichen Zustandes und seiner eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten, der Staat in die entgegengesetzte Richtung. Gerade der Georgier Stalin zeigte ein tiefes Misstrauen gegenüber den nichtrussischen Völkern. Er nahm noch zu Lenins Lebzeiten die Position ein, dass die nichtrussischen Einzelstaaten nicht gleichberechtigte Partner sein, sondern nur als autonome Gebiete der russischen Sowjetrepublik eingegliedert werden sollten (vgl. Hahlbohm, 1992, S. 9). Der zukünftige Diktator sah nämlich in diversen Autonomiebestrebungen in Folge des Nationswerdungsprozesses, was ja im Sinne der ursprünglichen Nationalitätenpolitik passierte, sein Misstrauen gegenüber den nichtrussischen Völkern bzw. Republiken bestätigt. Jegliche Konzessionen gegenüber den nichtrussischen Eliten hätten seiner Meinung nach nur zentrifugale Tendenzen und Emanzipationsbestrebungen hervorgerufen. Nach und nach schaffte er Organisationen und Institutionen, die sich speziell um die Interessen der einzelnen Völker bzw. Republiken beschäftigten, ab und ließ autonome Behörden auflösen oder unterstellte sie allunionstätigen.

---

<sup>54</sup> Über die ethnische Zusammensetzung siehe Simon, 1987, S. 48 und S. 51.

In Anbetracht seines Misstrauens wurde nach Lenins Tod nun ein stark zentralistischer und zentralisierter Staat errichtet, in der der Status einer Unionsrepublik keinesfalls politische oder wirtschaftliche Autonomie bedeutete. So blieb es im wahrsten Sinne des Wortes nur beim Föderalismusgedanken der Union und den Sowjetrepubliken blieb laut der sowjetischen Verfassung, welche 1924 in Kraft getreten war, nur pro forma u.a. das Recht auf territoriale Selbstbestimmung und die Möglichkeit aus der Union auszutreten. Dies schloss sich aber von selbst aus, weil es keine autonome Unionsrepublikvertretung gab, die einen Austritt hätte fordern können. Es gab nur die allunionstätige KP, die ihren Sitz in Moskau hatte, russisch dominiert war und von daher die Partei der gesamten Union gar kein Interesse an Sezession oder Selbstverstümmelung haben konnte; es sei denn man hätte eine Unionsrepublik loswerden wollen. Darüber hinaus berief sich die Partei nicht auf einen banalen nationalen Auftrag, in der eine nationale Loslösung verfolgt hätte werden können, sondern einen höheren, nämlich sozialen und anationalen (vgl. Liess, 1972, S. 1).

Ein Haltungswechsel zeichnete sich nun auch beim Umgang bezüglich des großrussischen Chauvinismus ab. Diese Terminologie verschwand 1933 und an dessen Stelle trat der lokale Nationalismus, der sich lediglich bei den nichtrussischen Völkern fand, verurteilt wurde und zu bekämpfen war. Kurz darauf kam der bereits thematisierte Sowjetpatriotismus auf, der sich am zaristischen Konzept des Reichspatriotismus orientierte, wobei man Autokratie, Orthodoxie und territoriale Vorstellung durch Partei, Marxismus-Leninismus und den Heimatgedanken ersetzte. 1938 wurde auch die alte Linie, die jeweiligen Nationalsprachen zu stärken, aufgegeben und in allen Schulen Russisch als Pflichtfach eingeführt. Ein Jahr später hatten dann alle Bürger der Sowjetunion kyrillisch zu lernen, was wohl auch als eine Isolierungsmaßnahme gegenüber dem Westen gewertet werden kann (vgl. Simon, 1986, S. 179). Was einige Jahre zuvor noch als großrussischer Chauvinismus angeprangert worden wäre, hätte sich in etwa so erklären lassen: *„Latein war die Sprache der Sklavenhaltergesellschaft [...], Französisch die des Feudalismus und Englisch die des Kapitalismus; Russisch war die Sprache des Sozialismus“* (Stölting, 1990, S. 24).

Im Zuge des Stalin-Terrors und den Säuberungen Anfang der 1930er Jahre wurde gegenüber den verschiedenen Kulturen und Sprachen Russlands eine gnadenlose Haltung verfolgt. Russische wie nichtrussische Eliten wurden stark dezimiert, womit die korenisazija zum Erliegen kam. Über die Säuberungen löste Stalin auf brutale Art und Weise vermeintlich auch den Widerspruch zwischen dem Anspruch der Weltrevolution und der kommunistischen Vision einer staatenlosen Welt, weil er jene *„liquidiert[e], die Träger der Illusion gewesen waren und an der*

*Forderung ihrer Realisierung festhielten*“ (Simon, 1986, S. 183). Die Beseitigung der alten Elite ermöglichte einer großen Anzahl von russischen Kadern in der Hierarchie aufzusteigen bzw. in die nichtrussischen Republiken zu emigrieren und die vakanten Posten zu besetzen. Gleichzeitig herrschte in Folge der Industrialisierung im Osten bzw. Südosten der Union ein Fachkräftemangel und es setzte ein Migrations- und Urbanisierungsschub von Russen, im geringeren Maße auch Ukrainern und Weißrussen ein. In der Regel bedeutete für die migrationswilligen Slawen ein Umzug sozialer Aufstieg, weil sie in den unterentwickelten nichtrussischen Republiken die neue Elite bzw. Intelligenz bildeten. In den Gebieten außerhalb ihrer Republik fanden sie in Folge der Russifizierung überall günstige Startbedingungen und es war nicht notwendig sich zu integrieren. Umgekehrt hatten nur jene Nicht-Russen einen Vorteil, wenn sie sich, v.a. sprachlich, russifizierten (vgl. ebd., S. 147). Es kam zu gravierenden Bevölkerungsverschiebung in der ethnischen Zusammensetzung der Städte, aber auch den Republiken insgesamt. So stieg der Anteil der Russen in den nichtrussischen Republiken bis 1959 in der Regel von 2-3% auf 10% und in Städten von 10% auf bis zu 50% (vgl. Simon, 1987, S. 143). Diese Migrationsbewegung ließ sich auf der einen Seite nicht nur gut als „Internationalisierungseffekt“ verkaufen, sondern diente dem Regime auf der anderen Seite auch als Stabilitäts- und Kontrollfaktor gegenüber den nichtrussischen Republiken. Es kam also nicht zu einer „*Annäherung der Völker im Sinne der Homogenisierung*“ (ebd., S. 151).

Trotz der Industrialisierung und „Internationalisierung“ zeichnete sich ab, dass die großspurigen Versprechungen über den Aufbau des Sozialismus, die Lösung des nationalen Problems, die Liquidierung der Klassen, das ökonomische Gleichziehen der nichtrussischen Republiken usw. nicht eingehalten werden konnten. Unter diesen Voraussetzungen fand die letzte und umfassendste Säuberungsaktion Stalins in den Jahren 1936-1938 statt, in der er sich dem Erwartungsdruck in und der Erklärungsnot gegenüber der Partei, aber auch Gesellschaft entledigte (vgl. ebd., S. 135 und S. 183). Ende der 1930er Jahre erachtete er seine Assimilierungspolitik, die mit der Nationalitätenpolitik Lenins nichts mehr gemeinsam hatte, als kurz vor der Vollendung. Unterbrochen wurde er noch durch den Überfall der Wehrmacht 1941<sup>55</sup>.

Zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges stieß die deutsche Wehrmacht bei ihrem Vormarsch anfangs durchaus auf Sympathien, weil Teile der Bevölkerung annahmen, dass der kompromisslosen Schreckensherrschaft Stalins ein Ende gesetzt worden wäre. Allerdings zeigte

---

<sup>55</sup> Für Details siehe Stölting, 1990, S. 23f.; Hahlbohm, 1992, S. 9; Simon; 1987, Kapitel III-VI.

sich im Verlauf des Krieges und auf Grund der Gräueltaten der Wehrmacht und anderen Verbänden, dass die Okkupanten um keinen Deut besser, sondern sogar noch schlimmer waren und sich Stalin als bessere Alternative entpuppte. Abgesehen davon entfaltete der Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten, gepaart mit dem Appell der sowjetischen Führung an die sowjetpatriotischen Gefühle der Völker der Sowjetunion, seine integrierende Wirkung.

Auch wenn die russische Komponente in der Propaganda einen immer größeren Teil einnahm, so ging das im allgemeinen Blutbad, wo alle Völker des Ostens, besonders die Slawen, in ihrer Existenz bedroht waren, unter bzw. wurde nicht so stark zur Kenntnis genommen. Zumal Stalin nun bereit war Konzessionen an die Völker zu gewähren, um den Verteidigungswillen zu stärken bzw. die Verteidigung des Landes aufrechterhalten zu können.

Die Bezeichnung „Großer Vaterländischer Krieg“ war ein Kompromiss und stellte einen historischen Bezug zum Feldzug Napoleons 1812 her, mit dem an die russischen Gefühle appelliert werden sollte. Denn Stalin konnte sich nicht sicher sein, ob eine Bezeichnung unter Einschluss des Wortes „sowjetisch“ oder „sozialistisch“ Zustimmung gefunden hätte. Rückgriffe auf die Geschichte anderer Völker kamen dagegen so gut wie nicht vor. Weiters wurde verschiedenen Sprachen wieder mehr Autonomie zuerkannt, wie auch Zeitungen in eigener Sprache zugelassen; sogar eigenkulturelle Forschung durfte betrieben werden. Darüber hinaus schob man die Kollektivierung auf und die sowjetische Führung arrangierte sich mit der ROK. Auf Grund dieser Beobachtungen erhofften sich die Bürger der UdSSR eine, wenn schon nicht andere, zumindest lockerere Haltung der Sowjetführung. Auch die massive Umsiedlung ganzer Industriezweige inklusive ihrer Belegschaft vom Westen in den Osten des Landes hatte ihre Auswirkungen. Erstens beschleunigte dies die Industrialisierung im Inneren bzw. Osten des Landes und zweitens zog dieser Vorgang eine weitere Migrationswelle größeren Ausmaßes nach sich. Es fand also gleichzeitig ein paradoxer Prozess einer Russifizierung, aber auch Stärkung nichtrussischer Ethnien statt.

Nach Beendigung des Krieges zeigte sich wieder die unerbittliche Haltung des Diktators. Generalissimus Stalin hob in der Siegesansprache das russische Volk *„als den heroischen und charakterfesten Führer aller anderen sowjetischen Nationen hervor“* (Stöltzing, 1990, S. 25). Die während des Krieges gewährten Konzessionen wurden wieder zurückgenommen und es kam abermals zu Säuberungen, wobei zum wiederholten Male, wie in den 1930er Jahren, neuen, russischen Kadern Aufstiegschancen geboten wurden. Zudem zwangsdeportierte man auch noch jene, teilweise ganze Volksgruppen, die nachweislich, aber auch der Verdacht genügte, mit den Invasoren kollaboriert hatten. In den baltischen Republiken, mit Ausnahme von Litauen, kam

es, abgesehen von Deportationen, zu einer politisch motivierten Migrationsbewegung. In Folge des Wiederaufbaus zog eine große Anzahl von Russen in diese Gebiete, um sie besser kontrollieren zu können. Wie in den zentralasiatischen Republiken veränderte sich die ethnische Struktur der Bevölkerung grundlegend. Aus Sicht des sowjetischen Regimes führte das zu einer weiteren „Integration“, was aber nur die halbe Wahrheit war, weil Slawen und Balten mehrheitlich unter sich blieben. Zu guter Letzt wurde Lenins Initiative, ethnischen Minderheiten im Nationswerdungsprozess eigenständige Identitäten zu geben, wieder zurückgenommen. Russen hatten nun *„den anderen Nationen das Licht der wahren Zivilisation gebracht“* (ebd., S. 25) und *„nationale Besonderheiten wurden endgültig auf unterschiedliche Folkloren reduziert“* (Simon, 1986, S. 237). Festzustellen ist, dass das „Sowjetische“, als integrierender und identitätsstiftender Faktor der so heterogenen Bevölkerung, bei Stalin kaum eine Rolle spielte. 1953 verstarb Stalin und unter Chruschtschow kam es zu einer Revision der Stalinschen Politik<sup>56</sup>. Das Nationalitätenproblem war nicht gelöst, sondern wurde von seinem Vorgänger und seinen Methoden lediglich verdrängt bzw. überdeckt.

Nachdem Chruschtschow sich innerhalb des Politbüros als Machthaber durchsetzen konnte, kam es zur Entstalinisierung und weitreichenden Konzessionen. Notwendig war dies geworden, weil das starre Schreckenssystem seines Vorgängers an seine Grenzen gestoßen war und kein Beispiel sein konnte einen Staat wie die UdSSR zu führen: *„Was also bisher offizielle Parteilinie gewesen war, hieß jetzt ‚Entstellung‘ der Nationalitätenpolitik der Partei“* (Simon, 1986., S. 257). Im Zuge seiner Reformversuche kam es zu massiven Kompetenzverschiebungen. Allunionsministerien, die als nicht sinnvoll erachtet wurden, löste man entweder auf oder machte sie zu Unionsrepublikministerien, um den regionalen Gegebenheiten besser gerecht werden zu können. Um die ökonomischen und soziokulturellen Entwicklungen an die jeweiligen Besonderheiten der Sowjetrepubliken anpassen zu können, wurde wieder eine Kommission des Nationalitätensowjets eingesetzt, nachdem die Vorgängerversion von Stalin ja zuvor aufgelöst worden war. Die korenisazija erlebte eine Renaissance und die ethnische Zusammensetzung der Institutionen der jeweiligen Unionsrepubliken wieder Rechnung getragen. Auf breiter Basis wurden die lokalen administrativen und institutionellen Posten mit Einheimischen besetzt und auch den Parteichef der jeweiligen Unionsrepublik stellte wieder die Titularnation.

---

<sup>56</sup> Simon macht als Grund u.a. aus, dass er, aber auch Gegenkandidat Berija, ohne die Unterstützung der nichtrussischen Peripherie nicht an die Macht gelangen hätte können (vgl. Simon, 1986, S. 256).

Nichtsdestotrotz wurde ihm sicherheitshalber ein ethnischer Russe als Vize zur Seite gestellt, um eine gewisse Kontrolle gewährleisten zu können.

Von der neuen Politik profitierten die Ukrainer am meisten. Nach den Leiden, die sie unter Stalin erdulden mussten, stellte dies den Versuch dar eine feste Partnerschaft aufzubauen und im sowjetischen Machtgefüge stieg die Anzahl von Ukrainern stark an (vgl. ebd., S. 259f.). Als ein klassisches Beispiel für Loyalitätskauf kann die „feierliche Übergabe“ der Halbinsel Krim, welche bis dahin der RSFSR angehörte, an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik 1953 anlässlich der 300-Jahr-Feier des Anschlusses der linksufrigen Ukraine an Russland, angesehen werden. Als Gegenleistung sollten die Ukrainer darauf verzichten einen eigenen, vom russischen unabhängigen, Identitätsanspruch zu stellen (vgl. Halbach, 1992, S. 50). Zum damaligen Zeitpunkt war eine Auflösung der UdSSR unvorstellbar und von daher machte eine Territorialveränderung in diesem zwar föderalen, de facto aber unitären Staat keinen großen Unterschied aus. Um die Entstalinisierung abzurunden, wurden die meisten deportierten Volksgruppen rehabilitiert und konnten damit wieder zurück in ihre Heimat ziehen. Dabei zeigte sich, dass das Regime die Konflikte zwischen den Völkern allgemein und ihre damit zusammenhängende Maßnahme unterschätzt hatte. Denn *„die Heimkehr der einen und die Verdrängung der anderen trieben die öffentliche Stimmung in einem Klima von nationalen Ressentiments und persönlichem Haß auf einen explosiven Punkt“* (Simon, 1986, S. 277).

Der neue Parteisekretär versuchte also wieder an der ursprünglichen sowjetischen Idee anzuknüpfen. Die Rolle des russischen Volkes, als „älterer Bruder“ der vielen Nationen, sollte nicht mehr so überbordend hervorgehoben, sondern mehr die „Freundschaft der Völker der Sowjetunion“ betont werden. Chruschtschow war zu diesen Schritten gezwungen, um Reformen in Angriff nehmen zu können, wobei er vieles sicherlich freiwillig und auch aus Überzeugung tat. Jedoch drohte die allgemein unter dem Begriff Tauwetterperiode bekannte Zeit nicht nur im Ausland bzw. der eigenen Einflussphäre, wie u.a. der dadurch initiierte Budapester Aufstand 1956 zeugte, sondern auch im Inland zu einem Selbstläufer zu werden. 1957 konnte Chruschtschow einen Sturzversuch von Stalinisten abwehren, die ihm vorwarfen, dass die Dezentralisierungspolitik den sog. lokalen Nationalismus bzw. Chauvinismus aufblühen lassen würde. Chruschtschow konterte, dass sie die Partei an der *„Wiedergutmachung der Entstellung der Leninschen Nationalitätenpolitik“* gehindert hätten (aus dem Beschluss des Plenums des ZK der KPdSU, zit. nach Simon, 1986, S. 237). Dennoch kam es in den Unionsrepubliken zu Säuberungen, die allerdings nicht mehr gleich das Leben kosteten. Im Zuge dessen verlor Chruschtschow wieder *„jene Unterstützung in den nationalen Republiken, die er bis 1957*

*systematisch aufgebaut hatte. Er enttäuschte die Erwartungen und Hoffnungen, die er selbst geweckt hatte“ (Simon, 1986, S. 288).*

Am XXII. Parteitag der KPdSU wertete Chruschtschow den bis dato selten benutzten Begriff des Sowjetvolkes massiv auf, indem er ihn beschrieb und besonders hervorhob: *„In der UdSSR ist eine historische Gemeinschaft von Menschen aus verschiedenen Nationalitäten, die gemeinsame charakteristische Züge aufweisen, entstanden – das Sowjetvolk. Diese Nationalitäten haben ein gemeinsames sozialistisches Vaterland – die UdSSR, eine gemeinsame ökonomische Basis – die sozialistische Wirtschaft, eine gemeinsame Klassenstruktur, eine gemeinsame Weltanschauung – den Marxismus-Leninismus -, ein gemeinsames Ziel - den Aufbau des Kommunismus -, und viele gemeinsame Züge in der geistigen Gestalt und Psychologie“ (Chruschtschow, zit. nach Oberländer, 1990, S. 87).*

Nach Chruschtschows Sturz übernahm 1964 Breschnew den von seinem Vorgänger aufgegriffenen Versuch einer Integration bzw. Assimilation der verschiedenen Ethnien. Das Dogma lautete nun, die sowjetischen Nationen weiter zusammenzuführen und zu verschmelzen. Dabei sollten sich die einzelnen Nationalkulturen, frei nach Lenin, entfalten, sich dadurch annähern und schlussendlich in der sowjetischen Nation vereinigen – natürlich unter der Führung des großen Brudervolkes der Russen. Breschnew übernahm den Begriff des Sowjetvolkes seines Vorgängers fast 1:1 und äußerte sich am XXIV. Parteikongress der KPdSU 1971 folgend: *„In den Jahren des sozialistischen Aufbaus ist in unserem Lande eine neue historische Gemeinschaft von Menschen entstanden – das Sowjetvolk. [...] Unsere Menschen sind zusammengeschmiedet durch die Gemeinschaft der marxistisch-leninistischen Ideologie, der hohen Ziele des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft. Diese monolithische Geschlossenheit demonstriert das multinationale sowjetische Volk durch seine Arbeit, seine einmütige Billigung der Politik der kommunistischen Partei“ (Breschnew, zit. nach Liess, 1972, S. 71).* Doch auch bei dieser Ausführung wurden die Leiden und Leistungen, die das russische Volk erduldet und geleistet hätte, vorangestellt und darin auch kein Widerspruch gesehen. Jedenfalls wurde einmal mehr der Eindruck vermittelt, dass nationale Gegensätze nicht mehr existent wären und somit die nationale Frage gelöst sei.

Tatsächlich aber war bei Breschnew die Ruhe mehr oder weniger teuer erkaufte und berief sich auf die Formel „Brot gegen Ruhe“. Die Modernisierungsprozesse machten sich nun, wenn sie auch nicht an die Qualität und Quantität der baltischen oder russischen Republiken herankamen, auch in den rückständigen zentralasiatischen Republiken bemerkbar. Die Bildungsexplosion rief einen massiven Anstieg von einheimischen Fachkräften bzw. Intelligenz in den nichtrussischen

Republiken hervor. Auch wenn formal in der UdSSR der Zentralismus stark war, führte die Korenisation dazu, dass sich *„Machtstrukturen auflockerten und einzelne Behörden und Produktionseinheiten mehr Autonomie erhielten. In den 1970er und 1980er Jahren delegierte die Partielite die gesamte Macht an der Basis an die administrativen und regionalen Eliten – unter der Bedingung, dass sie die zentrale Parteiführung und die offizielle Linie unterstützten“* (Perovic, 2001, S. 91). Im Zusammenhang mit der Nationalitätenpolitik führte das dazu, dass sich deswegen *„die sowjetischen Institutionen scheinbar unbegrenzt fähig [zeigten], den ethnischen Nationalismus zu bekämpfen und so den Pegelstand interethnischer Spannungen relativ niedrig zu halten“* (Zaslavsky, 1991, S. 19). Der Grund für die Loyalität gegenüber dem Zentrum war, dass die Eliten in den Regionen ihren Aufstieg durch Ernennung und Kooptation aus Moskau verdankten und sich der Zentralgewalt und ihren Anweisungen und nicht ihrer ethnischen Klientel verpflichtet fühlten (vgl. ebd., S. 17). Auf Grund dessen fand sich in der Region *„jene Ebene des sowjetischen Staates, auf der der ‚Breznevsche Gesellschaftsvertrag‘, der auf die pointierte Formel ‚Brot gegen Ruhe‘ gebracht worden ist, seinen alltäglichen und wirksamsten Ausdruck [...] Nicht zufällig waren es die Gebietsparteisekretäre, die die zuverlässigste und stärkste Machtbasis des alternden und kranken Breznev und mit ihm die stärkste Front gegen eine Politik tiefgreifender Reformen bildeten. Jeder ernstzunehmende Reformversuch, jede ‚Rationalisierung‘ der Wirtschafts- oder Verwaltungsabläufe, jedes Bemühen, das sowjetische Wirtschaftssystem [...] transparenter zu machen, drohte die Grundlage ihrer Herrschaft in Gefahr zu bringen“* (Grävingsholt, 2005, S. 101). Es kam also zu einer massiven Verlagerung der Befehlsmacht und Staatseigentums und nach Breschnews Tod arbeiteten die nun „Besitzenden“, aber nicht an der Macht sitzenden Nomenklatura, für eine Demokratisierung und Liberalisierung des Landes, *„damit sie das Angehäufte legalisieren und zusammen mit ihren Partnern im Apparat die Macht im Lande übernehmen konnten“* (Ostrogorski, 1996, S. 35). Das Endergebnis war, dass diese „jungen Wilden“ maßgeblich zum Zerfall der UdSSR beigetragen hatten. Denn dabei handelte es sich durchgehend um Komsomolzen, also dem Nachwuchs aus der Jugendorganisation, die sich zuerst für Gorbatschows Reformen aussprachen und, um den Prozess zu beschleunigen, immer radikaler auftraten. Jedenfalls vermutete Simon richtigerweise, dass die Kooptierung nichtrussischer Eliten - ein Prozess den Stalin immer fürchtete und versuchte einzuschränken - eine Art *„irreversiblen Prozeß der Entkolonialisierung“* hervorgerufen hatte (Simon, 1986, S. 299). Lediglich in den allerhöchsten Entscheidungsgremien stellten Russen eine absolut dominierende Mehrheit dar und Simon meint, dass *„die Breznev-Führung [...] offenbar entschlossen [war], die*

*Nationalen aus der Leitung des Gesamtstaates nach Möglichkeit herauszuhalten, wenn man ihnen die Unionsrepubliken schon nicht vorenthalten konnte“ (Simon, 1986, S. 316)<sup>57</sup>.*

Nach Breschnews Tod wurde der KGB Leiter Juri Andropow zum Generalsekretär ernannt. Auch wenn der Repressionsapparat nicht mehr unumschränkt schalten und walten konnte, so hatte dieser die meisten Informationen über die Situation im Lande. Er wagte, als ehemaliger Vorsitzender des KGB, die Erfolge der Nationalitätenpolitik in Frage, zumindest aber zur Diskussion zu stellen (vgl. Halbach, 1992, S. 57). Weiters gestand er auch erstmals ein, dass die Modernisierung und ökonomischer Wachstum das nationale Selbstbewusstsein beeinflussen und durchaus auch eine Ursache für den zunehmenden ethnischen Nationalismus sein können (vgl. Simon, 1986, S. 316f.).

Es wird vermutet, dass er vor hatte die Stagnation, die sich bei Breschnew Ende der 1970er Jahre breit gemacht hatte, zu durchbrechen und größere bzw. weitreichende Reformen in Angriff zu nehmen (vgl. Rahr, 2009, S. 59f.). Doch auf Grund seines schlechten gesundheitlichen Zustandes verschied er, ohne seine Pläne umsetzen zu können. Auch sein Nachfolger Tschernenko verstarb kurz nach seiner Ernennung. Er verfolgte allerdings wieder eine konservative Politik, konnte aber keine Akzente setzen.

Mit der nun voll ausbrechenden Wirtschaftskrise Anfang der 1980er Jahre, war der Gesellschaftsvertrag *„zwischen dem Regime und der Bevölkerung nicht mehr einlösbar, weil seine politischen und ökonomischen Kosten nicht mehr tragbar“* waren (Zaslavsky, 1991, S. 20). Auch weite Teile der Nomenklatura sahen sich immer weniger an die Formel „Brot gegen Ruhe“ gebunden, weil es im übertragenen Sinne immer weniger Brot zu holen gab und deswegen auch kein Grund mehr gesehen wurde, weiterhin Ruhe als Gegenleistung zu erbringen. Darüber hinaus wurde immer deutlicher, *„daß die sowjetische Nationalitätenpolitik zur Konservierung und sogar Intensivierung regionaler Ungleichgewichte beigetragen hat“* (ebd.). Zaslavsky verdeutlichte das in der Feststellung anhand der Situation in den baltischen Republiken: *„Die einheimische Bevölkerung ist unzufrieden, weil sie um ihre traditionelle Privilegien, ja schlicht um ihr ethnisches Überleben fürchtet, während die diskriminierte Mehrheit sich ausgesprochen ungerecht behandelt fühlt“* (ebd.). Mit Gorbatschows Perestroika und Glasnost war den Bürgern die Möglichkeit gegeben ihren Unmut zu äußern, was sie denn auch ausgiebig und immer hemmungsloser taten.

---

<sup>57</sup> Mit einer Tabelle veranschaulicht Simon die Zusammensetzung der Führungsgremien. In: Simon, 1987, S. 450.

### 6.1.3 Merkmale und Integrationsfaktoren der sowjetischen Nationalitätenpolitik

#### 6.1.3.1 Die Implementierung institutioneller Einrichtungen

Wenn die UdSSR auch keine Föderation gleichberechtigter Staaten war, errichtete man trotzdem für jede Titularnation eine Unionsrepublik, was überall die Schaffung identer staatlichen Strukturen nach sich zog, wie z.B. einer eigenen Hauptstadt, eigener Symboliken wie Republiksflaggen und –hymnen etc., was zu einer Festigung eines eigenen (Selbst)Bewusstseins beitrug. Außerdem wurden Institutionen errichtet und so hatten die Unionsrepubliken z.B. im Bereich der Kultur auf Grund der errichteten Akademien der Wissenschaften einige Gestaltungsmöglichkeiten, wobei jene in Moskau natürlich den größten Stellenwert hatte und tonangebend war.

Mit dieser Implementierung wurde in den Sowjetrepubliken dafür gesorgt, dass es zu einer umfassenden Entwicklung der Republiken kam, sowie einer Umverteilungspolitik, die die rückständigen Republiken unterstützte: *„Die sozioökonomische Entwicklung der Republiken ist also stets als Mittel verstanden worden, die Gleichheit unter den Nationalitäten zu fördern und diese alle in das Sowjetsystem zu integrieren. Und wenn diese Politik der Egalisierung ihr erklärtes Ziel auch nicht erreicht hat, so hat sie doch eine beachtliche Homogenität der Sozialstruktur in den einzelnen Republiken geschaffen. [...] In der Tat wurde die sowjetische Nationalitätenpolitik zu einem wesentlichen Teil als klassenspezifische Politik mit dem Ziel konzipiert, die politische Eliten und gebildeten Mittelschichten der einzelnen Ethnien umfassend in das Sowjetregime zu integrieren“* (Zaslavsky, 1991, S. 16). Trotzdem oder gerade deswegen führte die Nationsbildungs- und Homogenisierungspolitik des sowjetischen Regimes gleichzeitig zu einer Fragmentierung der Gesellschaft, welche sich im letzten Jahrzehnt der UdSSR auswirken und entladen sollte.

Bei alledem nahm die RSFSR eine Sonderrolle ein, weil sie keine eigenen Ministerien und Einrichtungen bekam, die sich speziell um russische Belange kümmerte. Stattdessen übernahmen diese Aufgaben allunionszuständige Institutionen, denen die Republiksinstitutionen untergeordnet waren. Zu erklären ist das dadurch, dass Lenin ein Zeichen gegenüber den anderen Völkern setzen wollte und gleichzeitig versuchte dem großrussischen Chauvinismus entgegenzusteuern. Doch die Zentralisierung führte automatisch zum Übergewicht des Russischen und zeigte den imperialen Charakter der Union. Dennoch, obwohl russische Belange de facto Priorität hatten, mussten russische Bedürfnisse nicht zwingendermaßen sowjetische sein, genauso wie sowjetische Politik nicht ausschließlich zum Vorteil von Russen

verfolgt werden musste oder wurde. Auf diese vermeintliche „Ungerechtigkeit“ wies die russische Ethnie vor dem Zerfall der UdSSR immer wieder hin und machte das sowjetische Zentrum dafür verantwortlich.

### 6.1.3.2. Die Bildungs- und Sprachenpolitik

Die Bildungspolitik nahm in der Nationalitätenpolitik eine zentrale Stellung ein. In den ersten Jahren nach der Revolution sollte sie zusammen mit der Sprachenpolitik den rückständigen Völkern helfen, ihnen ein Gefühl von Nationalität zu geben bzw. Nationalität zu schaffen. Dies erachtete man als notwendig, um die Unterdrückten gegen die Unterdrücker mobilisieren zu können.

Im Laufe der Zeit kam es zu einer gewissen Begriffsvermischung. Sowjetisch bedeutete zwar nicht gleich russisch, das Russische sollte aber einen wesentlichen Anteil an der sowjetischen Identität ausmachen und spezifisch nichtrussische Traditionen und Mythen zu Gunsten sowjetischer, respektive russischer, marginalisiert werden. Damit stärkte man zum einen bei Russen das Bewusstsein ihrer führenden Rolle und schwächte zum anderen die Identität der anderen Ethnien. Oberländer stellt hier eindeutig eine „*modifizierte Neuauflage des traditionellen großrussischen Geschichtsbildes*“ fest (Oberländer, 1967, S. 45), was aber gleichzeitig alle anderen Völker auf Grund der Geringschätzung vor den Kopf stoßen musste<sup>58</sup>. Liess stellte in Folge der konsequenten Bildungspolitik 1972, also zu einem Zeitpunkt wo das sowjetische System noch einen stabilen Eindruck machte, bei der sowjetischen Jugend Folgendes fest: „*Innerhalb der UdSSR selbst finden wir unter der russischen Jugend mit mittlerer und höherer Ausbildung einen Konformismus gegenüber dem System, eine ‚selbstverständliche‘ Hinnahme der Gegebenheiten: Ein Ja zum Kultur- und Pionierauftrag des Russentums gegenüber zurückgebliebenen Völkern und Stämmen Sowjetasiens, eine Erwartung der allmählichen Assimilierung nichtrussischer Nationalitäten im europäischen Rußland,...*“ (Liess, 1972, S. 188). Bei der nichtrussischen Jugend machte er zwei Strömungen aus, jene die sich der Sowjetisierung fügte und dadurch Aufstieg und Vorteile erfuhr und jene, da v.a. die baltische Jugend, die sich im sowjetischen Verband „fremd“ fühlte (vgl. ebd.).

---

<sup>58</sup> Oberländer beschäftigt sich eingehender mit der Geschichtswissenschaft der UdSSR und den Vorgaben der Partei. In: Oberländer, 1967, S. 38-50. Als Beweis listet er eine Reihe von Originaldokumenten, unkommentiert, auf. Ebd., S. 113-236.

Was die Sprachenpolitik betraf, legte Lenin wert darauf den verschiedenen Völkern der Union gerecht zu werden und ihre Identität zu stärken. Das bedeutete, dass in den einzelnen Unionsrepubliken die Nationalsprache der jeweiligen Titularnation, auch wenn diese bereits verdrängt worden oder in Vergessenheit geraten war, wieder gelehrt wurde. Oder, wie bei den zentralasiatischen Völkern, erstmalig eine Schriftsprache erstellen zu lassen und spezifische Volksliteratur bzw. Volksmusik zu recherchieren und herauszuarbeiten, *„schließlich gab es in der Sowjetunion keine sowjetische Nation mehr, der eine nationale Identität fehlte; viele der kleineren Völker verdanken dieser Politik, daß sie trotz der sowjetischen Vereinheitlichung nicht verschwanden“* (Stölting, 1990, S. 23). Damit war aber auch ein Grundstein gelegt, welcher später zu den nationalen Problemen und schließlich zum Zerfall der UdSSR führen sollte. Lenin riet auch jenen, die in nichtrussischen Republiken lebten, die Sprache der Titularnation zu erlernen (vgl. Lewytzkyi, 1983, S. 70). Doch dieser Empfehlung kamen die wenigsten Russen nach und förderte nicht gerade die Integration von Russen in den nichtrussischen Unionsrepubliken.

Russisch war zu dieser Zeit insofern nicht dominant, als das es über alle anderen Sprachen gestellt, sondern höchstens als Zweitsprache angeboten bzw. gelehrt wurde: *„Im öffentlichen Leben der nationalen Regionen trat das Russische, das nicht als Staatssprache definiert war, deutlich hinter den jeweiligen Nationalsprachen zurück“* (Halbach, 1992, S. 35). Und mehr noch: *„Umgekehrt wurde in den Schulen mit Russisch als Unterrichtssprache die jeweilige Sprache der Hauptnation zum Pflichtfach“* (Lewytzkyi, 1983, S. 49). Darüber hinaus bemühte man sich die Anzahl von Nicht-Russen in Fach- und Hochschulen zu erhöhen.

Mit der Zentralisierung des Landes, spätestens aber mit Stalins „Sozialismus in einem Lande“ Doktrin und den Säuberungen der 1930er Jahre, wurde dem Nationalisierungsschub der nichtrussischen Republiken bzw. dem Emanzipationsprozess ein Ende gesetzt. Nach Stalins Willen sollte Russisch eine hervorgehobene Stellung einnehmen, eine lingua franca, weswegen es ein verpflichtendes Fach wurde. Jedoch blieb die Muttersprache der jeweiligen Titularnation als Unterrichtssprache noch bestehen.

Stalins Nachfolger hoben, trotz Entstalinisierung und Reformen, die Prozesse bezeichnenderweise nicht auf. Die Bedeutung des Russischen schritt unter Chruschtschow sogar weiter voran, denn mehrere Gründe sprachen dafür: *„Erstens war für die aufstrebende Mittelschichten vor allem in den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen die gesamte Sowjetunion Karrierefeld. In diesem Kontext war ein Aufstieg nur innerhalb der russischen Sprache denkbar. [...] Zweitens wurde das öffentliche Leben, die Wirtschaft, die Verwaltung*

*überwiegend russifiziert, d.h. in einen gesamtsowjetischen Kontext integriert. [...] Drittens kam es innerhalb der Sowjetunion zu großräumigen Migrationen. Wer in die RSFSR wanderte, mußte sich dort des Russischen bedienen. Russen hingegen, die in andere Gebiete übersiedelten, fanden dort russische Schulen, russische Zeitungen, russische Straßenschilder vor. [...] So hatten Migrationsprozesse [...] einen russifizierenden Effekt“ (Stölting, 1990, S. 27).*

Bei Breschnew wurden die jeweiligen Muttersprachen zu Gunsten des Russischen noch weiter zurückgedrängt<sup>59</sup>. Die Überlegung beider war, durch eine Identifizierung mit der russischen Sprache nationalistische und separatistische Tendenzen zu verhindern (vgl. Hahlbohm, 1992, S. 16). Tatsache war, dass man mit dieser Sprachenpolitik einen gegenteiligen Effekt erzielte. Neben vielen anderen Punkten wurde Sprache zu einem politischen Brennpunkt, weil Sprache sowohl verbinden, als auch trennen kann.

### **6.1.3.3. Die Parade am 9. Mai anlässlich des siegreichen Großen Vaterländischen Krieges**

Als ein immer wichtiger werdender Identitäts- und Integrationsfaktor der Sowjetunion dienten die Erinnerungen und Leistungen des russischen, respektive sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg. Denn es gab so gut wie keine Menschen in der Sowjetunion, die nicht zumindest indirekt vom Krieg betroffen waren. Im Mittelpunkt standen die gemeinsamen Erlebnisse, die Verteidigung der Heimat und das siegreiche Ende und weniger die Ideologie bzw. der Sozialismus.

Anlässlich der siegreichen Beendigung des Krieges fand am 24. Juni 1945 noch eine Parade statt. Der Stalin-Terror der 1930er Jahre wurde durch die Schrecken des Krieges übertroffen und letztendlich durch den Triumph über den Faschismus überstrahlt und hatten ein *„Gemeinschaftsbewußtsein begründet, das die Führung des Landes im Krieg und nach dem Krieg immer wieder ansprach“* (Jahn, 2005, S. 10). Dennoch sollte es 20 Jahre dauern, bis wieder eine Parade stattfand. Das Jubiläum am 9. Mai 1965 bot der *„politischen Führung der Sowjetunion einen propagandistischen Anlass, um die vermeintliche Überlegenheit des Sozialismus zu unterstreichen. Feiertage wie der ‚Tag des Sieges‘ waren ein wichtiges Instrument, um die Herrschaft zu legitimieren sowie Herrschaftsansprüche zu artikulieren“* (Karl

---

<sup>59</sup> Für Statistiken über Russisch als Muttersprache in den diversen Unionsrepubliken bzw. Anteile jener Nicht-Russen die Russisch sprechen konnten empfehle ich Liess, 1972, S. 63-69; über die Rolle und Bedeutung von Widerstand gegenüber Russisch in den Republiken und Bildungswesen Lewytzkyi, 1983, S. 49-72; und über Schulpolitik und Bildungswesen Simon, 1987, S. 65-77.

2005, S. 9). Schien das sowjetische Regime unter Stalin und Chruschtschow auf Grund eines steigenden Wohlstandes gefestigt, nahm die Bedeutung dieses Feiertages Mitte der sechziger Jahre reziprok zu den Problemen der Ideologie und des Systems insgesamt immens zu: *„Die neue Kremlführung unter Breschnew ging nun daran, ein gewaltiges Programm von ritualisierten Loyalitätskundgebungen zu inszenieren“* und: *„Alle Handlungen und Reden waren so aufeinander abgestimmt, dass sie sich gegenseitig bestätigten und der Akt eine vollkommen geschlossene politische Aussage transportierte“*, wobei sie *„Optimismus angesichts der militärischen, ökonomischen und ideologischen Siege der Sowjetunion“* verbreiten sollte, sowie ein *„Gefühl des nationalen Stolzes und der Verbundenheit mit der herrschenden Einheitspartei“* (ebd., S. 10).

Die Feierlichkeiten fanden nun jährlich statt, wobei die runden Anlässe auf Grund ihrer Professionalität besonders hervorstachen: *„Je blasser und unglaubwürdiger die sozialistische Zukunftsperspektive wurde, desto stärker setzte die Propaganda den Akzent auf die historische Leistung, auf die Beschwörung der Vergangenheit, als Volk und Partei zusammenstanden“* (Jahn, 2005, S. 13). Karl stellte für die die letzte Dezenniumsfeierlichkeit des sowjetischen Regimes fest: *„Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 9. Mai 1985 hatte die entsprechende Legitimations- und Motivationskampagne Ausmaße erreicht, die bei westlichen BeobachterInnen die Vermutung nahe legten, als sei die Erinnerung an den Sieg – angesichts vielfältiger, vor allem ökonomischer Probleme – die einzige verlässliche Klammer zwischen Partei und Volk sowie den Völkern der Sowjetunion“* (vgl. Karl, 2005, S. 9).

#### **6.1.4. Widersprüche der sowjetischen Nationalitätenpolitik**

Ein Grund, warum Nationalismus ein so großes Problem werden konnte, war, dass die sowjetische Nationalitätenpolitik unter Lenin erst die Basis für Nationalität bzw. Ethnizität und damit Identität geschaffen hatte. Geiß analysiert, dass die sowjetische Nationalitätenpolitik *„der Nationalität inhaltlich Zugeständnisse machen [musste]. Sie wäre von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, wenn sie gegen lokale Traditionen und gegen die Pflege von lokalen Kulturen bestimmter Nationalitäten vorgegangen wäre“* (Geiss, 1995, S. 96).

Der Gedanke war, möglichst viele Bevölkerungsgruppen im Kampf gegen das Zarenregime zu gewinnen. Danach sollte in Folge der Weltrevolution und im Zusammenhang mit der Nationalitätenpolitik die Sowjetisierung der Gesellschaft vorangetrieben und damit die gerade

erst geschaffene Nationalität obsolet werden. Doch unter Stalin geriet die Nationalitätenpolitik in Folge der Gewichtung auf die Russen - durch den Sowjetpatriotismus - ins Fahrwasser der imperialen Tradition Russlands und nahm so russifizierenden Charakter an: *„Durch die Schaffung von Nationalität war eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte. Trotz späterer sehr starker Russifizierungsbestrebungen blieben die geschaffenen Nationalitäten nicht nur gegen weitere Assimilierungsbemühungen resistent, sondern konsolidierten sich zunehmend. Die sowjetische Mittelasienpolitik schuf daher genau das, zu dessen Überwindung sie eigentlich angetreten war: Nationalität“* (Geiß, 1995, S. 96). Außerdem kamen Wissenschaft und Politik in Schwierigkeiten den Schwenk des Diktators ideologisch schlüssig zu begründen, was sicherlich zur Konsolidierung der Nationalitäten beitrug. Die Nationalitätenpolitik des Regimes führte also anstatt zu einer Konsolidierung und Integration genau zum Gegenteil.

Und entgegen der Realität beklagten auch zunehmend Russen diskriminiert zu werden. Die Ursache ist darin zu suchen, dass die Nationalitätenpolitik in Folge ihres imperialen Charakters zu einer steigenden Unzufriedenheit innerhalb der russischen Ethnie selbst führte. Das liegt darin begründet, dass sowjetische Belange zwar russisch dominiert waren, jedoch ging es nicht nur um rein russische Belange. So konnten zum Wohle der gesamten Gesellschaft ihre Bedürfnisse sehr wohl auch zurückgestellt werden, wie weiter oben bereits angeführt. Erst die Wirtschaftskrise, und die damit ausgelösten ethnischen Konflikte, bewirkten eine Umkehrung des russischen Empfindens der eigenen Benachteiligung gegenüber den anderen Unionsrepubliken und Ethnien. Deswegen begannen die Russen sowjetische Belange, welche auf sie selber zugeschnitten worden waren, als ungerecht bzw. Bürde zu empfinden. Auch bei ihnen bot sich zunehmend der Nationalismus als eine Art Ausweg an, denn die Struktur des Staates und die Gliederung der Gesellschaft machte es allen Nationalitäten, so auch der russischen, unmöglich ureigene Interessen zu vertreten (vgl. Zaslavsky, 1991, S. 13).

Darüber hinaus hatte die Nationalisierungspolitik paradoxe Züge. Sie hatte den Effekt, dass der Staat selbst verhinderte (Ver-)Bindungen zwischen den einzelnen Ethnien zuzulassen. Als ein solches Beispiel lässt sich der Eintrag der Nationalität in den Pass eines Sowjetbürgers aufzeigen. Nach den damals gültigen Passgesetzen wurde *„die Nationalität eines Bürgers strikt [...] registriert, ohne Rücksicht auf Kultur, Muttersprache, Religion oder persönliche Präferenzen. [...] Genauso evident ist, daß die ethnische Identität eines Menschen sich im Laufe seines Lebens und erst recht im Verlauf mehrerer Generationen ändern kann. Der Sowjetstaat hingegen hielt daran fest, die Nationalität als zugeschriebenes, durch die Geburt bestimmtes*

*Merkmal zu behandeln. [...] Der Eintrag der Nationalität im Paß trägt dazu bei, starre Schranken zwischen den einzelnen Nationalitätengruppen zu errichten“* (ebd., S. 14). Auf den ersten Blick war jede Nationalität also zwar ein Sowjet, auf den zweiten Blick bedeutete die Russifizierungspolitik aber nicht, dass man deswegen zu einem Russen werden konnte (vgl. Stöltzing, 1990, S. 18). Bei Mischehen, was eigentlich im Sinne der Sowjetisierung war, konnten Kinder ab 1947 ab dem Alter von 16 Jahren eine Nationalität der Eltern aussuchen. Aber Russe zu werden war, sofern kein Elternteil russischer Abstammung war, ausgeschlossen. Insofern *„gehört [es] zu den sowjetischen Paradoxien, daß gerade dieses System trotz aller Russifizierungen das jeweilige Nationalbewusstsein fördert[e]“* (ebd., S. 19) und Assimilierung oder Nationalitätenwechsel so gut wie ausschloss.

Die ungleiche Verteilung von Macht und Einflussmöglichkeiten führte zu gegenseitigen Beleidigungen und Vorwürfen. Die Dominanz der Russen und alles Russischen weckte mit der Zeit immer mehr den Widerstand der Nicht-Russen. Am deutlichsten bemerkbar machte sich das in der Sprachenpolitik. War Russisch ursprünglich als integrativer Faktor gedacht, erfuhr sie eine Bedeutungswandlung. Konnte bis in die 1970er Jahre Russisch seine Bedeutung ausweiten<sup>60</sup>, gewann die eigene Muttersprache ab Mitte der 1980er Jahre wieder an Bedeutung. Vor allem in den letzten Jahren der UdSSR wurde Russisch nicht mehr als lingua franca, sondern als Symbol russischen Chauvinismus bzw. Imperialismus und der eigenen, auch sprachlichen, Marginalisierung betrachtet. Insofern trug Russisch nicht mehr zu einer Identifizierung, sondern im Gegenteil zu einer Abgrenzung und Abtrennung bei. Ethnizität sollte in den letzten Jahren der UdSSR ein zum alles beherrschendes Wahrnehmungskriterium werden, der schlussendlich auch zu den interethnischen Spannungen beim Zerfallsprozess der UdSSR führte (vgl. Halbach, 1992, S. 33).

Das Sowjetvolk als solches existierte also nicht. Auch wenn es die oftmals verkündete und gepriesene historische Gemeinschaft nicht gab, so lässt sich doch vermuten, dass es bis zu einem gewissen Grad zu einer Sowjetisierung der Gesellschaft kam. Darin kann der Grund gesehen werden, warum der Zerfall der UdSSR mehr oder weniger friedlich vonstattenging und nicht in einem Blutbad endete, wie es in Jugoslawien bedauerlicherweise der Fall war.

---

<sup>60</sup> Liess merkte dazu an: *„Generell ist also festzustellen, daß fast überall ein Rückschritt der nationalen Muttersprachen zugunsten des Russischen festzustellen ist“* (Liess, 1972, S. 69).

## 6.2. Das Ende der sowjetischen Idee

Wie bereits im vorigen Kapitel festgestellt, verfolgte die sowjetische Idee auf der einen - v.a. theoretischen - Seite zwar ein integrierendes universalistisch-egalitäres Prinzip, auf der anderen Seite hatte sie aber de facto russifizierenden Charakter.

Den ersten Punkt betreffend brachten die erst gewaltsamen, revolutionären Prozesse, dann die ethnosozialen Harmonisierungsprozesse der Nationalitätenpolitik, denen alle ausgesetzt waren, alle Völker der UdSSR einander näher (vgl. Simon, 1986, S. 335). Der zweite Punkt führte zu einer offensichtlich paradoxen Situation. Nämlich dass nichtrussische Ethnien sich gegenüber der Russen zum einen benachteiligt fühlten, zum anderen die russische Ethnie ebenfalls glaubte, dass die Nationalitätenpolitik in Folge der Umverteilungspolitik für sie mit zu hohen Kosten verbunden wäre: *„So entstand ein ‚ökonomischer Internationalismus‘, der eben nicht ökonomisch war und in dem sich jede Region und Nation gegenüber den anderen und gegenüber dem ‚Unionstopf‘ übervorteilt und ausgebeutet fühlte, zumal das Geben und Nehmen in diesem System nicht transparent gemacht wurde“* (Halbach, 1992, S. 81). Ein Vergleich zwischen dem englischen und russischen Imperium lautete denn auch: *„Während in England das Zentrum auf Kosten der Kolonien lebte, so haben in Rußland die Kolonien zu Lasten des Zentrums gelebt“* (Kusmin, zit. nach Dunlop, 1990, S. 156).

### 6.2.1. In ethnischer Hinsicht

Es stellte sich auch heraus, dass sich die sog. Internationalisierung bzw. Migrationspolitik des sowjetischen Zentrums als Bumerang erweisen sollte.

In der gesamten Union sind umfassende Maßnahmen sprachlicher, kultureller und medialer Natur ergriffen worden, damit sich Russen, wenn sie sich nicht auf russischem Gebiet aufhielten, praktisch in der gesamten Union heimisch fühlen konnten. Migration alleine führte aber nicht automatisch zu einer Integration der slawischen Zuwanderer. Das Auftreten der russischen Migranten gegenüber den Nicht-Russen weckte durchaus antirussische Ressentiments<sup>61</sup>. Außerdem kam es mit steigendem Bildungsgrad der Nicht-Russen verstärkt zu Konflikten mit Russen am Arbeitsmarkt um Schlüsselpositionen in den nichtrussischen Republiken. Deswegen waren ansässige Russen mit zunehmender Wirtschaftskrise immer weniger willkommen.

---

<sup>61</sup> Bsp. für ethnische Konflikte zwischen Russen und anderen Ethnien siehe u.a. bei Simon, 1993, S. 131.

Weiters führte bei den Russen die Migrationspolitik auf der einen und die niedrige Fertilitätsrate auf der anderen Seite, zu einem Mangel an Fach- und Schlüsselkräften in der RSFSR selbst.

Zuletzt nahm eine gegenläufige Entwicklung in den zentralasiatischen Republiken besorgniserregende Maße an, nämlich die extrem hohe Geburtenrate, während sie in den westlichen Republiken stagnierte oder gar zurückging. Infolgedessen führte der Mangel an Arbeitsplätzen im Süden des Landes auf der Suche nach Arbeit zu größeren Migrationsbewegungen in den Norden bzw. Nordwesten und dort in die Großstädte, wo es ebenfalls vermehrt zu interethnischen Zusammenstößen kam (vgl. Goble, 1990, S. 100). Die Migrationsbewegung hatte sich nun umgekehrt und es waren nicht mehr die Slawen die in den Osten bzw. Südosten des Landes zogen, wobei die baltischen Republiken den zentralasiatischen vorgezogen wurden, sondern die Asiaten in die entgegengesetzte Richtung. Nichtsdestotrotz blieb die Mobilität der Asiaten auf Grund ihrer festen Beziehung zur Familie und Heimat relativ begrenzt (vgl. Simon, 1986, S. 340).

Im Zusammenspiel der Faktoren hatte es dann Ende der 1980er Jahre einen *„ungeheuren Eindruck auf das Bewußtsein der russischen Massen gemacht, daß eine sehr große Zahl von Russen aus den von Unruhen erschütterten muslimischen Republiken geflohen ist. Mittlerweile beginnen nicht nur die Demographen, sondern auch die Bevölkerung insgesamt, die Folgen der muslimischen Bevölkerungsexplosion zu erkennen“* (Zaslavsky, 1991, S. 62). Und *„nachdem sie nicht länger unter dem Schutz Moskaus stehen und verunsichert über ihre Zukunft sowohl dort als auch im Mutterland sind, haben diese [Anm.: vertriebenen] Russen auf drei unterschiedliche Arten reagiert: Einige haben sich selbst bewaffnet [...]; einige haben konkurrierende politische Organe gebildet, wie die Interfronten in den baltischen Staaten [...]; und einige wandern ab [...]. Wenn es auch nicht diejenigen sind, die sich am lautesten Gehör verschaffen oder die jetzt den größten Einfluß haben – was sie an Verlusten und Existenzangst erfahren haben, trägt jetzt dazu bei, den russischen Nationalismus auch andernorts zu fördern“* (Goble, 1990, S. 100).

Allgemein war das Bild, welches man über die südlichen Sowjetrepubliken hatte, kein gutes: *„In der russischen Volksmeinung verbindet sich mit dem Gedanken an die südlichen Republiken immer häufiger die Vorstellung von Korruption, organisiertem Verbrechen und vor allem interethnischer Gewalt. Mit jedem Tag ist der Preis, der der russischen Bevölkerung für die Erhaltung des Imperiums abverlangt wird, schwerer zu ertragen“* (Zaslavsky, 1991, S. 63).

Auslöser war ein riesiger Korruptionsskandal in der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der nach dem Tod des Parteiführers Raschidow 1983 aufgedeckt worden war. Die Reaktion Moskaus, auf diesen Fall über die offiziellen Organe die gesamte Region anzuklagen und die

nichtrussischen Parteikader erstmals wieder mit ethnischen Russen zu besetzen und somit wieder einer direkten Kontrolle zu unterziehen, führte zu Protesten in der zentralasiatischen Bevölkerung und Vorwürfen einer offenen Russifizierung. Mit dem sog. „interkulturellen Kaderaustausch“, wie es das sowjetische Zentrum bezeichnete, wurde ein ungeschriebenes sowjetisches „Gesetz“ gebrochen, politische und administrative Posten der Unionsrepubliken mit Leuten der jeweiligen Titularnation zu besetzen. Doch diese Proteste blieben vorerst noch regional begrenzt und wurden medial nicht verbreitet (vgl. Halbach, 1992, S. 58).

Auf Grund dieser Vorkommnisse, verfestigte sich unter den Russen jene Vorstellung: *„Seit den Zeiten Stalins ist die sowjetische Propaganda darauf herumgeritten, welche enormen Entbehrungen das russische Volk um der Entwicklung der rückständigen Peripherie willen auf sich genommen hat. In der Regel konnte es nicht einmal Gorbatschow in seinen Reden vermeiden, in weihevolem Ton ‚the white man’s burden‘ zu beschwören, wenn er von den großen Opfern sprach, die die Russen um der kleineren Nationalitäten willen gebracht hätten. Die Russen sind ernstlich empört und zornig über den explosionsartigen Ausbruch von Russenfeindlichkeit in den undankbaren Republiken“* (Zaslavsky, 1991, S. 61). Daher *„beeindruckt[e] der resolute Kampf der baltischen Republiken um ihre Unabhängigkeit [...] das russische Volk darum so besonders stark, weil den Russen allmählich klar wird, daß sie nach dem Ausscheiden der baltischen Staaten als der produktivsten und industriell am besten entwickelten Republiken allein und unmittelbar mit der rapide wachsenden muslimischen Bevölkerung Zentralasiens konfrontiert sein werden“* (ebd., S. 62). Nobelpreisträger Solschenizyn meinte zu dem Thema: *„Und wir werden uns noch erheblich mehr aufrichten, wenn wir die drückende Last des ‚mittelasiatischen Hängebauchs‘ los sind...“* (Solschenizyn, 1990, S. 12). Selbst wenn diese nicht freiwillig gehen würden, riet er: *„Dann müssen wir ebenso uneingeschränkt unsere Trennung von ihnen proklamieren, wir, die Bleibenden. Die Situation ist überreif und nicht mehr umkehrbar. Bald hier, bald dort kommt es zu Explosionen, jeder sieht, daß wir miteinander nicht leben können. Also darf die gegenseitige Belastung nicht noch in die Länge gezogen werden“*, denn *„nur die Teilung kann uns eine klare und freie Sicht in die Zukunft verschaffen“* (ebd., S. 18f.).

### **6.2.2. In systemischer Hinsicht**

In den ersten Jahrzehnten der UdSSR herrschten in der Bevölkerung durchaus *„Begeisterung, Disziplin, sowie Hass auf die Reichen“* und *„Wille, die großen Lehren der Theoretiker wirklich zu*

*lernen“ vor und eine „feste Vorstellung davon, was eine industrielle Gesellschaft auszeichnete – Fabriken, schnelle Züge, bessere Straßen und vor allem Elektrifizierung des ganzen Landes“ (Nolte, 2009, S. 59). Getragen wurde diese Stimmung durch die Revolutionäre selbst, die ihre Gesundheit und Leben riskierten, um ihre Ziele durch- und umzusetzen. Segert gibt aber zu bedenken, dass „ein solcher [Anm.: revolutionärer] Enthusiasmus [...] in der Regel nach zehn oder zwanzig Jahren seine Wirkung [verliert]“ (Segert, 2009, S. 108). Tatsächlich konnte das sowjetische Regime einige Jahrzehntlang, auf Grund von Industrialisierung, den zur Verfügung stehenden Ressourcen und einer extensiven Wirtschaftsweise, wirtschaftliche Erfolge aufweisen. Den Wechsel ab den 1970er Jahren hin zu einer intensiven und ökologischen Wirtschaftsweise schaffte sie aber nicht (vgl. Becker, 2009, S. 29). Bis zum offensichtlichen Ausbruch der Krise konnte die Planwirtschaft den Mangel noch so verwalten, dass die Lebensqualität nicht zu sehr beeinträchtigt wurde. Dieses fragile System kam aber zunehmend in Schwierigkeiten, weil es nicht mehr in der Lage war „die wachsenden Kosten für Sozialpolitiken und soziale Maßnahmen zur Erhaltung der inneren Stabilität und Legitimität des Regimes [abzudecken]“ (Zaslavsky, 1991, S. 7f.). Damit fing der zwischen Partei und Gesellschaft geschlossene „Gesellschaftsvertrag“ an zu bröckeln (ebd.). Und weil die Ideologie des Marxismus-Leninismus durch Stalins reaktionäre „Sozialismus in einem Lande“ Politik bzw. dem Sowjetpatriotismus hohl geworden war, ließ die Anziehungskraft und Begeisterung für die Ideologie, die zwar nach wie vor überall gelehrt und verkündet wurde, nach und vermittelte auf Grund von Abnützungerscheinungen und Widersprüchen immer weniger reale Werte und Orientierung. Stattdessen wurde die Ideologie aus opportunistischen Gründen ein Lippenbekenntnis, um innerhalb des Systems beruflich aufsteigen zu können oder an Güter zu gelangen (vgl. Behrens, 2002, S. 69f.; Ostrogorski, 1996, S. 32f.). In der sowjetischen Gesellschaft fand ein „Prozess der De-Ideologisierung“ statt (Segert, 2009, S. 108) und es bildete sich ein schizophrene Haltung heraus, in der sich „unter der Oberfläche des Offiziellen [...] eine inoffizielle Welt etabliert“ hatte (Mey, 2004, S. 40). Und der Sozialismus war „für die herrschenden Kräfte dieses Machtsystems nicht mehr tatsächlich das Programm einer Überwindung von Ausbeutung und Entfremdung im Kapitalismus, sondern er war zum Programm der Sicherung und des Aufbaus der Herrschaft einer Clique geworden. Allerdings war diese Tatsache den Herrschenden selbst nicht bewusst“ (Segert, 2009, S. 105). Darüber hinaus vermutet Belotserkovsky, dass die Unterdrückung des Aufstandes u.a. in der Tschechoslowakei 1968 dazu geführt hatte, dass auch die Hoffnungen der Menschen in der UdSSR auf eine Reformierung des Systems niedergeschlagen worden wären, weshalb man sich komplett ins*

Private zurückzog und sich Apathie bzw. Gleichgültigkeit breit machte. Und neben der Erosion der Ideologie führten die wirtschaftlichen Probleme zu den ethnischen Konflikten. So ließ die bei Chruschtschow und Breschnew erkaufte Loyalität der Peripherie gegenüber dem Zentrum rapide ab.

Gorbatschow trat 1985 sein Amt mit dem Wissen an, tief einschneidende Reformen in Politik und Wirtschaft durchführen zu müssen. Denn die seit Ende der 1930er Jahre mit erheblichem Aufwand errichtete „Sozialismus in einem Lande“ Politik Stalins, die mit viel ideologischer Propaganda gepflegt und aufrechterhalten worden war, stellte lediglich eine Fassade dar, die immer mehr bröckelte. Ebenso belastete der Versuch, zumindest militärisch eine Parität mit den USA zu halten, den sowjetischen Haushalt schwer. Fatalerweise gelang es keinem Nachfolger Stalins den einmal vom Diktator eingeschlagenen Kurs zu verlassen, auch weil es ihr starrer Dogmatismus nicht erlaubte. Gerade die konstruierte Doktrin vom sogenannten Sowjetvolk halfen nicht, Probleme und Friktionen zu erkennen und lösen, sondern im Gegenteil sie zu unterschätzen, was im Laufe der Zeit zu einer Stauung derselben führte (vgl. Simon, 1986, S. 368). Bis zum letzten Generalsekretär der KPdSU verließen sich alle auf das Instrumentarium und Nebeneinander von Gewaltanwendung und Konzessionen (vgl. ebd., S. 14). Und was Simon 1986 noch als „erstaunlich erfolgreich“ beschrieb, musste er 7 Jahre später insofern revidieren, indem er feststellt, dass die KP, als „führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft“, nicht in der Lage war verlässlichere Integrationsfaktoren als Ideologie, Partei und Armee einzurichten: *„Andere Wege zur Konfliktregelung, wie Offenlegung, Kompromiß, Integration, Infragestellung der eigenen Position, waren mit der Diktatur der KPdSU nicht vereinbar“* (Simon, 1993, S. 20).

Als Gorbatschow die Ineffizienz des Systems anprangerte, gab er - wohl eher ungewollt - indirekt zu, dass die Partei in gewisser Art und Weise versagt hatte, was ihre Reputation und Legitimität weiter untergrub. Auch seine Reformversuche in der Wirtschaft, hin zu mehr marktwirtschaftlichen Mechanismen, widersprachen der dogmatischen Auffassung des Marxismus-Leninismus. Die Aufforderung des Generalsekretärs 1987 die sowjetische Geschichte neu zu diskutieren oder sog. „weiße Flecken“ auszufüllen, stellte sich als Büchse der Pandora heraus. Denn damit wurde es ermöglicht eine neue, undogmatische Vergangenheits- und Geschichtsforschung zu betreiben und damit sowjetische Kontinuität und Legitimität zu untergraben. So wurde aus dem ehemals *„fortschrittlichsten Land der Geschichte‘, das sich selbst der Menschheit als Vorbild anbot, [...] ein heruntergewirtschaftetes, moralisch verkommenes Land am Rande Europas, das sich aus der Weltgeschichte ausgeklinkt hatte und*

*in seinem ökonomischen und zivilisatorischen Entwicklungsstand nicht einmal mit vielen Ländern der Dritten Welt konkurrieren konnte“* (ebd., S. 49f.). Darüber hinaus führte die unabhängige Geschichts- bzw. Nationsforschung der einzelnen Unionsrepubliken dazu, dass Zwist zwischen den Völkern gesät wurde, weil die eigene Nation gegenüber allen anderen überhöht<sup>62</sup> dargestellt wurde: *„Die Antithese zum kommunistischen Pseudointernationalismus war die nationale Antithese. [...] die Völker [wendeten] sich zu ihrer eigenen Tradition und Geschichte zurück in der Hoffnung, aus dieser Rückwendung Orientierung für die Zukunft zu gewinnen“* (ebd., S. 127).

Die Auswirkung Gorbatschows umfassenden Reformversuchen war, dass der ganze ideologische Überbau zur Disposition stand und an Legitimation verlor. Bemerkbar machte sich das durch die schwindende Macht des sowjetischen Zentrums und der KPdSU. In der Krise entwickelte sich ein Kampf zwischen den konservativen Dogmatikern, den Idealisten, zu denen sich u.a. Gorbatschow und Sjuganow zählen lassen, und Opportunisten, zu denen nachrückende, junge Technokraten, „niedere“ Nomenklatura etc. gehörten und in Jelzin einen Sprecher fanden und schließlich auch von ihm angeleitet wurden. Insofern vertritt Becker die These, *„dass der Staatssozialismus stärker an seinen politischen Schwächen [...] denn an seinen zweifellos ebenfalls vorhandenen ökonomischen Gebrechen gescheitert ist“* (Becker, 2009, S. 49). Gorbatschow scheiterte schlussendlich mit seinen Reformversuchen, weil kein Interesse mehr daran bestand das System zu reformieren (vgl. Belotserkovsky, 1996, S. 22f.).

### **6.3. Die Nationalitätenpolitik des letzten Generalsekretärs der UdSSR**

Der 1985 neu gewählte Generalsekretär Michail Gorbatschow war, um Reformen in so großem Ausmaße umsetzen zu können, nicht nur auf die Mithilfe der gesamten politischen Elite und der sowjetischen Bürger, sondern auch auf neue Arten des Regierens angewiesen. Deswegen sollte das Schlagwort Glasnost, russisch für Offenheit, helfen unter Einbeziehung der Gesellschaft Probleme zu thematisieren, was wiederum beitragen sollte das System umzugestalten, was allgemein unter dem Schlagwort Perestroika, russisch für Umbau, bekannt ist.

---

<sup>62</sup> Details für die historiographische Interpretationskonkurrenz siehe Simon, 1993, S. 54ff.

Der jahrzehntelange systematische Selbstbetrug der sowjetischen Führung machte eine realistische Einschätzung der gegenwärtigen Situation kaum mehr möglich bzw. hatte sie gegenüber Problemen und Konflikten, die entweder ignoriert oder unter den Teppich gekehrt worden waren, blind gemacht. Außerdem waren offizielle sowie inoffizielle Stellen und Einrichtungen es nicht (mehr) gewöhnt und/oder gewillt keine geschönten, wenn nicht sogar gefälschte, Zahlen, Statistiken und Berichte weiterzuleiten, so dass die Führung, die tatsächlich gewillt war Reformen durchzuführen, sich nur bedingt auf das verlassen konnte was ihr zugetragen wurde. Deswegen setzte Gorbatschow seine Hoffnung auf die Glasnost, um auf den Tisch zu bringen, woran es mangelt und fehlt.

Als Versuchs- und Abtastfeld für Glasnost, wandte sich Gorbatschow gezielt an den Literaturbetrieb des Landes, weil er dadurch hoffte die produktivsten Kräfte des Landes, die Intelligenzija, erreichen und ansprechen zu können. Denn die russische bzw. sowjetische Publizistik hat(te), im Gegensatz zur westlichen Welt, traditionell ein höheres Ansehen und damit Einflussmöglichkeit auf die sowjetische Gesellschaft. Gerade der Literaturbetrieb sollte, entgegen der allgemeinen Überzeugung, zeigen, dass die KP kein monolithischer Block war. Dieser entwickelte sich zum Hauptschlachtfeld der konkurrierenden Kräfte der Perestroika: *„Die parteiinternen Fraktionen, die sich noch nicht völlig offen in der Öffentlichkeit zu erkennen gaben, [bedienten sich] des Literaturbetriebs, um ihre Positionen deutlich zu machen und auf diese Weise zu erkunden, mit wie viel Unterstützung unter der Intelligencija und in der Bevölkerung sie rechnen können“* (Mey, 2004, S. 29). Doch schon bald wurde *„das befreiende Gefühl, im Namen von Glasnost alles aussprechen zu können, durch das Erschrecken relativiert, was gesagt werden mußte“* (Eichwede, 1994, S. 15). Golczewski fasste in der Hinsicht zusammen: *„Das Ende der sowjetischen Restriktionen erschütterte alles, was in der UdSSR hochgehalten worden war: Die niemals offiziell in Frage gestellte Ideologie wurde als Basis für die Verbrechen seit Lenin und Stalin enthüllt, die hochgelobte Industrie erwies sich als konkurrenzunfähig und marode, monströse Umweltschäden durften aufgedeckt werden“* (Golczewski, 1998, S. 117). Auch die ROK versuchte Gorbatschow auf Grund ihres ständig steigenden Ansehens und damit Einflusses auf ihre Anhänger auf seine Seite zu ziehen. Er stellte der Kirche z.B. Erleichterungen und Rückgabe von Besitz in Aussicht und verlangte als Gegenleistung, dass sich die ROK loyal gegenüber der Parteiführung zeigt (vgl. Behrens, 2002, S. 76f.). Fast noch wichtiger erscheint es zu erwähnen, dass Gorbatschow, ein Zögling Juri Andropows, um Reformen in Angriff nehmen zu können und verkrustete Strukturen aufzubrechen, sich auf den KGB stützte: *„Der KGB-Apparat wurde vom neuen, jungen*

*Kremelchef als Rammbock gegen konservative Widerstände innerhalb der Partei eingesetzt*“ (Rahr, 2009, S. 67). Dieser Hinweis ist deswegen wichtig, weil er verständlich macht, warum knapp 15 Jahre später der Sicherheitsapparat mit bzw. unter Putin wieder so einen gewaltigen Einfluss bekommen konnte. Ein anfängliches Ziel des KGB war es einen zentristischen Block zu gründen: *„Die kommunistischen Machtstrukturen sollten verschwinden, der Einheitsstaat mit einer russisch-nationalistischen Ideologie erhalten bleiben. Das Politbüro sollten abdanken und das Land von einem ‚Komitee für Nationale Rettung‘ regiert werden. Diese Komitee sollte den Ausnahmezustand ausrufen und mithilfe des KGB und der Armee die Ordnung wieder herstellen. Statt Planwirtschaft sollte es künftig Staatskapitalismus geben*“ (ebd., S. 74). Nachdem sich aber der Staatszerfall unter Gorbatschow immer deutlicher abzeichnete, wendete sich der Geheimdienst gegen den Reformier und der Chef des KGB, Krjutschkow, fand sich letztendlich beim Putsch 1991 auch unter den Verschwörern (vgl. ebd., S.78).

Bei der Perestroika ging es also einerseits darum möglichst viele Schichten für den Umbau des Systems zu gewinnen, ohne das System selbst in Frage zu stellen, geschweige denn abzuschaffen. Andererseits aber auch die alte Elite nicht zu verlieren. Anfangs stellte die regionale Nomenklatura ihre Unterstützung in Aussicht. Doch ihre Forderungen nach Gegenleistungen nahmen schnell nationalistische bis gar separatistische Züge an, auch in Folge des Politikstilwechsels und abnehmenden Drucks aus Moskau. Diese Entwicklung konnte Gorbatschow nicht voraussehen und immer schwerer kontrollieren. Denn die Forderungen, die die Regionaleliten an das Zentrum richteten, stellten sich zum einen als miteinander unvereinbar heraus, zum anderen führten sie, so man sie erfüllte, zu zentrifugalen Tendenzen.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, versuchte die Partei einen gesamtsojetischen Stolz, als Ersatz für den russisch dominierten Sowjetpatriotismus, hervorzuheben und als gemeinsamen Identitätsfaktor zu etablieren. Allerdings gab es immer weniger, womit man sich identifizieren bzw. worauf man stolz sein konnte: *„Die eher deprimierende sowjetische Wirklichkeit hat die Scheinwelt jahrzehntelanger Integrations- und Mobilisierungssphraseologie offenbar endgültig eingeholt*“ (Oberländer, 1990, S. 88). Was also als Reform des maroden Systems anging, endete in einem ständigen Machtkampf, in der das Zentrum nur mehr versuchen konnte die konkurrierenden Kräfte zurückzudrängen oder in Schach zu halten.

In der Einschätzung der nationalitätenpolitischen Lage der Nation, wurde Gorbatschow ja von einigen Seiten Unwissenheit und Naivität konstatiert, weil er als erster und einziger Generalsekretär keine Erfahrungen außerhalb der RSFSR gesammelt hatte (vgl. Goble, 1990, S.

96 ff.; Halbach, 1992, S. 58f.). Bei ihm sollten sich nun die Widersprüche der sowjetischen Nationalitätenpolitik zeigen und voll ausbrechen, die so lange überdeckt und verdrängt werden konnten. Bereits Karl W. Deutsch stellte im Zusammenhang mit nation building Anfang der 1970er Jahre fest: *„Entweder führte er [Anm.: die ungleiche Entwicklung bzw. ökonomische Positionierung zweier Völker die aufeinander treffen] zu nationaler Assimilierung oder aber der ‚Übertragungseffekt‘ produzierte, falls die nationale Assimilierung zur dominierende Gruppe nicht mit dem wachsenden Bedürfnis für eine weitere Gruppenmitgliedschaft für die Neuankömmlinge Schritt hielt, tendenziell ein neues Anwachsen des Nationalismus unter den neu mobilisierten Bevölkerungen. [...] Dieser rebellische Nationalismus der neu mobilisierten Bevölkerung lehnt Sprache oder Kultur der dominierenden Nationalität ab. Er nimmt jedoch viele ihrer Wertvorstellungen auf und verlangt, deren Reichtum und Möglichkeiten zu teilen oder zu erwerben“* (Deutsch, 1972, S. 35). Da sich eine Assimilierung nur bedingt einstellte, sollte sich die Aussage des letzten Satzes im aufkommenden Nationalismus der nichtrussischen Nationen und Republiken auch bewahrheiten.

Der Erfolg der Nationalitätenpolitik ist schwer messbar. Tatsache ist, dass die zu Gunsten der russisch-slawischen Ethnie errichtete Infrastruktur es nicht notwendig machte sich zu integrieren. Zusammen mit der ständig verlautbarten Propaganda, d.h. der ständigen Betonung das „eine Volk“ zu sein, führte das zu einer Integrationsresistenz bzw. Trennung der Ethnien und das fatalerweise geradewegs zu den interethnischen Spannungen, wie sie Deutsch beschrieben hatte.

Gorbatschow unterschätzte die Situation in der sich das Land befand und nahm an, dass die sowjetische Gesellschaft tatsächlich so weit fortgeschritten und homogenisiert sei wie es die Propaganda seit jeher verlautbarte. Kurz nach seinem Amtsantritt 1985 übernahm er wieder unreflektiert das Dogma des geeinten Sowjetvolkes seiner Vorgänger, Andropow ausgenommen: *„Das Aufblühen der Nationen und Nationalitäten verbindet sich organisch mit ihrer allseitigen Annäherung. Im Bewusstsein und Herzen eines jeden Menschen ist tief das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Familie verankert – zum Sowjetvolk, einer neuen, noch nie in der Geschichte dagewesenen sozialen und internationalen Gemeinschaft“* (Gorbatschow, zit. nach Oberländer, 1990, S. 87f.). Dem war aber nicht so. In der Annahme die ethnischen Konflikte rein durch wirtschaftliche Reformen beheben zu können, weil sie aus ökonomischen Gründen resultieren würden, *„ahnte [er] deshalb auch nicht, in welches Pulverfaß er die Fackel der Glasnost warf“* (Halbach, 1992, S. 59). Stattdessen wurde Glasnost nämlich auch dafür

genutzt, lange unter der Oberfläche schwelende Konflikte zu thematisieren, sich über verschiedenste Ungerechtigkeiten auszulassen und damit die Situation weiter zuzuspitzen.

Ein ähnlicher Vorfall wie bei Andropow 1983 verdeutlicht die veränderte Problematik, aber auch Umgang mit der Situation. 1986 sah sich Gorbatschow auf Grund von Korruptionsskandalen gezwungen den Parteiführer der Kazachischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Kunajew, zu ersetzen und wählte, im Sinne des interkulturellen Kaderaustauschs, abermals einen russischen Gesandten. Wie 3 Jahre zuvor, kam es wieder zu Protesten und Demonstrationen, die gewaltsam aufgelöst werden mussten. Doch im Unterschied zu 1983, gab es nun eine offene und breite Diskussion über diese Maßnahme. Erst 1990 stellt eine Kommission fest, dass es sich beim Protest nicht um fremdenfeindlichen Nationalismus handelte, sondern um die Ablehnung des kommando-administrativen Personalwechsel und sich gleichzeitig der Frust über die schlechte wirtschaftliche Lage, die Wohnungsnot und andere Probleme Luft verschaffte (vgl. ebd., S. 64).

Um den zunehmenden ethnischen Auseinandersetzungen Einhalt zu gebieten, wurde 1989 öffentlich über eine Neuausrichtung der Nationalitätenpolitik nachgedacht und diskutiert. Als Anhänger und Verfechter der sowjetischen Idee, empfahl Gorbatschow u.a. eine Erweiterung der gesetzlich garantierten kulturellen Rechte von Nationalitäten, die außerhalb ihres eigenen territorialen Verbandes lebten. So sollte z.B. die Sprache der jeweiligen Titularnation den Status einer Amtssprache zuerkannt werden. Jedoch führte die neue Sprachenpolitik bei der russischen Ethnie wiederum zu Unruhen und infolgedessen wurde an einem Kompromiss gearbeitet, der Russisch den Status einer Allunionssprache zusprechen hätte sollen, doch dazu kam es nicht mehr. Außerdem empfahl er eine Verschärfung der Gesetze gegen Aufwiegelung zum Völkerhass: *„Wir sind uns nicht sofort der Bedeutung dieses Problems bewußt geworden... Sie erinnern sich daran, daß diese Fragen auf dem 27. Parteitag so bewertet wurden, als seien sie längst ... Das Leben erteilt uns jedoch eine harte Lehre. Wir standen unvorbereitet da, als die akutesten Probleme, die sich unter der Kruste scheinbarer Eintracht angesammelt hatten, diese durchbrachen und hervorströmten“* (Gorbatschow, zit. nach Halbach, 1992, S. 61). Eine eigens eingerichtete Plattform, die in der Öffentlichkeit über eine Neuausrichtung der Nationalitätenpolitik diskutierte, kam zu dem Schluss, dass die sowjetische Föderation einen neuen Status erhalten, die Rolle der Unionsrepubliken gestärkt, die Rechte für alle Nationalitäten garantiert und Diskriminierung jeglicher Art verhindert werden sollte (vgl. Zaslavsky, 1991, S. 28f). Zaslavsky wertete dieses Vorgehen als Versuch *„den sowjetischen Vielvölkerstaat in seinen jetzigen Grenzen zu erhalten und das traditionelle Übergewicht des staatlichen Zentrums*

*über die ethnische Peripherie sicherzustellen“*, wonach das Zentrum weiterhin *„für die Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik, aber auch für ,die Koordinierung und Lösung gemeinsamer Aufgaben in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur; für die Garantie und den Schutz der individuellen Rechte; für die Förderung von Integrationsprozessen und die Organisation von gegenseitigen Beistand“* zuständig sein sollte (Zaslavsky, 1991, S. 29). Aus dieser Zusammenfassung lässt sich schlussfolgern, dass die Nationalitätenpolitik und die dazugehörige Propaganda der vorangegangenen Jahrzehnte einer Revision unterzogen worden war und 1990, als gescheitert akzeptiert, eine Pragmatisierung erfuhr.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war Gorbatschow mit der Tatsache konfrontiert, dass das bisher propagierte geeinte Sowjetvolk doch nicht existierte. Denn das Konzept des Sowjetpatriotismus war auf Grund seines latenten russischen Nationalismus nicht in der Lage die nichtrussischen Völker zusammenzuführen: *„Die Ambivalenz und die daraus resultierende Manipulierbarkeit des Konzepts haben aber dazu geführt, daß die Nichtrussen darin immer ein Instrument ihrer Russifizierung und die Russen nie einen wirklichen adäquaten Ausdruck ihrer nationalen Gefühle gesehen haben“*. Nichtsdestotrotz *„ist nicht zu übersehen, daß gerade die russische Komponente des sowjetpatriotischen Integrationskonzepts es großen Teilen der russischen Bevölkerung sehr erleichtert hat, sich mit dem Sowjetimperium als Erbe des Russischen Reiches zu identifizieren“* (ebd., S. 89).

5 Jahre nach Gorbatschows Machtantritt sah die Bilanz dramatisch aus. Die sowjetische Idee, die Subsumierung von Ideologie, Partei, dem sowjetischen Staatsapparat und Wirtschaftssystem, kam von allen Seiten unter Druck und verlor nicht nur stetig an Anhängern und Verfechtern, sondern auch an Legitimation.

Sowohl die Partei als auch die Rote Armee zeigten Auflösungstendenzen. Viele Männer der Unionsrepubliken kamen dem Aufruf zum Dienst an der Waffe nicht mehr nach und einzelne Republiken fingen an eigene Armeen aufzustellen. Der einstige Ort der „Schule des Internationalismus“ war nun selbst ein Ort interethnischer Konflikte geworden. Ähnliches galt für die KPdSU. Sie war nur mehr ein Schatten ihrer selbst und konnte somit keinen Druck mehr ausüben. Außerdem wurden vermehrt separate, von der KPdSU unabhängige kommunistische Republiksparteien gegründet und damit das leninistische Prinzip der einen und dadurch starken Partei für alle gebrochen (vgl. Halbach, 1992, S. 112).

Um in der schwierigen Zeit überhaupt noch regieren zu können, konzentrierte Gorbatschow immer mehr Macht auf seine Person. Über die Gründe und Ursachen dieser Entwicklung gibt es zwei Erklärungen. Die eine lautete, dass er sich der Gefolgschaft der Partei nicht mehr sicher

sein konnte, die andere, dass er auf Grund einer fehlenden soliden Machtbasis, die die KPdSU früher war, andere Mittel und Wege sichern musste, um Reformen durchführen und letztendlich die drohenden Desintegration der Union aufhalten zu können - vergebens.

Auch Gorbatschows größte Hoffnung, mit der Wirtschaft das gesamte System reformieren zu können, stellte sich nicht nur als falsch heraus, sondern hatte sogar wesentlich zu einer Verschlechterung der Situation beigetragen: *„Inzwischen war das Vertrauen in die Reformkompetenz der Zentralgewalt in der Bevölkerung auf den Nullpunkt gesunken. Sofern überhaupt noch Vertrauen in der Bevölkerung bestand, hatte es sich längst von Gorbatschow auf die Republiksregierungen verlagert, darunter auf die neue russische Führung unter Boris Jelzin, die mit radikalen Reformversuchen der Unionsführung den Wind aus den Segeln nahm“* (Halbach, 1992, S. 80). So stellten bei einer Umfrage 1989 über die Hälfte der Befragten einen *„drastischen Verfall der Autorität solch fundamental sozio-politischer Institutionen wie des KGB, der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, der Armee, der Miliz wie auch des Komsomol, der Gewerkschaften und der Partei“* fest (Blinow, zit. nach Dunlop, 1990, S. 147). Dies führte schlussendlich zum Zerfall der Union und ein Dogma sollte sich bewahrheiten: *„Das Schicksal der sozialistischen Nation ist mit dem Schicksal des Sozialismus verbunden“* (Liess, 1972, S. 25). Nachdem sich also die sowjetische Idee, welche als Sozialismus bezeichnet worden war, aufzulösen begann, löste sich auch die sozialistische Nation auf, was zwangsläufig zum Auseinanderbrechen der UdSSR führte.

Zwar verlor die sowjetische Idee an Zuspruch, doch wurde russischerseits die UdSSR als Territorium im Großen und Ganzen nie in Frage gestellt. Auch deswegen, weil auf Grund der sowjetischen Russifizierungs- und Migrationspolitik die russische Ethnie in der gesamten Union verteilt war. Balachonow erläuterte dazu, dass *„die nationale Identität der meisten Russen [...] historisch gesehen auf der imperialen Idee [basiert]“*. Weiters: *„Der imperiale Instinkt ist bei Russen außerordentlich stark ausgeprägt, und wir können uns bisher noch keine andere Existenzweise vorstellen als unser jetziges Imperium, das von Brest bis nach Wladiwostok reicht‘. Da die meisten Russen [...] ‚seit vielen Jahrhunderten nicht mehr die Erfahrung nationaler Diskriminierung gemacht haben‘, sei ihre nationale Identität eher ‚staatlich fundiert als ethnisch‘“* (Balachonow, zit. nach Zaslavsky, 1991, S. 61).

#### 6.4. Nationalismus in der UdSSR

Mit dem Ende des Gesellschaftsvertrages, welcher ethnische Konflikte so lange hinauszögern konnte, so lange alle davon profitierten, wurde Nationalismus ein immer akuterer Problem. Simon ging Mitte der 1980er Jahre noch davon aus, „*daß die politischen Ziele der neuen [Anm.: nichtrussischen] Intelligenz in erster Linie auf Partizipation und nicht auf Separation gerichtet*“ waren (Simon, 1986, S. 323). Forderungen in diese Richtung nahmen aber rasant zu.

Zaslavsky unterscheidet drei Arten des Nationalismus, angepasst an die drei Regionen der UdSSR. Auf der einen Seite gab es den separatistischen Nationalismus, der sich in den baltischen Republiken, aber auch Georgien, ausbreitete. Ziel dieser Bewegung war nicht nur eine politische und wirtschaftliche Autonomie, sondern langfristig auch ein Austritt aus der UdSSR. Weiters wurde eine Überfremdung der drei baltischen Republiken auf Grund der slawischen Migrationsbewegungen der sowjetischen Nationalitätenpolitik nicht nur befürchtet, sondern war eine reale Tatsache. So machten bis 1989 ca. 20%, im Falle Lettlands sogar beinahe 50%, der Bewohner der nicht namensgebenden Nation die Bevölkerung aus, wobei die slawische Ethnie weitgehend unter sich blieb. Grund dieser massiven Zuwanderung war zum einen der höhere Lebensstandard, der die nordwestlichen Republiken attraktiv machte, zum anderen aber auch der bewusste Versuch des sowjetischen Zentrums aufkeimenden baltischen Nationalismus durch ethnischen Zuzug den Wind aus dem Segel zu nehmen. Ausdruck fand die nationale Erhebung in diesen Republiken in den sog. Volksfronten. Auf der anderen Seite fand sich in den zentralasiatischen Republiken ein „*archaisch heterophober Nationalismus*“ (Zaslavsky, 1991, S. 35), der sich nicht explizit gegen das Zentrum auflehnte und der auch kein separatistisches Ziel verfolgte, sondern sich gegen Minderheiten in der eigenen Republik oder gegen Nachbarrepubliken bzw. -gebiete richtete. Erklären lässt sich das zum einen durch die Bevölkerungsexplosion in dieser Region, was die wirtschaftlichen Probleme dort verschlimmerte und zum anderen mit der seit jeher vorhandenen Rivalität der tribalen Stämme (vgl. Geiß, 1995, S. 51f.). Die relativ willkürliche Grenzziehung durch das sowjetische Zentrum und die Modernisierung der zentralasiatischen Gesellschaft schuf jenes Konfliktpotential, welches sich mit der zunehmenden Regimekrise in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre entladen sollte<sup>63</sup>.

Als drittes arbeitete er den Nationalismus heraus, der sich in der RSFSR bzw. der russischen Ethnie manifestierte und Ausdruck verschaffte (vgl. Zaslavsky, 1991, S. 35f.).

---

<sup>63</sup> Die beiden Nationalismen im Detail bei Zaslavsky, 1991, S. 36-57.

#### 6.4.1. Russischer Nationalismus

Bereits in den 1970er Jahren gab es Anzeichen von Nationalismus, wo es einige Aktivitäten nationalistischer Russen gab (vgl. Carter, 1995, S. 112ff.). Ihre Aktivitäten mündeten schließlich in der Gründung diverser Pamjat-Gruppen, russisch für „Erinnerung“. Es lässt sich vermuten, dass es schützende Hände über den nationalistischen Kräften gab, wie den Chefideologen und Politbüromitglied Michail Suslow. Denn nach seinem Tod kam es zu einer Säuberungswelle diverser Publikationen und deren Redaktionen, die eindeutig chauvinistisch, antisemitisch bis systemkritisch waren (vgl. Carter, 1995, S. 130f.). Jedoch war das Bewusstsein für Nationalität bzw. russisches Nationalbewusstsein bereits geweckt (vgl. Ostrogorski, 1996, S. 23ff.).

Der wirtschaftliche Niedergang Anfang der 1980er Jahre und die dadurch hervorgerufene Auflösung des bereits erwähnten Gesellschaftsvertrags verstärkten die zentrifugalen Kräfte, mit den baltischen auf der einen und den zentralasiatischen Republiken auf der anderen Seite, die gegen das Zentrum Moskau agierten. Das führte als Reaktion rasch dazu, dass, spät aber doch, auch in der RSFSR nationalistische Bewegungen Auftrieb erfuhren. Notwendig wurde dies, weil das Vakuum, welches durch die Delegitimierung der sowjetischen Idee hinterlassen wurde, ausgefüllt werden wollte. Außerdem stießen Gorbatschows politische Vorstellungen, wie das sowjetische Regime zu reformieren und doch noch zu retten sei, auf immer heftigeren Widerstand. Die zunehmende Machtkonzentration in seiner Position, die der Generalsekretär als notwendig erachtete, um die auseinander treibenden Kräfte überhaupt noch zusammenhalten zu können, und sein Widerwille der RSFSR strukturelle Parität zu gewährleisten, ja schlimmer noch, die RSFSR u.U. zum Wohle der Union in weitere Untereinheiten aufzugliedern, rief seine Widersacher und eben Nationalisten auf den Plan (vgl. Dunlop, 1990, S. 147f.). Die Frage die sich nun stellte war, welche Art von Nationalismus bei den Russen die Oberhand gewinnen würde.

Zum einen gab es jene die am Imperialismus festhielten und zum anderen jene die den Separatismus bzw. Isolationismus propagierten. Mit Voranschreiten der Wirtschafts- und Systemkrise erreichte der Richtungsstreit die breite Masse und ein gewisser angsteinflößender Pragmatismus machte sich breit, dass nämlich *„der Zerfall der sowjetischen Wirtschaft das Volk in seiner Auffassung [bestärkt], daß die Erhaltung des Imperiums ein teurer Spaß ist. Die Folge ist eine Art Massenkonversion zum separatistischen Credo“* (Zaslavsky, 1991, S. 63). Die Bevölkerung kam also zur *„wachsende[n] Einsicht, daß selbst ein allmählicher Übergang zur Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren ist mit der Erhaltung des Sowjetimperiums, die einfach nicht*

*mehr zu bezahlen ist“ (ebd., S. 65). Den Höhepunkt des Richtungsstreits zwischen den beiden Bewegungen, markierte die bewusste Besetzung der Stäbe: „Während Gorbatschow Nationalisten [...] in den Präsidentialrat wählte, setzte Boris Jelzin im Kampf um die politische Macht auf den russischen Isolationismus und Separatismus“ (ebd.).*

Die Imperialisten ließen sich nach Dunlop in drei Untergruppierungen aufteilen:

1. die Neo-Stalinisten,
2. die National-Bolschewisten und
3. die konservativen Nationalisten (vgl. Dunlop, 1990, S. 149-164).

Während die ersten beiden Gruppen nominell am Marxismus-Leninismus und der sowjetischen Idee festhielten, sich aber mit Gorbatschows Glasnost und Perestroika nicht anfreunden konnten bzw. Verrat ausmachten, lehnten letztere die alte Integrationsideologie weitgehend ab und hoben stattdessen die russische bzw. slawische und orthodoxe Besonderheit als neue Integrationsideologie hervor, die in der Vergangenheit vom sowjetischen Regime unterdrückt worden war.

Auch die russischen Separatisten ließen sich in zwei Flügel unterteilen. In jene die ein Programm hatten *„das auf dem Nationalinteresse der Russen basiert und das russische Volk aufruft, die rückschrittlichen, nichteuropäischen, nichtchristlichen Aspekte der Sowjetunion zu eliminieren und in das Haus der europäischen Kultur zurückzukehren, zu dessen integrierenden Bestandteilen die klassische russische Kultur einst gehört habe. Dieses Programm zielt darauf, Rußland für die Einflüsse der entwickelten Industrieländer zu öffnen, zur Marktwirtschaft überzugehen und das Land in den Weltmarkt zu integrieren. [...] Die russischen liberal-demokratischen Intellektuellen sehen im russischen Separatismus immer deutlicher den einzigen Ausweg aus der sowjetischen Wirtschafts- und Nationalitätenkrise und eine notwendige Voraussetzung für marktwirtschaftliche Reformen. Auf der anderen Seite sieht man im Isolationismus nicht nur die Trennung von allen nichtslawischen oder sogar nichtrussischen Republiken, sondern vor allem und ganz entscheidend eine Absage an den Westen und die Suche nach einer spezifisch russischen Lebensweise und dem spirituellen Werten Russlands. [...] Das fundamentalistische Programm will ‚die bewußte Trennung von der umgebenden ‚gottlosen, dekadenten, habgierigen‘ Menschheit‘, den Rückzug in die nationale Selbstisolation,*

*„Schließung der Grenzen und zwangsweise soziale und nationale Homogenisierung der russischen Bevölkerung“* (Zaslavsky, 1991, S. 66f.<sup>64</sup>).

Die Separatisten zeichnete eine allgemein widersprüchliche Einstellung zum Sowjetsystem aus. Zwar waren sie der Meinung, dass *„der Sowjetstaat den Russen und der russischen Kultur [schreckliches Leid] zugefügt hatte“* (ebd., S. 66), doch stellten sie die Grenzen der Sowjetunion kaum in Frage, was den schizoiden Zug des russischen Selbstverständnisses aufzeigt.

Die Grenzen zwischen Imperialisten und Separatisten waren manchmal fließend und die Imperialisten gingen die *„seltsamsten Bündnisse mit den beiden Arten des Separatismus ein. Das läßt sich an den jüngsten Publikationen von sonst so verschiedenen Autoren wie Alexander Solschenizyn und Alexander Zipko belegen. Was die beiden verbindet, sind Überreste eines imperialen Bewußtseins, das Solschenizyn - möglicherweise ohne es zu merken - bekundet, wenn er dafür eintritt, elf Republiken aus der Union hinauszuerwerfen, und gleichzeitig mit der Ukraine, Belorußland und den nördlichen Teilen Kasachstans in einem künftig russischen Staat behalten möchte, der infolgedessen über achtzig Prozent des gegenwärtigen sowjetischen Territoriums umfassen würde. Solschenizyns Vorschlag, die Sowjetunion durch eine neue Slawische Union zu ersetzen, ist auf eisige Ablehnung bei der Ukraine und Belorußland gestoßen, wo Separatistenbewegungen allmählich im Kommen sind“* (ebd., S. 67).

Bei diversen Wahlen in der RSFSR 1990 erlitten jene Kräfte, die prinzipiell an der sowjetischen Idee festhielten, herbe Niederlagen. Trotzdem holte Gorbatschow, der einst als Reformers angetreten war und nun mit seinem Kontrahenten Jelzin einen harten Machtkampf ausfocht, überraschenderweise einige der national-konservativen Kräfte in seinen Präsidialrat. Dunlop sah darin den Versuch die *„führende Rolle der Kommunistischen Partei aufrechtzuerhalten und die politische Desintegration der Sowjetunion zumindest zu verlangsamen“* (Dunlop, 1990, S. 164).

Als ein schwerwiegender Entschluss Gorbatschows stellte sich die harte Haltung Moskaus gegenüber den aufbegehrenden Litauern dar. Diese hatten 1990 die Unabhängigkeit erklärt, was als Reaktion ein sowjetisches Embargo nach sich zog, allerdings durch Lieferungen benachbarter Unionsrepubliken, v.a. der RSFSR, umgangen und damit persifliert wurde. Damit zeigte sich, wie schwach das Zentrum bereits war. Analog zu den nationalistischen Volksfronten der baltischen Republiken, hatten sich moskautreue Interfronten gebildet. Als sie sowjetische Militäreinheiten gegen die litauische sezessionistische Bewegung unterstützten und es zu Toten

---

<sup>64</sup> Es bietet sich aber auch Simon, 1993, S. 166-171 an.

kam, löste das eine Welle der Empörung und Solidarisierung quer durch die UdSSR, auch und gerade in der RSFSR, aus. Jelzin nutzte die Gelegenheit, um sich ebenfalls mit den Balten zu solidarisieren, dadurch weiter Sympathiepunkte zu sammeln und mit noch mehr Druck gegen Gorbatschow zu arbeiten. So stand ein „*multinationales Imperium, das seine Völker mit erheblichen Aufwand an Ideologie, patriotischen Ritualen und politischer Ikonographie bei der Stange zu halten versuchte*“ (Hahlbach, 1992, S. 7) vor dem Zerfall.

Der Einsatz in Vilnius brachte die sowjetische Idee nun auch innerhalb der russischen Intelligenz vollends in Misskredit, weil „alle Akte des Vandalismus, die die Sowjetmacht gegen Minderheiten begangen hat – von der Annexion der baltischen Staaten, der westlichen Ukraine, Belorußlands und Bessarabiens über die stalinistischen Deportationen von Minderheiten, die Besetzung Ungarns und der Tschechoslowakei und die Invasion Afghanistans bis zur Diskriminierung der Juden und die jüngste blutige Unterdrückung der Demonstrationen in Tbilissi durch russische Truppen unter General Rodionow -, alle diese Akte müssen in der russischen Intelligenz einen Schauer der Ohnmacht vor dieser Politik des Völkermords auslösen [...]“ und deswegen war „in den letzten Jahren in der russischen Intelligenz das Bewußtsein gewachsen, daß der nationale Gedanke keine Verachtung mehr verdient und daß die nationalen Interessen Rußlands nun mit größter Dringlichkeit wahrgenommen werden müssen“ (Zaslavsky, 1991, S. 64f.). Nur: „Während überall sonst die politischen Kräfte durch die nationale Idee zusammengeführt wurden, trennte diese nationale Idee die politischen Kräfte in Rußland“ eine lange Zeit (Simon, 1993, S. 140).

## 7. Zurück zur russischen Idee

Wie bereits im vorigen Kapitel thematisiert, erodierte in der Sowjetunion die sowjetische Idee. Zum Bedeutungsverlust der Ideologie kam, dass innerhalb kürzester Zeit ein weiterer Integrations- und Konsolidierungsfaktor wegfiel, nämlich der Westen als antagonistisches System. Um umfassende Reformen in Angriff nehmen zu können, wollte der neue Parteisekretär Gorbatschow friedliche außenpolitische Bedingungen schaffen. Tatsache war, dass das Land seine Kräfte längst überdehnt hatte und seine Ressourcen im Systemwettstreit, hauptsächlich im militärischen Gebiet, verschwendete. Gorbatschows „Neues Denken“ führte zur Revision der sowjetischen Außenpolitik und über Nacht wurde der kapitalistische Westen zu einem Verbündeten des Landes<sup>65</sup>. Gorbatschow setzte nun auf internationale Kooperation und Unterstützung, beschleunigte damit aber nur den Zerfallsprozess.

Nach der Implosion der UdSSR schlingerte die russische Nation orientierungslos durch das letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrtausends. Einerseits war der Verlust des Supermachtstatus zu beklagen, andererseits fehlte es an einer Mission, Vision, einer Idee, oder zumindest einem äußeren Feind, der die Gesellschaft mobilisieren und einigen konnte. Mey konnte bei seiner Untersuchung eines Teils der russischen Intelligenzija ziemlich deutlich diesen Verlust ausmachen: *„Gemeinsam ist [...], dass sie die politische und territoriale Form des postsowjetischen Russlands ablehnen. Sie alle sehen in der Sowjetunion die Fortführung des russländischen Zarenreichs, wobei der imperiale Charakter des Staats hier schwerer wiegt als die politische Ordnung. Mit der postsowjetischen Russländischen Föderation kann sich keiner von ihnen identifizieren“* (Mey, 2004, S. 370). Darunter fallen auch ehemalige Kritiker und Dissidenten des sowjetischen Regimes wie Wladimir Maksimow und Alexander Sinowjew, der z.B. meinte: *„Wir zielten auf den Kommunismus, trafen aber Rußland“* (Sinowjew, zit. nach Ignatow, 1999, S. 13). Deswegen stellt Simon bereits kurz nach der Auflösung der UdSSR fest:

---

<sup>65</sup> Analog zu den Vorstellungen der russischen Intelligenzija des 19. Jh. über den Westen, zeichnet auch Gessen ein ähnliches Bild der damaligen Vorstellung, aber auch Desillusionierung: *„In den siebziger und achtziger Jahren blühten in der Sowjetunion die herrlichsten Vorstellungen vom Westen. [...] Was dabei heraus kam, war ein aus verschiedensten Elementen zusammengesetztes Bild des Westens als Bastion der Freiheit, aber auch als gütiger und unendlich weiser Elternteil oder zumindest als freundlicher Polizist. Als gegen Ende der achtziger Jahre auch die Russen, die nicht zur Partielite gehörten, ungehindert reisen durften, stürmten die Intellektuellen zu ihrem Überraschungsrendezvous mit dem Westen, das zu einer der wohl tragischsten Begegnungen dieser Art in der Geschichte wurde. Der Westen war eine bittere Enttäuschung“* (Gessen, 1998, S. 45f.).

*„Die mangelnde Akzeptanz für das Ende des Imperiums fand ihren Ausdruck auch darin, daß in der russischen politischen Sprache 1992 zwei neue Termini geprägt wurden: das ‚nahe Ausland‘ für die anderen Nachfolgestaaten der UdSSR und das ‚ferne Ausland‘ für den Rest der Welt“ (Simon, 1993, S. 171).*

Die Zusammenarbeit der russischen Reformer mit dem Westen intensivierte sich. Doch ein Grundproblem der Transformation machte Gnauck in der Aufgabenstellung der demokratischen Bewegung in Russland aus: *„Doch die Hauptaufgabe der demokratischen Bewegung war zumindest bis 1992 eben nicht soziale Gerechtigkeit, nicht die Sozialisierung des Kapitalismus, sondern die Kapitalisierung des Staatssozialismus. Die Hauptaufgabe war nicht der ‚historische Kompromiß‘ mit den Mächtigen in Staat und Wirtschaft, sondern deren kompromißlose Ablösung“ (Gnauck, 1997, S. 97).* Deswegen stieß die Regierung Jelzin mit ihrer Kooperation im Laufe der 1990er Jahre wegen des Transformationsverlaufs immer mehr auf Widerstand und es verdichtete sich der altbekannte Konflikt zwischen den Westlern, zu denen Jelzin gehörte, und „Slawophilen“. Bei letzteren blieb die Grundhaltung dieser Bewegung des 19. Jh. aufrecht, die auf einen eigenen Weg für Russland bestanden (vgl. u.a. Mey, 2004, S. 339f; Hedeler, 1997, S. 257).

Auch in der russischen Gesellschaft veränderte sich auf Grund der dramatischen Prozesse der Wirtschaftstransformation die Einstellung der Bürger zum Westen und ihrer Werte<sup>66</sup>. Wollten die Menschen sich Ende der 1980er Jahre den Westen nicht mehr als (ideologischen) Feind einreden lassen, wuchs in Folge diverser Ereignisse, wie z.B. der Transformationsentwicklung oder dem Bürgerkrieg in Jugoslawien, im Laufe der 1990er Jahre allerdings die Enttäuschung und schlug durchaus in Ablehnung um.

Der imperiale Charakter der russischen Ethnie war besonders ausgeprägt, weil sich *„bei den Abstimmungen über die staatliche Souveränität der Ukraine, auch Estlands und Lettlands, [...] auch Teile der russischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit dieser Staaten und damit auch für die Trennung von der Rußländischen Föderation [entschieden]“ (John, 1997, S. 342).* Darin lässt sich zu diesem Zeitpunkt bei der russischen Diaspora ein Fehlen nationaler Identität bzw. mangelndes Nationalbewusstsein feststellen und es ist davon auszugehen, dass sie auf Grund

---

<sup>66</sup> Bei einer 1998 abgehaltenen Umfrage, ob „die westliche Demokratie, der Individualismus und Liberalismus Werte darstellen, die nicht zu den Russen passen“, beantworteten dies knapp 24% der 16-24 jährigen mit ja, die Altersgruppe ab 36 immerhin schon fast die Hälfte und ab 56 immerhin über 62% mit „ja“ (vgl. Gorschakow, 1999, S. 9).

wirtschaftlicher Interessen bzw. drohender Nachteile nicht für den Verbleib bei der RF gestimmt hatten.

Auch bzw. gerade in der RF wurde nach dem Verlust der sowjetischen Identität nach einer neuen gesucht. Die politische Realität einer implodierten Weltmacht erforderte auch eine Reflexion und Auseinandersetzung über die Bedeutung und Stellung der eigenen Nation bzw. Nationalität in der Welt, aber auch in Russland selbst. Auf der einen Seite gab es Versuche die eigene Nation überethnisch, im Falle des multiethnischen Russlands eben russländisch und nicht rein russisch, zu definieren und auf der anderen Seite Bemühungen eine homogene, genuin russische Identität zu konstruieren. Zwischen beiden Polen gab es eine Vielzahl von Varianten. Am problematischsten dürften jene Ansichten sein die theoretisch zwar eine überethnische Identität propagieren, aber praktisch eine Assimilierung alles nicht-russischen an das Russische nahelegen bzw. fordern (vgl. Mey, 2004, S. 352). Ein innenpolitisches Risiko einer solch nationalistischen Ansicht, zusammen mit dem Verlust des Supermachtstatus, ist: *„Die Inhalte nationalistischen Denkens, zu deren wichtigsten Merkmalen Ressentiment, Abgrenzung und Betonung des Eigenwertes gehören, finden vor allem dann Anhänger, wenn das Selbstwertgefühl beschädigt worden ist. Die Wahrnehmung eigener Rückständigkeit [...] fördert regressive Akte“* (Golczewski, 1998, S. 123). Im Falle der RF galt: *„Zwar ist der neue russländische Staat dem Namen und der Verfassung nach [...] kein Nationalstaat und versteht sich als multinationale Föderation, doch weist die politische Praxis unübersehbare Widersprüche zu dieser Absage an den ethnischen Nationalstaat auf“* (Mey, 2004, S. 373).

Da es Jelzin nicht gelang eine Ersatzideologie bzw. eine „Idee für Russland“ zu finden, schlug er, um der Sowjet-Nostalgie entgegenzukommen, wieder imperialistische Töne an, indem er in seiner Neujahrsansprache 1994 das „Versprechen“ gab, die russische Diaspora in der GUS zu schützen bzw. die staatliche Integrität mit Waffengewalt durchzusetzen wenn es sein müsste, wovon der erste Tschetschenienkrieg zeugt (vgl. Golczewski, 1998, S. 118). Außerdem versuchte er durch div. Unionsverträge, die ab 1995 mit Weißrussland geschlossen wurden, den Eindruck zu vermitteln wieder an der sowjetischen Vergangenheit und Größe anzuknüpfen. Er wendete sich aber, nachdem er sein Ziel erreicht hatte die UdSSR zu sprengen, nur notgedrungen wieder der Vergangenheit zu. Mit seinem Entschluss die russische Gesellschaft durch Patriotismus-Ideen zu konsolidieren und integrieren wagt ein nicht ungefährliches Experiment, weil nicht ersichtlich ist, wohin sich die Mischung entwickeln wird; und Putin folgte diese Politik. Daraus lässt sich meines Erachtens aber durchaus die zunehmende Anzahl rassistischer Übergriffe gegenüber Minderheiten und Ausländern in Russland erklären.

Außenpolitisch warnte Vogel: *„Es besteht die Gefahr, daß die Unfähigkeit zur Einigung über Fragen nationaler Identität oder auch der praktischen Innen- und Wirtschaftspolitik mehr und mehr durch den nationalen definierten Konsens in Fragen der Außenpolitik kompensiert wird“* (Vogel, 1994, S. 183).

### **7.1. Der Zerfall der UdSSR und die ersten Jahre der Russländischen Föderation**

Nachdem die drei baltischen Republiken 1990 bzw. 1991 ihre Loslösung von der Union angekündigt hatten, dauerte es bis zur endgültigen Auflösung der gesamten Union nicht mehr lange. Gorbatschow versuchte mit allen Mitteln, den sich abzeichnenden Zerfall der UdSSR noch zu verhindern und handelte in zähen Verhandlungen einen neuen Unionsvertrag mit den verbliebenen 12 Unionsrepubliken aus. Die Restrukturierung der Union zielte darauf ab zumindest einen gemeinsamen Präsidenten zu haben, eine aufeinander abgestimmte Außen- und Wirtschaftspolitik, sowie eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu erhalten. Um eine gewisse Kontinuität vorweisen zu können, wollte er es bei der Abkürzung UdSSR belassen, wobei das „Sozialistische“ durch „Souveräne“ ersetzt werden sollte. Zwei Faktoren, die sich einander beeinflussten, machten ihm ein Strich durch die Rechnung. Zum einen sein härtester Widersacher Boris Jelzin, der mittlerweile zum Präsidenten der RSFSR gewählt worden war und mit allen Mitteln versuchte, Gorbatschow und die KPdSU zu beseitigen. Und zum anderen reaktionäre Kräfte innerhalb seiner eigenen Mannschaft. Sie fürchteten, dass Zugeständnisse an die Republiken, eine Ermunterung zu weiteren separatistischen Handlungen wären und zum endgültigen Zerfall der Union führen könnten. Beide Enden der Skala, Imperialisten und Separatisten, stellten jene Antipoden dar, die in direkter und harter Konkurrenz zueinander standen.

Am 20. August 1991 sollte der neue Unionsvertrag unterzeichnet werden, jedoch machte der Augustputsch die Bemühungen Gorbatschows zunichte. Zwei Tage vor der Unterzeichnung wurde der amtierende Generalsekretär in seiner Datscha auf der Halbinsel Krim festgesetzt und einen Tag später verkündete das aus konservativen Kräften bestehende „Staatliche Komitee für den Ausnahmezustand“ ebendieses. Bemerkenswert war dabei, dass alle Mitglieder des Komitees von Gorbatschow selbst in ihre Ämter geholt worden waren. Die Bevölkerung und die Armee wandten sich jedoch gegen das Komitee und Jelzin ergriff die Gelegenheit sich an die Spitze der Demonstranten zu stellen. In Folge der schlechten Vorbereitung und der halbherzigen

Durchführung, scheiterte der Putsch erstaunlich unblutig auch schon drei Tage später wieder, am 21. August 1991<sup>67</sup>. Gorbatschow kehrte nach Moskau zurück und erklärte umgehend die KPdSU von reaktionären Kräften zu säubern; außerdem trat er als Generalsekretär der Partei zurück. Jelzin ging, als Präsident der RSFSR, noch weiter und verbot per Dekret die gesamte Partei.

Das Machtverhältnis zwischen Gorbatschow und Jelzin hatte sich auf Grund der Geschehnisse nun vollkommen umgekehrt. Das Resultat war schließlich, dass die Auflösung der Union in einer „privaten Runde“ der Präsidenten der Ukrainischen, Weißrussischen und Russischen Republiken, inoffiziell und ohne die anderen daran zu beteiligen, für Anfang Dezember 1991 beschlossen wurde. Schrittweise demontierte man nun die UdSSR und die Republiken erklärten nacheinander ihre Unabhängigkeit. Am 21. Dezember 1991 wurde in der Erklärung von Alma-Ata - die baltischen Republiken und Georgien nahmen daran schon gar nicht mehr Teil - die Auflösung der UdSSR mit Jahreswechsel beschlossen und das letzte Staatsoberhaupt der UdSSR, Michail Sergejewitsch Gorbatschow, trat am 25. Dezember 1991 als Präsident der UdSSR zurück<sup>68</sup>. Auch die Flagge der Sowjetunion wurde am selben Tag das letzte Mal vom Kreml eingeholt und die Union hörte damit auf zu existieren. Rechtsnachfolger wurde die Russländische Föderation und an die Stelle der UdSSR trat als Nachfolgeorganisation die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Wie alle ehemaligen sozialistischen Länder, musste auch Russland entscheiden, welchen Weg der Transformation der Wirtschaft es bestreiten wollte. Jelzin entschied sich für den Weg der „Schocktherapie“, d.h. einer radikalen Privatisierung und Umwandlung der Wirtschaft. Conradi beschreibt die damalige Zeit so: *„Der 2. Januar 1992 wird als Tag in die Geschichte eingehen, an dem die ‚Demokraten‘ Rußlands verloren. Es gab viele mögliche Wege, die Wirtschaft des Landes zu reformieren; die Regierung Jelzin entschloß sich, als erstes die Preisbindung aufzuheben. Die Idee dahinter war, das alte System zu zerstören, damit sich aus seinen Ruinen eine neue Marktwirtschaft entwickeln konnte – so hoffte man jedenfalls. Doch das war eine höchst riskante Strategie, und ihre psychologischen Auswirkungen waren verheerend. Die allgemeine Euphorie nach dem Scheitern des Putsches im August war längst verpufft. Aus der Sicht des durchschnittlichen Russen bedeuteten freie Märkte von Anfang an in erster Linie*

---

<sup>67</sup> Ostrogorski stellt eine Vermutung auf, in der der Putsch zu Gunsten Gorbatschows hätte beendet werden sollen, indem er sich selber an die Spitze gegen das Komitee gestellt hätte. Doch Jelzin machte dem einen Strich durch die Rechnung und konnte die Geschicke an sich reißen (vgl. Ostrogorski, 1996, S. 56f.).

<sup>68</sup> Seine Erklärung findet sich bei: [http://www.gus-manager.de/info/gus\\_erklaerung.htm](http://www.gus-manager.de/info/gus_erklaerung.htm) vom 27.05.2010

*Leiden und Entbehrungen. Obendrein verknüpfte der Zeitpunkt der Maßnahme sie in ihren Köpfen untrennbar mit dem Ende der Sowjetunion. Demokratie gleich Verlust des Imperiums gleich Verarmung“* (Conradi, 1994, S. 132). Gessen fasst die ersten zwei Jahre der RF wie folgt zusammen: *„Und während des Staatsstreichs im August 1991 eilten sie herbei, um einen Schutzwall um das Weiße Haus in Moskau zu bilden, wo Jelzin als Symbol einer strahlenden Zukunft saß. Dann ging das Volk nach Hause. [...] Die Kundgebungen hörten auf. Der Protest wurde still. Dem Hochgefühl von Glasnost und Perestroika folgte eine kurze Stabilisierungsphase voll Selbstzufriedenheit, auf die dann der Alptraum von Inflation, Zerstörung, Depression und bürokratischen Schlachten folgte. Begleitet war dieser Alptraum von einer krankhaft schwelenden Identitätskrise der Nation und einer beängstigenden, undurchdringlichen Apathie“* (Gessen, 1998, S. 30). Bei den Russen folgte also der Partystimmung der Kater und eine eigenartige Ambivalenz trat zu Tage. Während keiner der KPdSU, der sowjetischen Ideologie, den sowjetischen Machtapparaten und Institutionen nachtrauerte, sollte sich erst nach einiger Zeit zeigen, was die Auflösung der UdSSR bedeutete, nämlich das Verschwinden der bekannten Heimat und damit zusammenhängend der Verlust des Weltmachtstatus, aber auch den Verlust von sozialen Sicherheiten bzw. Garantien des sozialistischen Systems. Auf Grund dieser Erfahrungen, konnte das Gros der russischen Bevölkerung keinen oder kaum positiven Bezug zu solchen Schlagworten wie Demokratie, Kapitalismus und schlussendlich Westen herleiten. Damit lässt sich auch erklären, warum „westlich“ orientierte Parteien nie auch nur ansatzweise ein Bedeutungsgewicht in der Duma erreichen konnten. Und trotz Hyperinflation, sprunghaft steigenden Preisen und einem dramatischen Abstieg des Lebensstandards, ist es in der russischen Gesellschaft erstaunlich ruhig geblieben.

Zwar existierte das alte Regime nicht mehr, jedoch überlebten einige sowjetische Institutionen, sowie das Gros der alten Nomenklatura den Systemwechsel. In der RF war nach wie vor die Verfassung der ehemaligen RSFSR in Kraft, wie auch der Oberste Sowjet und der Kongress der Volksdeputierten noch existierten. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Präsident der RF noch nicht die Machtfülle, wie sie heute bekannt ist und v.a. der Kongress der Volksdeputierten konnte Entscheidungen des Präsidenten erheblich bis entscheidend beeinflussen.

In Folge der Blockade des Kongresses gegenüber Jelzins harten und radikalen Reformplänen, aber auch gegenüber dem neuen Verfassungsentwurf, spitzte sich der Machtkampf zwischen

der konservativen Opposition und dem Präsidenten zu. Genervt löste Jelzin am 21. September 1993 eigenmächtig per Ukas<sup>69</sup> den Kongress und den Obersten Sowjet auf und setzte Neuwahlen für den 12. Dezember an, wobei er mit diesem Vorgehen gegen die noch gültige Verfassung verstieß. Der Kongress der Volksdeputierten erkannte natürlich Jelzins eigenmächtige, v.a. aber verfassungswidrige Handlung, nicht an und enthob ihn umgehend seines Amtes. Als sein Nachfolger wurde Alexander Ruzkoi ernannt und Ende September kam es zu ersten Protesten gegen Jelzin. Wie beim Augustputsch 1991, konnte Jelzin abermals das Militär von sich überzeugen, trotzdem stand das Land am Rande eines Bürgerkriegs. Am 3. Oktober besetzten die Aufständischen unter Parlamentspräsident Chasbulatow und Ruzkoi das Weiße Haus. Im Gegensatz zu 1991 wurden die Rohre der Panzer, die aufgefahren worden waren, nicht zur Verteidigung nach außen, sondern gegen das Gebäude gerichtet und am 4. Oktober tatsächlich darauf geschossen und von Spezialeinheiten gestürmt. Einen Tag später, mit über hundert Toten und Hunderten Verletzten, war der Widerstand gebrochen und Jelzins Opposition beseitigt.

Je nach wirtschaftlicher und ideologischer Betrachtungsweise, kann man zwei Bewertungen über die Verfassungskrise von 1993 finden. Zum einen jene, dass die „alten Institutionen“ auf demokratischem Wege den „ordentlichen“ gegangen sind und Jelzin daher einen erfolgreichen Staatsreich durchgeführt hat<sup>70</sup>, und zum anderen jene, was in den westlichen Medien verbreitet wurde, dass Jelzins Vorgehen eine schleichende reaktionäre bis (post)kommunistische Machtübernahme verhindert hätte. Letzterem spricht entgegen, dass die Hauptgegner und Anführer gegen Jelzin keine orthodoxen Kommunisten waren, schon deswegen, weil sie sich vor dem Zusammenbruch der UdSSR gegen das sowjetische Regime ausgesprochen hatten und deswegen in ihre Positionen geholt worden waren. Vielmehr lassen sich diese Akteure zu den Zentristen zählen, die durchaus für Reformen eintraten, aber in einem langsameren Tempo und die radikale Art und Weise nicht unterstützten (vgl. Gnauck, 1997, S. 57).

Nach dieser Verfassungskrise wurden am 12. Dezember 1993, wie ursprünglich vorgesehen, die Wahlen für die neue Duma, aber auch für die neue Verfassung abgehalten. Was Gorbatschow mit der Schaffung des Präsidentenamtes begonnen hatte, um weiterhin seine politischen und wirtschaftlichen Reformen unabhängiger von der KP umsetzen zu können, führte Jelzin mit der nun angenommenen neuen Verfassung gründlich fort. Er legte den Grundstein für die

---

<sup>69</sup> Die russische Bezeichnung für Erlass oder Dekret.

<sup>70</sup> Für diese Position verweise ich auf Belotserovsky, 1996, S. 108-122.

Schwächung des Parlaments zu Gunsten eines starken Präsidenten der über Ukas regieren konnte und somit nicht mehr sonderlich auf das Parlament Rücksicht nehmen musste. Insofern machte es für ihn keinen Unterschied, welche Partei die Parlamentswahlen gewinnen würde. Dennoch ging bei der Parlamentswahl unerwarteterweise eine bis dato relativ unbekanntere Partei als stärkste hervor, die sog. Liberal-Demokratische Partei von Wladimir Schirinowski, die die internationale Welt die bange Frage stellen ließ, wohin sich Russland entwickelt würde.

Conradi schloss über das Wahlergebnis 1993: *„Die Wahlergebnisse hatten gezeigt, wie wenig Rückhalt die Reformen und die Demokratie westlichen Musters in Wahrheit fanden. Rund 85 Prozent der Wähler hatten sich gegen Gaidar und seine wirtschaftliche ‚Schocktherapie‘ ausgesprochen“* (Conradi, 1995, S. 22).

### 7.1.1. Die Ikonografie

Symbole tragen wesentlich zur Identifikation und Identitätsfindung bei. Deswegen griff Jelzin auf der Suche nach neuen Symbolen, um die Symbole der sowjetischen Vergangenheit auf den Müllhaufen der Geschichte werfen zu können, auf jene der vorsowjetischen Geschichte Russlands zurück. Er hoffte, dass diese ein hohes Identifikations- und Mobilisationspotential hätten. Bereits Mitte der 1980er Jahre setzte eine unreflektierte und kritiklose Idealisierung und Hinwendung zum Zarenreich ein. Der Grund ist darin zu suchen, dass zum Zeitpunkt des Bestehens der Sowjetunion *„das offizielle Bild [...] zum negativen Bezugspunkt für das neue Russland [wurde]. Hinter der vermeintlich vollen Lüge suchte man nach der vermeintlich vollen Wahrheit“* (Mey, 2004, S. 135). Daher wurde die Zeit vor 1917 durchweg als glorreich betrachtet, die jedoch gewaltsam durch die Große Oktoberrevolution unterbrochen worden wäre und man dort wieder ansetzen könne und müsse. Am einfachsten ließ sich das in den offiziellen staatlichen Hoheitssymbolen bewerkstelligen. Die sowjetische Flagge wurde durch die alte russische Trikolore mit den panslawischen Farben ersetzt. Seit Ende des 19. Jh. bis zur Oktoberrevolution war sie die offizielle Flagge des Russischen Reiches<sup>71</sup>. Ende der 1980er Jahre kam sie wieder in Umlauf, bis sie 1991 offiziell eingeführt wurde. Und sowohl das Wappen, bei dem man auf den doppelköpfigen Adler der Zarenzeit zurückgriff, als auch die Inauguration und Segnung Boris Jelzins durch den Patriarchen im Jahre 1991, standen in der

---

<sup>71</sup> Sie war aber auch die Flagge der sog. Wlassow Armee, die während des 2. WK, aus Kriegsgefangenen zusammengesetzt, mit den Deutschen kollaborierte.

vorrevolutionären Tradition Russlands (vgl. Behrens, 2002, S. 105f.). Es kam zu einer Ablösung sowjetischer Gepflogenheiten, die jedoch lediglich unter anderen Vorzeichen weitergeführt wurden. So wurden ehemals sowjetische Feiertage durch religiöse, Symbole wie Hammer und Sichel durch Kreuz und Kerze und Kulissen wie das Lenin-Mausoleum und Gebäude durch das Grab des letzten Zaren Russlands, Nikolaus II., und diverser Kapellen und Klöster ersetzt (vgl. ebd.). Die Erklärung dafür lautet bei Behrens: *„Angesichts der politischen und vor allem wirtschaftlichen Umwälzungen, mit denen die Bevölkerung der ehemaligen Sowjetunion konfrontiert war, funktionierte die Orthodoxie daher auch deshalb als stabilisierendes Element, weil sie im Grunde genommen altvertraute Gewohnheiten weitertransportierte und bekannte Identifikationsmuster verkörperte“* (ebd., S. 336). Bei der Nationalhymne tat man sich schwerer. Das „Patriotische Lied“ kam bereits 1990 zum Einsatz, wurde aber nie angenommen. Nichtsdestotrotz blieb es bis 2000 die offizielle Nationalhymne. Darüber hinaus standen kommunistische Persönlichkeiten, Straßennamen, Denkmäler etc. zur Disposition. Letztendlich wurden lediglich einige wenige Straßen- und Städtenamen verändert, alte Orden namentlich aktualisiert<sup>72</sup> bzw. neue Orden und Auszeichnungen gestiftet, die ebenfalls aus der Zarenzeit stammen, Kriegsgerät umbenannt etc.

Doch mit einigen Hinterlassenschaften der Sowjetzeit, wie dem Großen Vaterländischen Krieg, dem dazugehörigen Feiertag und ihren verdienten Veteranen, die bis heute hohes Ansehen in der Bevölkerung genießen, konnte und wollte man nicht brechen. Am deutlichsten zeigte sich das aber bei den harten Wahlkämpfen um die Duma 1995 und besonders um das Präsidentenamt 1996. Die Jelzinadministration entschied sich 1996 zu einem taktischen Zug und die Feierlichkeiten und Ehrungen zum 51. Jahrestag der Kapitulation über den Faschismus fielen pompöser aus als sonst. Außerdem wurde die sog. „Siegesflagge“ der russischen Trikolore gleichgestellt. Dabei handelt es sich um eine Flaggenvariante jener Fahne, die am 1. Mai 1945 über dem Reichstagsgebäude gehisst wurde. Diese gleicht der sowjetischen Flagge mit goldenem Stern, wobei Hammer und Sichel fehlen. Gleichzeitig verabschiedete die oppositionelle Duma, als Gegenwurf zu Jelzins Manöver, ein Gesetz, welches die Auflösung der UdSSR auf Grund fehlender Legitimität für nichtig erklärte (vgl. Ostrogorski, 1996, S. 115f.). Tatsache war, dass die Symbole der Zarenzeit nur begrenzt eine Identifikation hervorriefen. Zu den Symbolen der Sowjetzeit wollte Jelzin sich aber nicht bekennen.

---

<sup>72</sup> So z.B. „Held der Sowjetunion“ zu „Held der RF“.

### 7.1.2. Der Machtkampf zwischen der Duma und Jelzin

In den folgenden Jahren kristallisierte sich ein Machtkampf zwischen zwei politischen Richtungen heraus. Auf der einen Seite sammelten sich die sog. Demokraten und Reformer hinter Jelzin. Sie wollten weiterhin eine bedingungslose Transformation hin zum Kapitalismus westlichen Typs verfolgen. Auf der anderen Seite stand der „Block der volkspatriotischen Kräfte“, der Sjuganow, Führer der russischen KP, vorstand. Sie zielten auf eine *„generelle Trendwende. Sie reflektierte die Interessen der von den Radikalreformern kraß benachteiligten Mehrheit des Volkes [...], die dem weiteren wirtschaftlichen Verfall und dem Ausverkauf der Bodenschätze entgegenwirken und eine den nationalen Interessen dienenden Warenproduktion entwickeln“* (Laboor, 1997, S. 279<sup>73</sup>). Der Streit zwischen den sog. Reformern und den Nationalpatrioten spiegelt den altbekannten Widerstreit der Westler und Slawophilen wider: der Anbindung am Westen, oder der Betonung eines eigenen Entwicklungsweges.

Der Höhepunkt ihrer Auseinandersetzungen wurde bei der Dumawahl 1995 und noch deutlicher bei der Präsidentschaftswahl 1996 erreicht. Die Duma-Wahlen konnte die KPRF für sich entscheiden, die Entscheidung für den nächsten Präsidenten war aber offen. Jelzins Ausgangsposition für seine Wiederwahl war denkbar schlecht und Sjuganow wartete mit einem Programm auf, welches nicht auf eine Rückkehr zu alten sowjetischen Zeiten schließen ließ<sup>74</sup>. Die Jelzinadministration setzte den Schwerpunkt ihres Wahlkampfes auf den Antikommunismus - mit internationaler Rückendeckung - wo davor gewarnt wurde, dass ein Sieg Sjuganows sich nachteilig für das Land auswirken würde (vgl. ebd., S. 292ff.). Auch die ROK, obwohl zu Beginn noch zurückhaltend, unterstützte mehrheitlich schlussendlich Boris Jelzin (vgl. Behrens, 2002, S. 211f.). Mit Hilfe eines äußerst aufwendigen Propagandafeldzugs konnte Jelzin seine Wiederwahl im zweiten Durchgang schließlich für sich entscheiden.

In der Innenpolitik wurde die Wirtschaftstransformation, welche mit Hilfe westlicher Berater durchgeführt und durch Hilfeleistungen westlicher Institutionen wie dem IWF gestützt wurde, immer kritischer betrachtet, weil sie an Bedingungen geknüpft war, die mehr dem Westen zu nützen schienen als dem russischen Markt. Außenpolitisch kamen politische bzw. militärische Vorgänge hinzu, die sowohl die Haltung Moskaus als auch der Russen allgemein auf eine harte Probe stellten. Zum einen eskalierte der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, in dem NATO

---

<sup>73</sup> Eine detaillierte Erläuterung beider Blöcke findet sich bei Laboor, 1997, S. 281-284 und S. 287-290.

<sup>74</sup> Details über das Programm finden sich bei Ostrogorski, 1996, S. 107f.; und Laboor, 1997, S. 289ff.

Verbände im Laufe des Krieges 1999 serbische Ziele bombardierten. Zum anderen rückte die NATO Mitte der 1990er Jahre immer weiter nach Osten vor, also in jene Länder, die zuvor noch dem Warschauer Pakt angehört hatten. Trotz alledem kam es zu Beitrittsverhandlungen zur WTO und zu einer weiteren Annäherung an die EU<sup>75</sup>. Auf Grund dessen lehnten nicht nur Anhänger der Rechten, sondern auch immer mehr Anhänger der politischen Mitte *„rundweg [alles] ab, was sie als Versuch empfanden, westliche Kultur und Zivilisation zu importieren, um damit die Leere zu füllen, die der Zusammenbruch des Kommunismus hinterlassen hatte. Genau wie die Slawophilen über ein Jahrhundert zuvor sprachen sie statt dessen von einer spezifischen Rolle und einem spezifischen Weg Rußlands, die der Geschichte und Kultur des Landes ebenso Rechnung tragen wie seiner geographischen Position als Brücke zwischen Europa und Asien“* (Conradi, 1994, S. 142).

## **7.2. Nationalismus in der Russländischen Föderation**

Der bereits thematisierte russische Nationalismus in der UdSSR konnte, nachdem man sich tatsächlich vom sowjetischen Zentrum gelöst, darüber hinaus aber gleich das ganze Imperium gesprengt hatte, keine integrierende Effekte mehr ausüben: *„Diese [Anm.: Konsolidierung von Staat und Nation] schien im Falle Rußlands in seiner neuen, historisch gesehen ‚amputierten‘ Gestalt in vielerlei Hinsicht besonders schwierig, gefährdet und fragwürdig. Das postsozialistische Wertevakuum wurde in Rußland, das weder auf klar definierte und unzweifelhaft positiv konnotierte nationale Traditionen zurückgreifen noch sich über die Auferstehung eines eigenen ‚Nationalstaates‘ freuen konnte, besonders scharf empfunden“* (Gnauck, 1997, S. 210). Deswegen lässt sich annehmen, *„daß das Jahr 1991 [...] für dieses Land eher das Gegenteil gebracht hat, nämlich den Verlust der historischen Staatlichkeit“* und noch deutlicher: *„Die nationale Katastrophe fand für einen vermutlich wachsenden Teil der Bevölkerung im Jahre 1991 statt – verursacht von dem Demokraten und eher geeignet, demokratische Werte zu diskreditieren als nationalistische“* (ebd., S. 215 und 218). Die nationalistische Bewegung in Russland zersplitterte und Gnauck unterscheidet in Russland fünf Arten von Nationalismen:

1. Den imperialen Nationalismus

---

<sup>75</sup> Selbst eine Aufnahme in die EU wurde überlegt, siehe Fischer, 2003, S. 4.

2. Den demokratischen Nationalismus
3. Den slawophil-konservativen Nationalismus
4. Den ethnozentrischen Nationalismus und
5. Den Nationalbolschewismus (vgl. ebd., S. 46ff.)

Gudkows Charakterisierung des russischen Nationalismus lautet: *„Nationalismus ist in Rußland keine eigenständige politische Bewegung, sondern der ideologische Schatten der Reformen, eine konservative Rhetorik, die sich negativ auf die jeweilige Politik der Liberalen bzw. die konkreten sozialen Veränderungen fixiert hat und die sich auf eine unspezifische Ablehnung von Innovation, auf eine Art Phobie in bezug auf alles Neue gründet. [...] Kurz gesagt, er bietet für ein durch die Veränderungen überfordertes Bewußtsein viele Anknüpfungspunkte, die es erlauben, Minderwertigkeitskomplexe in ein Gefühl der Überlegenheit umzuwandeln. Der russische Nationalismus ist staatsbezogen. Ebenso wie das sowjetische Bewußtsein beruht er auf der Vorstellung von einer Großmacht und ihrer Vergangenheit, der gewaltigen Größe des Territoriums und der Bevölkerung...“* (Gudkow, 1994, S. 160f.). Gnauck weist darauf hin, dass der Verlust der sowjetischen Identifikation wegen Staatszerfalls, im Zuge dessen ein integrierender Effekt abhanden kam, Nationalismus, sofern als Integrationsfaktor eingesetzt, zu Überkompensation neigen kann und jegliche Forderung anderer Ethnien, und sei es noch so eine kleine Minderheit oder Nachbar, als Bedrohung wahrgenommen werden könnte (vgl. Gnauck, 1997, S. 43f). Gerade unter Putin, der bei seiner Reform Russlands u.a. auf Konfrontation, „Patriotismus“ und Nationalstolz setzte, nahm die Zahl rassistisch motivierter Aggression in der Tat zu.

Gudkow nennt vier Stützpfeiler des russischen Nationalismus:

1. Die Vorstellung von den Russen als einem Volk der Gekränkten, Betrogenen und Ausgebeuteten
2. Die Furcht vor einem Ausverkauf der nationalen Reichtümer Rußlands, die Phobie gegenüber allem Ausländischen [...]; diesem Komplex liegt die Furcht vor Veränderungen zugrunde, die in der Behauptung zum Ausdruck kommt, die reformistische Regierung sei illegitim
3. Die Vorstellung, an den Miseren, die Rußland heimgesucht haben, seien mehr oder weniger die Fremdstämmigen oder Nichtrussen schuld, und die Nichtrussen genössen in Rußland zu große Rechte und mißbräuchten die ihnen eingeräumten Möglichkeiten
4. Die Behauptung, die Russen in Rußland müßten über größere Rechte verfügen als die übrigen ethnischen Gruppen (ebd., S. 161).

Was die Nationalisten als größtes Defizit Russlands bzw. der Russen erachten, ist deren fehlendes Nationalgefühl. Deswegen ist es für sie wichtig die „Russizität“ (russkost) wiederzuentdecken, was durch eine Idealisierung alles Russischen und der Hervorhebung ihrer tief verwurzelten Spiritualität gelingen soll. Damit positionierte man sich diametral zum atheistischen, materialistischen und konsumorientierten Westen (vgl. Hielscher, 1994, S. 69). Diese Antagonie ist uns bereits bei der Auseinandersetzung zwischen den Slawophilen und Westlern im 19. Jh. untergekommen, genauso wie der von ihnen wieder aufgegriffene Gegensatz zwischen dem (idealisierten) Dorf und der (degenerierten) Stadt.

### **7.2.1. Die „rechts-linke“ bzw. „rot-braune“ Regierungsoption**

Der Zerfall der UdSSR konfrontierte alle Russen mit der Tatsache, dass das Land, in welchem sie in einer Selbstverständlichkeit geboren und groß geworden waren, nicht mehr existierte. Die russische Diaspora wurde in den ehemaligen Unionsrepubliken der Sowjetunion auf einmal zu Ausländern bzw. Gästen im ehemals eigenen Land erklärt. Die imperiale Expansion der vorigen Jahrhunderte und die teuer erkämpften Gebietsgewinne in Folge des siegreichen Großen Vaterländischen Krieges, alles war, ohne dass ein einziger Schuss fiel, hinfällig geworden.

Die kommunistische Ideologie hatte sich weitgehend von selbst disqualifiziert und hinterließ ein ideologisches Vakuum. Nichtsdestotrotz oder gerade deswegen kam es zwischen totalitären und antidemokratischen Anhängern des imperialen Gedankens, der (radikalen) Linken und Rechten, welche als kommunistisch-faschistische oder rot-braune Opposition bezeichnet wurde und unter der Bezeichnung FNR - Front der Nationalen Rettung - auftrat, erstmals kurz vor dem Augustputsch 1991 zu kuriosen Bündnissen: *„Als die Idee des Kommunismus sich erst einmal selbst in Verruf gebracht hatte, mußten sie unter der braunen Flagge weitermachen“* (Proschetschkin, zit. nach Conradi, 1994, S. 139). Synergieeffekt der Zusammenarbeit war, dass die Roten die Menschen(massen) und die Braunen die Ideen einbringen konnten (vgl. Gnauck, 1997, S. 171). Alle reaktionär-totalitär-antidemokratische Kräfte einte sowohl die Hoffnung wieder als Staatspartei auftreten zu können, als auch die Ablehnung westlicher Entwicklungen und Institutionen. Und ihre größte Sehnsucht war, dass *„Rußland [...] wieder einen anerkannten Platz unter den Großmächten finden [müsse]“* (Hedeler, 1997, S. 268).

Der Zusammenbruch des Imperiums wurde dem Westen zugeschrieben. Besonders das Antiweslertum ist die *„wesentliche Grundlage der Allianz von Nationalisten und Nationalkommunisten“* (Hielscher, 1994, S. 63). Aber auch die Juden wurden als Sündenböcke

ausgemacht. Bereits Hielscher fasste den allgemeinen Tenor der rot-braunen Opposition 1994 so zusammen, wie Putin es einige Jahre später ähnlich wiederholen wird: *„Die Zerstörung der Sowjetunion gilt als das größte Verbrechen der Perestrojka, ein Verbrechen welthistorischen Ausmaßes“* (ebd., S. 65). Ihre Vorstellung bzw. Wunsch war es die alte territoriale Größe des Landes wiederherzustellen, wobei beide Seiten unterschiedliche Vorstellungen darüber hatten (z.B. mit oder ohne den zentralasiatischen Staaten). Gemein war ihnen, dass sie für einen starken Staat eintraten. Unklar blieb dabei, was unter einem starken Staat zu verstehen war. Von der Vorstellung des Imperiums ließen sich die Nationalisten bzw. die sog. Nationalpatrioten im Großen und Ganzen in zwei Gruppen einteilen. Erstens in die konservativen Nationalisten und zweitens die Konservativen, die sich aber am (Neo-)Eurasismus orientieren. Während erstere einen russischen Nationalstaat propagieren, auf dessen Fundament dann das alte Imperium, in welcher Ausformung auch immer, wiedererrichtet werden sollte, vertreten die Neo-Eurasier ein anderes, weitergehendes Konzept, zu dem ich weiter unten kommen werde. Jedenfalls treten sie für ein Bündnis mit Asien ein, womit allerdings die konservativen Nationalisten ein Problem haben, da sie die islamische Komponente ablehnen, die im zentralasiatischen Raum eine Rolle spielt und deswegen abermals russische Interessen verraten sehen (vgl. Hielscher, 1994, S. 66ff.).

#### **7.2.1.1. Die KPRF unter Gennadij Sjuganow**

Ein Beispiel für einen ideologischen Spagat ist die KPRF, die sich nach dem Verbot und Auflösung der KPdSU 1993 neu gegründet hatte.

Namentlich zwar noch kommunistisch, *„mied die Führung der KPRF die meisten Grundsätze der kommunistischen Ideologie, vor allem den Internationalismus... Sie bekannte sich nicht mehr zu Weltrevolution, zum Machtmonopol der Werktätigen, zur führenden Rolle der Partei“* (ebd., S. 75). Stattdessen vermengte sie ausgewählte orthodox-marxistische Ziele aus pragmatischen Gründen mit national(istisch)en: *„Über ein Jahr nach dem endgültigen Kollaps des russischen Kommunismus beschränkte sich die Begeisterung für die alte Ideologie weitgehend auf die ältere Generation, die sich nach dem eisernen Griff des Stalinismus oder den Gewißheiten der Breschnew-Ära zurücksehnten. Die einzige Möglichkeit auch jüngere Wähler anzusprechen, bestand darin, sich von der anschwellenden Woge des Nationalismus mittragen zu lassen“* (Conradi, 1994, S. 173). Daher entschied man sich am Gründungstag für Gennadij Sjuganow, der bereits im Augustputsch 1991 als Nationalkommunist eine Rolle gespielt hatte. Er sollte als

Verbindung zum national-patriotischen Lager fungieren und den alten Internationalismus durch einen neuen Nationalismus ersetzen. Ausgangspunkt war, dass die Ideologie der Errettung des Landes untergeordnet werden müsse. Und so wie die KPRF versuchten viele Parteien und Interessensgruppen sich über nationalpatriotische Ideen zu definieren und dadurch Anklang in der russischen Gesellschaft zu finden. Gemeinsam war ihnen, Russlands Andersartigkeit hervorzuheben und Jelzins Kurs zu kritisieren. Denn dieser orientierte sich mehr oder weniger bedingungslos am Westen und sah sich deswegen mit dem Vorwurf des Verrats und Ausverkaufs konfrontiert.

Was den Parteiführer Sjuganow betrifft, machte dieser eine ähnliche Karriere wie Jelzin und Gorbatschow, unterschied sich von beiden aber grundsätzlich. Im Unterschied zum letzten Parteisekretär, der das Heil des Landes in der Zusammenarbeit mit dem Westen und weitgehenden ideologischen Konzessionen sah, glaubte Sjuganow daran, dass die Rettung nur auf geistigem Weg zu erreichen sei. Glasnost hätte dabei lediglich zu Verwirrung und Orientierungslosigkeit geführt (vgl. Ostrogroski, 1996, S. 41f.) und Perestroika die Fantasie und Vorstellungen der Russen über den Westen beflügelt (vgl. ebd., S. 82). Und wie Gorbatschow sich nach Westen orientierte, propagierte Sjuganow das Gegenteil, indem er auf die Unvereinbarkeit mit dem Rationalismus und Individualismus des Westens hinwies (vgl. ebd., S. 79). Somit kann man Sjuganow zu den slawophil-konservativen Nationalisten mit einem Schuss Eurasiatismus zählen: *„Das A und O bei Sjuganows Überlegungen zur russischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist die Betonung der Eigenständigkeit und Einmaligkeit Rußlands. Eine ganz und gar unmarxistische Betrachtungsweise. [...] Historisch sei Rußland ein besonderer Typ der Zivilisation, der die jahrtausendealten Traditionen der Kiewer Rus, des Moskauer Zarenreichs, des Russischen Imperiums und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken übernommen habe und fortsetze. Geopolitisch sei Rußland das Rückgrat und die Hauptstütze des eurasischen kontinentalen Blocks, dessen Interessen im Widerspruch zu den hegemonistischen Tendenzen der ‚Ozeanmacht‘ USA und des atlantischen ‚Großraumes‘ stehen“* (ebd., S. 79).

#### **7.2.1.2 Wladimir Schirinowski der populistische Nationalist**

Wladimir Schirinowski ist sicherlich der bekannteste Vertreter des populistischen Nationalismus. Über seine Kindheit und Jugend sind kaum Details bekannt und in seinem Werdegang gibt es einige Ungereimtheiten.

Schirinowski positionierte sich mit seinen Forderungen gegen Ende des Bestehens der UdSSR immer eindeutiger als Vertreter des imperial-chauvinistischen Gedankens. Seiner Meinung nach hätten auf Grund der sowjetischen Nationalitätenpolitik die Russen zu viel an Einfluss und Ansehen eingebüßt. Deswegen trat er für ein eigenständiges Russland ein, was im Großen und Ganzen nichts anderes als ein Russland in den Grenzen der alten Union bedeutete, in der klarerweise die Russen das Sagen haben sollten.

Trat Schirinowskis Partei, die LDPSU, noch als liberale bzw. demokratische Partei auf, bezog er immer mehr Stellung gegen Jelzin und seine Politik. Denn für ihn zeichnete sich immer deutlicher ab, dass Jelzins „weg-vom-Zentrum“-Politik lediglich zu einem Auseinanderbrechen der Union führen würde und für ihn war die *„Identität Rußlands so eng mit jener der Sowjetunion als Ganzem verbunden, daß es eine Absurdität darstellte, an seine Unabhängigkeit auch nur zu denken“* (Conradi, 1995, S. 94). Bei den Präsidentenwahlen in der RSFSR 1991, gelang es ihm sich als „dritte Kraft“ anzubieten und jene Stimmen auf sich zu vereinen, die entweder befürchteten, dass die Union auseinanderbrechen könnte, aber keine Kommunisten wählen wollten, oder, aus welchen Gründen auch immer, unzufrieden mit den Demokraten waren und deswegen nicht für Jelzin votieren konnten. So belegte er immerhin den dritten Platz.

Beim Augustputsch 1991 unterstützte Schirinowski das Notstandskomitee und wurde auf Grund dessen zwar zur Rechenschaft gezogen, kam aber mit einem blauen Auge davon. Mit dem Ende der UdSSR, benannte sich die LDPSU in LDPR um.

In der Verfassungskrise im Herbst 1993, hielt sich Schirinowski, Eingedenk des Augustputsches, diesmal zurück und stellte sich sogar auf Jelzins Seite. Währenddessen die FNR, die sich in der Verfassungskrise auf Seiten des Obersten Sowjets und Volksdeputiertenkongresses stellte, zusammen mit anderen extremistischen Parteien, verboten und von den anstehenden Wahlen ausgeschlossen wurde. Für die Parlamentswahlen im Dezember 1993 wiederholte der Führer der LDPR die Wahlkampfstrategie von 1991, wobei er sogar noch zulegen konnte. Er trat u.a. für ein autoritäres Regime ein, versprach Recht und Ordnung mit allen Mitteln wieder herzustellen, die einstige Größe und Macht Russlands wieder zu restaurieren, die Wirtschaft durch die Stärkung des MIK zu sanieren etc. Garniert wurden diese Versprechungen mit wüsten Drohungen gegenüber den Nachbarn, Ausländern und Juden (vgl. Hielscher, 1994, S. 58). Sein Programm für Russland unterteilte sich in drei Minimalziele: Beendigung finanzieller Hilfen für andere Länder, was eine Verbesserung der Lebensqualität um 30% bedeuten würde; die unter Gorbatschow begonnene Umstellung der Waffenindustrie auf zivile Produkte zu stoppen und stattdessen den Waffenverkauf massiv auszuweiten, was eine weitere Steigerung der

Lebensqualität um 30% bedeuten würde; und als letztes die Bekämpfung der Kriminalität, was ebenfalls die Lebensqualität um 30% verbessern würde. Darüber hinaus gab es noch neun weitere „Maximalziele“, wie dem Verbot für Nicht-Russen Waren auf russischen Märkten zu verkaufen, den Rohstoffexport zu stoppen, keine westliche Kredite mehr aufzunehmen usw. (vgl. Luchterhandt, 1994, S. 132f.). Dieses „Programm“ und sein Auftreten, welches von seinen Kontrahenten belächelt oder ignoriert worden war, kamen beim desorientierten Volk umso besser an.

Wie weiter oben angedeutet, konnte Schirinowski wohl in Folge der nach der Verfassungskrise verbotenen rot-braunen oppositionellen Parteien einen hohen Anteil ihrer Wähler und Protestwähler für sich gewinnen. Das Ergebnis der Parlamentswahlen, welche alle, sowohl im In- als auch Ausland, überraschte, war mehr als eindeutig. Schirinowskis LDPR wurde stärkste Fraktion im neuen Parlament. Der Tenor im Ausland lautete in etwa: *„Rußland, so schien es, war in der Hand der Faschisten. Die Medien verfielen von einem Extrem ins andere und die Panik war nahezu allumfassend“* (Conradi, 1995, S. 216). Jelzin, mit seiner neuen Machtfülle, konnte Schirinowski weitgehend ignorieren.

Tatsache ist, dass Schirinowski zwar zu den Nationalisten zählt, politisch jedoch ein Opportunist ist. In den 1990er Jahren war er klug genug - oder hatte das Glück - sich nie tiefergehend mit der rot-braunen Opposition einzulassen, wobei er von ihnen ohnehin auf Grund seines Opportunismus gemieden wurde. Gegenüber der Regierung setzte er sich lautstark in Szene, billigte aber still und leise deren gerade zuvor noch kritisierten und beschimpften Gesetze und Beschlüsse oder trug diese sogar mit (vgl. Laboor, 1997, S. 298f.). Und während Personen, Gruppen und Parteien kamen und gingen, blieb er als einer der ganz Wenigen eine Konstante auf der politischen Bühne.

### **7.2.1.3. Alexander Solschenizyn als Vertreter der Neo-Slawophilen**

Solschenizyn stellt den Prototyp der Neo-Slawophilie dar. Carter zählt ihn zu den liberalen Nationalisten, nach Gnauck ist er zu den slawophil-konservativen zuzurechnen. Solschenizyn trat nach dem Fall des Kommunismus für die Regeneration des Volkes ein. Sein Nationalismus basiert auf der kulturellen Wiederherstellung und Wiedergeburt der christlich orthodoxen Kirche und in diesem Zusammenhang glaubte er an den moralischen Einfluss der russischen Kultur und Orthodoxie (vgl. Carter, 1995, S. 102f.).

Bereits im „Offener Brief an die sowjetische Führung“ von 1974 zeigte sich Solschenizyn als Verfechter des isolationistischen Credo. Lediglich bei den ostslawischen Stämmen macht er auf Grund ihrer „Brüderlichkeit“ eine Ausnahme und erachtet eine slawische Union als richtig und sinnvoll. Alles was darüber hinaus ginge, lehnte er ab. Statt imperialistischen Bestrebungen forderte er eine Hinwendung ins „Innere“ des Landes. Den Westen hielt er für schwach und krisenhaft: *„Die katastrophale Schwächung der westlichen Welt und der gesamten westlichen Zivilisation [...] ist vor allem das Ergebnis einer historischen, psychologischen und moralischen Krise dieser ganzen Kultur und dieses Weltanschauungssystems...“* (Solschenizyn, 1974, S. 11f.). Auch kritisierte er den Fortschrittswahn, der sie letztendlich ins Verderben führen würde. Deswegen lehnte er eine Orientierung am Westen ab, auch weil ihre Institutionen und ihre Denkensart nicht für Russland geeignet wären. In seinen Überlegungen hält er für Russland, auf Grund seiner Wesensart, eine autoritäre Struktur als durchaus angebracht.

Solschenizyns veränderte seine Position knapp 20 Jahre später nicht großartig. In seinem Manifest „Russlands Weg aus der Krise“ von 1990 warnte er abermals davor das westliche System zu übernehmen: *„Für ein bestimmtes Volk mit seiner Geographie, seinen Traditionen, seinem psychischen Habitus muß eine Staatsform gefunden werden, die es nicht entarten, sondern aufblühen läßt. Die Staatsform muß unbedingt die Volkstraditionen berücksichtigen“* (ebd., 1990, S. 43). Zwar lehnt er Demokratie nicht von Grund auf ab, doch weist er darauf hin: *„Doch da unser Volk auf das komplizierte demokratische Leben in keiner Weise vorbereitet ist, muß sie stufenweise, geduldig und stabil von unten nach oben aufgebaut werden. Die Demokratie kann nicht einfach lautstark proklamiert und ungestüm von oben gleich im vollen Umfang durchgesetzt werden“* (ebd., S. 56).

Nach dem Systemwechsel zeichnet der Schriftsteller anlässlich einer Dankesrede 1993 ein düsteres Bild: *„Rußland ist bis auf den Grund zerstört und vergiftet, das Volk durchlebt eine niegesehene moralische Erniedrigung, und es droht auch physisch und sogar biologisch zugrunde zu gehen“* (ebd., 1994, S. 31). Über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fand er deutliche Worte: *„Wir brauchen nichts zu lernen, brauchen nichts zu übernehmen, wir müssen etwas Eigenes aufbauen, etwas Nationales, das unserer nationalen Art entspricht, unseren staatlichen Traditionen, unserer Denkstruktur. Hilfe aus dem Westen brauchen wir meiner Ansicht nach nicht. [...] Wenn man uns die Schulden erlassen würde, die wir für unsere Henker zahlen, das wäre die einzige Hilfe des Westens, die wir brauchen. [...] Aber wir haben natürlich gegenwärtig keine marktwirtschaftlichen Verhältnisse, sondern ein Chaos, haben Chaos und Plünderi. Bei uns wird von allen gewissenlos geplündert, als ob er niemandem gehöre,*

*Lizenzen werden durch Bestechung erlangt, der bürokratische Apparat ist korrumpiert, wie es, fürchte ich, ohne Beteiligung einiger Ministerien nicht möglich gewesen wäre. Davon müssen wir freikommen. Doch Hilfe vom Westen erbitten, auf den Knien rutschen vor dem Internationalen Währungsfond, das haben wir nicht nötig! Das ist falsche Politik“ (ebd., S. 42f.).*

Über die bisherige Entwicklung der RF vermerkte er: *„Aber was für eine Demokratie kann von heute auf morgen auf einem siebzigjährigen totalitären Boden wachsen? [...] Nur mit giftigem Spott kann man unsere Regierungsform seit 1991 als demokratisch bezeichnen, d.h. als eine Macht des Volkes“* (ebd., S. 131) und resümierte über die Krise: *„Wir schaffen jetzt eine grausame, raubtierartige, verbrecherische Gesellschaft, die noch übler ist als die Vorbilder, die wir uns vom Westen zu kopieren bemühen. [...] In Wirklichkeit aber ist die Krise in unserem Land gegenwärtig um vieles tiefer als die wirtschaftliche. Es handelt sich um eine Krise des Bewußtseins und der Moral. Sie ist so tief, daß sich nicht ermessen läßt, wie viele Jahrzehnte wir brauchen werden – vielleicht sogar ein Jahrhundert -, um uns davon zu erholen“* (ebd., S. 134f.).

In allen seinen Schriften, in denen es um Russland und etwaige Lösungsansätze geht, ist Solschenizyns Ausrichtung klar ersichtlich und deckt sich in vielen Punkten mit den Vorstellungen der Slawophilen. Z.B. in der Betonung der Rechtgläubigkeit oder der Hinwendung zum Inneren, sowohl geistig als auch geographisch/politisch. Auch arbeitet er heraus, dass das Landleben und Werte wie Bescheidenheit dem Leben der Stadt und der modernen Lebensweise vorzuziehen wären.

So vielversprechend Solschenizyns Rückkehr auch begann, so nüchtern verlief sein Wirken und Wahrnehmung im Land. Bereits 1990 wurde ihm im Zuge von Glasnost und Perestroika seine Staatsbürgerschaft zurückgegeben. In seinen Überlegungen über die Zukunft des Landes zeichneten sich anfangs Hoffnungen über eine positive Entwicklung ab. Doch konnten sich seine neo-slawophilen Vorstellungen nach seiner Rückkehr in die RF 1994 nicht durchsetzen bzw. stießen sie auf wenig Echo. Nichtsdestotrotz war er bei diversen russischen Politikern jeglicher Ausrichtung ein gern gesehener Gast und selbst Putin suchte seine Nähe bzw. fand er in Solschenizyn sogar einen prominenten Unterstützer seiner Politik.

In den letzten Jahren seines Lebens verwunderte der Schriftsteller einstmalige Bewunderer auf Grund widersprüchlicher Äußerungen und dem Wechsel seiner Haltung in gewissen Themenbereichen, wie z.B. dem Krieg in Tschetschenien, den er nunmehr unterstützte.

#### 7.2.1.4. Der Neo-Eurasismus

Die Eurasier sind eine Strömung die Anfang der 1920er Jahre im Exil, also nicht Russland, entstand. Ihre Ideologie basiert darauf die asiatischen Elemente Russlands zu betonen. Ihrer Meinung nach gehört das Eurasische Russland nicht zum europäischen Kulturkreis, sondern stellt einen eigenen Kulturtyp dar. Damit begibt man sich bewusst in Opposition zu „Atlantikern“<sup>76</sup>.

Innerhalb der Eurasier gab es zwei entgegengesetzte Richtungen. Die erste sah in der Machtergreifung der Bolschewiki 1917 eine Fortsetzung der unter Peter I. angefangenen Europäisierung, was sie ablehnten. Die zweite versuchte einen Konsens mit dem sowjetischen Regime zu finden und sah in der Großen Oktoberrevolution eine Abtrennung von der europäischen Entwicklung (vgl. Ignatow, 1992, S. 19). Doch Mitte der 1920er Jahre zerfiel die Bewegung wieder und erlebte erst mit dem Zerfall der UdSSR und der einhergehenden Suche nach einer neuen Identität wieder eine gewisse Renaissance.

Neben der Hauptkonfliktlinie zwischen Neo-Slawophilen und Neo-Westlern, postulierte der Neo-Eurasismus eine Hinwendung zu Asien. Der Fokus sollte weg von Europa führen: *„Wenn der ganz verschiedenen politischen Entwürfen (sowohl der petrinish-imperialen als auch dem sowjetkommunistischen) entsprungene Wunsch, sich ständig mit dem Westen messen, immer mit Enttäuschung endet, kann man leicht der Versuchung verfallen anzunehmen, daß das Ziel selbst falsch sei“* (Ignatow, 1992, S. 41). Die Neo-Eurasisten sehen die Welt *„als eine Arena des Kampfes zwischen einer eurasischen und einer atlantischen Zivilisation“* (Vogel, 1994, S. 173) und fürchten bzw. lehnen ein Vordringen der USA in den postsowjetischen Raum ab. Ein Vertreter für diese Richtung, Alexander Dugin, tritt für eine Abkehr *„vom materialistischen Westen und die Entdeckung der russischen immateriellen Reichtümer auf dem Wege von Autarkie und Askese“* ein (Golczewski, 1998, S. 119).

Der (Neo-)Eurasismus stellt bis heute keine eigenständige bzw. starke Bewegung dar, doch lassen sich immer wieder Elemente in anderen Bewegungen finden, da v.a. bei imperialistischen Anhängern. Der Imperialismus-Anhänger Prochanov verbindet den Eurasismus mit dem russischen bzw. sowjetischen Imperium: *„Wir sind Etatisten. Doch der Staat Rus‘ gefällt uns überhaupt nicht, das ist so eine seltsame Formel. Uns gefällt nur das Große Imperium. Wir sind Imperialisten. Wir haben die Zerstörung der Sowjetunion als Tragödie aufgefasst, weil damit das*

---

<sup>76</sup> Für Details siehe: Ignatow, 1992, „Der ‚Eurasismus‘ und die Suche nach einer neuen russischen Kulturidentität“.

*Imperium zerstört worden ist, die Kuppel zerstört worden ist, unter der eine Vielzahl von Ethnien, von Völkern nachbarschaftlich zusammenlebten, zusammenarbeiteten, die von einer großen geopolitischen Realität zusammengeführt worden sind. [...] Der Sinn der Arbeit, die wir in Angriff genommen haben, ist, eine Ideologie zu schaffen, die es einer großen Anzahl von Kulturen, Glaubensrichtungen, Ethnien, Vektoren der Geschichte erlauben wird, erneut in diesem Tiegel zu verschmelzen. [...] Wir sind der Meinung, dass die eurasische Ideologie (die sich nicht mit der früheren eurasischen Ideologie deckt), dass die neoeurasische Ideologie sehr große Möglichkeiten hat. Sie ist noch nicht vollends ausformuliert, wird immer noch gebaut. Sie keimt noch auf den Lippen als ein gewisses neues ideologisches Wort“ (Prochanov, zit. nach Mey, 2004, S. 276). Prochanov, der diese Äußerung 1992 tätigte, hat recht damit behalten, dass der Neo-Eurasismus bis heute eine mehr oder weniger schwammige Komponente in der russischen Gesellschaft ist. So stellt auch Ignatow fest: „Am Ende kann der Eurasismus als ideologische Legitimationsmittel für konservative politische Zielsetzungen dienen. Unter Berufung auf die asiatische Komponente und die dem ‚eurasischen‘ russischen Geist angeblich fremder Natur der westlichen pluralistische Demokratie kann man für autoritäre, ja diktatorische Regierungsformen plädieren. Solcherweise ist der Eurasismus imstande, als eine der Gegenwart angepaßte restaurative Ideologie zu fungieren. Er kann sich in einen ideologischen Zufluchtsort der ‚heimatlos‘ gewordenen Kommunisten verwandeln, die sich nach einer neuen ‚weltanschaulichen‘ Fahne sehen“ (Ignatow, 1992, S. 42).*

### **7.3. Das neue Verhältnis zwischen dem Staat und der ROK in der Russländischen Föderation**

In Folge der sowjetischen Systemkrise kam es bereits vor dem Zerfall der UdSSR zu einer Rückwendung der Bürger zur Religion. Denn sie „*offerierte ihre prunkvollen Rituale als Gegenmodell zur Eintönigkeit des täglichen Lebens [...] und bot damit das einzig legal zugelassene alternative Wertemodell zur herrschenden Ideologie. Für viele orthodoxe Neubekehrte wurde sie daher zur Fluchtmöglichkeit vor der Realität, so daß der religiöse Aufbruch in den 70er Jahren auch ein Wiedererwachen des eigenen Nationalbewußtseins auf Kosten des ‚Sowjetpatriotismus‘ darstellte“* (Behrens, 2002, S. 69).

Als sich die UdSSR schlussendlich auflöste, bedeutete dies nicht nur die Ablösung der kommunistischen Ideologie, sondern auch den Wegfall ihrer Werte und vieler altbekannter

Institutionen: *„Die ROK ist in der Öffentlichkeit und gegenüber politischen Institutionen erheblich aufgewertet, sie ist ein einflussreicher Faktor im Staat und hat große Bedeutung für die Bildung einer russischen Identität nach dem Ende der sowjetischen Identität. Das war gerade in einer Phase wichtig, in der für viele Menschen die Werte, die bislang bedeutsam waren, ihre Gültigkeit verloren haben“* (Bremer, 2007, S. 57). Die Renaissance der Orthodoxie sollte aber als *„kulturelles, ethisches und nationales Symbol“* (Behrens, 2002, S. 70) aufgefasst werden und weniger als eine tatsächliche Hinwendung zur Religiosität<sup>77</sup>. Denn es gab und gibt in der russischen Bevölkerung weiterhin eine Disparität zwischen dem Anspruch tatsächlich religiös zu sein und sich lediglich orthodox zu betrachten: *„Viele Menschen schätzen die Kirche als Institution, ‚brauchen‘ sie aber nicht für ihr eigenes Leben“* (Bremer, 2007, S. 58). Die Ergebnisse von Umfragen, lassen darauf schließen, *„daß Religion auch ohne den Glauben an einen Gott Bedeutung innerhalb einer Gesellschaft haben kann“* (Behrens, 2002, S. 111). Und weiter: *„Das hohe Ansehen der Religion sei freilich nicht zwangsläufig mit dem Glauben an Gott verknüpft, ebensowenig wie Religion allein durch den Glauben an Gott zu einer geistigen Autorität für die Gesellschaft werde“* (ebd., S. 112). Bremer erkennt, dass die Perzeption „orthodox zu sein“ weniger ein religiöses Merkmal, als vielmehr ein Identitätsfaktor ist. Die ROK wird daher weitgehend als Institution verstanden, die Vertrauen genießt und identitätsstiftend ist: *„Das nationale Bewußtsein [war] mit dem orthodoxen Glauben identisch. ‚Russische Erde‘ und ‚orthodoxe Erde‘ hatten [...] die gleiche Bedeutung“* (Kuchinke, 1995, S. 120). Und es macht durchaus einen Unterschied zu fragen, ob man orthodox sei oder der orthodoxen Kirche angehöre: *„Orthodoxie als Identitätsmerkmal musste nicht notwendigerweise mit der Mitgliedschaft in einer konkreten Organisation in Zusammenhang gebracht werden“* (Bremer, 2007, S. 195). Auch Behrens kommt zu ähnlichen Ergebnissen, in der er die Religiosität als „Modeerscheinung“ beschreibt und die Aufgaben der Kirche eher in sozialen und gesellschaftlichen Bereich sieht und es dabei mehr um „gemeinsame Traditionen“ ginge (vgl. Behrens, 2002, S. 114ff.).

Allerdings tauchten nach dem Kollaps der UdSSR auch Probleme innerhalb der Institution selber auf: *„Zunächst handelte es sich [Anm.: bei der ROK] ja nach 1991 weitgehend um dieselben Akteure“* (Bremer, 2007, S. 57), was u.a. dazu führte, dass es zu keiner Auseinandersetzung und Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der eigenen Rolle im sowjetischen System kam

---

<sup>77</sup> Es hat sich also seit der Feststellung in Kapitel 4 nichts daran geändert.

(vgl. ebd., S. 57f.). Auch beim Systemwechsel und speziell beim August-Putsch des Jahres 1991 hatte die ROK keine aktive Rolle inne, sondern nahm stets eine opportunistisch-abwartende Haltung ein, in der es durchaus Vertreter gab die sich dem alten Regime verpflichtet fühlten. Dasselbe galt für die Verfassungskrise des Jahres 1993<sup>78</sup>.

Auf Grund der Erosion der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation während der 1990er Jahre, stand die ROK vor großen Herausforderungen. Und die Ablösung des alten Regimes zog den Wegfall des „Schutzes“, den die ROK durch sie in gewisser Weise besaß, nach sich und legte folgende Schwäche offen: *„Doch die jahrzehntelangen, staatlichen Bevormundungen und Repressionen hatten die Fähigkeit der Kirche, diese Herausforderungen zu bewältigen, stark eingeschränkt und die innerkirchliche Debatte in theologischen gesellschaftspolitischen Fragen praktisch auf den Stand von 1917 eingefroren“* (Behrens, 2002., S. 155).

Schwierigkeiten hatte die ROK auch mit den noch populären Begriffen und Werte, wie z.B. Menschenrechte und Religionsfreiheit, weil sie der Orthodoxie gänzlich fremd sind und sie diese als ein Zeichen westlicher Dekadenz ablehnen: *„Die Ablehnung von Katholizismus und ‚Protestantismus‘ verbindet sich bei vielen mit dem als Folge von ‚Verwestlichung‘ spürbaren sittlichen Verfall, dem sich verbreitenden Egoismus und Konsumdenken. Die von einem modernen Demokratieverständnis her verbreitete Auflösung der traditionellen Normen und ein auf Bereicherung hin orientierter rücksichtsloser Individualismus stellen die Kirche vor Aufgaben, denen sie sich noch nicht gewachsen sieht“* (Döpmann, 2003, S. 66). In der ROK gab es Meinungen, dass nur die *„absolute Wahrheit zur Grundlage des staatlichen Gemeinwesens“* werden könne, wobei diese absolute Wahrheit *„nur bei Gott liege“* und *„alle von Menschen geschaffenen Regeln – auch der Rechtsstaat, auch die Demokratie – unbrauchbar [seien]“*, was das schwierige Verhältnis der Orthodoxie zu den neuen, westlichen Werten aufzeigt (Behrens, 2002, S. 167). Dennoch konnte man sich dazu durchringen, dass *„Demokratie und Rechtsstaat zwar in Einzelfällen begrüßt wurden, sie von der Kirche insgesamt und offiziell jedoch wenig aktive Unterstützung erfuhr“* (ebd., S. 200). Dass dieser Standpunkt sich auf ihre Anhänger übertragen kann, lässt sich vermuten.

Was den noch jungen Staat anbelangt, hatte dieser *„ein Interesse, sich zu definieren, nachdem die als gültig angesehenen staatlichen Werte mit dem Ende des Kommunismus fast alle hinfällig*

---

<sup>78</sup> Details für die kritischen Momente der Jahre 1991 und 1993 siehe Behrens, 2002, S. 89ff. und S. 105; oder auch Bremer, 2007, S. 58 und 138f.

waren. [...] Die Kirche als Vertreterin traditioneller Werte und als Institution, die schon im vorrevolutionären Russland existierte, bietet sich als Partnerin an, um den Staat einen einigenden Sinn zu verleihen“. Letztendlich geht es „in der Staat-Kirche-Beziehung [...] historisch auch darum, dass Staaten eine Legitimierung suchen; für moderne Staaten ist das sogar wichtiger als für vormoderne Herrscher und ihre Herrschaftssysteme“ (Bremer, 2007, S. 141). Behrens präzisiert, dass „das Verhalten des russischen Präsidenten [...] somit eine Fortsetzung der von Gorbacev initiierten Aufwertung der Orthodoxen Kirche [bedeutete], die erneut zur Unterstützung eines Reformprozesses eingespannt werden sollte. Wie El'cin erklärt hatte, sollte ihre Funktion auch in Rußland insbesondere darin bestehen, als moralische Autorität aufzutreten, eine einigende Wirkung auf die Gesellschaft zu erzielen und sich weiterhin der Friedensstiftenden Tätigkeit zu widmen“ (Behrens, 2002, S. 109). Er sieht zwei Hauptfunktionen der ROK. Erstens als „Stifterin nationaler Identität aufzutreten. Sowohl personell als auch rituell und symbolisch dient sie dazu, Wertvorstellungen von Nationalstolz, Patriotismus, nationaler Größe, von kulturellen Errungenschaften, historischen Triumphen und einem ‚starken Staat‘ supranationaler Ausrichtung zu transportieren“ und zweitens wird sie als „Stifterin politischer Legitimität“ instrumentalisiert. „Sie übt damit die Ersatzfunktion gegenüber einer fehlenden effizienten Demokratie und dem mangelnden Vertrauen der Gesellschaft in deren Institutionen, Verfahrensweisen und gewählten Repräsentanten aus. Gleichzeitig übernahm sie in vielerlei Hinsicht die Rolle, die in der Sowjetunion die KPdSU und der Marxismus-Leninismus gespielt hatte und füllt so das entstandene ideologische, aber auch institutionelle Vakuum aus“ (ebd., S. 369). So ersetzte den Sowjetpatriotismus z.B. der „national-russische, orthodoxe Patriotismus“ (ebd., S. 335).

Das Religionsgesetz von 1993, welches die Liberalisierung von 1990 relativierte und durch Restriktionen versuchte die steigende Konkurrenz der ROK zu unterbinden, stellte sich so dar, dass „Staat und Kirche versuchen gemeinsam den Eindruck von Russland als einem traditionell und primär orthodoxen Land zu vermitteln“ (Bremer, 2007, S. 140). Bremer meint auf Grund dieser Entwicklung wieder eine Art Symphonia zwischen der ROK und der russischen Führung unter Jelzin ausgemacht zu haben: „Die orthodoxe Kirche als Mehrheitskirche wird faktisch als eine mit dem Staat eng verbundene Institution behandelt“ (ebd., S. 139). Konkret bedeutete dies, dass die Kirche wieder enge Kontakte mit der Regierung unterhält, der Patriarch z.B. an offiziellen Staatsempfängen teilnimmt, oder in Kontakt mit dem Präsidenten vor bzw. nach der Wahl steht. Auch in Fragen der Außenpolitik vertritt der Patriarch die Linie des russischen Staates (vgl. Behrens, 2002, S. 342). Überhaupt sind die Verbindungen zwischen Staat und

Kirche in der Tat augenfällig und von symbiotischer bzw. opportunistischer Natur und hatten die Hauptfunktion Moralität und Patriotismus aufrecht zu erhalten oder aus- bzw. aufzubauen (vgl. Behrens, 2002, S. 232f.). Besonders die Zusammenarbeit mit dem Militär schritt weit voran: *„Mit Armee und Kirche wuchsen die beiden Institutionen zusammen, die in der Gesellschaft die höchste Wertschätzung genossen und wie keine anderen die Vorstellungen von historischer Kontinuität, Tradition, Ansehen und Großmachtstatus symbolisierten“* (ebd., S. 238).

Im Unterschied zur Symphonia früherer Zeit, die „nur“ die Verbindung zum Zaren und dem Reich darstellte, fühlt sich die ROK nun auch der Nation verbunden und damit für Belange russischer Ethnien die im Ausland leben zuständig (vgl. Bremer, 2007, S. 203). Dieses Gemisch aus staatlicher, um nicht zu sagen staatstragender Relevanz und Identitätsfaktor für Russen, macht die Kirche zu einem interessanten und nicht zu missachtenden Partner auf der politischen Bühne und es wird mit ihr im *„heutigen Russland ein bedeutender gesellschaftlicher Faktor angesprochen und ein positiver Wert verbunden“* (ebd.).

Als ein Symbol für die Symbiose von Religion und Politik kann der Neubau der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau gesehen werden. Das Original wurde auf Anordnung Stalins 1931 zerstört, um auf dessen Ruinen den Palast der Sowjets zu erbauen. Auf Grund von Problemen mit dem Fundament und der Statik konnte das Projekt aber nicht verwirklicht werden und stattdessen ein Schwimmbad errichtet. 1994 wurde der Beschluss für die Wiedererrichtung der Kathedrale gefasst und im Jahr darauf mit dem Bau begonnen. Behrens stellt dazu fest: *„Orthodoxe Symbolik und orthodoxes Ritual sollten auf diese Weise nicht nur gesellschaftliche, sondern auch politische Bindungskraft entfalten und Identifikation mit den jeweils im Blickpunkt stehenden Persönlichkeiten schaffen“* (Behrens, 2002, S. 258). Letztlich schloss Behrens, dass die ROK so in die Rolle eines *„ideologischen Sponsors der neuen russischen Identität reduziert [wurde] und [...] bei den unzähligen Feierlichkeiten als dekoratives Element [erschien]“* (ebd.).

Im Zuge des Religionsgesetzes von 1997 wurde zwar erklärt das die RF ein weltlicher Staat sei und keine Religion Staatsreligion werden dürfe, hob jedoch hervor, dass die Orthodoxie in der Geschichte Russlands eine wichtige Rolle spielte und dazu beitrug seine Geistigkeit herauszubilden und zu entwickeln (vgl. Döpman, 2003, S. 54). Ins internationale Kreuzfeuer der Kritik geriet das Gesetz deswegen, weil es zwischen „traditionellen“ und „nicht-traditionellen“ Kirchen unterschied. Vielen Einrichtungen und Gruppierungen wurden in Folge dessen ihr Wirken im Land erschwert oder auf Grund der Restriktivität des Gesetzes sogar in die Illegalität getrieben (vgl. Graupner, 2005, S. 28). Doch wurde gleichzeitig auch der ROK wieder einmal mehr enge Grenzen gesetzt, wobei die ROK darin kein Problem sah, weil sie es ohnehin nicht

anders kannte und sich, lt. Behrens, auch nicht für die Eigenständigkeit des religiösen Sektors interessierte (vgl. Behrens, 2002, S. 304). Dass die internationale Kritik nicht beachtet wurde, kann als gewisse Trotzreaktion betrachtet werden, weil die gesamte Transformation Russlands unter westlichem Einfluss bzw. Führung stand (vgl. ebd., S. 305).

Auch bei der Finanzkrise 1998, die Russland hart traf, versuchte sich die ROK in Szene zu setzen, indem sie im Oktober desselben Jahres im Danilov-Kloster ein Treffen aller politischen Kräfte, Wissenschaftler, Intellektuellen u.a., initiierte, um über eine Lösung dieser Krise zu beratschlagen und Auswege aus dieser zu suchen: *„Politik und Staat wandten auf dieser Weise die in jüngster Zeit schon unter Stalin bewährte Taktik an, sich insbesondere in Zeiten der umfassender Krisen der Unterstützung der ROK zu versichern. Diese wiederum erhielt im Gegenzug die Gelegenheit, ihre gesellschaftliche Relevanz zu demonstrieren“*. Behrens meint darüber, dass solch ein Vorgehen den *„demokratisch legitimierten staatlichen Akteuren und dem politischen System Rußlands insgesamt [...] ein schlechte Zeugnis aus[stellte]“* (ebd., S. 332).

Im August 2000 veröffentlichte der Heilige Synod der ROK „Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche“. In diesen äußert sich die ROK umfassend zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat zum einen, zum anderen aber auch zum Umgang der gläubigen Bürger zum Staat. Desweiteren werden viele Bereiche des alltäglichen Lebens thematisiert und versteht sich als Orientierungshilfe. Selbst zu historischen Vorgängen und internationalen Beziehungen gibt sie Bewertungen und Empfehlungen ab. Am interessantesten ist, wie weit die Kirche ihr Aufgabengebiet fasst und wie weit dabei ihre Zusammenarbeit mit dem Staat gehen soll. Am interessantesten sind dabei die ersten beiden Kapitel.

Das erste zeichnet sich durch Lob an der Symphonia und Loyalitätsbekundungen zum Staat aus, wobei sie gern ein eindeutiges Bekenntnis des Staates zur Orthodoxie hätte. Die Gläubigen fordert sie auf sich dem Staat gegenüber ebenfalls loyal zu verhalten, sich in Patriotismus zu üben und die staatliche Ordnung nicht in Frage zu stellen. Im zweiten Kapitel äußert sich die ROK bezüglich Nation und Nationalismus, in der sich nicht unproblematische Formulierungen finden. Darüber hinaus äußert sich die Kirche zu Begriffen und Themen wie Gewissensfreiheit, Säkularisierung und Reichtum, denen sie kritisch gegenübersteht.

Wie Jelzin zuvor, segnete der Patriarch Aleksij II. seinen Nachfolger Putin bei seiner Amtseinführung, was eine *„1991 begonnene und 1996 gefestigte ‚Tradition‘ fort[setzte], in deren Rahmen die ROK zu einem ‚Insignium der Macht‘ wurde, das sich als fester symbolischer Bestandteil bei staatlichen Zeremonien etabliert hatte“* (Behrens, 2002, S. 338). Trotzdem veränderte sich das Verhältnis zwischen der Kirche und dem neuen Präsidenten und es

zeichnete sich ab, „daß der Präsident die machtpolitische Oberhoheit bei sich selbst konzentriert und ihr [Anm.: der ROK] meist nur die Rolle eines dekorativen Elements in der gesamtrussischen Selbstinszenierung blieb“ (ebd., S. 359).

Das größte Dilemma der ROK bestand und besteht darin, dass sie ihr eigenes Ziel, Moralität und Werte zu vermitteln, nicht umsetzen konnte. Es fehlte der Institution auf Grund interner Streitereien und Skandale an Glaubwürdigkeit (vgl. ebd., S. 376ff.). Dennoch steigt in der russischen Gesellschaft das Ansehen der Kirche stetig, doch beschränkt sich ihre Aufgabe zunehmend darin als Werkzeug der Politik zu fungieren und da z.B. patriotische Werte und Gefühle zu konstruieren und zu verbreiten. Wobei die ROK aber auch gar nicht den Anspruch stellt in Opposition zur Regierung stehen zu wollen. Während Ivantsov in der ROK „gegenwärtig die einzige Organisation [Anm.: sieht], die den Titel ‚Träger der Russischen Idee‘ gerechtfertigter Weise für sich beanspruchen darf“<sup>79</sup> (Ivantsov, 2008, S. 128), stellt Behrens fest, dass es sich bei der ROK um alten Wein in neuen Schläuchen handelt, „d.h. um alte, sowjetische Denk- und Handlungsmuster, die anstatt auf Marxismus-Leninismus und KPdSU, nun auf die Orthodoxie projiziert wurden. In der politischen Formensprache Rußlands bestand offenbar ein konstantes Bedürfnis nach verklärender Symbolik, großen Gesten und pompösen, emotionalen Inszenierungen“ (Behrens, 2002, S. 383).

#### **7.4. Der neue Ministerpräsident Wladimir Putin**

In Russland hatte sich in den 1990er Jahren ein „wilder Kapitalismus ohne sozialverantwortliche Selbstbeschränkung“ entwickelt und „Korruption und Kriminalisierung hatten extreme Formen angenommen“ (Rahr, 2009, S. 120).

Auf Grund der Finanzkrise, die Russland 1998 ergriffen hatte und durchschüttelte, dürfte es bei Jelzin zu einer Vertrauensverschiebung gekommen sein. Wegen der Schwäche des Zentrums Moskau, lag die Gefahr eines Staatszerfalls in der Luft. Der Präsident suchte nun „demonstrativ den engen Schulterschluss mit den Ministern für Verteidigung, Inneres, Sicherheit und Zollwesen. Jelzin brauchte diese Unterstützung der Machtstrukturen mehr denn je, um gegen mögliche soziale Unruhen oder gar Putschversuche im Land vorzugehen“ (ebd., S. 118). In

---

<sup>79</sup> Ivantsov versteht unter dem Begriff „russische Idee“ getreu jene Herausarbeitung Dostojewskis, die der Dichter auf der Rede über Puschkin vor der Versammlung der „Freunde russischer Dichtung“ hielt. Seine Zusammenfassung findet sich in: Ivantsov, 2008, S. 49f.

dieser Situation ernannte Jelzin im Juli 1998 eine relativ unbekannte Person zum Chef des Föderalen Sicherheitsdienstes, kurz FSB, nämlich Wladimir Wladimirowitsch Putin. Sein Vertrauen in ihn erklärte Jelzin in seiner Autobiographie „Mitternachtstagebuch“ so: *„Erstens hatte er einige Jahre bei den Sicherheitsorganen gearbeitet. Zweitens besaß er Erfahrung mit der Bürokratie. Drittens schließlich – und das war das wichtigste – war ich zunehmend davon überzeugt, daß er ein eindeutiges Bekenntnis zu Demokratie und Marktwirtschaft mit entschiedenem Patriotismus vereinte“* (Jelzin, 2000, S. 317).

In kurzer Zeit schaffte es Putin mehrere Kompetenzbereiche in seiner Position zu vereinigen. In Folge dessen kam es sowohl zu einer Zentralisation der Machtministerien, als auch Militarisierung der Zentralmacht. Bereits im August 1999 ernannte Boris Jelzin Wladimir Putin zum Ministerpräsidenten. Als es im September 1999 zu Terroranschlägen kam, die Tschetschenen angelastet wurden, leitete der amtierende Ministerpräsident den zweiten Tschetschenienkrieg ein. Die wohl wesentlichen Unterschiede zum ersten Tschetschenienkrieg waren zum einen die innenpolitischen Unruhen im Land, die durch die Währungskrise verstärkt worden waren und einen Staatszerfall durchaus realistisch erscheinen ließen. Denn der Zentrum-Peripherie Konflikt hatte zu diesem Zeitpunkt wohl seinen Höhepunkt erreicht und selbst hochrangige Politiker warnten vor dieser Möglichkeit. Zwar findet sich für den ersten Tschetschenienkrieg ebenfalls die Gefahr eines Staatszerfalls als Grund, jedoch gibt es auch Vermutungen, dass Jelzin versuchte mit diesem vorgeschobenen Grund einen Integrationseffekt im gespaltenen Land zu erzielen, der sich aber nicht einstellte. Abgesehen davon konnte man bei diesem Feldzug der Bevölkerung vermitteln, dass es sich nicht um eine Aggression handelte, sondern um eine „Verteidigungsaktion“.

Dass Putin so populär werden konnte, erklärte Jelzin durch seine gute Leitung bzw. positiven Verlauf des zweiten Tschetschenienkrieges (vgl. Jelzin, 2000, S. 324f.). Und in der Tat, innerhalb weniger Monate konnte der Ministerpräsident in Russland einen enormen Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad erreichen. Er bot sich für die im Jahr 2000 stattfindenden Präsidentschaftswahlen geradezu an. Doch dass es zu einem doch so deutlichen Politikstilwechsel kommen würde, überraschte das Ausland.

## 8. Resümee

Die Russländische Föderation existiert seit nunmehr knapp 20 Jahren. In den ersten 10 Jahren der RF wurde der einstmalige ideologische Gegner als eine Art neuer „Verbündeter“ in der Weltgemeinschaft aufgenommen, dennoch aber ignoriert.

Natürlich wurde zur Kenntnis genommen, dass „drüben“ immer etwas passierte, wie die Verfassungskrise im Herbst 1993, der Ausbruch des ersten Tschetschenienkriegs, die Wirtschaftskrise 1998 etc. Und dazwischen sah man immer wieder mit einem Schmunzeln, dass der Präsident Boris Jelzin irgendwo im betrunkenen Zustand Orchester dirigierte oder Lachanfalle bekam. Nichtsdestotrotz - oder gerade deswegen - wurde dem Land keine so große Beachtung mehr zuteil, wie es vor dem Zerfall der UdSSR der Fall war.

Während die Regierungen der europäischen Staaten bis heute an den Folgen der Finanzkrise, die 2007 über die Welt und Europa hereinbrach, laborieren und über eine Rezession der Wirtschaft von bis zu 5% stöhnen, war in Russland nach der Dissolution der UdSSR fast ein Jahrzehnt lang durchgehend ein Wirtschaftseinbruch zwischen 5-10%, ja sogar von beinahe 15% zu verzeichnen und das gesamte Bruttoinlandsprodukt senkte sich um ca. 40%! In diesem Zusammenhang wird die seit 2007 andauernde Krise in Russland als diese gar nicht so recht wahrgenommen.

In den 1990er Jahren hingegen wurde in Europa das Ausmaß des Transformationsprozesses in Russland gar nicht richtig erfasst, außer eben, dass dort „irgendwas passiert“. Sofern man keine direkten Kontakte zum Land und/oder den Menschen hatte, kann man sich nur schwer vorstellen was in den knapp 10 Jahren passiert ist: wilde Privatisierung; Unsicherheit bzw. Verunsicherung; Angst, was sich im Einbau doppelter Haustüren manifestierte, von denen mindestens eine an Ausmaße einer Panzerschranktür einer Bank herankommt; erzwungene Subsistenzwirtschaft um überleben zu können usw. Eine 1998 durchgeführte Umfrage zeigte statistisch den massiven Vertrauensverlust in die Politik (vgl. Gorschakow, 1999, S. 27f.). Auch zeichnete sich bereits 2 Jahre vor Putin der Wunsch nach mehr staatlicher Kontrolle in der Wirtschaft - ohne dabei zur alten sowjetischen Planwirtschaft zurückzukehren - und mehr Sicherheit ab. Erschütternd sind die Umfragewerte, in der die momentane Situation (von 1998), aber auch die Zukunftserwartung des Landes charakterisiert werden sollte. Die negative Beurteilung der aktuellen Situation und eine pessimistische Erwartung für die Zukunft erreichte Werte jenseits der 70-90% (ebd., S. 46).

Somit erscheint Putins Auftritt auf der politischen Bühne gleichsam als Wohltat. In diesem Licht hat nach Gorschakows Frage, welche Entwicklung für die Zukunft am wichtigsten für das Land wären, Putin die 2 wichtigsten erreicht: erstens Ordnung im Land zu schaffen und zweitens den Lebensstandard zu erhöhen (vgl. ebd., S. 49). Damit konnte er das Vertrauen in das politische System, zumindest aber Präsidentenamt, wieder steigern.

Allerdings gingen, um diese Ziele zu erreichen, auch - aus westlicher Sicht - negative Prozesse einher: erstens die beträchtliche Zunahme von „Sicherheitskräften“ im System Putin und zweitens - und vermutlich in Verbindung dazu - einem extremen Anstieg der Korruption. Dass auch Werte, die bei uns hoch gehalten werden wie die Presse- und Meinungsfreiheit, darunter litten, wurde, um die erwünschte Ordnung zu schaffen – noch – in Kauf genommen.

Putin ist aber nicht als deus ex machina zu betrachten, sondern eine logische Konsequenz der Politik Boris Jelzins! Und dies auch nicht erst seit den letzten Jahren seiner Regierungszeit, sondern kann bereits nach der Ablösung Michail Gorbatschows festgestellt werden. Dies wurde aber im Westen kaum wahrgenommen und selbst in der wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas übersehen oder schlicht und einfach ignoriert.

Zusammen mit den oben beschriebenen Auswirkungen des Systemwechsels, führte die durch den Zerfall der UdSSR hervorgerufene Delegation der kommunistischen Ideologie zu einer Reihe von nebeneinander existierenden und einander konkurrierenden Identitäten. Die Jelzin-Administration scheiterte an der Herausbildung einer neuen russischen Identität bzw. war sie nicht in der Lage eine neue russische Idee zu finden, hinter der sich die russische Gesellschaft hätte sammeln bzw. mit der sie sich hätte identifizieren können.

Die chaotische Transformationszeit und diffuse Identität verhinderte also eine Konsolidierung der Nation und führte auf Grund der Mischidentitäten zu den Konflikten innerhalb der Gesellschaft, wovon Pelinka warnt (vgl. Pelinka, 2005, S. 107). Die offiziell unterstützten Bezugspunkte der Regierung Jelzin, die Rückwendung zur Zarenzeit, die Hinwendung zur Orthodoxie bzw. zur orthodoxen Idee und die Orientierung am Westen, standen u.a. der sowjetischen und russischen Idee des 19. Jh. unversöhnlich gegenüber. Doch gerade die jüngere Vergangenheit war ge- und erlebte Geschichte. Und auch wenn Jelzin versuchte ab Mitte der 1990er Jahre die sowjetische Vergangenheit als nicht zu negierendes Faktum anzuerkennen, blieb er dennoch in Opposition zu dieser Zeit. Tatsache war aber, dass bei einer 1998 durchgeführten Umfrage, drei Viertel aller 16-65 jährigen meinten, dass die Geschichte der Sowjetunion nicht nur Stalin-Terror, Repression und Millionen Tote beinhaltete, sondern sich ebenfalls positive Aspekte fanden (vgl. Gorschakow, 1999, S. 12). Für viele bestand die sowjetische Vergangenheit eben auch aus

technischem Fortschritt, Juri Gagarin bzw. der Eroberung des Weltraums und dem Großen Vaterländischen Krieg<sup>80</sup>. Deswegen stieß Jelzin, mit dem Versuch komplett und radikal mit der sowjetischen Vergangenheit zu brechen, auf breiten Widerstand und spaltete damit die Gesellschaft.

Ignatow führt an, dass die russische Geschichte und mit ihr das soziale System von „раскол“ (raskol) - ein spezifisch russisches Wort, welches „Spaltung“ bedeutet - also von Spaltungen geprägt und ein Merkmal russischer Wesenspsychologie sei. Dabei würde ein Nullsummenspiel vorherrschen, in der es nur einen Verlierer und einen Gewinner geben könne. Vermittelnde Kräfte seien kaum vorhanden und Konsens nicht bekannt (Ignatow, 1999, S. 26ff.). Dieser Ansicht widerspricht Gorschakow auf Grund seiner 1998 durchgeführten Umfrage. Dabei sprachen sich „nur“ 21% für einen revolutionären Umbruch aus und über 60% sprachen sich für schrittweise Reformen aus: *„Die weit verbreitete Vorstellung, daß der russischen Mentalität jeglicher Gedanke an evolutionäre Entwicklungen widerspricht, läßt sich empirisch nicht nachweisen. Ganz im Gegenteil, in der Gesellschaft überwiegt der Konsens und die Abneigung gegen soziale Experimente und für die Unterstützung des evolutionären Entwicklungsweges“* (Gorschakow, 1999, S. 50). Da mir Vergleichsfragen bzw. -daten westeuropäischer Länder nicht vorlagen, kann ich nicht sagen, ob diese 21% einen hohen Wert darstellt oder nicht. Wobei wiederum bedacht werden muss, dass sie für russische Verhältnisse eben wieder niedrig sein kann. Denn wie bereits russische Intellektuelle im 19. Jh. die Mentalität der Russen analysierten und ich im Kapitel „Der Vorabend der Großen Oktoberrevolution“ darlegte, kann die Stimmung überraschend und schnell umschlagen, was keine Empirie erfragen oder beweisen kann.

Unter Putin kam es dann zur Rehabilitation der sowjetischen Vergangenheit, was maßgeblich zur Harmonisierung und Konsolidierung weiter Teile der russischen Gesellschaft beitrug. Diese „raskol“ scheint vorerst überwunden. Ausgehend von der Ausgangsfrage der Arbeit, wer die Russen sind und welche Faktoren ihre Identität beeinflusst haben bzw. immer noch

---

<sup>80</sup> Bei einer 1998 abgehaltenen Erhebung, beantworteten durchschnittlich 50% aller Befragten im Alter zwischen 16-65 Jahren, dass sie stolz auf den ersten Flug in den Weltraum durch Juri Gagarin 1961 sind und sogar durchschnittlich 60% auf die Erfolge der Kosmonauten und der Weltraumtechnik. Ähnlich hohe Werte verzeichnet der Wiederaufbau des Landes nach dem Großen Vaterländischen Krieg mit knapp 55% bei den 16-24 jährigen, der sprunghaft auf 80% der 56-65 jährigen steigt. Überwältigend tradiert hat sich aber überhaupt der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg mit durchschnittlich 80% bei allen Befragten zwischen 16-65 Jahren! Als einziges, was weniger mit der Zeit der Sowjetunion konnotiert ist, können die russischen Dichter, Schriftsteller und Komponisten gute Werte verbuchen, auf den beachtliche zwei Drittel der Befragten stolz sind. Der Stolz auf andere Gegebenheiten und Institutionen in der russischen Geschichte bewegen sich weit abgeschlagen zwischen 5 und 20% (vgl. Gorschakow, 1999, S. 9).

beeinflussen, lässt sie sich im Großen und Ganzen aus diesen 3 Faktoren zusammensetzen: erstens aus den russischen Ideen der Slawophilen des 19. Jh.; zweitens den sowjetischen Ideen, die aus der Radikalisierung der Westler hervorgingen; und drittens beeinflusst die orthodoxe Idee, also der religiöse Zugang, die Handlungsweisen der Russen. In geringerem Maße kommen noch Überlegungen anderer Richtungen hinzu wie der (Neo-)Eurasismus, der Panslawismus, sowjetische Ethnogenese<sup>81</sup>, die in dieser Arbeit keinen Platz mehr fand, etc. In der Selbstfindung ergeben sich dadurch spezifische Dilemmata, aus der Russen eine oder mehrere Entscheidungen treffen müssen. Doch wird eine Frage von einer außerrussischen Position gestellt, ergibt sich eine durchaus bequeme Situation eines Polylemmas, aus der sie auswählen können, wie sie entscheiden wollen.

Wie sich erahnen lässt, ergibt das eine komplexe und vielschichtige Identitätsstruktur und es stellt sich die Frage der Stabilität. Auch ließe sich so eine 3-teilige Identität, die ja nicht das Individuum teilt, sondern die Gesellschaft als Gesamtes betrifft, instrumentalisieren und/oder auch steuern. Eine eindimensionale Mentalität kann man Russen also sicherlich nicht nachsagen. Vielmehr kommt es darauf an, mit wem man es gerade zu tun hat. Dabei wiegt dann eine der drei Faktoren mal mehr oder mal weniger schwer und deswegen können sich Meinungen und Standpunkte erheblich voneinander unterscheiden, was eine Nachvollziehbarkeit der russischen Mentalität erheblich erschwert. Und gerade hinsichtlich der Politik kann es schwierig sein russische Verhandlungspositionen zu verstehen bzw. Positionsänderungen nachzuvollziehen, weil sie, je nach Bedarf und auf Grund ihrer spezifischen Entwicklung heraus, verschiedene Entscheidungen treffen kann. Wie dem auch sei, es gibt Konstanten im russischen Verhalten, die sie kalkulierbar und schlussendlich verlässlich machen. Das war in der Vergangenheit und unter schwierigsten Bedingungen so und das wird auch in der Zukunft so bleiben.

Um in Zukunft Russland besser verstehen zu können, empfiehlt es sich tiefergehend mit der russischen Mentalität zu befassen und sich nicht nur auf einzelne Aspekte wie Politik, Geschichte, Philosophie etc., zu konzentrieren. Denn alle stellen nur ein Steinchen des

---

<sup>81</sup> Die sowjetische Ethnogenese stützte sich auf den georgischen Sprachwissenschaftler und Orientalisten Nikolai Jakowlewitsch Marr. Die Ansicht über das Zusammenschmelzen der vielfältigen Ethnien zum Weltvolk, positionierte sich bewusst diametral zur Lehre der nationalsozialistischen Rassentheorie, die auf Abgrenzung und Hervorhebung der einen Rasse ausgelegt war (vgl. Liess, 1972, S. 45). Ähnliches gilt für Danilewskis „Kampf der Kulturen“ Ansicht, der eine kriegerische Auseinandersetzung ja als unausweichlich erachtete. Außerdem dürfte die Entstehung des Begriffs „nahes Ausland“, welches Anfang der 1990er Jahre geprägt wurde, ihren Ursprung in der Ethnogenese haben, wo von „verschiebbaren Grenzen“ die Rede ist (vgl. Kolarz, 1956, S. 11).

komplexen Mosaiks dar und je mehr Mosaiksteinchen zusammengefügt werden, desto zusammenhängender und genauer das Bild. Dennoch, weil Geisteshaltungen und Charakteristika keine Allgemeingültigkeit besitzen und dieses gerade für Russland bzw. die Russen zutrifft, gibt es keine treffendere Aussage als jene von Dichter Fjodor Iwanotitsch Tjutschews: „Verstehen kann man Russland nicht, und auch nicht messen mit Verstand. Es hat sein eigenes Gesicht. Nur glauben kann man an das Land“.

## 9. Quellenverzeichnis

Adler, Gerhard [Hrsg.], 1987: „Tausend Jahre Heiliges Rußland – Orthodoxie im Sozialismus“, Freiburg

Becker, Joachim, 2009: „Anatomie der Sozialismen – Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“. In: Becker, Joachim/ Weissenbacher, Rudy [Hrsg.]: „Sozialismen – Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere“, S. 13-56, Wien

Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy [Hrsg.], 2009: „Sozialismen – Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere“, Wien

Behrens, Kathrin, 2002: „Die Russisch Orthodoxe Kirche: Segen für die ‚neuen Zaren‘? – Religion und Politik im postsowjetischen Rußland (1991-2000)“, Paderborn

Belotserkovsky, Vadim, 1996: „Was geschieht mit Russland? Demokraten gegen Kremldiktatur, Krieg und Chaos“, Bergisch Gladbach

Berdjaev, Nikolai A., 1983: „Die russische Idee – Grundprobleme des russischen Denkens im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts“, Sankt Augustin

Berdjajew, Nicolai, 1950: „Das neue Mittelalter – Betrachtungen über das Schicksal Russlands und Europas“, Tübingen

Bremer, Thomas [Hrsg.], 2003: „Religion und Nation – Die Situation der Kirchen in der Ukraine“, Wiesbaden

Bremer, Thomas, 2007: „Kreuz und Kreml - Kleine Geschichte der orthodoxen Kirche in Russland“, Freiburg

Bubnoff von, Nicolai [Hrsg.], 1956: „Russische Religionsphilosophen 1 – Das dunkle Antlitz“, Köln

Bubnoff von, Nicolai [Hrsg.], 1968: „Russische Religionsphilosophen 2 – Vom Sinn des Lebens“, Köln

Carter, Stephen K., 1995: „Russischer Nationalismus – Von Dostojewski über Solschenizyn zu Schirinowski?“, Berg am Starnberger See

Conradi, Peter, 1995: „Schirinowski und der neue russische Nationalismus“, Düsseldorf

Danilevskij, Nikolaj, 1965: „Rußland und Europa: eine Untersuchung über die kulturellen und politischen Beziehungen der slawischen zur germanisch-romanischen Welt“, Osnabrück

Deutsch, Karl W., 1972: „Nationenbildung – Nationalstaat – Integration“, Düsseldorf

Dietrich, Wolfgang [Hrsg.], 1994: „Russische Religionsdenker: Tolstoi, Dostojewski, Solowjew, Berdjajew“, Gütersloh

Dutschke, Rudi, 1974 : „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen - Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus“, Berlin

Döpman, Hans-Dieter, 2003: „Kirchliche Identität und kanonisches Territorium“. In: Bremer, Thomas [Hrsg.]: „Religion und Nation“, S. 53-66, Wiesbaden

Dostojewski, Fedor Michailowitsch, 1992: „Rede über Puschkin am 8. Juni 1880 vor der Versammlung des Vereins ‚Freunde Russischer Dichtung‘“, Hamburg

Dunlop, John B., 1990: „Russischer Nationalismus heute: Organisation und Zielsetzung“. In: Kappeler, Andreas [Hrsg.]: „Die Russen: ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart“, S. 145-166, Köln

Eichwede, Wolfgang, 1994: „Der Schirinowski-Effekt – Wohin treibt Rußland?“, Reinbek bei Hamburg

Falk, Heinrich, 1954: „Das Weltbild Peter J. Tschaadajews nach seinen acht ‚Philosophischen Briefen‘“, München

Galling, Kurt [Hrsg.], 1986: „Die Religion in Geschichte und Gegenwart – Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft“, Tübingen

Gamber, Klaus [Hrsg.], 1987: „Das heilige Russland – 1000 Jahre russisch-orthodoxe Kirche“, Freiburg

Geiß, Paul Georg, 1995: „Die sowjetische Mittelasienpolitik und die Schaffung von Nationalitäten“, einger. von Paul Georg Geiß, Wien

Gessen, Masha, 1998: „Auf den Erfolg unserer hoffnungslosen Mission - Die russische Intelligenzija“, München

Gnauck, Gerhard, 1997: „Parteien und Nationalismus in Russland – Demokratische versus nationalistische Integration nach dem Ende des kommunistischen Systems“, FFM

Goble, Paul A., 1990: „Sowjetstaat und russischer Nationalismus“. In: Kappeler, Andreas [Hrsg.]: „Die Russen: ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart“, S. 91-101, Köln

Golczewski, Frank/Pickhan, Gertrud, 1998: „Russischer Nationalismus – Die russische Idee im 19. Und 20. Jahrhundert“, Göttingen

Graupner, Silke, 2005: „Alter Konflikt neu entfacht. Zum Spannungsfeld: Römisch-Katholische Kirche in Russland“. In: Makrides, Vasilios N. [Hrsg.]: „Religion, Staat und Konfliktkonstellationen im orthodoxen Ost- und Südosteuropa“, S. 13-37, FFM

Grävingholt, Jörn, 2005, „Pseudodemokratie in Russland: Der Fall Baschkortostan“, Bonn

Gudkow, Lew, 1994: „Nationalismus ohne Bewegung – Die russische Gesellschaft nach dem Untergang der Sowjetunion“ In: Eichwede, Wolfgang [Hrsg.]: „Der Schirinowski-Effekt“, S. 157-169, Reinbek bei Hamburg

Hahlbohm, Dörte, 1992: „Nationalitätenpolitik in der UdSSR und in der Dritten Welt“, Münster

Halbach, Uwe, 1992: „Das sowjetische Vielvölkerimperium: Nationalitätenpolitik und nationale Frage“, Mannheim

Hedeler, Wladislaw, 1997: „Kommunisten und Monarchisten auf der Suche nach Identität“. In: Wegner, Michael [Hrsg.]: „Russland im Umbruch: Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte“, S. 255-276, Leipzig

Herzen, Alexander, 1905: „Russlands soziale Zustände“, Berlin

Hielscher, Karla, 1994: „Die Front der Antiwestler – Ideologische Grundmuster des russischen Nationalismus“. In: Eichwede, Wolfgang [Hrsg.]: „Der Schirinowski-Effekt“, S. 57-79, Reinbek bei Hamburg

Holtmann, Everhard [Hrsg.], 2000; „Politik-Lexikon“, München

Ivantsov, Dmitri, 2008: „Russische IDEologiE – Transfer ins XXI. Jahrhundert“, Leipzig

Jahn, Peter [Hrsg.], 2005: „Triumph und Trauma – Sowjetische und Postsowjetische Erinnerung an den Krieg 1941-1945“, Berlin

Jelzin, Boris, 2000: „Mitternachtstagebuch: Meine Jahre im Kreml“, Berlin

John, Erhard, 1997: Zu historischen und kulturellen Wurzeln nationaler Konflikte in der Rußländischen Föderation“. In: Wegner, Michael [Hrsg.]: „Russland im Umbruch: Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte“, S. 327-343, Leipzig

Kappeler, Andreas [Hrsg.], 1990: „Die Russen: ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart“, Köln

Kohn, Hans, 1956: „Die Slawen und der Westen – die Geschichte des Panlawismus“, Wien

Kolarz, Walter, 1956: „Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion“, FFM

Krysztanowskaja, Olga, 2004: „Anatomie der russischen Elite: Die Militarisierung Russlands unter Putin“, Köln

Kuchinke, Norbert, 1995: „Die Auferstehung Rußlands: Macht der Kirche – Ohnmacht des Kreml“, Düsseldorf

Labour, Ernst, 1997: „Programme der wichtigsten politischen Kräfte im gegenwärtigen Rußland“. In: Wegner, Michael [Hrsg.]: „Russland im Umbruch: Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte“, S. 277-313, Leipzig

Lamentowicz, Wojciech, 1986: „Strukturelle Identität“. In: Nohlen, Dieter, [Hrsg.]: „Pipers Wörterbuch zur Politik 4 – Sozialistische Systeme“, S. 246, München

Lewytkyj, Borys, 1983: „Sovetskij narod - Nationalitätenpolitik als Instrument des Sowjetimperialismus“, Hamburg

Liess, Otto Rudolf, 1972: „Sowjetische Nationalitätenstrategie als weltpolitisches Konzept“, Wien

Lilienfeld, Fairy von, 1987a: „Von der Taufe des Kiewer Rus zur Oktoberrevolution“. In: Adler, Gerhard [Hrsg.]: „Tausend Jahre Heiliges Rußland“, S. 35-56, Freiburg

Lilienfeld, Fairy von, 1987b: „Über die russisch-orthodoxe Laienfrömmigkeit von heute“. In: Gamber, Klaus [Hrsg.]: „Das heilige Russland – 1000 Jahre russisch-orthodoxe Kirche“, S.247-253, Freiburg

Löwe, Heinz-Dietrich, 1990: „Nationalismus und Nationalitätenpolitik als Integrationsstrategie im zaristischen Rußland“. In: Kappeler, Andreas [Hrsg.]: „Die Russen: ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart“, S. 55-79, Köln

Luchterhandt, Galina, 1994: „Die Entfesselung der Marionette – Wladimir Schirinowski und seine LDPR“. In: Eichwede, Wolfgang [Hrsg.]: „Der Schirinowski-Effekt“, S. 117-142, Reinbek bei Hamburg

Luchterhandt, Otto, 1984: „Die Religionsfreiheit im Verständnis der sozialistischen Staaten“. In: Voss, Eugen [Hrsg.]: „Die Religionsfreiheit in Osteuropa“, S. 45-54, Zollikon

Makrides, Vasilios N. [Hrsg.], 2005: „Religion, Staat und Konfliktkonstellationen im orthodoxen Ost- und Südosteuropa“, FFM

Mey, Alexandra, 2004: „Russische Schriftsteller und Nationalismus 1986-1995 – Vladimir Solouchin, Valentin Rasputin, Aleksandr Prochanov, Eduar Limonov“, Bochum

Mommsen, Margareta, 2007: „Das System Putin - Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland“, München

Nikitin, Walentin Arsenijewitsch, 1987: „Der Ritus der Kirche ist das Gewand des Herrn“. In: Adler, Gerhard [Hrsg.]: „Tausend Jahre Heiliges Rußland“, S. 101-126, Freiburg

Nohlen, Dieter, [Hrsg.], 1986: „Pipers Wörterbuch zur Politik 4 – Sozialistische Systeme“, München

Nohlen, Dieter/Grotz Florian [Hrsg.], 2007: „Kleines Lexikon der Politik“, München

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf [Hrsg.], 2010: „Lexikon der Politikwissenschaft – Theorien, Methoden, Begriffe“, Band 1 A-M, München

Nolte, Hans-Joachim, 2009: „Nachholende Entwicklung in der Sowjetunion“. In: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy [Hrsg.]: „Sozialismen – Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere“, S. 57-73, Wien

Oberländer, Erwin, 1967: „Sowjetpatriotismus und Geschichte: Dokumentation“, Köln

Oberländer, Erwin, 1990: „Sowjetpatriotismus und russischer Nationalismus“. In: Kappeler, Andreas [Hrsg.]: „Die Russen: ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart“, S. 83-90, Köln

Onasch, K., 1986: „Orthodoxe Kirche“. In: Gallig, Kurt [Hrsg.], 1986: „Die Religion in Geschichte und Gegenwart – Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft“, S. 1705-1716, Tübingen

Ostrogorski, Wladimir, 1996, „Gennadi Sjuganow. Ein Dossier: Das Erbe der Sowjetunion und der russische Oppositionsführer“, Berlin

Perovic, Jeronim, 2001, „Die Regionen Russlands als neue politische Kraft“, Berlin

Picht, Ulrich, 1969: „M.P. Pogodin und die Slavische Frage“, Stuttgart

Piroschkow, Vera, 1961: „Alexander Herzen – Der Zusammenbruch einer Utopie“, München

Pitirim, Metropolit von Wolokolamsk und Jurjew, 1987: „Wir wollen orthodox sein und gleichzeitig die Sowjetunion als unsere irdische Heimat anerkennen“. In: Adler, Gerhard [Hrsg.]: „Tausend Jahre Heiliges Russland“, S. 11-34, Freiburg

Polák, Boris, 2009: „Was ist die Seele des Sozialismus?“. In: Becker, Joachim/ Weissenbacher, Rudy [Hrsg.]: „Sozialismen – Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere“, S. 223-234, Wien

Politkowskaja, Anna, 2008: „In Putins Russland“, FFM

Rahr, Alexander, 2009: „Putin nach Putin. Das kapitalistische Rußland am Beginn einer neuen Weltordnung“, Wien

Reitschuster, 2007: „Putins Demokratie - Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt“, Berlin

Riasanovsky, Nicholas Valentine, 1954: „Russland und der Westen - Die Lehre der Slawophilen“, München

Roth, Paul, 1987: „‘Die Religion ist das Opium des Volkes‘ - Religionskritik und atheistische Propaganda in der Sowjetunion“. In: Adler, Gerhard [Hrsg.]: „Tausend Jahre Heiliges Russland“, S. 148-183, Freiburg

Sager, Dirk, 1996: „Betrogenes Russland - Jelzins gescheiterte Demokratie“, Bertelsmann

Schneider, Eberhard, 1978: „Breschnews neue Sowjetverfassung“, Stuttgart

Segert, Dieter, 2009: „Staatssozialismus, ökonomische Entwicklung und Modernisierung in Osteuropa“. In: Becker, Joachim/ Weissenbacher, Rudy [Hrsg.]: „Sozialismen – Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere“, S. 98-116, Wien

Simon, Gerhard, 1986: „Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion – Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft“, Baden-Baden

Simon, Gerhard, 1993: „Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums“, München

Sinowjew, Alexander, 1984: „Homo sovieticus“.

Solowjow, Wladimir, 1992: „Reden über Dostojewkij“, München

Solowjew, Wladimir, 1994: „Kurze Erzählung vom Antichrist“, München

Solschenizyn, Alexander, 1974: „Offener Brief an die sowjetische Führung“, Darmstadt

Solschenizyn, Alexander, 1990: „Rußlands Weg aus der Krise – Ein Manifest“, München

Solschenizyn, Alexander, 1994: „Die russische Frage am Ende des 20. Jahrhunderts“, München

Stöltzing, Erhard, 1990: „Eine Weltmacht zerbricht – Nationalitäten und Religionen in der UdSSR“, FFM

Theimer, Walter, 1981: „Lexikon der Politik“, Tübingen

Tjutschew, Fjodor, 1992: „Russland und der Westen – Politische Aufsätze“, Berlin

Tschaadajew, Peter, 1992: „Apologie eines Wahnsinnigen“, Leipzig

Vogel, Heinrich, 1994: „Großmacht um jeden Preis? – Der neue Nationalismus und die Außenpolitik Rußlands“. In: Eichwede, Wolfgang [Hrsg.]: „Der Schirinowski-Effekt“, S. 171-185, Reinbek bei Hamburg

Voss, Eugen [Hrsg.], 1984: „Die Religionsfreiheit in Osteuropa“, Zollikon

Vries, Wilhelm de, 1959: „Kirche und Staat in der Sowjetunion“, München

Weber-Fas, Rudolf, 2008: „Lexikon Politik und Recht“,

Wegner, Michael [Hrsg.], 1997: „Russland im Umbruch: Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte“, Leipzig

Zaslavsky, Victor, 1991: „Das russische Imperium unter Gorbatschow, Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft“, Berlin

Zimbajew, Nikolaj I., 1990: „Zur Entwicklung des russischen Nationalbewußtseins vom Aufstand der Dekabristen bis zur Bauernbefreiung“. In: Kappeler, Andreas [Hrsg.]: „Die Russen: ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart“, S. 37-54, Köln

### **Zeitschriften und Internetquellen**

Fischer, Sabine, 2003: „Russische Außenpolitik: Neue Akzente, bleibende Ambivalenzen“. In: Russlandanalysen Nr. 10, vom 19.12.2003

Gorschakow, Michail u.a., 1999: „Russische Identität 1998: Werte, gesellschaftliche Vorstellungen und politische Identifikationen im postsowjetischen Rußland“. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Ausgabe 1-1999

Ignatow, Assen, 1992: „Der ‚Eurasismus‘ und die Suche nach einer neuen russischen Kulturidentität – Die Neubelebung des ‚Evrazijstwo‘-Mythos“. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Ausgabe 15-1992

Ignatow, Assen, 1997: „Solowjow und Berdjajew als Geschichtsphilosophen - Ideen und aktueller Einfluß“. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Ausgabe 3-97

Ignatow, Assen, 1999: „Vergangenheitsbewältigung und Identität im gegenwärtigen Rußland“. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Ausgabe 35-1999

Karl, Lars, 2005: „Die Heldentat des Volkes ist unsterblich: die Geschichte des 9. Mai als Feiertag in der Sowjetunion“. In: Eichwede, Wolfgang [Hrsg.]: „Erinnerungskultur in Russland – 60 Jahre Kriegsende“, in: kultura - Russland Analysen, Ausgabe Dezember 3/2005, S. 9-11

Keghel, Isabella de, 2004: „Die Staatssymbolik der Russischen Föderation – ein postmodernes Konstrukt“. In: Russlandanalysen Nr. 22, vom 02.04.2004

Simon, Gerhard, 1997: „Rußland auf der Suche nach seiner politischen Identität – Visionen und Wirklichkeiten“. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Ausgabe 33-1997

Simon Gerhard, 1999: „Rußländische Nation – Fiktion oder Rettung für Rußland?“. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Ausgabe 11-1999

Tschuikina, Sofia, 2005: „Die Widersprüchliche Wahrnehmung des 60. Jahrestags des Sieges in der russländischen Gesellschaft“. In: Eichwede, Wolfgang [Hrsg.]: „Erinnerungskultur in Russland – 60 Jahre Kriegsende“, in: kultura - Russland Analysen, Ausgabe Dezember 3/2005, S. 11-17

[http://de.wikipedia.org/wiki/Volkskommissariat\\_f%C3%BCr\\_Nationalit%C3%A4tenfragen](http://de.wikipedia.org/wiki/Volkskommissariat_f%C3%BCr_Nationalit%C3%A4tenfragen), vom 25.03.2009

[http://de.wikipedia.org/wiki/Volkskommissariat\\_für\\_Nationalitätenfragen](http://de.wikipedia.org/wiki/Volkskommissariat_für_Nationalitätenfragen), vom 12.08.2009

[http://de.wikipedia.org/wiki/Boris\\_Jelzin](http://de.wikipedia.org/wiki/Boris_Jelzin), vom 30.04.2010.

<http://wirtschaft.russlandonline.ru/eaec/morenews.php?iditem=13>, vom 14.05.2010.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation\\_des\\_Vertrags\\_über\\_kollektive\\_Sicherheit](http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_des_Vertrags_über_kollektive_Sicherheit), vom 14.05.2010.

<https://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Asien/soz.html>, vom 14.05.2010

<http://www.russland.ru/analysen/morenews.php?iditem=9>, (über den Fall Chodorkowski) vom 17.05.2010

[http://de.wikipedia.org/wiki/Einiges\\_Russland](http://de.wikipedia.org/wiki/Einiges_Russland), vom 17.05.2010.

<http://www.n-tv.de/politik/Moskau-oeffnet-sich-gen-Westen-article871264.html> vom 17.05.2010

<http://www.welt.de/politik/ausland/article6241784/Tabubruch-in-Russland-Offene-Kritik-an-Putin.html>, vom 17.05.2010.

[http://www.gus-manager.de/info/gus\\_erklaerung.htm](http://www.gus-manager.de/info/gus_erklaerung.htm) vom 27.05.2010

[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_1369-544-1-30.pdf?050120163338](http://www.kas.de/wf/doc/kas_1369-544-1-30.pdf?050120163338) - Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche, vom 22.04.2010

## Abkürzungsverzeichnis

FNR	Front der Nationalen Rettung
FSB	Föderaler Dienst für Sicherheit der Russländischen Föderation Федеральная служба безопасности Российской Федерации
IWF	Internationaler Währungsfonds
KGB	Komitee für Staatssicherheit - Комитет государственной безопасности
KomIntern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion Коммунистическая партия Советского Союза
KPRF	Kommunistische Partei der Russländischen Föderation Коммунистическая партия Российской Федерации
LDPR	Liberal-Demokratische Partei Russlands
LDPSU	Liberaldemokratische Partei der Sowjetunion
MIK	Militärisch-industrielle Komplex
NATO	North Atlantic Treaty Organization
RF	Russländische Föderation - Российская Федерация
ROK	Russisch-Orthodoxe Kirche
RSFSR	Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik Российская Советская Федеративная Социалистическая Республика
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
WTO	Welthandelsorganisation - World Trade Organization
ZK	Zentralkomitee

## Curriculum Vitae

<b>Name</b>		Benjamin Linh-Shon, Englert
<b>Geburtsdatum</b>		18.01.1979
<b>Geburtsort</b>		Salzburg
<b>Schulbildung</b>	1989-1998	Akademisches Gymnasium Salzburg Neusprachlich-Humanistisches Gymnasium
<b>Hochschulstudium</b>	2000-2001	Inskription für Geschichte an der Universität Salzburg
	2002-2003	Studium der IBW an der Wirtschaftsuniversität Wien
	2003-2010	Studium der Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa an der Universität Wien
<b>Weitere Ausbildung</b>	2007-2009	Mediation und Konfliktregelung bei der ARGE Bildungsmanagement Wien mit abgeschlossenem Diplom
<b>Sprachkenntnisse</b>		Deutsch, Englisch, Französisch (ausbaufähig) und leichte Russisch Kenntnisse
<b>Auslandsreisen</b>		im privaten Rahmen in ganz Osteuropa (Belarus ausgenommen), jeweils im Ausmaß von 2-10 Wochen

## **Ehrenwörtliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Diese Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.